

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

24. Sitzung vom 25. und 26. Juni 2012 (2. Sitzungstag vom 26. Juni 2012)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	StR David Lasar	S. 51
		GR Christian Deutsch	S. 53
		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 56
Fortsetzung der Verhandlung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien 2011		GRin Birgit Hebein	S. 57
		GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 59
		GRin Gabriele Mörk	S. 60
		GR Ing Bernhard Rösch	S. 61
Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung		GR Senol Akkilic	S. 64
Rednerinnen bzw Redner:		GRin Ingrid Korosec	S. 65
StR Mag Manfred Juraczka	S. 3	GR Mag Wolfgang Jung	S. 65
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 4	Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 66
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 5		
GR Prof Harry Kopietz (zur Geschäftsordnung)	S. 7	Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS (zur Geschäftsordnung)	S. 8	Rednerin bzw Redner:	
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 8	GRin Mag Karin Holdhaus	S. 69
GR Erich Valentin	S. 9	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 71
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 11	GR Ing Udo Guggenbichler	S. 72
GR Mag Christoph Chorcherr	S. 14	GR Erich Valentin (tatsächliche Berichtigung)	S. 74
GR Anton Mahdalik	S. 16	GR Mag Gerhard Spitzer	S. 74
GRin Susanne Bluma	S. 19	GR Norbert Walter, MAS	S. 76
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 20	GR Christian Unger	S. 78
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 21	GR Ernst Nevriyy	S. 79
VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 23	Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 80
		01914-2012/0001-GFW; MA 5, P 1:	
Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung		Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien 2011	
Rednerinnen bzw Redner:		Berichtersteratterin VBgmin Mag Renate Brauner (Schlusswort)	S. 82
GR Norbert Walter, MAS	S. 28	5. 01854-2012/0001-GGS; KAV, P 2:	
GR Mag Christoph Chorcherr	S. 30	Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2011	
GRin Henriette Frank	S. 33	Abstimmung	S. 84
GR Georg Niedermühlbichler	S. 35		
GR Mag Wolfgang Jung (tatsächliche Berichtigung)	S. 37	6. 01742-2012/0001-GGU; WKN, P 3:	
GR David Ellensohn (tatsächliche Berichtigung)	S. 37	Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal 2011	
GR Martin Flicker	S. 37	Abstimmung	S. 84
GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 39		
GR Georg Niedermühlbichler (tatsächliche Berichtigung)	S. 41	7. 01554-2012/0001-GWS; WRW, P 4:	
GRin Eva-Maria Hatzl	S. 41	Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen 2011	
GRin Henriette Frank	S. 43	Abstimmung	S. 84
Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 43		
		8. 02123-2012/0001-MDLTG; KA, P 5:	
Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales		Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien 2011	
Rednerin bzw Redner:		Berichterstatter GR Mag Dietbert Kowarik	S. 84
GRin Ingrid Korosec	S. 46	Rednerin bzw Redner:	
GRin Dr Sigrid Pilz	S. 48	GR Dr Wolfgang Ulm	S. 85
		GRin Birgit Hebein	S. 85

GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 86		
GR Mag Thomas Reindl	S. 87	9. Ordnungsruf an GR Ernst Nevrivy	S. 7
Berichterstatter GR Mag Dietbert Kowarik	S. 88		
Abstimmung	S. 88	10. Ordnungsruf an GR Senol Akkilic	S. 65

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Ich ersuche, die Plätze einzunehmen, und wir nehmen die Sitzung des Wiener Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt für den gesamten Tag heute ist die GRin Prof Dr Vitouch. Ich nehme von den Kolleginnen und Kollegen, die entschuldigt sind, nur die längeren Zeiträume heraus und weise darauf hin, dass die GRin Mag Tanja Wehsely von 14 Uhr bis 20 Uhr entschuldigt ist; alle anderen Entschuldigungen sind während des Vormittags oder mittags.

Wir kommen nun zur Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien, und zwar zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung.

Es ist mir bekannt, dass etwas inszeniert werden soll. Wir haben das auch in dieser Form vereinbart. Ich würde nur bitten, dass der Zeitrahmen nicht zu stark überspannt wird. (Vorne im Saal wurden neben den Bankreihen der ÖVP-Fraktion mehrere Stapel Kartons deponiert.)

Zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Juraczka. Ich erteile es ihm. Die Redezeit ist mit 25 Minuten begrenzt.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie erlauben, dass ich mich heute bei der Rechnungsabschlussdebatte zur Geschäftsgruppe Verkehr primär einem Thema widme, das die letzten Wochen und Monate ganz massiv geprägt hat, dem Parkpickerl.

Das Parkpickerl, das 1993 in der Innenstadt eingeführt wurde - durchaus sinnvoll -, droht im Jahr 2012 zu einer Farce zu verkommen. Wir haben das mehrfach in den Medien transportiert. Der Vorschlag, der seit November des letzten Jahres auf dem Tisch liegt, ist unausgegoren und gibt den Bürgern vor allem ein Gefühl: Die Bürger in dieser Stadt haben das Gefühl, überfahren zu werden, abgezockt zu werden, nicht ernst genommen zu werden.

Wir haben daher mit 5. Mai eine Unterschriftenaktion gestartet. Wie wir alle wissen, sind 5 Prozent der Wahlberechtigten dazu berechtigt, eine Volksbefragung laut Wiener Stadtverfassung zu verlangen, und wir haben diese Unterschriftensuche und diese Unterschriftensammlung begonnen. Und ich freue mich riesig, heute in Summe 148 923 Unterschriften übergeben zu können. 117 837 davon hat die Wiener ÖVP gesammelt, und ich danke allen, die dieses Unmögliche möglich gemacht haben. Und ich danke auch unseren Partnern, dem ÖAMTC, aber auch den Freiheitlichen (Ruf bei der SPÖ: Ein schöner Partner!), dass wir in Summe auf knapp 150 000 Unterschriften gekommen sind – Unterschriften von Menschen, die einfach Mitbestimmung in dieser Stadt gelebt sehen möchten. (Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Ein Teil der Kartons wird in zwei Stapeln neben dem Rednerpult

platziert.)

Im Vorfeld zu dieser Volksbefragung gab es natürlich immer wieder auch rechtliche Themen, die betrachtet werden mussten. Es gab immer wieder Einwände, dass es nicht zulässig sei und dergleichen. Wir dürfen heute ein Rechtsgutachten der renommierten Universitätsprofessorin Dr Katharina Pabel, Institut für Verwaltungsrecht, Johannes Kepler Universität Linz, präsentieren, welches zeigt, dass es in der Tat zulässig ist, das Volk zu befragen. Alles andere wäre ja in einer gelebten Demokratie auch unsinnig, meine Damen und Herren.

Jetzt haben Sie wahrscheinlich alle auch die Medienberichte der letzten Stunden vernommen. Ich sage ganz offen: Weder der Herr Bürgermeister noch die Frau Stadträtin noch ich führen Geheimgespräche. Wir haben uns ganz normal, wie das in einer Demokratie üblich ist, zusammengesetzt. Ich habe ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass ich diesen 150 000 Menschen, die Unterschriften geleistet haben, in der Pflicht stehe und dass wir diese Volksbefragung selbstverständlich durchführen wollen. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Es hat aber von Seiten der Stadtregierung auch das Angebot gegeben, nachzudenken, gemeinsam darüber nachzudenken. Und wenn wir zu Gesprächen eingeladen werden, verschließen wir uns nicht. Das Gute ist der Feind des Besseren. Wichtig ist aber, dass man nicht nur vielleicht mögliche Schwachstellen ausbügelt oder sich komplett Neues überlegt, wichtig ist die gelebte Bürgerbeteiligung. Auf die kommt es uns an, meine Damen und Herren, und von diesem Standpunkt werden wir keinen Zentimeter abrücken. (Beifall bei der ÖVP.)

Viele von Ihnen können sich erinnern: Als ich mein Amt als Wiener Parteiobermann angetreten habe, habe ich sehr oft davon gesprochen, dass wir konstruktive Oppositionsarbeit leisten möchten. Jetzt kann man durchaus sagen, Modelle zu entwickeln, das ist Aufgabe der Stadtregierung. In der Tat, ist es auch. Aber ich erachte es als sinnvoll, diesem Putsch, der derzeit noch auf dem Tisch liegt, die Zähne zu ziehen, neue Ideen einzubringen - und ich glaube, dann ist es vernünftig, dem Souverän, nämlich dem Volk, die letzte Entscheidung zu übergeben.

Meine Damen und Herren! Ich muss ganz offen sagen, ich möchte mich aber auch – das ist vielleicht ungewöhnlich in so einem Zusammenhang - ganz herzlich bedanken, denn es bedarf auch einer gewissen Größe der Stadtregierung, des Herrn Bürgermeisters und der Frau Stadträtin, zu erkennen, dass man hier vielleicht nicht immer auf dem richtigen Weg war, dass man hier die Anliegen der Menschen ernst nehmen muss, dass man hier auch die Opposition einbindet bei neuen Wegen, die man vielleicht beschreiten möchte, und dass man sich nicht per se gegen die Befragung der Menschen ausspricht. Das ist gut, das ist wichtig, das zeigt die demokratische Reife in dieser Stadt.

Unter diesem Tenor, meine Damen und Herren, kann man, glaube ich, eines sagen - und da muss ich mich auch ganz herzlich bei den 148 923 Unterzeichnern bedanken: Danke, dass Sie dieses Umdenken möglich

gemacht haben!: Wien hat, wie ich denke, heute einen wichtigen Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung, mehr direkter Demokratie gemacht - gegen Bevormundung in dieser Stadt, für Mitbestimmung und für mehr Qualität in der Politik. - Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm. - Ich würde bitten, dass man die Schachteln dann wieder wegräumt.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich finde es interessant, jetzt nicht nur natürlich auf die Geschichte, die uns Herr Juraczka präsentiert hat, einzugehen, und möchte grundsätzlich zunächst einmal sagen, es gibt hier zwei unterschiedliche Positionen. Das eine ist, dass in Wien für eine Sache Unterschriften gesammelt wurden. Darüber kann man dann sagen, man wehrt sich gegen Drüberfahren und weniger Demokratie - das ist grundsätzlich eine Sache, die ernst zu nehmen ist. 100 000 Unterschriften - oder etwas weniger oder etwas mehr Unterschriften - sind eine Sache, die wir als GRÜNE, aber auch als Stadt ernst nehmen müssen. Das ist gar keine Frage, und deswegen gibt es auch Gespräche mit der ÖVP – heute sind die Zeitungen voll damit -, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, die Demokratie einschließt, aber auch die notwendige Reduktion des Individualverkehrs in Wien. Das ist eine ganz, ganz wichtige Geschichte.

Und die zweite Sache ist, dass es eine Fragestellung gibt, die der Stadtverfassung widerspricht. Jetzt hat uns Herr StR Juraczka da jede Menge Kasterln und Schachterln hergelegt, mit sehr, sehr vielen Unterschriften ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* - Ich bin Ihnen ja auch nicht ins Wort gefallen! - Ich möchte es bewenden lassen bei einem Rechtsgutachten, das die Stadtregierung zu dieser Fragestellung in Auftrag gegeben hat, und das möchte ich Ihnen hiermit auch übergeben. *(Der Redner überreicht StR Mag Manfred Juraczka ein Schriftstück.)* Da geht es in Wirklichkeit um ein Rechtsgutachten der Stadtregierung und nicht um ein Privatgutachten von irgendjemandem aus der FP in Linz. - So, das ist einmal das Zweite.

Das Erste noch einmal: Uns ist es wichtig, mit der ÖVP gemeinsam in einen Diskurs zu treten, um zu schauen, ob ein inhaltlicher Konsens möglich ist. Wir werden weiterhin darauf hinarbeiten in Richtung Einführung des Parkpickerls am 1. Oktober, aber es ist notwendig, mit der FPÖ ... *(Oh!?-Rufe bei der FPÖ)* – ah, mit der ÖVP, nicht mit der FPÖ; auf die FPÖ komme ich gleich zu sprechen -, mit der ÖVP einen Konsens zu suchen.

Mit der FPÖ brauchen wir keinen Konsens zu suchen, weil die FPÖ im Grunde genommen erstens einmal Nachtragpolitik gemacht hat gegenüber der ÖVP - das ist das Erste. Und das Zweite: Die FPÖ ist ja mit einer Position angetreten wie: Alle WienerInnen dürfen in ganz Wien gratis parken, außer im 1. Bezirk. Das heißt, ihr wollt die Aufhebung der Parkraumbewirtschaftung

innerhalb des Gürtels. – Das will die ÖVP nicht. Gratis heißt Aufhebung der Parkraumbewirtschaftung, das kann man nachlesen. Selbst der Herr Wansch, der noch immer nicht zurückgetreten ist, müsste das wissen. *(Oh!-Rufe bei der FPÖ.)* Es ist aber so, Kollege Wansch: Sie sind noch immer nicht zurückgetreten.

Jetzt möchte ich noch einmal in meine Rolle als Ausschussvorsitzender zurückkehren. Als Ausschussvorsitzender für Planung und Verkehr möchte ich mich bedanken für die Arbeit, die alle Magistratsbeamten in diesem Zusammenhang geleistet haben: der MA 18, der MA 19, der MA 20, MA 21A, MA 21B, MA 28, MA 29, MA 33, MA 41, MA 46, MA 67 und besonders der MA 65, denn die MA 65 hat sich in dieser Sache, beim Parkpickerl, massiv engagiert, war wirklich rund um die Uhr beschäftigt. Der Koordinator und seine MitarbeiterInnen haben die Stadtregierung massiv unterstützt. Da möchte ich nicht nur allen Magistratsdienststellen danken, sondern der MA 65 besonders danken, denn das war unglaublich, was da geleistet worden ist. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wie ich überhaupt natürlich jetzt auch sagen möchte: Es war eine gute Zusammenarbeit, auch mit dem Koalitionspartner, mit dem Kollegen Hora – jetzt sehe ich ihn gerade. Den habe ich als sehr kompetent und verlässlich empfunden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Den Herrn Bürgermeister nicht?)* - Was der Herr Bürgermeister meint oder nicht meint, das sollten Sie, glaube ich, den Herrn Bürgermeister fragen. *(Bgm Dr Michael Häupl: Richtig!)* Ich habe gefunden, der Kollege Hora war kompetent und verlässlich, und die ganze SPÖ-Fraktion war in dem Fall sehr, sehr engagiert und bereit, mit uns etwas zu tun. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die ÖVP ist meiner Meinung nach nur neidig, und die FPÖ wird es ja wohl nie in die Stadtregierung schaffen, da bin ich mir wiederum ganz sicher. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ja, da bin ich mir ganz sicher, dass die FPÖ niemals in dieser Stadtregierung sitzen wird. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Maresch, wir sitzen schon in ein paar Regierungen!)* Ja ja, genau.

Jetzt noch einmal zur Verkehrspolitik in Wien. *(Neuerlicher Zwischenruf bei der FPÖ.)* - Sind wir fertig? - Gut, wunderbar.

Diese Stadtregierung hat in dieser kurzen Zeit einige Dinge bewegt, und zwar:

Wir haben eine Senkung der Tarife bei den Wiener Linien zusammengebracht, und zwar auf 365 EUR – 1 EUR für den ganzen Tag. Das hat sonst niemand zusammengebracht in Österreich, außer diese Stadtregierung.

Wir sind auf dem Weg zu einer Parkraumbewirtschaftung, die besser ist und größer sein wird als alles, was wir bis jetzt in Wien hatten.

Wir haben in Wien die Radwege verbessert, wir haben ein Solarkraftwerk, und es ist uns gelungen, den Individualverkehr in Wien zu reduzieren und gleichzeitig eine Steigerung beim öffentlichen Verkehr zu erreichen. Das muss uns einmal jemand nachmachen!

Was uns wichtig ist, ist, den Diskurs mit den Bürgern

zu suchen. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das sehen wir eh, wie ihr das macht!*) Und deswegen suchen wir hier den Diskurs mit der ÖVP. (Weiterer Zwischenruf bei der FPÖ.) - Hat die FPÖ ein Problem? – Offensichtlich schon.

Schauen wir aber weiter, was die Stadtregierung noch zusammengebracht hat (GR Mag Dietbert Kowarik: *Gar nichts ...*): Wir haben uns in der MA 21A und MA 21B die Zielgebiete angeschaut. Wir haben ein Bürgersolarkraftwerk hergestellt, wo sich sehr, sehr viele Menschen gemeldet haben, das ausverkauft ist. Wir werden es weiter vorantreiben. Es gibt eine BürgerInnenbeteiligung am Schwedenplatz. (GR Johann Herzog: *Das war nichts! Das ist keine Bürgerbeteiligung!*) Wir sind bei der Mariahilfer Straße massiv vorangekommen. Und wir sind beim Stadtentwicklungsplan massiv vorangekommen.

Wo wir nicht vorangekommen sind - das muss ich auch ehrlich sagen -, ist darin: Wir haben die FPÖ nicht überzeugen können. - Das wundert mich nicht, weil die FPÖ weiterhin in ihrer stockkonservativen Sturheit beharren wird.

Wir werden gemeinsam weitertun und in Wien eine bessere Verkehrs- und Planungspolitik weitertreiben. – Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Dietbert Kowarik: *Fängt einmal an!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Stadträte!

Was wir heute zustande gebracht haben, gemeinsam mit den Bürgern, ist ein Etappensieg, ein Etappensieg der direkten Demokratie. (*Neben dem Rednerpult werden wieder Stapel von Kartons deponiert. – Ruf: Was ist denn da drinnen? – Rufe bei der SPÖ: Heiße Luft! Heiße Luft! – Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely hebt den zuoberst platzierten Karton in die Höhe, schüttelt diesen – um quasi den Inhalt zu prüfen – und bringt dann durch Gestik und Mimik Skepsis zum Ausdruck.*) - Und da sieht man schon die Reaktion der SPÖ in ihrem Elfenbeinturm: Die SPÖ in ihrem Elfenbeinturm sagt, die Unterschriften der Bürger sind lauter heiße Luft! (*Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ.*) Sie sagen, die Unterschriften der Bürger sind heiße Luft! Daran sieht man ja, wie die SPÖ denkt in ihrem Elfenbeinturm! (*Buh-Rufe bei der FPÖ in Richtung SPÖ.*) Daran sieht man ja, wie ihr denkt: Abgehoben, arrogant, machtgeil. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist das Denken der SPÖ! (*Anhaltende lebhaftige Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Und da stehen sie schon auf, und man merkt ja schon: Noch bevor die Unterschriften überhaupt offiziell eingereicht wurden ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Rednerpult steht Mag Gudenus, und er hat das Wort. Egal, was in

diesen Schachteln drinnen ist, wichtig ist das Wort. (GR Kurt Wagner, *in Richtung des Redners: Machen Sie einmal eine auf!*)

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*fortsetzend*): Also ich nehme zur Kenntnis: Die SPÖ sagt, die Unterschriften der Bürger sind heiße Luft. (*Neuerliche lebhaftige Zwischenrufe bei der SPÖ.*) – Danke! Danke für diesen Offenbarungseid. Das ist genau Ihr Denken. Die Bürger werden genau wissen, wie sie damit zu verfahren haben.

Wir Freiheitliche treten ein für mehr direkte Demokratie in Wien. Das sollte sein, damit endlich einmal die SPÖ von ihrem hohen Ross heruntergezwungen wird! (Beifall bei der FPÖ.)

Und ich sage Ihnen eines, Frau Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung: Schauen Sie sich diese Unterschriften ganz genau an! (*Rufe bei den GRÜNEN – auf die neben dem Rednerpult stehenden Kartonsweisend -: Aufmachen! Aufmachen!*) - Herr Maresch, wir haben Sie auch ausreden lassen, oder? Wir haben Sie ausreden lassen. - Schauen Sie sich die Unterschriften, die ÖVP, ÖAMTC und wir Freiheitliche gesammelt haben, ganz genau an! (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Lassen Sie den ÖAMTC in Ruhe!*) Sie sind ein klares Zeichen, ein klarer Aufschrei gegen despotische Politik seitens der SPÖ und der GRÜNEN, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn der Herr Bürgermeister, der hier vorher noch gesessen ist, jetzt aufgestanden ist, so ist das auch ein klares Zeichen, ein ganz klares Zeichen. Denn sich jetzt nur auf die Frau Vassilakou auszuweisen und ihr den Schwarzen Peter zuzuschieben, das ist zu billig. In Wirklichkeit ist die Frau Vassilakou nur der verlängerte Arm, die Auftragstäterin des Herrn Bgm Häupl, und der Herr Bürgermeister braucht sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen, wenn es darum geht, die Kurzparkzonen, die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen auszuweiten und die Bürger weiter zu schröpfen. Der Herr Bürgermeister soll sich nicht aus der Verantwortung stehlen! (Beifall bei der FPÖ.)

149 000 Unterschriften - und da sind wir schon beim Thema direkte Demokratie in Wien. Es wären ja mehr als 57 000 Unterschriften notwendig, um eine Volksbefragung oder ein Volksbegehren einzuleiten. Wenn man es mit der Bundespolitik vergleicht, so sind auf Bundesebene etwas mehr als 8 000 Unterschriften notwendig, um ein Volksbegehren einzuleiten. Daran sieht man ja, wie es hier in Wien mit direkter Demokratie aussieht. Ein Armutszeugnis ist das, ein Armutszeugnis für die SPÖ, die nicht bereit ist, mit den Bürgern in einen Kontakt zu treten. Auch das wird heute gezeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber es ist trotzdem zu befürchten, dass Sie das in Ihrem ideologischen Elfenbeinturm nicht kratzt. Es kratzt Sie nicht, dass 149 000 Menschen unterschrieben haben. Es kratzt Sie nicht, weil Sie schon lange einen Privatkrieg gegen die Autofahrer erklärt haben und Ihren Privatkrieg hier mit politischen Mitteln fortzuführen versuchen, Frau Vassilakou. Geben Sie es doch zu: Sie

haben einen Hass auf alles mit vier Rädern. Sie haben einen Hass auf jeden Menschen, der vier Räder braucht, um zur Arbeitsstätte zu gelangen. Geben Sie es doch endlich zu! Ich meine, es ist ja auch wirklich entlarvend, dass sich dieser Hass mittlerweile schon in Unfällen äußert.

Da stellt sich schon die Frage: Verwenden jetzt die GRÜNEN mittlerweile schon lebende Kamikaze, um Autofahrer abzuschließen? – Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte, das ist eine grüne Klubobfrau gewesen, die mit 1,9 Promille einen Unfall verursacht hat, mit 1,9 Promille in einem Klein-LKW! – Gut, sie hat wahrscheinlich erkannt, ein Fahrrad wäre zu wenig gewesen, um so etwas zu verursachen, da steigen wir lieber in einen Klein-LKW. Und das Ziel hat aber nicht nur ein Auto sein müssen: Noch besser ist es, wenn ein Freiheitlicher drinnen sitzt! Dann haut es richtig rein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist also die Politik der GRÜNEN: 1,9 Promille am Steuer. Und daran sieht man ja den Hass, den Sie nicht nur gegen Freiheitliche haben, sondern auch gegen Autofahrer. Und man sieht an Ihrer Verhandlungsführung auch, dass Sie ... *(GR Kurt Wagner: Was hat denn der Herr Gaugg gemacht? Was hat denn Ihr Abgeordneter gemacht? – Tun Sie nicht mit zweierlei Maß messen! Ihr Abgeordneter Gaugg ist genauso betrunken gewesen!)*

Schauen Sie, lieber Herr Kollege, das war vor drei Tagen - wo Sie jeden Wiener Autofahrer auf ein Fahrrad zwingen! Sie zwingen jeden Wiener Autofahrer auf Fahrräder - und da kommt eine grüne Klubobfrau aus dem 22. Bezirk in einem Klein-LKW und schießt mit 1,9 Promille eine Autofahrerin ab. Mit 1,9 Promille! - Also das ist grüne Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und die Bürger können sich ein eindeutiges Bild daraus machen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Bürger können sich auch ein eindeutiges Bild daraus machen, wenn die Frau Vassilakou zum Beispiel vor einigen Wochen im „Falter“ gesagt hat, dass die FPÖ und ihr Bundesobmann persönlich für eine Form des Plebiszits stehen, die man auch im Faschismus finden kann. – Also wie, bitte? Seit wann ist eine Form des Plebiszits im Faschismus zu finden, meine sehr geehrten Damen und Herren? *(GR Ernst Nevrivy begibt sich zu den neben dem Rednerpult stehenden Kartons und schneidet den zuoberst platzierten Karton auf. – GR Johann Herzog: Ist was drin? – GR Anton Mahdalik entnimmt dem geöffneten Karton einen Teil seines Inhalts – einen Stapel Schriftstücke im Format von A4-Blättern - und hält diesen vor den anwesenden Abgeordneten in die Höhe. – Oje!-Rufe bei SPÖ und GRÜNEN und weitere Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ, GRÜNEN und FPÖ.)*

Das lässt auch tief blicken, dass man hier Faschismus mit Plebiszit zu vergleichen versucht. *(Weitere anhaltende Zwischenrufe.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte wirklich inständig: Am Wort ist Kollege Gudenus. Mir nützen auch diese Zwischenrufe im Moment überhaupt nichts. *(GR Mag Wolfgang Jung: ... rennt mit einem*

Messer im Plenum herum!) Am Wort ist Kollege Gudenus, und ich würde wirklich bitten, weder die Umgebung von Kollegen Gudenus noch diesen Raum hier insofern zu stören, dass er in seiner Rede gestört wird. Das ist nicht statthaft, und daher bitte ich, davon Abstand zu nehmen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir haben es eh auf Video!)*

Und im Übrigen befinden wir uns bei der Rechnungsabschlussdebatte für das Jahr 2011. Daran wurde ich gestern mehrmals auch in meiner Vorsitzführung erinnert. - Kollege Gudenus, die Zeit wird eingerechnet.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich darf meine Rede, nämlich zum Inhalt der Rechnungsabschlussdebatte, auch insofern kurz unterbrechen: Da kommt, bitte, ein SPÖ-Abgeordneter mit einem Messer zum Rednerpult und schneidet hier Kartons auf!? *(Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* - Das ist ja unglaublich! Das ist ein unglaubliches Verhalten! Und ich verlange nach meiner Rede eine Sitzungsunterbrechung, denn es kann, bitte, nicht sein, dass hier das Präsidium mit einem Messer gestürmt wird! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Ich weiß nicht, wo wir hier sind: Da unterschreiben 149 000 Bürger, und die SPÖ und die GRÜNEN werden so nervös, dass sie plötzlich mit dem Messer hier herausstürmen müssen oder dass sie einen Klein-LKW brauchen, um ein freiheitliches Auto abzuschließen! *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das ist skandalös, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das wird auch ein Nachspiel haben müssen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Und dann kommt die Frau Vassilakou schon im Vorfeld der Abgabe der Unterschriften her und sagt in einem „Presse“-Interview - ich zitiere: „Ich halte es für verantwortungslos, Bürgern einzureden, dass man eine Befragung über das Parkpickerl abhalten kann, weil es sowohl laut Stadtverfassung als auch nach Bundesrecht nicht zulässig ist, über Abgaben und Steuern abzustimmen.“

Das sagt jene Dame, die noch im Jahre 2009 als Vorsitzende einer Oppositionspartei einen Antrag auf Volksbefragung über Öffi-Tarife einbringen wollte! Jene Politikerin sagt das, die 2009 noch eine Volksbefragung über Öffi-Tarife wollte. Daran sieht man ja, dass diese Stadträtin keine Ahnung hat vom Verfassungsrecht und nicht weiß, was sie noch vor drei Jahren gesagt hat! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Prof Harry Kopietz hebt eine der neben dem Rednerpult stehenden Schachteln hoch. – Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Die ist leicht, geil?)*

Zu Ihrer Information, Frau Vassilakou: Diese beabsichtigte Volksbefragung, zu der wir heute diese 149 000 Unterschriften abgegeben haben, hat nicht Gemeindeabgaben zum Gegenstand. Die Fragestellung, mit der die Unterschriften gesammelt wurden, knüpft ganz klar an einen in der Rechtssprache eindeutig besetzten Begriff an, nämlich den Begriff der Kurzparkzone. Und die Verfügung einer Kurzparkzone, die in den Wirkungsbereich der Gemeinde fällt, bedeutet

laut StVO eindeutig, für ein bestimmtes Gebiet das Parken zeitlich zu beschränken. Eine Abgabenregelung ist daher nicht Gegenstand der auf die Einführung von Kurzparkzonen gebieten gerichteten Fragestellung. Das belegt auch ganz eindeutig ein Rechtsgutachten von Univ-Prof Dr Hauer aus Linz, der ganz klar sagt, die Fragestellung, die hier für die Volksbefragung vorgesehen ist, ist natürlich verfassungskonform, und es muss diese Volksbefragung in nächster Zeit auch durchgeführt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf noch einmal bekräftigen: Mein Antrag auf Unterbrechung der Sitzung ist aufrecht. Es kann nicht sein, dass hier die Bühne mit einem Messer gestürmt wird und Unterschriften, die die Bürger eingebracht haben, hier aufgerissen werden - das kann wohl nicht sein! - von einem Hinterbänkler der SPÖ. Wir dulden in Zukunft nicht - und die Bürger werden Ihnen auch einen Strich durch die Rechnung machen -, wir brauchen keine verkehrspolitischen Geisterfahrer auf der rot-grünen Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich darf Bezug nehmen auf unsere Geschäftsordnung und Kollegen Gudenus fragen, ob er die Sitzungsunterbrechung für eine Präsidialkonferenz haben möchte oder nicht. Das macht einen großen Unterschied: Dem können wir nachkommen. Einer anderen Sitzungsunterbrechung hätte ich in diesem Fall nicht zugestimmt, weil ein diesbezügliches Verlangen von mindestens einem Drittel aller Mandatäre unterschrieben werden hätte müssen und dann erst unterbrochen werden hätte können. – Gut, ich unterbreche die Sitzung für kurze Zeit zur Abhaltung der Sitzung der Präsidialkonferenz. Wir treffen uns im Raum nebenan.

(Sitzungsunterbrechung von 9.29 bis 9.42 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich denke, wir haben uns jetzt in der kurzen Präsidialsitzung sehr ernsthaft mit den Vorfällen vor der Unterbrechung unterhalten. Ich habe auch persönlich meine Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Ich habe die Klubvorsitzenden ersucht, dass sie auch ihren Beitrag leisten sollten, jeweils für ihren Klub, dass hier ein Klima existiert, das es zumindest ermöglicht, dass die Redner ihre Meinung äußern können und nicht in einem Ausmaß gestört werden, das dieses Meinungsäußern nicht möglich macht. Schreiduelle wie in einem - weiß ich nicht - Bierzelt sind in diesem Hause nicht statthaft.

Was allerdings große Sorge bereitet hat, war, dass ein Mitglied des Gemeinderates die Schachtel mit einem Messer aufgeschnitten hat und dadurch nicht nur den Inhalt sehen wollte, sondern etwas verletzt hat, was hier im Gemeinderat in der Tat nicht akzeptiert werden kann: Ein Messer ist eine Waffe, und Waffen haben in diesem Saal nichts verloren. Und aus diesem Grund, Kollege Nevriy, erteile ich dir einen Ordnungsruf, und ich bitte, ihn in dieser Form auch zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Prof Kopietz zu Wort gemeldet. – Bitte.

GR Prof Harry **Kopietz** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich nehme das zum Anlass, auch hier im Gemeinderat im Rahmen der Geschäftsordnung ein Thema anzusprechen, das uns ja auch im Landtag immer wieder beschäftigt, nämlich dass es in den letzten Jahren dazu gekommen ist, sowohl im Gemeinderat als auch im Landtag, dass Aktionismus, dass Wahlwerbung im ausgesprochenen Sinne im Landtag oder Gemeinderat plakativ ausformend betrieben wird. Und ich bin im Endeffekt sehr froh - auch wenn Sie vielleicht entsetzt sind - über die Situation, die jetzt entstanden ist, weil sie so deutlich vorgeführt hat, dass dieser Aktionismus, dieses überspitzte Formulieren hier im Gemeinderat, unter uns hundert, Inhalte überdeckt, seriöse Diskussion verunmöglicht, Akzeptanz und Kompromisslösungen schwierig macht. Und ich hoffe und denke, dass wir gemeinsam den Sommer nützen sollen, sowohl die Präsidiale des Gemeinderates wie auch die Präsidiale des Landtages, um uns entsprechend zu besprechen, zu koordinieren, festzulegen, dass diese Form der politischen Arbeit im Gemeinderat und im Landtag nichts zu suchen hat.

Ich bin sehr für Arbeit auch unter Ausnützung der in der Verfassung stehenden Möglichkeiten, das ist völlig klar. Unterschriften für ein politisches Vorhaben zu sammeln, ist gut, ist seriös und auch Mittel der Politik. Nur, wie es dann präsentiert wird, das ist auch wesentlich für den Versuch, in einem seriösen Miteinander vorzugehen. Wobei ich nicht ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Ah geh ...)* - Sie brauchen nicht aufgeregt zu sein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist überhaupt nicht notwendig. *(Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wenn man präsentiert, was ist, ist es gut, aber ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Bitte zum Schlusssatz zu kommen.

GR Prof Harry **Kopietz** *(fortsetzend)*: ... in dem Fall war es eindeutig überzeichnet. *(Rufe bei ÖVP und FPÖ: Was?!)*

Das, was dann darauf die Folge war, war eigentlich eine Präsentation der Überzeichnung. Ich möchte jetzt nicht Schuld zuweisen, ich möchte jetzt nicht den Prügel in der Hand haben. *(Ruf bei der FPÖ: Nein! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* - Hören Sie mir noch eine Minute, bitte, zu!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Nein, lieber Herr GR Kopietz, einen Schlusssatz!

GR Prof Harry **Kopietz** *(fortsetzend)*: Ich weiß, drei Minuten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Es geht nicht mehr.

GR Prof Harry **Kopietz** *(fortsetzend)*: Ein Schlusssatz: Mein Anliegen ist, dass wir diese Situation nicht dazu benützen, weiter aufzuschaukeln, sondern eher, Herr Präsident - wir sind beide gleicher Meinung -

das Gespräch zu suchen, um ganz einfach Regelwerke zu finden, die die gemeinsame Arbeit auch seriös gestalten. Das ist ein hehres Anliegen, denke ich, von uns allen. Ich weiß, dass wir da einer Meinung sind. Und ich würde den Sommer dafür nützen, da auch entsprechende Maßnahmen zu setzen. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GRin Mag Barbara Feldmann: Ja, aber ihr ... das Messer!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster hat sich Herr GR Mag Gudenus zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Auch hier weise ich auf die drei Minuten hin, die zur Verfügung stehen.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir hatten in dieser Präsidiale während der Sitzungsunterbrechung ein sehr gutes Gespräch, und der Herr Vorsitzende hat auch die Konsequenzen aus diesem Gespräch gezogen und ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass so ein Verhalten hier in einem Gemeinderatssitzungssaal nicht zu dulden ist, dass jemand mit einem Messer hier nach vorne kommt und Kartons aufschneidet oder was auch immer tut. Er hat auch einen Ordnungsruf erteilt, denn mehr Möglichkeiten stehen in diesem Haus auch nicht zur Verfügung.

Aber es kann, bitte, nicht so sein, dass man jetzt hergeht und sagt oder irgendwie zum Ausdruck bringt, das, nur dass man Kartons hier herstellt, irgendwie ein zu aggressives Mittel wäre, das dann selbstverständlich eine Messerattacke verursache. Das kann es wohl auch wieder nicht sein! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

So kann es nicht sein, dass man hier Ursache und Wirkung vertauscht. Denn: Was ist daran eine aggressive Werbung, wenn man Kartons einfach hier aufstapelt? - Die sind hier gestanden, die sind nicht herumgeflogen oder sonst was. Sie haben Sie wahrscheinlich politisch sehr geärgert - das gebe ich zu, keine Frage -: Es ist ja für eine Regierungspartei nicht angenehm, wenn 149 000 Menschen unterschreiben. Aber sie sind einfach nur hier gestanden. Und dann kamen plötzlich Schreitiraden wie bei einem Fußball-Match und eine Messerattacke. Und das kann es nicht sein, das dulden wir nicht. Wir wollen hier eine Diskussion, die dieses Hauses würdig ist. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Isabella Leeb.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Nun kehren wir wieder zurück zur Rechnungsabschlussdebatte für das Jahr 2011. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dr Aigner. Ich weise darauf hin, dass seine Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist, und erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich hoffe, dass die Appelle zur Friedlichkeit gehört werden und dass wir nicht in Bälde die Kollegen von der Berufsfeuerwehr und von der Rathauswache hier am Rednerpult postieren müssen, weil man Angst haben muss, dass man möglicherweise attackiert wird. Und das, was mich eigentlich wirklich betroffen gemacht hat,

Herr Kollege Nevrviv: Sie haben da am Revers, glaube ich, so einen Anti-Gewalt-Sticker - also Sie sollten schon schauen, dass Sie Ihr eigenes Verhalten mit den Stickern, die Sie mit sich führen, auch in Einklang bringen. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Isabella Leeb.)*

Die Art und Weise, wie Sie sich nachher noch produziert haben, ist eigentlich das, was noch mehr betroffen macht: Dass Sie vielleicht noch stolz darauf sind, dass Sie im Gemeinderat mit einem Messer herumlaufen. Also das ist, glaube ich, etwas, ... - und vielleicht gibt es über den Ordnungsruf hinaus auch die Möglichkeit, einem Kollegen zumindest zu empfehlen, einen Amtsarzt aufzusuchen. Das wäre vielleicht auch eine Empfehlung. - Aber kommen wir zurück zur Verkehrspolitik. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Da kriegt man einen Ordnungsruf, wenn man das sagt! Ich sage es nur!)* - Nein, ich habe eine Anregung gemacht und glaube nicht, dass das einen Ordnungsruf verdienen würde. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Isabella Leeb.)*

Ich möchte nicht wissen, wie Sie reagiert hätten, wenn jemand aus einer anderen Fraktion mit einem Messer kommt. Dann wäre das nicht so locker über die Bühne gegangen. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Dietbert Kowarik: So ist es! – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Einen Karton aufschneiden!?)*

Entschuldigen Sie: Wer weiß, wo der sonst noch hingeschnitten hätte. Das weiß man ja nicht. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ihr habt einen Verfolgungswahn! – Wirklich! Das gibt es ja nicht!)*

Meine Damen und Herren! Zum Rechnungsabschluss und zur Frage der direkten Demokratie und zur Frage der Verkehrspolitik: Da bin ich nicht einer Meinung mit dem Herrn StR Juraczka, dass es Größe der Stadtregierung ist, sondern ich finde, die Stadtregierung und der Bürgermeister haben viel zu spät auf dieses sich abzeichnende Debakel reagiert.

Kehren wir zurück, geschichtlich, und führen wir uns vor Augen, wie überhastet, wie wenig durchdacht die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung angegangen worden ist: Manche Bezirke haben es teilweise erweitert, ein Bezirk hat es zur Gänze gemacht, ein Bezirk hat eine Volksbefragung gemacht. Es hat überhaupt kein Konzept gegeben. Dann hat die Unterschriftenaktion begonnen und dann hat es zunächst einmal geheißsen, das wird sich eh nicht ausgehen, wir fahren weiter. Morgen im Gemeinderat ist die Mittelfreigabe für die Erweiterung auf der Tagesordnung – ich glaube, 6 Millionen EUR sind hier präliminiert worden. Es sind ja an den Herrn Bürgermeister und an die SPÖ auch schon Appelle ergangen, sich aus der Verkehrspolitik nicht zur Gänze zu verabschieden und herauszunehmen und das alles den GRÜNEN zu überlassen.

Und jetzt sind die Unterschriften da, und jetzt ist eine Volksbefragung durchzuführen. Man soll sich da nicht hinter juristischen Argumenten verstecken. Die Unterschriften sind eingebracht, jetzt gibt es ein behördliches Verfahren. Und wenn die Volksbefragung nicht durchgeführt wird, dann muss es einen Bescheid geben, und dieser Bescheid kann vor dem

Verfassungsgerichtshof entsprechend bekämpft werden, wenn er negativ ist.

Im Übrigen wäre es sehr eigenartig, wenn vor zwei oder drei Jahren eine Volksbefragung über eine City-Maut, die so unbestimmt war, dass man eigentlich gar nicht gewusst hat, worüber man die Menschen befragt hat, durchgeführt worden ist, und jetzt über die Ausdehnung der Kurzparkzonen wäre es auf einmal unzulässig.

Also ich glaube nicht, dass hier verantwortungsbewusst gehandelt worden ist, sondern es ist eine Notbremse gezogen worden, die einfach zu ziehen war. Und die Aufgabe der Regierungsfraktion wäre es jetzt, den möglichen Schaden für den Steuerzahler möglichst hintanzuhalten und zu minimieren, indem sämtliche Vorarbeiten und sämtliche Steuergelder, die für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vorgesehen sind, eben gestoppt werden. Das ist einmal das Mindeste, was man tun kann, und dann wird man sehen. Aber um eine Volksbefragung werden Sie nicht herumkommen.

Und im Übrigen ist die Art und Weise wirklich sehr bedenklich, wie hier gegen das Auto als Verkehrsmittel an sich vorgegangen wird. Das verdient es, eine umfassende Debatte über die Verkehrspolitik durchzuführen, und dieser Debatte haben Sie sich bis dato entzogen. Das muss man vor allem der SPÖ ankreiden. Die GRÜNEN ziehen ihr Programm durch, aber eine Partei, die über 40 Prozent der Wählerstimmen hat, kann sich nicht einfach in so einem wichtigen Bereich der Kommunalpolitik völlig sozusagen hintanstellen.

Und wenn man von der Bürgerbeteiligung spricht und so tut, als ob der Charta-Prozess der Stein der Weisen und der Höhepunkt einer Bürgerbeteiligung wäre, dann erinnere ich Sie schon daran, dass unsere Verfassung direktdemokratische Elemente vorsieht. Und es ist nicht einzusehen, warum Sie diese direktdemokratischen Elemente letztendlich nicht einsetzen. Die Leute wollen nicht um ein Flipchart herum moderierte Gespräche führen, sondern die Menschen wollen in die Entscheidungen einbezogen werden. Und ich glaube, da haben Sie jetzt die Gelegenheit, letztendlich die eigenen Grundsätze entsprechend ernst zu nehmen.

Insgesamt gesehen ist die Verkehrspolitik gekennzeichnet von einem immer stärker werdenden Gegeneinander, nicht von einem Miteinander. Es wird völlig ausgeblendet, dass der Großteil der Menschen, die das Auto benutzen, das nicht aus Jux und Tollerei macht. Und im Übrigen ist die Automobilindustrie auch ein ganz wesentlicher Wirtschaftszweig in Europa und in Österreich. Sich zu erwarten, dass die Menschen Autos kaufen und dann nicht damit fahren, ist auch mehr als lebensfremd. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Verrohung der Sitten im Straßenverkehr, die vor allem seitens der Radfahrer im Endeffekt praktiziert wird, ist auch eine unmittelbare Konsequenz der einseitigen Bevorzugung, des Aufhebens jeglicher Regelung - das Radfahren gegen die Einbahn, das Radfahren auf dem Gehsteig, und zwar auch dann, wenn es nicht erlaubt ist,

das ständige Wechseln zwischen Radfahrstreifen und Fahrbahnen. Jetzt wollen Sie ja noch die Radwegbenutzungspflicht aufheben. Also einerseits bauen wir die Radwege, dann sagen wir aber, man muss nicht darauf fahren. - Das zeigt schon, dass Sie maßgebliche Ursache dafür sind, dass die Sitten und die Gebräuche im Straßenverkehr völlig entgleiten. Da kann man dann nicht glauben, dass, wenn man einfach eine Entschuldigungskampagne macht und irgendwelche Arbeitsgruppen einrichtet, das auch ein Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit ist.

Daher: Gehen Sie auch ein bisschen in sich! Es ist durchaus akzeptabel, dass Sie sagen, Ihnen ist das Radfahren wichtiger als das Autofahren, aber denken Sie auch an die Fußgänger. Gerade ein paar Meter weit von hier auf den Radwegen weiß man, wie leicht man als Fußgänger zum Freiwild werden kann. Und leisten auch Sie Ihren Beitrag dazu, dass Wien sicherer und lebenswerter wird!

Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln möchte ich Ihnen vielleicht auch noch mitgeben - als jemand, der selbst fast ausschließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt -: Es ist nicht nur die Frage des Preises, die die Attraktivität ausmacht, sondern auch die Frage der Verlässlichkeit. Es müssen die Wiener Linien in die Lage versetzt werden, auch ihren Fuhrpark zu erneuern, denn es ist wirklich keine Werbung, wenn jeden Tag irgendwo ein alter, offenkundig nicht ausreichend gewarteter U-Bahn-Zug verendet und es zu Rauchentwicklungen kommt, die Leute eine halbe Stunde, Dreiviertelstunde im Zug festgehalten sind, gerade bei diesen Temperaturen.

Das heißt: Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs hängt auch sehr stark davon ab, dass es gutes, etwa klimatisiertes Wagenmaterial gibt. Das kostet natürlich Geld, und dieses Geld müssen die Wiener Linien aufbringen oder zur Verfügung gestellt bekommen.

Also: Nur die Verbilligung der Jahreskarte allein ist nicht ausreichend, um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu heben.

Sie werden Verständnis haben, dass ich dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Valentin. Ich erteile ihm dieses.

GR Erich **Valentin** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich denke mir, wenn man ein bisschen etwas in Sachen Demokratie gelernt hat, dann vor allem, dass man Maßnahmen gemeinsam mit den Bürgern setzt. Und die Unterschrift eines Bürgers zählt genauso viel, ob diese nun von einer Regierungspartei oder von der Opposition gesammelt wurde. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)*

Jeder Politiker und jede Politikerin dieses Hauses tun daher gut daran, das zu akzeptieren beziehungsweise

das sogar als Fingerzeig für die politische Arbeit heranzuziehen. Deshalb meine ich, dass das, was gestern am Abend stattgefunden hat, dass es nämlich zu Gesprächen kommt, um eine sinnvolle politische Lösung zu finden, gescheit und klug ist.

Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Wenn man sich draußen umhört, dann stellt man fest: Die Wienerin und der Wiener wollen, dass die Stadt in ihrem beziehungsweise seinem Sinn funktioniert, dass sie angenehm ist und dass die Bedürfnisse, die man hat, erfüllt werden. Der Wiener und die Wienerin erwarten sich von der Politik, dass sie dazu ihren Beitrag leistet, dass sie Lösungen anbietet, die das Leben der Wienerinnen und Wiener erleichtert. Daher ist es gescheit, dass man sich zu konstruktiven Gesprächen zusammensetzt und eine Lösung schafft, und deshalb richte ich einmal mehr meinen Dank an den Bürgermeister, an die Frau Vizebürgermeisterin, aber auch an die ÖVP.

Ich meine nämlich, dass gerade Verkehrspolitik nicht dafür geeignet ist, Bürgergruppen gegeneinander aufzuhetzen. Der Bürger, der heute mit dem Fahrrad fährt, ist der Bürger, der morgen im Auto sitzt und seine Wege erledigt. Die Bürgerin, die heute gerne spazieren geht und den Freiraum genießt, ist dieselbe Bürgerin, die sich am nächsten Tag in eine Garage stellt und das als Grundvoraussetzung dafür sieht, dass man an der Oberfläche Freiraum geschaffen hat.

Deshalb sage ich einmal mehr: Ich hoffe, dass diese Frage, die in den letzten Tagen und Wochen gerade in Wien ein Dauerbrenner war, so gelöst wird, dass die Wienerinnen und Wiener sagen, es wurde ein weiterer Schritt gesetzt, um eine vernünftige Verkehrspolitik zu machen.

Lassen Sie mich jetzt aber inhaltlich einiges herauschälen, was bedeutsam ist. So homogen – und das ist kein Vorwurf – in den Verhandlungen ist die ÖVP ja auch nicht! (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fitz Aichinger.*) Ich bin ein genauso überzeugter Wirtschaftskammerer wie du, Fritz! Ich bin nicht so hoch oben, sondern klein und gehöre zum Fußvolk. Jedenfalls bin ich aber Funktionär der Wirtschaftskammer Wien und der Wirtschaftskammer Österreich, und ich habe auch die Post unserer gemeinsamen Präsidentin Jank bekommen, in welcher diese die Verhandlungen mit der Frau Vizebürgermeisterin gelobt und aufgezählt hat, was sie alles herausgeholt hat. Also: Die Präsidentin war nicht ganz unzufrieden! Und ich kann auch die Bezirksvorsteher im inneren Gürtelbereich verstehen, die sagen, dass die Parkraumbewirtschaftung in ihren Bezirken sehr viel gebracht hat. – Ich versuche jetzt also, nur das Gemeinsame herauszuarbeiten.

Wir wissen, dass es unser gemeinsames Anliegen ist, jene 170 000 niederösterreichischen Pendler – insgesamt sind es 250 000 in Wien –, die einpendeln, so weit wie möglich vom Auto auf die Öffis zu bringen. Diesbezüglich sind wir uns einig. Wenn wir das nicht schaffen, ist Verkehrspolitik in dieser Stadt nicht machbar.

In Anbetracht dessen sollen die Gespräche der

Zukunft auch dazu führen, dass man dieses Gemeinsame in den Vordergrund stellt, nämlich zu schauen, dass auch der Freiraum für Mobilität in hohem Maße den Wienerinnen und Wienern zugute kommt. Ich meine, auch das ist eine der nicht wegzudiskutierenden Zielsetzungen. Die Wienerinnen und Wiener wollen nämlich auch nicht einsehen, warum dann ein Laterndlparker ihren Parkraum verstellt, weil wir Arbeitsplätze für Niederösterreich anbieten und wir den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern – wobei das kein Vorwurf ist! – die Lebensqualität sichern, was ihnen in Niederösterreich im Speckgürtel nicht möglich ist, weil es dort zwar Grünraum gibt, wie man es ihnen versprochen hat, aber nicht sehr viel mehr. Und das Gemeinsame, das Suchen nach einer gemeinsamen Lösung sollte uns in den nächsten Tagen leiten.

Etwas hat sich nämlich sehr wohl erwiesen: Dort, wo wir die Parkraumbewirtschaftung eingeführt haben, hat sich der Verkehr bis zu 20 Prozent reduziert. Dort haben wir Pendlerinnen und Pendler rausgehalten, und das macht durchaus sehr viel Sinn.

Ich meine also, wir müssen dieses Gemeinsame, diese beiden Aspekte in den Vordergrund stellen, indem wir sagen, dass wir einerseits erlebbaren Freiraum an der Oberfläche für die Wienerinnen und Wiener schaffen wollen und dass wir andererseits dafür sorgen wollen, dass die Pendler möglichst mit den Öffis in die Stadt kommen, weil wir sie gerne als Arbeitskräfte in unserer Stadt sehen, es aber bevorzugen würden, wenn sie die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.

Außerdem müssen wir auch einen Appell an Ihre Parteifreunde in Niederösterreich richten und ihnen klar machen, dass es nicht damit getan ist, dass man den Leute sagt, dass sie billigen Baugrund, ein billiges Fertigteilhaus und eine Wohnbauförderung bekommen, ohne dass es im Speckgürtel eine entsprechende Infrastruktur gibt und ohne dass die Niederösterreicher Parkhäuser dort bauen, wo es Sinn macht. Es macht nämlich keinen Sinn, mitten in der Stadt Park-and-ride-Anlagen zu schaffen, wo die Leute nicht mehr umsteigen. Die Leute steigen nämlich immer schwerer um, je länger sie im Auto sitzen. Das wissen wir. (*Zwischenruf von GRin Henriette Frank.*)

Die Park-and-ride-Anlagen müssen also dort geschaffen werden, wo die Bahn in Niederösterreich in den großen Gemeinden anbindet. Dort müssen Park-and-ride-Anlagen geschaffen werden, denn wenn die Leute einmal in den Öffis sind, meine Damen und Herren, dann werden sie auch dort bleiben und in der Stadt die Öffis benutzen.

Das ist eine grundsätzliche Sache. Wir wissen ganz genau, dass wir in Wien hervorragende Werte haben. Über 36 Prozent fahren mit den Öffis. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das habe ich heute erlebt!*) Und über 66 Prozent fahren im Umweltverbund, das sind zwei Drittel. Genau das Gegenteil ist aber bei den Einpendlern der Fall: Von diesen fahren weniger als ein Drittel mit den Öffis oder mit dem Verkehrsverbund, und zwei Drittel kommen mit dem Auto. Ich weiß schon, dass man denen das nicht vorwerfen kann, aber der Politik in

Niederösterreich muss man sehr wohl sagen: Freunde ihr nehmt die Steuern von den Menschen, bitte leistet auch etwas dafür! Das ist nämlich ihre Sache und nicht unsere. – Das wollte ich grundsätzlich einmal sagen.

Ich denke mir: Wenn das die Eckpfeiler einer gemeinsamen Lösung sind, dann ist mir nicht bange! Und ich bin auch sicher, dass die ÖVP-Fraktion auch auf Frau Präsidentin Jank hört, die das durchaus positiv sieht, und dass sie auf die Erfahrungen der Bezirksvorsteher hört, die in eurem Bereich Erfahrungen mit Parkraumbewirtschaftung haben und die auch alle sehr zufrieden sind. Ich meine beziehungsweise hoffe, dass wir mit diesem Background eine durchaus vernünftige Lösung finden können. *(Beifall von GR Christian Hursky.)* Danke.

Lassen Sie mich jetzt zu einem zweiten Punkt kommen, der mir sehr am Herzen liegt: Wir stehen als Centropo-Region vor einer unerhörten Erfolgsgeschichte, die in anderen Regionen Europas Oppositionspolitiker ebenso wie Regierungsfractionspolitiker mit Stolz erfüllen würde. Wir gehören zu einer der reichsten Regionen Europas. Wir haben im Gegensatz zu anderen Regionen Preise, die sich günstiger für die Bevölkerung darstellen. Wir sind im Ranking der teureren Metropolen merkbar abgesunken, das heißt, das Leben in der Stadt ist preiswerter geworden. Wien hat einige Male den Platz 1 bei Mercer gewonnen, und dabei sind beispielsweise die Abfragepunkte Grünraum und Qualität öffentlicher Verkehrsmittel durchaus wichtige Kriterien. Wir haben bei den Smart Cities den 1. Platz errungen.

In Wirklichkeit denke ich ein bisschen sehnsüchtig an die Debatten in diesem Haus, in denen wir über die Visionen dieser Stadt gesprochen haben, etwa darüber, wie sich die Stadt weiterentwickeln soll und was wir in der Centropo-Region Neues tun können, und ich sehe mit Bedauern, dass wir zwar die wichtige Frage der Parkraumbewirtschaftung diskutieren, dass wir aber das Visionäre in dieser Debatte offensichtlich gänzlich verloren haben.

Und das ist schlecht, meine Damen und Herren, denn viele schauen auf uns, weil mit dieser Centropo-Region – ich sage es jetzt ein weiteres Mal, ich habe es schon einige Male gesagt – wirklich eine ganz einmalige Situation in Europa geschaffen wurde. Die Konstellation der Partnerschaft mit Städten wie Bratislava und Brunn ist etwas Einzigartiges auch im Hinblick auf den Austausch von Wissen, Kultur und Arbeitsplatzsituationen. Daher sollten wir uns das gemeinsam ansehen, und das vermisste ich bei der aktuellen Debatte gänzlich!

Meine Damen und Herren! Wir werden in dieser Stadt einen Zuzug aus Europa haben, vor allem – wie in den letzten Jahren – verstärkt auch aus den östlichen Bundesländern Deutschlands, weil viele Menschen in dieser Stadt Arbeit und eine neue Heimat finden. Darauf müssen wir vorbereitet sein, und, die Vorbereitungen der Stadt laufen weiter. Die derzeitige Landesregierung hat die 13 Referenzgebiete als Stadterneuerungsgebiete und Stadterweiterungsgebiete ausgewiesen und entwickelt diese weiter. Der Nordwestbahnhof in der Brigittenau ist

sozusagen als 14. Gebiet imaginär dazugewachsen.

Das sind die wirklichen Herausforderungen! Wir werden in Bälde, wenn wir es nicht eh schon längst geworden sind, nach Berlin die zweitgrößte deutschsprachige Stadt Europas sein. Wir haben in vielen Bereichen von IT-Technologie und Hightech-Technologie Vorbildrolle. Wir sind die unbestrittene Drehscheibe zum Osten, zu Südeuropa und Südosteuropa. Und für all das braucht man visionäre Gedanken.

Ich möchte meine Rede auch in diesem Sinne verstanden wissen. So wichtig das Thema Parkraumbewirtschaftung ist: Ich meine, die Frage, wie sich die Stadt in den nächsten 20, 30, 40, 50 Jahren weiterentwickelt, ist zumindest ebenso spannend, wenn nicht wesentlich spannender!

Meine Damen und Herren! Ich möchte außer diesen zwei Gedanken, den aktuelleren und den grundsätzlicheren, die ich heute ausgeführt habe, letztendlich noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt und den Mitarbeitern in dieser Geschäftsgruppe für ihre hervorragende Arbeit danken. Ich möchte aber vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen danken, die tagtäglich zeigen, dass die Stadt gut organisiert ist, und die tagtäglich zeigen, dass die Stadt ihre Aufgaben sehr erfolgreich wahrnimmt.

Ich möchte Sie einladen, die im Zuge der heutigen grundsätzlichen Debatte eingebrachten Gedanken als Angebot aufzufassen, konstruktiv zusammenzuarbeiten und nach Tunlichkeit den Wahlkampf – das habe ich auch den Worten des Präsidenten Kopietz entnommen – auf die Zeit davor zu reduzieren. Ich denke mir, dass die Menschen, denen wir begegnen, es sehr zu schätzen wissen, wenn konstruktive Arbeit geleistet wird, und auch sehr genau abwägen können, wer diese Arbeit tut.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, lade ich Sie ein, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen, und ich lade Sie darüber hinaus ein, im Umgang miteinander eventuell die Emotionen um einen Gang zurückzuschalten und dafür zwei Gänge inhaltliche Arbeit dazuschalten. – Danke schön.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm und weise darauf hin, dass die maximale Redezeit nunmehr 15 Minuten beträgt.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, der heutige Vormittag hat wieder einmal in trauriger Art und Weise gezeigt, wie es um die Gesamtpolitik in dieser Stadt steht! Nicht genug, dass wir all das erleben müssen, sondern dann tritt auch noch der Präsident des Landtags hier vors Mikrofon und versucht, eine Moralpredigt zu halten, die in die Richtung geht, dass aus Opfern Täter gemacht werden. – Ich glaube, man muss schon in den eigenen Reihen die Probleme suchen!

Man muss, wie Kollege Valentin jetzt angesprochen

hat – und ich bin ihm sehr dankbar für diese Worte! –, bemüht sein, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Auch ich glaube, dass gerade das Verkehrsthema sich absolut nicht für große Emotionen eignet. Das sage ich jetzt bewusst in Richtung der zuständigen Stadtregierung und der Vizebürgermeisterin, die gerade die Emotionen in diesem Bereich, wie ich leider sagen muss, immer wieder gefördert hat.

Aber ich freue mich, wenn es jetzt eine Erkenntnis gibt und wir vielleicht in diesem Zusammenhang die Sachpolitik stärker in den Vordergrund rücken können, denn es geht letztendlich um die Menschen, nämlich um Menschen, die sich ausdrücklich zu einem anderen Konzept, als es die rot-grüne Koalition vorgeschlagen hat, bekannt haben. Es waren fast 150 000, und wenn wir weiter gesammelt hätten, dann wären es noch viel mehr geworden.

Ich möchte das noch einmal in Erinnerung rufen, weil die Würdigung jener Menschen meiner Meinung nach heute zu kurz gekommen ist, welche sich mit Namen, Anschrift, Geburtsdatum und ihrer Unterschriftsleistung offen für ein anderes Modell und für eine Bürgerbeteiligung ausgesprochen haben. Diese Menschen haben sich deklariert. Und es gibt noch viele andere, die gesagt haben, dass sie nicht offiziell unterschreiben wollen, die aber mit dem Gedankengut, das dahintersteckt, sympathisieren, und das sind Multiplikatoren. Wir haben also 150 000 Unterschriften von 150 000 Menschen hier übergeben, aber dahinter stehen noch viel mehr Menschen, die eine ordentliche Verkehrspolitik in dieser Stadt wollen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Schauen wir uns doch die Situation an: Wir haben in Wien in zunehmendem Maße – und das ist in allen Großstädten der Fall – immer wieder Staus. In den letzten Monaten hat die Staufrequenz aber zugenommen. Man merkt, dass die Ampelschaltung da und dort verändert wird, und dann kann man mutmaßen, ob es da bestimmte Hintergründe politischer Natur gibt. Offenbar geht es aber darum, irgendwie den Mobilitätsfaktor in dieser Stadt herunterzufahren, um irgendetwas ideologisch durchzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sage ich jetzt insbesondere an die Adresse der GRÜNEN: Ich glaube, gerade die ÖVP war bisher nicht die Fraktion, die sich besonders gegen das Radfahren ausgesprochen hat. Radfahren ist eine Form der Mobilität, die gleichberechtigt wie die anderen Formen des Modal-Split in dieser Stadt zugelassen ist und ihr Recht haben soll. Aber den Fahrradfetischismus, so wie er hier als politisches Programm betrieben wird, um eine Wählerklientel der GRÜNEN zu bedienen, sehr geehrte Damen und Herren, müssen wir ablehnen!

Da werden jetzt in dicht verbauten Gebieten Fahrrad-Highways gebaut wie etwa die Verbindung von der Hasnerstraße zur Innenstadt, und es wird auch vor dem Umschneiden von Bäumen nicht Halt gemacht, auch wenn Kollege Chorherr das hier beschwichtigt hat. – Er kommt jetzt gerade in den Saal. Im Bezirk haben die GRÜNEN gegen den Antrag gestimmt, das heißt, für das

Fällen der Bäume in der Wiedner Hauptstraße. Ich verstehe nicht, was für eine Intention der GRÜNEN dahintersteckt, dass man jetzt vom alten Gott Baum zum neuen Gott Fahrrad übergeht! Jedenfalls bitte ich aber, da endlich Vernunft einkehren lassen! Ein Umdenken ist gefragt!

Auch der Ring-Rundradweg hat viele Bäume gekostet, und ob das notwendig war, sollte man wirklich noch einmal hinterfragen! Noch viel schlimmer ist aber, dass man versucht, durch provokative Fahrradwegverbreiterungen wie zum Beispiel in Margareten, die verkehrstechnisch überhaupt nicht notwendig sind, den Individualverkehr einzuschränken, da und dort eine Spur wegzunehmen und damit wieder neuralgische Stauunkte zu verursachen.

Meine Damen und Herren! Solche Gefahrensituationen, wie wir sie auch in Simmering durch Radwege bekommen haben, sind abzulehnen. Ich möchte deshalb gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak, Norbert Walter und Martin Flicker einen Antrag einbringen, der vor allem auf die bestehenden Radwege Bezug nimmt. Wir fordern, dass im Rahmen der Radwegerweiterung, bevor Erweiterungen vorgenommen werden, die entsprechenden Radwege saniert und instand gesetzt werden. – In formeller Hinsicht fordern wir die sofortige Abstimmung.

Ich weiß nicht, ob der roten Fraktion in der Zwischenzeit bewusst geworden ist, dass die Politik, die zumindest bisher von den GRÜNEN gemacht wurde, eine reine Selbstoptimierungsstrategie der Kernmannschaft der GRÜNEN ist. Ich erinnere nur an die Mariahilfer Straße. Das war einer der ersten Flops der grünen Stadträtin, und sie hätte daraus eigentlich lernen können, dass mit Drüberfahren und Pseudobürgerbeteiligung nicht viel zu gewinnen ist! Da haben eine Umfrage und eine echte Bürgerbeteiligung der ÖVP dort, wo wir damit begonnen haben, zu anderen Signalen geführt. Dort ist man zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen! Heute ist dieses Thema Mariahilfer Straße schon wieder verschwunden, es ist halt ein Flop mehr der GRÜNEN bei der bisherigen Regierungsarbeit.

Die ÖVP war bisher die Stimme der Vernunft im Bereich der Verkehrspolitik und auch in vielen anderen Bereichen, und wir werden das auch in Zukunft gerne sein. Deshalb muss man jetzt nach der Übergabe der fast 150 000 Unterschriften, was ein Vielfaches der gesetzlich notwendigen Zahl ist, zurück an den Start gehen. Es ist jetzt ein komplettes Maßnahmenpaket notwendig. Parkraumbewirtschaftung allein ist ja noch kein Konzept, sondern es geht darum, die gesamte Verkehrspolitik in dieser Stadt ordentlich und in einer tauglichen Form zu gestalten, und das müssen wir gemeinsam angehen.

Wir sind zu Gesprächen bereit, wir lassen uns aber sicherlich nicht vereinnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit kosmetischen Maßnahmen wird man nichts erreichen. Deshalb bin ich dir, Erich Valentin, sehr dankbar und werde dich beim Wort nehmen, weil ich deine Einflussosphäre im Fraktionsbereich kenne! Du

hast ganz klar gesagt, dass es jetzt um große Maßnahmen geht. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit Parkraumbewirtschaftung in dieser Stadt überhaupt Sinn haben kann. Das heißt, dass wir Parkplätze schaffen müssen. Das heißt, dass für die Einpendler ordentliche Park-and-ride-Anlagen im Umland errichtet werden müssen. Und es muss auch darauf geachtet werden – und diesbezüglich ist speziell die SPÖ gefordert –, dass nicht wieder die gesamten zweckgewidmeten Mittel der Parkometerabgabe in die andere Richtung gehen, sondern dass sie wirklich in den Bau von Park-and-ride-Anlagen fließen.

Ich bin durchaus auch dabei, wenn das Gespräch mit Niederösterreich gesucht wird. Bekanntlich ist der Draht, den der Bürgermeister der Stadt Wien zum Landeshauptmann hat, sehr gut. Nützt diesen doch! Redet miteinander! Sorgt dafür, dass wirklich eine Vernetzung verkehrspolitischer Natur erfolgt! Wir müssen nämlich selbstverständlich auch den Einpendlern ein Angebot machen. Aber zu sagen, dass von heute auf morgen die Luken dicht gemacht werden, ist kein Angebot! Zuerst muss man Parkplätze schaffen und den öffentlichen Verkehr ins Umland erweitern, man muss die Qualität verbessern. Erst dann haben wir eine Chance, das Verkehrsproblem dieser Stadt wirklich in den Griff zu bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um das zu untermauern, möchte ich gemeinsam mit Klubobmann Fritz Aichinger, Bernhard Dworak und Alexander Neuhuber einen Antrag zum Ausbau der U-Bahn ins Wiener Umland einbringen. Auch diesbezüglich fordern wir die sofortige Abstimmung. Der Antrag ist Ihnen ja zugegangen, sehr geehrte Damen und Herren, deshalb ist Ihnen der Inhalt bekannt.

Ich möchte aber auch noch einmal ganz klar in Richtung der GRÜNEN sagen, dass sie hier vielleicht ein bisschen zu kurz gedacht haben. Vielleicht kann man das auch auf die große Unerfahrenheit der GRÜNEN zurückführen. Sie haben kein Fundament gemacht, sondern irgendein Potemkinsches Dorf gebaut und ein paar Wände aufgezogen. So waren sie schnell bei der Gleichfeier und haben gesagt, das ist unser Lösungskonzept! – Aber natürlich fällt all das jetzt in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Da hilft es auch nichts, wenn Sie das beschönigen!

Daher meine ich, dass die Grüne Fraktion auch in diesem Zusammenhang gut beraten ist, das Thema Volksabstimmung ernst zu nehmen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie mit 1. Oktober das Konzept, wie es jetzt vorgesehen ist, eingeführt werden kann! Wir werden darauf bestehen, dass das Volk befragt wird, und das muss aus gesetzlichen Gründen drei Monate vor Einführung erfolgen, wenn wir den heutigen Tag als Stichtag nehmen. Das bedeutet auch, dass Sie auch alle anderen Vorbereitungsaktionen – und morgen gibt es ja auch einige Tagesordnungspunkte dazu – natürlich sistieren müssen, denn wir können jetzt keine Vorbereitungsaktionen beschließen, wenn wir noch gar nicht wissen, was kommen wird! Um ein ehrliches Konzept an den Tag zu legen, heißt es daher: Zurück an

den Start! Fangen wir neu an! Und wenn alles klar ist, dann können wir auch die notwendigen Beschlüsse fassen. – Das ist ehrliche Verkehrspolitik, und das erwarte ich mir von der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte jetzt noch eine weitere Idee zum Thema Garagentarife und Parkgaragen einbringen. – Wir brauchen natürlich auch für die Anwohner entsprechende Möglichkeiten. Wenn wir zu wenig Parkplätze in den Innenstadtbezirken haben, dann müssen wir welche schaffen. Auch das ist ein Teil des Verkehrskonzepts, und dazu brauchen wir auch günstige Garagentarife, damit das leistbar ist. Daher möchte ich gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak, Norbert Walter und Martin Flicker fordern, dass die Laufzeit für die günstigen Garagentarife bei Wohnsammelgaragen auch weiterhin erhalten bleibt. – Auch diesbezüglich fordern wir die sofortige Abstimmung.

Ergänzend möchte ich jetzt noch den Antrag auf Stopp der Baumfällung im Zuge der Fahrradwegeprojekte einbringen, ich habe nämlich vorher vergessen, diesen einzubringen. Auch dieser Antrag ist Ihnen zugegangen. Ich übergebe ihn nachher auch dem Vorsitzenden. Auch diesfalls fordern wir die sofortige Abstimmung, sehr geehrte Damen und Herren.

Lassen Sie mich, weil wir jetzt in der Rechnungsabschlussdebatte sind, auch ein paar andere Themen ansprechen, die in diesem Ressort auch wichtig sind und die, wie ich glaube, ein bisschen zugedeckt werden von der großen Diskussion über die Parkraumbewirtschaftung, die sich die Frau Verkehrsstadträtin irgendwie selbst zuzuschreiben hat. Sie hat sehr stark darum gekämpft, den Begriff Klimaschutz auf ihr Türschild schreiben zu können. – Ich habe jedoch wenig gemerkt von einem Klimaschutzprogramm, das jetzt von der Stadträtin ausgegangen sein soll. Ich denke aber, dass das ein sehr wichtiges Thema ist. Gerade wenn sich die Frau Bundesvorsitzende besonders um Rio bemüht und dort große Ratschläge gibt, wäre es eigentlich gescheit, wenn die Wiener Vorsitzende etwas in ihrem eigenen Wirkungsbereich tut! Das Einzige, was ich wahrgenommen habe, ist jedoch die Gründung einer Magistratsabteilung, nämlich der MA 20. Sonst hat man nicht viel gehört.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das Wort Green Jobs hat für mich in der Zwischenzeit eine ganz andere Bedeutung erlangt! Es geht dabei nicht mehr darum, Umwelttechnologien zu nutzen, um hier auch Jobs zu schaffen, sondern es geht einfach darum, Postenschacher zu betreiben und Grüne im Bereich der Stadt Wien mit Jobs zu versorgen. Wenn das die neue Politik der GRÜNEN mit Green Jobs ist, sehr geehrte Damen und Herren, dann werden wir auch das in Zukunft entsprechend thematisieren!

Ich glaube, die Parkraumbewirtschaftung als Klimaschutzmaßnahme zu verkaufen, hat sich in der Zwischenzeit schon ad absurdum geführt! Und es war heute und auch schon gestern vom Bürgersolkraftwerk

die Rede, das ja so toll funktioniert hat: Ich möchte jetzt nicht falsch verstanden werden, möchte aber doch feststellen, dass die Idee ein bisschen älter ist, als die GRÜNEN in der Regierung sind! Eigentlich war das eine Idee, die ich gemeinsam mit Erich Valentin geboren habe und die wir umsetzen wollten, die Zeit hat aber in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr gereicht. Dass das jetzt von Rot-Grün umgesetzt wurde, ist löblich und nett. Es ist dies aber sicherlich keine grüne Leistung, sondern hier wurden einfach die Ideen von anderen abgesehen, wie Sie es auch in anderen Bereichen praktizieren. Wir gönnen Ihnen diesen Erfolg, weil das eine gute Sache für die Menschen ist. Aber das löst nicht das Problem, dass wir bei den Anträgen der Solarförderung in Wien wieder Schlusslicht sind und Rückgänge haben. Ich glaube, das muss sich auch die Frau Stadträtin anrechnen lassen!

Meine Damen und Herren! Zuallerletzt muss ich hier noch etwas klar sagen, weil nach mir wahrscheinlich ein Antrag der Freiheitlichen zum Thema Bürgerbeteiligung und Flughafen eingebracht werden wird. Bei allem Respekt vor Bürgerbeteiligungen: Wenn es um ein grenzübergreifendes Projekt geht, dann muss natürlich auch die Bürgerbeteiligung grenzübergreifend erfolgen. Dann reicht eine Bürgerbeteiligung in Wien nicht aus. Ich glaube aber, dass man dieses Problems auch anders Herr werden kann, nämlich durch das Aufgreifen des Mediationsverfahrens.

Ich möchte daher gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak, Fritz Aichinger und Alexander Neuhuber einen Antrag betreffend Bürgerbeteiligung im Hinblick auf die dritte Piste auf dem Flughafen Schwechat einbringen. Dabei geht es darum, das bestehende Verfahren neu aufzurollen und mit den Menschen in Wien und Niederösterreich zu reden. Denn es ist klar: Es wird nicht mehr funktionieren, wenn man sagt, dass man die Menschen eingebunden hat und ein teures Verfahren à la Bürgerbeteiligung oder ein Mediationsverfahren – wie es dort genannt wurde – initiiert, und im Endeffekt alle Beteiligten unzufrieden sind, die Wirtschaft und die Menschen. In diesem Zusammenhang ist der Herr Bürgermeister gefragt, und wir fordern ihn auf, diese Nachverhandlungen zu initiieren, und bitten auch um seine Unterstützung. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir fordern auch hier die sofortige Abstimmung.

Lassen Sie mich zuallerletzt noch einmal einen Appell an die Frau Stadträtin und die Grüne Fraktion richten: Ich glaube, insgesamt gesehen war es kein besonders gutes Jahr für die GRÜNEN, aber vielleicht ein sehr lehrreiches Jahr auch in Richtung Demokratie. Schauen Sie, dass Sie Ihrem Türschild ein bisschen besser entsprechen! Achten Sie darauf, dass nicht aus „Verkehr“ „verquert“ wird, wie es eigentlich dort steht müsste! Schauen Sie, dass auch bei der Bürgerbeteiligung das Schild wieder umgedreht wird, denn momentan haben Sie es, glaube ich, verdeckt. Und achten Sie darauf, dass beim Umweltschutz und beim Klimaschutz wirklich einmal etwas getan wird, sehr geehrte Damen und Herren! Dann können wir in Zukunft

Ihren Ideen vielleicht mehr abgewinnen. Diesem Rechnungsabschluss können wir jedoch nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn GR Mag Chorherr, das Wort erteile, möchte ich ganz herzlich die Schülerinnen und Schüler des Polytechnischen Lehrganges aus der Burggasse, meinem Wohnbezirk, hier im Gemeinderatssitzungssaal willkommen heißen. *(Allgemeiner Beifall)*

Nun ist Herr GR Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Ich wollte mich eigentlich auf Planungsagenden konzentrieren, möchte aber zunächst noch einige Bemerkungen zur Verkehrsdiskussion machen.

Erstens möchte ich bemerken: Glückliches Wien, dass der Fokus der Auseinandersetzung auf dem Parkpickerl liegt! Wenn ich mir die Ereignisse auf der Welt anschau und feststelle, vor welchen Problemen Städte stehen – so beträgt etwa die Jugendarbeitslosigkeit in Europa rund 50 Prozent –, und dann hier erlebe, dass der Fokus in Wien auf dem Parkpickerl liegt, dann sage ich bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind: Ich liebe unsere gemeinsame Stadt Wien! Möge uns in den nächsten 20 Jahren nichts Schlimmeres passieren, als dass wir kontroverse Varianten der Parkraumbewirtschaftung diskutieren!

Das war meine erste Bemerkung. Der andere Punkt, der damit zusammenhängt, ist in der Tat ein großes Thema, und ich möchte jetzt ein bisschen einen Bogen spannen zwischen Verkehr, Demokratie und der gesamten Umweltfrage. Die Frage, worüber überall abgestimmt werden soll, ist nämlich gar nicht leicht zu beantworten.

Ich beziehe mich jetzt auf das Grazer Beispiel und die komplexe Frage, ob ein großes Grundstück, das auf dem Markt ist, von der Stadt Graz gekauft werden soll: Ja oder Nein? Diese Frage wird jetzt in Graz gestellt. Ob es sinnvoll ist, darüber abzustimmen, bezweifle ich. *(Zwischenrufe von GRin Ing Isabella Leeb und GRin Henriette Frank.)* Ich bemühe mich jetzt, trotz der Zwischenrufe eine reflexive Rede zu halten! Ich bin neugierig, ob ich das bis zum Schluss durchhalten kann!

Ich schaue mir einen der reichsten Bundesstaaten der USA an, nämlich Kalifornien. Kalifornien ist pleite, aber nicht, weil Kalifornien so arm ist, sondern weil Kalifornien eine Verfassung hat, gemäß welcher auch über Steuerfragen laufend abgestimmt werden kann. Das hatte zur Konsequenz, dass dort auf der Einnahmenseite überhaupt nichts geht und auch auf der Aufgabenseite ganz klare Limits vorgesehen sind und dass in einem wirklich reichen Staat wie Kalifornien moderate Steuererhöhungen vor allem für die Besserverdienenden, durch welche das Budget sofort saniert werden könnte – auch wenn wir noch immer weit weg wären von europäischen Steuergrenzen –, nicht möglich sind. So ist das dort, und deswegen ist

Kalifornien pleite.

Wir haben Gott sei Dank eine progressive Lohn- und Einkommenssteuer. Es gibt Wassergebühren, es gibt Kanalgebühren, es gibt alle möglichen Abgaben, die kaum jemand gern zahlt. Ich würde es aber für falsch halten, über all das abzustimmen. Das sage ich jetzt einmal in dieser Härte. Und es ist eine Frage der Abwägung, wo Politik ein Verhandlungsbeziehungsweise Aushandlungsort ist. Insofern halte ich es für gut und richtig, dass, wenn eine Partei nach eigenen Angaben – und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln – über 100 000 Unterschriften zu einem Thema sammelt, das sehr viele Leute bewegt, aufregt und motiviert, dieses Handeln der Bürger selbstverständlich nicht nur voll inhaltlich ernst zu nehmen ist, sondern selbstverständlich darüber Gespräche stattzufinden haben. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Und es kommt jetzt gar kein Aber. Das ist für mich Demokratie. Selbstverständlich müssen sich in einem solchen Fall Vertreter der Bürger zusammensetzen und schauen, ob es Gemeinsamkeiten gibt. Darüber werden nächste Woche und in der Folge Gespräche geführt werden, und ich werde keinen Entschluss betreffend Parkraumbewirtschaftung, wie sie aus unserer Sicht mit 1. Oktober starten soll – ich komme noch dazu –, sozusagen als das klügste und genialste Modell bezeichnen, das jetzt in Beton oder was auch immer gemeißelt ist und die nächsten 500 Jahre so bestehen wird. Nein! Das kann man weiterentwickeln, schlauer machen, akzeptabler machen.

Ich sage das jetzt bewusst auch in Abgrenzung zu einer plebiszitären Demokratie, und darüber möchte ich jetzt sprechen. Eine plebiszitäre Demokratie ohne den Raum des Aushandelns und ohne Möglichkeit, Kompromisse zu schließen, kann nicht funktionieren. Hans Kelsen – ich habe das bewusst noch einmal gelesen – hat sinngemäß gesagt: Der Wille des Volkers liegt nicht irgendwo herum, sodass ihn nur jemand mit einer Lupe suchen muss. Vielmehr gibt es die unterschiedlichsten Anschauungen, wie wir alle wissen. Wir müssen uns etwa nur die Foren zur Verkehrspolitik anschauen: Dort sind die Diskrepanzen so weit gespannt und vielfältig, wie sich Leute den Verkehr in Wien vorstellen. Es gibt nahezu so viele Meinungen, wie es Einwohner oder wie es Fußballtrainer gibt.

Dafür gibt es die repräsentative Demokratie, die Kompromisse auch zwischen Parteien auslotet. So. Und ich halte es für einen gefährlichen Weg, der jetzt auch auf der Bundesebene gegangen wird, zu sagen: Weil es jetzt eine Antipolitik und eine Stimmung gegen alle Parteien gibt, lösen wir das insofern, indem wir sagen, okay, das ist, wie es ist, lassen wir das Volk entscheiden!

Jetzt komme ich zu Planungsfragen. Da kommt das auch ganz oft. Es gibt viele Planungsvorgaben, und ich war in den letzten 14 Tage in einigen Bürgerversammlungen, und jetzt leite ich über und sage, Stadterweiterung und direkte Demokratie: Nahezu nirgendwo, wo wir den Vorschlag machen beziehungsweise die Stadt den wohl begründeten

Vorschlag macht, neue Wohnungen zu bauen, werden die Anrainer schreien: Bravo! Danke! Super! Wien wächst, und das auch bei uns! – Das ist nahezu nie die Reaktion, sondern die verständliche Reaktion ist, dass die Anrainer dagegen sind, denn natürlich sind Bauvorhaben mit Lärm verbunden, manchmal wird auch ein Ausblick weggenommen, und mehr Siedlungen bedeutet auch mehr Verkehr, auch wenn man versucht, das moderat zu halten. Jedenfalls werden die Anrainer sagen: Das wollen wir eigentlich eher nicht!

Meine Damen und Herren! Würden wir – und das ist wichtiger Punkt – über jede einzelne Flächenwidmung eine Volksbefragung vornehmen – und dieser Vorschlag kommt ja manchmal –, indem wir zum Beispiel die Anrainer fragen, ob sie das wollen oder nicht, dann ist ein Weg mit Garantie vorgezeichnet, und dieser Weg heißt: Wir bekommen in Wien Münchner, Pariser oder Londoner Zustände.

Wir könnten es uns natürlich leicht machen und sagen, widmen wir weniger, machen wir Volksbefragungen. Dann bleibt über, dass weniger hoch und weniger dicht gebaut werden soll. Auch wir sagen im Zweifelsfall, besser ein schöner Park als eine Wohnverbauung. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Es ist aber schon ein Unterschied, ob man ein Einzelprojekt bewertet oder eine riesige Sache!)* Okay. Das ist ein wichtiger, interessanter Zwischenruf für diese Diskussion über direkte Demokratie!

Welche Fragen sind also geeignet, dass man darüber direkt demokratisch abstimmt, und welche nicht? – Wir sind einen großen Schritt weiter, wenn wir auch erkennen, dass es eine Reihe von Maßnahmen gibt – und ich bleibe jetzt bei der Flächenwidmung und komme dann auch noch auf die Parkraumbewirtschaftung zurück –, das Ganze oft auch eine Aushandlungssache ist und wir uns auch vor die Bevölkerung beziehungsweise vor die Anwohner stellen und sagen müssen: Genauso wie Wohnungen errichtet und mit Wohnbauförderung finanziert wurden, damit jetzt die Leute, die hier wohnen, eine Wohnung haben, stehen wir für das Gesamtwohl, und das Gesamtwohl heißt, dass wir in einer wachsenden Stadt wie Wien, in die pro Jahr 15 000 bis 20 000 Menschen aus Niederösterreich, aus dem Burgenland, aus Deutschland, aus der Steiermark, aus Frankreich, aus Albanien, aus Rumänien und von überall her kommen, Wohnraum schaffen müssen. Es gehen aber auch Menschen aus Wien nach Deutschland, in die Steiermark, nach Berlin, nach Warschau und in alle möglichen Bereiche. Das ist das neue Europa. Es findet Wanderung statt, und dafür wollen wir Wohnraum schaffen.

Das setzt auch voraus, dass man sich nicht nur in Einzelfällen vor die Bevölkerung hinstellt und sagt, auch wenn das unangenehm ist: Wenn der Blick auf den Kahlenberg wegfällt, ist das keine Bereicherung. Was kann dafür aber sehr wohl eine Bereicherung sein?

Wir hatten jetzt am Mühlweg eine solche Diskussion, und ich habe mir erlaubt, manche Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang auf einen gewissen Widerspruch hinzuweisen. Dieser Widerspruch lautete

wie folgt: Es wurde argumentiert, warum es an dieser Stelle eine weitere Stadtentwicklung geben soll, wenn es noch nicht einmal eine Nahversorgung gibt. Gegenüber dem Vorschlag der Stadt wurde jedoch gesagt: Das ist aber zu hoch und zu viel! – Ich habe dort versucht, entsprechend zu argumentieren und habe dafür nicht nur Applaus geerntet. Ich halte es aber für wichtig, bei BürgerInnenversammlungen nicht Parteipolitik zu machen, sondern aufklärend zu wirken und sich auch einmal – ich sage es jetzt derb – die eine oder andere Fotzn abzuholen. Dafür werden wir bezahlt. Das ist unser Job.

Es ist unser Job, zu sagen: Nur wenn in ein Stadterweiterungsgebiet neue Menschen kommen und es eine gewisse Dichte gibt, rechnet sich eine Nahversorgung und rechnet es sich vielleicht auch, wenn der Bus dichtere Intervalle hat, während eine flächendeckende dünne Besiedelung das nicht gewährleisten kann. Es geht nicht zusammen, wenn man einerseits fordert, dass man eine Straßenbahn, einen Bus oder eine Nahversorgung will, dass aber nicht so hoch und so dicht gebaut werden soll! – Dafür soll es Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung geben, und gerade bei diesem sehr konkreten Projekt ist es jetzt der Plan, auch nach einem Beschluss des Bezirkes im 21. dort nach der Bürgerversammlung zu einem anderen Projekt zu kommen.

Trotzdem wird es viele Gegensätze geben – und jetzt schließe ich dieses Thema mit der Verkehrspolitik ab –: Ja. Parkraumbewirtschaftung, ob diese jetzt im 7., 8. oder 15. und 16. Bezirk stattfindet, bedingt eine Änderung des Verkehrsverhaltens, und das ist nicht immer und nur für alle angenehm. Daher gilt es abzuwägen. Man kann nicht auf der einen Seite sagen: Huch: Rio! Wahnsinn! Die CO₂-Emissionen steigen!, andererseits aber dabei zuschauen. Wenn es Bereiche gibt, wo man relativ zügig den Zuwachs der CO₂-Emissionen begrenzen kann, dann erstens im Verkehr und zweitens im städtischen Raum. Und immer, wenn ich darüber diskutiere, bekomme ich dann Mails von Leuten, die im Waldviertel oder im Südburgenland leben: Wie stellen Sie sich das denn vor? – Die haben nicht ganz unrecht! Im ländlichen Gebiet ist das schwieriger. Im städtischen Gebiet ist das aber eine Maßnahme, und wir glauben, es ist eine sinnvolle Maßnahme. Es ist eine Maßnahme unter vielen, die weiterentwickelt und perfektioniert werden soll. Wir sind alle nicht perfekt, aber man kann das schrittweise im Dialog weiterentwickeln. Aber zu glauben, dass sich umweltmäßig viel ändern muss, dass sich aber bei mir gar nichts ändern darf, weil ich mit meinem Auto weiter so fahren will, wie gehabt, das geht nicht!

Noch einmal: Es ist ja nicht überraschend, dass die GRÜNEN da stehen und solche Forderungen, wie es auch im rot-grünen Regierungsübereinkommen steht, stellen, dass nämlich maßvoll, überlegt und schrittweise – wobei uns ohnehin viele kritisieren, dass es viel zu langsam geht – Restriktionen gesetzt werden, damit Alternativen für den Autoverkehr ausgebaut werden können. Daher werden wir selbstverständlich

auch übermorgen im Gemeinderat weitere Schritte für die Einführung am 1. Oktober setzen. Die Gespräche werden zeigen, ob es Vorschläge gibt, wie man das mittelfristig schlauer, besser, anders machen kann. Das ist der Ort, an dem das besprochen wird.

Ich glaube, dass Ihnen das Rechtsgutachten übergeben wurde, das keine Zweifel an der Interpretation der Stadtverfassung offen lässt. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Wir haben auch eines!*) Man kann das mit dem Hausverstand sehen und sagen, es ist von behördliche Angelegenheiten und Gebühren die Rede. Und man kann sich herausreden und sagen: Wir fragen ja gerade über Gebühren und über die Auswirkung der Kurzparkzonen. Und es steht überall: Parkpickerl: Nein danke! – Na was ist denn das?

Dieses Rechtsgutachten stellt sehr klar dar, worum es dabei geht. Ob es in einem politischen Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition trotzdem dazu kommt, dass es vielleicht etwas Schläueres gibt als das, was jetzt mit 1. Oktober eingeführt wird, das werden diese Gespräche zeigen. Wir sehen es auf jeden Fall optimistisch, dass wir jetzt einmal darüber reden. Reden und der Kompromiss sind das Wesen der Demokratie. Es ist das Wesen der Demokratie, dass sich alle bewegen müssen. Am Kompromiss wird immer kritisiert, dass da jeder ein bisschen nachgegeben hat. Aber es werden sich eben alle etwas überlegen und ihre Beweglichkeit ausloten müssen.

Ich hoffe, dass es dazu kommt! Es ist nicht zielführend, diesfalls mit knappem Parkraum zu argumentieren. Es kann sich ja auch ein Obdachloser oder jemand, der eine Wohnung sucht, nicht mit einem 20 m²-Zelt für 10 EUR im Monat irgendwo hinstellen! (*GR Mag Wolfgang Jung: Doch, auf den Wagenplatz!*) Da würde ich mir einmal anschauen, was passiert, wenn in allen Gassen Leute ihre Zelte für 10 EUR aufschlagen würden! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Es zeigt sich also tatsächlich ein bisschen eine Ungleichgewichtung der Diskussion. Ich glaube – und ich schließe so, wie ich begonnen habe –, die verkehrspolitische Diskussion wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Es gibt diesbezüglich natürlich unterschiedliche Anschauungen, aber ich sage noch einmal: Wie glücklich ist dieses Wien, dass es sich vor allem mit der Parkraumbewirtschaftung auseinandersetzen kann! – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile ihm das Wort.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kolleginnen! – Ich meinte natürlich: Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar nicht so einfach für einen Freiheitlichen, wenn er auch zu gendern beginnt!

Eine heutige Medienmeldung wurde mir von einer lieben Kollegin mitgeteilt, und darin – ich weiß das Medium jetzt nicht – stand interessanterweise geschrieben, dass auf dem Donauinselfest am

Wochenende mehrere Zehntausend Menschen als Wiener-Charta-Gruppe an diesem großartigen Event teilgenommen haben und dass in der Folge sehr viele Rückmeldungen zum Themenkreis „gute Umgangsformen und Rücksichtnahme aufeinander“ eingegangen sind. – Mich würde erstens interessieren, wie die mehreren Zehntausend Menschen als Wiener-Charta-Gruppe ausgemacht wurden. Haben sich die SPÖ-Verantwortlichen an den Eingängen postiert und jedem Zweiten einen Button draufgedrückt, auf dem Wiener Charta gestanden ist, so wie in „1, 2 oder 3“: „Kamerakind Rudi“, „Kamerakind Kathi“ oder so ähnlich?

Der Nevriy Ernst hat an dieser Gruppe anscheinend nicht teilgenommen, denn in Sachen gute Umgangsformen und Rücksichtnahme aufeinander kann er noch einiges lernen! Wiewohl Donaustadt ein hartes Pflaster ist, so ist es doch eher ungewöhnlich, schwer bewaffnet zum Rednerpult zu stürmen und sich dort zu gebärden, als wäre man nicht ganz bei Sinnen. Vielleicht hat er bei dieser Gruppe auch zu dem Zeitpunkt gefehlt, als „Rücksichtnahme aufeinander und mehr Menschlichkeit“ durchgenommen wurde, weil er gerade auf dem Donauinselfest bei einem Standl einen „Hauk-Spritzer“ getrunken hat! – Wer nicht weiß, was das ist: Der „Hauk-Spritzer“ ist nach der ehemaligen Klubobfrau der GRÜNEN in Donaustadt benannt und wird im Kübel serviert. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Sie hat den Unfall nach zwei Spritzern gebaut und dabei 1,9 Promille zustande gebracht, also muss es wohl eher ein größeres Behältnis gewesen sein! (*GR Erich Valentin: Bei diesem Thema kennt ihr euch aus!*)

Das ist möglicherweise das Donaustädter Pendant zum Sangriatrinken am Ballermann! Vielleicht hat Kollege Nevriy nach der gestrigen Sitzung auch ein, zwei „Hauk-Spritzer“ zu sich genommen! Das wäre nämlich die einzige Erklärung für seine heutige Aktion, und dann wäre er heute am Abend ein gefragter Mann, denn mit seiner Restfetten könnte er wirklich jedes Fest retten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist für mich die einzige Erklärung! Ich möchte ihm jetzt nichts unterstellen, aber was für eine andere Begründung gäbe es?

Vorsitzender GR Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege Mahdalik!

GR Anton **Mahdalik** (*fortsetzend*): Ich habe es nur vermutet.

Vorsitzender GR Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege Mahdalik! Ich bitte auch Sie, wieder zum Wesentlichen, nämlich zur Rechnungsabschlussdebatte zurückzukommen und sich darauf zu konzentrieren! Ich glaube, wir haben die Aufregung von vorher schon verdaut.

GR Anton **Mahdalik** (*fortsetzend*): Herr Vorsitzender! Das war halt meine Vermutung, aber ich möchte es ihm auf keinen Fall unterstellen!

Ich empfehle ihm auch, sich einen anderen Ribbon als den White Ribbon oder die weiße Schleife ans Revers zu heften, denn dieses Symbol steht ja für mehr Menschlichkeit und für ein gewaltfreies Männlichkeitsbild. Vielleicht gibt es auch einen in Rot mit einem weißen

Kreuz und beispielsweise der Aufschrift „I love Schweizer Messer“! Wenn es das noch nicht gibt, wird es jetzt vielleicht extra für ihn extra angefertigt!

Ich meine, das Zücken von Messern oder das Schmeißen von Äxten hat in manchen Bereichen der Donauinsel, etwa bei den Grillzonen Steinspornbrücke, Brigittenauer Brücke, durchaus schon Tradition. Hier im Gemeinderatssitzungssaal ist eine solche Aktion aber ganz sicher fehl am Platz!

Ich frage mich wirklich: Warum die Nervosität wegen ein paar provokanter Kartons, die symbolisch für die 150 000 „Gefällt mir nicht“-Buttons beziehungsweise für die 150 000 gesammelten Unterschriften gegen das rot-grüne Parkpickerldiktat gestanden sind? 150 000 Menschen in Wien haben gesagt: Nein, so nicht. Das gefällt mir nicht! Und 150 000 Menschen in Wien haben gesagt: Ja. Wir wollen zu einem so wichtigen Thema befragt werden. Da soll nicht drübergefahren werden. Wir leben in einer Demokratie.

Und wenn ein paar Kartons die SPÖ und die GRÜNEN nervös machen, sodass geschrien wird und Waffen gezückt werden oder eine Waffe gezückt wird, dann haben Rot und Grün das Wesen der Demokratie bis jetzt noch nicht vollständig verinnerlicht!

Um jetzt aber zum Verkehr zu kommen: Ich bleibe gleich im 22. Bezirk und möchte nur zwei Beispiele bringen, als ich gestern zur Sitzung gefahren und von der Sitzung wieder nach Hause gefahren bin. Aber eigentlich ist das ja ganz einfach. Man braucht nur auf die Straße zu gehen und sieht drei, vier, fünf Beispiele, woran es bei der Wiener Verkehrspolitik hapert.

In der Früh bin ich mit dem Auto gefahren, weil man bei der U-Bahn keinen Parkplatz bekommt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du fährst immer mit dem Auto!*) Ich bin die Hirschstettner Straße gefahren und dann in die Stadlauer Straße eingebogen, und auf der Höhe Merkur – Hornbach beziehungsweise schon vorher bei der Bahnunterführung hat es sich gestaut. An manchen Tagen reicht der Stau zurück bis zur Hirschstettner Straße, manchmal darüber hinaus bis zur Süßenbrunner Straße. Und warum? – Es gibt ungefähr 800 m lange Busspuren, die man mit einem PKW nicht befahren darf. Das ist so das Wesen einer Busspur.

Auf den letzten 25 m gibt es dann eine Abbiegespur, wo die Menschen Richtung Erzherzog-Karl-Straße und vor allem Richtung Tangentenauffahrt abbiegen, und es wollen sicherlich die Hälfte und manchmal zwei Drittel auf diese Abbiegespur, die 25 m lang ist. – Jetzt werdet ihr euch vorstellen können, wie lang die Schlange ist und wie langsam sich diese Schlange fortbewegt! Da reißt natürlich irgendwann irgendjemandem der Geduldsfaden, und er fährt auf der Busspur. Und die Polizei steht – wahrscheinlich nicht aus freien Stücken, sondern es wird wohl Weisungen gegeben haben – hie und da lustig beim Hornbach hinter einer Werbetafel, notiert sich die Fahrzeuge und teilt Strafen aus.

Ich verstehe die Leute, die die Nerven wegschmeißen! Die Leute sind berufstätig und vielleicht aufs Auto angewiesen und sehen nicht ein, warum eine leere Busspur den ganzen Verkehr aufhält! Man könnte

ja die Abbiegespur durchaus weiter nach hinten verlängern! Man sollte aber – und diesbezüglich werden wir in den nächsten Sitzungen noch Anträge einbringen – für diesen Bereich eine komplett neue Lösung andenken. Man muss eine neue Lösung andenken, denn nebenan auf dem Waagner-Biro-Gelände werden im Moment 500 Wohnungen hochgezogen, und es sollen rund 500 Arbeitsplätze entstehen. Jetzt spielt es sich dort auf der Kreuzung Erzherzog-Karl-Straße, Stadlauer Straße schon seit Jahren furchtbar ab. Es geht nichts in der Früh und zu den Hauptverkehrszeiten.

Jetzt ist das Waagner-Biro-Gelände aber noch nicht besiedelt. Ich weiß nicht, wie sich das die SPÖ und die GRÜNEN für die Zukunft vorstellen! Es wird nur eine – wie ich glaube – 100 m lange dritte Spur auf der Erzherzog-Karl-Straße dazukommen, die eigentlich für den Hugo ist! Weiter hinten gibt es nämlich nur 2 Fahrspuren, und für 200 m eine dritte Fahrspur bauen, ist für die Fische!

Wichtig wäre – und der Platz wäre da, denn das Waagner-Biro-Gelände ist noch nicht bebaut, außer vorne mit dem Projekt STAR22 –, dass man dort eine weitere Fahrspur errichtet, damit Richtung stadteinwärts auf der Stadlauer Straße in der Früh eine längere Abbiegespur gemacht werden kann. Aber das geschieht nicht, und man läuft sehenden Auges in den nächsten Verkehrsinfarkt! (*Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.*)

Ich verstehe einfach nicht, warum man das nicht macht! Charly! Du kennst die Situation dort! Die Abgeordneten des 22. Bezirks kennen die Situation. Warum geschieht dort nichts? Wir werden einen diesbezüglichen Antrag auf Zuweisung stellen, denn wir wollen einmal darüber diskutieren. Das ist jetzt kein populistisches Thema, eine Abbiegespur zu verlängern und eine weitere Spur zu errichten. Aber ihr sollt mir dann erklären, warum der Verkehrsinfarkt wissentlich in Kauf genommen wird! Man wird dort nämlich weiter fahren, das Gebiet ist besiedelt, und es sind Arbeitsplätze dort, und wenn das so weitergeht, dann werden sich dort noch mehr Wildwestszenen abspielen als bisher.

Das war in der Früh. In der Nacht um dreiviertel zwölf bin ich dann auf der Erzherzog-Karl-Straße allein gefahren, und ich hatte sogar ein bisschen Angst, denn da war überhaupt nichts los. Die grüne Welle kann man mit einem 70er schaffen – aber auch nicht die ganze Straße – oder mit einem 30er beziehungsweise 40er. Beides ist weder der Verkehrsflüssigkeit noch der Verkehrssicherheit dienlich, und das sollte auch nicht im Sinn der Sache sein! Die grüne Welle haben wir schon seit vielen Jahren. Rudi Schicker hat uns schon 2003 die grüne Welle versprochen. Den GRÜNEN ist die grüne Welle aber natürlich kein Anliegen. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*)

Dann ist mir aber Folgendes passiert: Ich habe ein paar Ampeln geschafft. Ich war mutterseelenallein. Und du kannst dir jetzt aussuchen, Rüdiger, wie ich es geschafft habe! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Mit einem 70er!*) Vielleicht war ich schon müde und bin einen 40er oder einen 30er gefahren. Bei der Ampel unter der

Endstelle Aspernstraße bin ich stehen geblieben, denn es war Rot. Ich habe mich umgeschaut, und da war überhaupt nichts. Da war niemand!

Du kennst es vielleicht, Rüdiger: Von der rechten Seite können Fußgänger kommen, und von der linken Seite können auch nur Fußgänger kommen. Rechts gibt es überhaupt keine Straße, links gibt es eine Straße, diese ist nur für öffentliche Busse befahrbar. Es kann also kein Auto herauskommen, und es waren auch keine Fußgänger weit und breit. Es war dann schon zehn vor zwölf. Ich bin dort gestanden und habe mir gedacht: Das ist eine fade Geschichte! Ich muss stehen bleiben, dann muss ich wieder schalten, Erste, Zweite, blase mehr Abgase hinaus, und wofür? – Für nichts! Warum kann man da nicht Ampeln installieren, die vielleicht für die Fußgänger auf Knopfdruck funktionieren oder Bewegungsmelder mit Sensoren haben? – Ich verstehe das nicht, denn das sind unnötige Stehzeiten! Die Zeit war jetzt wurscht, die eine Minute macht nichts aus, aber es gibt einen unnötigen zusätzlichen Abgasausstoß.

Das sind nur zwei kleine Beispiele von einem Tag. Wenn ich tagsüber ein bisschen unterwegs gewesen wäre, dann hätte ich noch 16, 17, 43 solche Fälle erlebt, in denen die SPÖ und die GRÜNEN aus unserer Sicht wahrscheinlich schwere Fehler machen.

Jetzt komme ich schon zu den Anträgen, die ich jetzt noch geschwind einbringen möchte.

Einer betrifft die Verbesserung der Verkehrssituation im 3. Bezirk im Zusammenhang mit dem 69er. Diesfalls verlangen wir die Zuweisung an den zuständigen Ausschuss der StRin Brauner. Details erspare ich euch jetzt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt kommt alles bunt gemischt.

Ich komme zur Stadtplanung: Bei der Mediation zur Steinhof-Verbauung beziehungsweise Steinhof-Entwicklung läuft ja einiges schief. Ich möchte jetzt auf keine Details eingehen, diese wurden durch den Pressedienst eh schon verkündet. Die Bürgerinitiative ist – auch wenn Kollegin Kickert das anders sieht – alles andere als zufrieden. Es werden unannehmbare Vorbedingungen gestellt, damit die eigentliche Mediation einmal beginnen kann, und wenn diese Bedingungen von der Bürgerinitiative oder den Bürgerinitiativen angenommen werden würden, dann würden Sie 50 000 Unterstützer vor den Kopf stoßen.

Darum bringen wir jetzt einen Antrag ein, der unsere Forderungen und zugleich die Forderungen der Bürgerinitiativen zu Papier bringt und zum Ausdruck bringt, wobei wir diesfalls die sofortige Abstimmung verlangen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein weiterer Antrag zum Thema Fluglärm wird nicht zum ersten Mal an dieser Stelle gestellt und wahrscheinlich von SPÖ und GRÜNEN nicht zum letzten Mal abgelehnt. Dazu möchte ich nur am Rande erwähnen, weil mich Rüdiger Maresch beim Thema Steinhof immer fragt, warum ich damals zugestimmt habe und jetzt dagegen bin. – Ich habe eh schon gesagt: Ich bin gescheitert geworden, das ist ja keinem verboten! Jetzt könntest du sagen, wenn du einen Zwischenruf anbringen möchtest: Das ist keine Kunst! (*GR Dipl-Ing*

Martin Margulies: Du bist nicht einmal gescheiter geworden!)

Es stellt sich aber auch die Frage, warum zum Beispiel die GRÜNEN vor der Wahl die Streichung der Flugpiste über den 23. Bezirk verlangt haben und jetzt die dahin gehenden Anträge der FPÖ ablehnt haben, obwohl bei den Gesprächen mit der Austro Control bis jetzt noch nichts Greifbares herausgekommen ist. Daher frage ich jetzt dich, warum du hier nicht gescheiter geworden bist. Vielleicht kannst du das im Laufe der Sitzung oder morgen noch einmal darlegen!

Wir verlangen auf jeden Fall eine Volksabstimmung in Wien zum Bau der dritten Piste. – Die sofortige Abstimmung wird hiebei beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Des Weiteren wollen wir auch im Sinne der niedergelassenen Ärzte in den eventuell neu parkraumbewirtschafteten Bezirken und natürlich auch in den bestehenden parkraumbewirtschafteten Bezirken, dass diese auch eine Anspruchsberechtigung für den Erhalt des Parkpickerls in dem Bezirk bekommen, wo ihre Ordination liegt, so deren Adresse nicht mit dem Bezirk ihres Wohnortes übereinstimmt. – In diesem Fall verlangen wir die Zuweisung an den zuständigen Ausschuss. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Des Weiteren ein Antrag, den 2. Bezirk betreffend, wo sich die Wagenplatz-Aktivistinnen zwar Gott sei Dank schon verzogen haben und jetzt den 21. Bezirk belästigen, aber die sogenannten Aktivistinnen am Augartenspitz sind nach wie vor dort und verschandeln dort die Gegend. Hier wollen wir, dass sich der Gemeinderat dafür ausspricht, dass die umgehend den Platz dort verlassen und dass dieser Platz wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Es wird die sofortige Abstimmung beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu guter Letzt sprechen wir uns – diese Problematik wurde von mir auch in der Rede kurz angesprochen – für die sofortige und unwiderrufliche Auffassung der Grillzonen bei der Brigittenauer Brücke und bei der Steinspornbrücke aus. Der Gemeinderat soll dies beschließen. Die Bevölkerung will diese Missstände, diese Zustände nicht. Messerstechereien oder ähnliche Anwendungen haben wir hier schon im Gemeinderat, wir brauchen das nicht auch noch in diesem Naherholungsgebiet und Naturparadies.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege Mahdalik, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

GR Anton **Mahdalik** *(fortsetzend)*: Auch hier verlangen wir die sofortige Abstimmung, und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Susanne **Bluma** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Das Ressort Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung ist ein sehr

spannendes Ressort. Es ist nachhaltig, zukunftsweisend und gerade auch aus diesem Grund ein sehr, sehr schwieriges. Nicht immer sehen Menschen sofort die Notwendigkeit oder den Vorteil eines Projektes für ihr persönliches Leben, und das gilt auch für Politikerinnen und Politiker, die heute hier im Saal sind. Ich erlaube mir daher, ein paar Projekte aus der Vergangenheit anzuführen, die heute realisiert und aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken sind, und trotzdem wurden sie nicht von allen begrüßt und nicht von allen beschlossen.

Wenn ich Sie ganz kurz daran erinnern darf: Die Donauinsel wurde gegen die ÖVP und die FPÖ hier beschlossen. Wenn ich jetzt an das vergangene Wochenende denke, geben Sie mir wahrscheinlich recht: Auch um Feste zu feiern, auch um Erholung zu suchen, ist die Donauinsel aus dieser Stadt nicht mehr wegzudenken.

Das Internationale Konferenzzentrum bei der UNO-City: gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen.

Die Donau-City: gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen.

Der Ankauf der Stadterweiterungsflächen am ehemaligen Flugplatz Aspern: gegen die Stimmen der ÖVP und der FPÖ beschlossen.

Der Millenniums-Tower im 20. Bezirk: gegen ÖVP und FPÖ beschlossen.

Die Wohnbebauung am Leberberg in Simmering: gegen die ÖVP beschlossen.

Die Ansiedlung des Motorwerks Aspern: gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen.

Bei der Errichtung des Museumsquartiers hat die FPÖ nicht mitgestimmt.

Die Hochhäuser am Wienerberg: auch gegen die FPÖ beschlossen.

Alle diese Projekte sind heute aus unserer Stadt einfach nicht mehr wegzudenken.

Ich möchte auf zwei Schwerpunkte des Ressorts eingehen. Der erste, der mir persönlich auch sehr wichtig ist, ist intelligente Mobilität. Intelligente Mobilität ist kein Schlagwort, sie ist meiner Meinung nach unumgänglich. Mobilität ist für unser tägliches Leben unverzichtbar. Die Menschen werden immer mobiler, und das ist gut so. Man kann Wege in dieser Stadt auf verschiedene Arten zurücklegen. Man kann zu Fuß gehen, man kann mit dem Rad fahren, mit dem Auto fahren, die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, wahrscheinlich gibt es dazwischen noch andere Möglichkeiten, und man hat die Wahl. Jeder von uns in diesem Saal wird wahrscheinlich die Wege in der Stadt auf unterschiedliche Arten zurücklegen, in einem unterschiedlichen Ausmaß. Jeder von uns hat vielleicht seine Schwerpunkte. Es geht aber darum, immer alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Jede Art der Fortbewegung hat zweifellos ihre Vor- und Nachteile, und ich glaube, man muss das den Menschen auch verdeutlichen, man muss ihnen das auch klar machen. Auch das eingespielte Verhalten eines Menschen ist nicht unbedingt das Beste, man kann Gewohnheiten auch immer wieder ändern.

Zum Thema Auto. Ich sage das ganz emotionslos, vielleicht auch weil ich eine Frau bin, vielleicht haben

Autos für Männer immer noch eine größere Bedeutung. Ich fahre Auto, ich fahre sehr gerne Auto, ich sage von mir auch, dass ich gut Auto fahre, und das Auto ist auch aus meinem Leben nicht wegzudenken. Wir müssen aber als Politikerinnen und Politiker, als Verantwortliche für die Verkehrspolitik in dieser Stadt darauf achten, dass Autoverkehr ermöglicht wird, nämlich überall dort, wo er notwendig ist, wo man ihn braucht, und wir müssen schauen, dass er vermieden wird, wo er nicht notwendig ist, wo man sich auf eine andere Art besser fortbewegen kann.

Der Besitz des Autos ist nicht mehr Maß aller Dinge. Das ist ein Trend, den ich erkenne, vor allem bei vielen jungen Menschen, die in unserer Stadt leben und sagen, ein Auto ist eigentlich nicht unbedingt erforderlich in dieser Stadt. Es kostet sehr, sehr viel Geld in Relation dazu, was es bringt. Der Besitz eines Autos ist also nicht Maß aller Dinge, aber es ist intelligent, das passende Fortbewegungsmittel dann zur Verfügung zu haben, wenn man es braucht. Nur das ist für mich der Weg, dass sich auch in der Zukunft alle Menschen in dieser Stadt gleichberechtigt bewegen können.

Intelligente Mobilität kann von der Politik nicht verordnet werden. Wir müssen den Menschen die Vorteile dieser bewussten Entscheidungsmöglichkeit zeigen und als Vorbilder, die wir in allen Lebensbereichen ja als Politikerinnen und Politiker sein sollten, diese intelligente Mobilität auch selbst vorleben.

Das zweite Thema, das ich sehr gerne ansprechen möchte, weil es auch zeigt, dass wir in dieser Stadt auf dem richtigen Weg sind, auf dem Erfolgsweg nämlich, das ist das Thema der Smart Cities. Im März 2011 hat unser Bürgermeister die Initiative Smart City Wien ausgerufen, und daraufhin hat sich Wien, wie immer, sehr ehrgeizige Ziele gesetzt und die Fortschritte systematisch verfolgt. Die Grundlage dazu bieten umweltfreundliche Energieformen.

Und der Erfolg gibt uns recht: Wien erreichte im internationalen Ranking den Platz 1 unter den Top Ten der Smart Cities, und wir liegen vor Städten wie Toronto, Berlin, London, Paris und Hongkong. Wien ist einmal mehr auf einem sehr, sehr richtigen Weg.

Zum Schluss möchte ich mich bei all den Menschen auf politischer und auf Verwaltungsebene bedanken, die mit ihrer täglichen Arbeit, ihrem Engagement und ihrer Begeisterung, ihrem Herz für diese Stadt dazu beitragen, dass Wien das ist, was es ist – die lebenswerteste und schönste Stadt der Welt. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich nicht mit der Verkehrsproblematik auseinandersetzen, sondern mit Planung, den Bürgerrechten und der Verschwendungspolitik der GRÜNEN.

Wir haben vorhin diese Parkpickerldiskussion geführt. Der Herr Kollege Chorherr hat gefragt, ob Wien denn keine anderen Probleme hat, aber zentral für mich ist beim Parkpickerl das Thema Bürgerrechte. Denn es fragt sich schon, wo die Bürgerrechte bleiben, Frau Stadträtin. Offenbar scheint es nämlich dem Herrn Professor als zukünftigem Mitglied in diesem Hohen Haus und dem Herrn Kollegen Chorherr richtig wichtig zu sein, dass nur die Politik entscheidet. Die Bürger sind offenbar zu dumm, um entscheiden zu können, wann und wo sie von Rot-Grün ausgenommen werden und wann nicht, meine Damen und Herren.

Wenn eine 10-Prozent-Partei Terror gegen den Rest der Bevölkerung in der Stadt macht, dann fragt man sich nämlich (*GR Mag Christoph Chorherr: Wissen Sie, was Terror ist?*), wie man diese gefährliche Drohung, die Politik soll entscheiden, beenden kann. (*GR Mag Christoph Chorherr: Wissen Sie, was Terror ist? – GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist ja unerhört! Das verlangt einen Ordnungsruf, bitte! – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*) Ja, ich sage, es ist ein Druck auf die Bevölkerung mit der Art, wie man hier das grüne Parkpickerl einführen will. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr macht Terror! Was sagt ihr denn die ganze Zeit?*) Lieber Rüdiger, die Sammlung der 147 000 Unterschriften, die heute da übergeben worden sind, sind das deutliche Signal, wie man es eben nicht machen kann.

Ich komme aber zu einem anderen Thema, wobei die Frau Vizebürgermeisterin fast nichts dafür kann: die Entwicklung ORF und St Marx und die Übersiedlung des ORF nach St Marx. Das wird nämlich, wie ihr alle wisst in diesem Hohen Haus, immer konfuser. Fast täglich kommen nämlich schon Meldungen, dass der Herr Generaldirektor Wrabetz das unbedingt will und vor allem der Herr Bürgermeister alles macht, was schon jenseits der bestehenden Vereinbarung ist, wie die Verlängerungen der Option, ohne auf die monatlichen Zahlungen der 20 000 EUR zu bestehen, Angebote auf Verzicht von anderen Kosten et cetera. Ja, der Herr Bürgermeister spricht sogar davon, dass man über alles in dieser Stadt reden kann, und das betrifft offensichtlich auch das Parkpickerl. Ich frage mich dann nur, was die Vereinbarungen in dieser Stadt wert sind.

Dass die Absiedlung des ORF vom Königlberg alles andere als einfach wird, war ja nach Vorlage der Kostenschätzungen klar, wenn man nämlich zuerst bezüglich der Kosten sagt, St Marx ist das teuerste Projekt, und dann plötzlich etwas vorlegt, wonach St Marx das billigste Projekt ist, also wenn man dieses Projekt plötzlich schönrechnet. Und dann kommen noch die Probleme mit den Grundstückseigentümern des Medien Quarter Marx dazu, wie diese VBM Beteiligungsgesellschaft, und krampfhaftige Lösungen für unattraktive Gegenden wie den Gasometer, um diesen Gasometer mittels einer Pop-Akademie oder anderen Einrichtungen plötzlich attraktiver zu machen.

Diese Übersiedlung des ORF vom Königlberg nach St Marx bietet kein positives Bild, meine Damen und Herren, und für meine Fraktion kann ich nur sagen, dass alle Fakten rund um diese Angelegenheit auf den Tisch

müssen, dass alle Kosten transparent dargestellt werden müssen, dass es keine Nebenabsprachen geben darf und nur die kostengünstigste Variante für den gebührenfinanzierten ORF in Frage kommt.

Auch am Beispiel der Entwicklung der Seestadt Aspern möchte ich Kritik anbringen. Wenn es auch mit der Wien 3420 Aspern Development AG eine Gesellschaft mit privaten und stadteigenen Partnern gibt, muss man trotzdem bei etlichen Entwicklungen sehr kritisch sein und Kritik üben an der schleppenden Entwicklung, an der Problematik in der Zeitachse, an offenbaren Fehlern im Masterplan, fehlenden Konzepten für die soziale Infrastruktur, fehlenden Sport- und Grünflächen und vor allem an der Problematik der Gefahr der Ghettobildung, wenn die ersten Wohnungen dort fertiggestellt werden. Von der optimalen Anbindung an die Umgebung und von den Betriebsansiedelungen spreche ich gar nicht.

Ich komme zu einem Thema, das wir morgen als Schwerpunktgegenstand diskutieren werden, nämlich das Areal der Semmelweis-Klinik. Ich finde, dass mit dem Musikgymnasium Amadeus Vienna, das mit dieser in Singapur ansässigen öffentlichen Schule, der Raffles Institution, kooperiert, ein durchaus sehr positiver Beitrag für diese Stadt und vor allem für Wien als Standort der Musik und der Musikausbildung gefunden worden ist. Aber die zweite Idee, nämlich ein Grundstück an die At Home Immobilien-GmbH um 578 EUR pro Quadratmeter in dieser Lage zu verkaufen, gefällt uns, meine Damen und Herren, schon deutlich weniger. *(GR Karlheinz Hora: Sie wissen schon, dass das die falsche Geschäftsgruppe ist!)* Es ist egal, ich sage es nur, dass es eine sehr problematische Situation ist um die Semmelweis-Klinik. *(GR Karlheinz Hora: Aber es hat nichts mit dieser Geschäftsgruppe zu tun!)*

Die zentrale Frage, die sich dort gestellt hat, war natürlich, wie nutzt man das Semmelweis-Areal. Dass es dem KAV gehört, aber trotzdem auch zur Stadtplanung, das, muss ich sagen, entspricht nicht unserer Logik. Denn auf diesem Areal könnte man durchaus das entwickeln, was es ursprünglich war, nämlich ein Gesundheitsareal, aber nicht Luxuswohnungen errichten.

Kritik muss ich an der Planungsstadträtin üben, auch wenn das Otto-Wagner-Spital nicht primär ihr Areal ist, sondern wieder ein Gesundheitsareal, aber es geht dort um die Bürgerbeteiligung. Wenn man dann hört, dass das Otto-Wagner-Spital plötzlich, innerhalb der nächsten acht Jahre, zur Gänze abgesiedelt werden soll, da fragt man sich, wie die Bürger – damit sind wir wieder in dieser Geschäftsgruppe – eigentlich angelogen werden, wie Bürgerbeteiligung meiner Meinung nach nicht wirklich optimal funktioniert. Die Bürger fühlen sich dort durchaus verschaukelt, wenn sie hören, dass nur für kurze Zeit ein Baustopp im westlichen Bereich des Areals besteht beziehungsweise dass das Areal an die Gesiba verkauft worden ist und durchaus von weiterer Wohnbebauung in Zukunft die Rede ist.

Auch hier muss man festhalten, dass sich die Mediationsteilnehmer eigentlich vorgestellt haben, dass man über das Gesundheitsareal und den Erhalt des

Areals für Gesundheitszwecke spricht und nicht generell nur von Wohnbaupolitik spricht.

Kritik übe ich auch an der Beauftragtenpolitik, meine Damen und Herren. Die Leistung von Prof. Van der Bellen war bekannterweise alles andere als unbedingt förderlich. Es war unserer Meinung nach eine reine Alibi-Politik. Ein Bericht und ein Plan waren die Leistung von einem 210 000 EUR teuren Büro. Und schon jetzt kann ich voraussagen, dass der zukünftige Universitätsbeauftragte diese Arbeit sicherlich nicht umsonst machen wird. Also es wird wieder für Klientelpolitik in die Tasche der Steuerzahler gegriffen.

Das Ziel, nämlich den Wissensstandort Wien durch den Einsatz von Prof. Van der Bellen zu stärken, hat man unserer Meinung nach auf keinen Fall erreicht. Da also die Ergebnisse des Uni-Beauftragten sehr dürftig waren, sollte man die Funktion dieses Beauftragten vollständig einsparen. Das Ziel, die Universitäten für die Wiener Bevölkerung und vor allem für die Auszubildenden attraktiver zu machen, kann man mit dieser Funktion sicherlich nicht erreichen.

Wir werden aus den vorerwähnten Gründen daher diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau GRin Dr. Kickert. Ich erteile ihr das Wort.

Bevor ich Ihnen das Wort erteile – entschuldigen Sie, Frau Doktor –, noch ein Hinweis. Es wurde ein Ordnungsruf für den Ausdruck Terror moniert beziehungsweise verlangt. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist tatsächlich nicht sehr sinnvoll, einer anderen Fraktion Terror vorzuwerfen. Ich glaube, das können wir uns sparen in der Debatte. Ich werde jetzt keinen Ordnungsruf erteilen, bitte aber auch, das dann bei den Zwischenrufen zu berücksichtigen und das nicht in gleicher Weise zurückzugeben.

Frau Dr. Kickert, Sie haben das Wort.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte, wie in den bisherigen Reden vor diesem Haus, auch eine Lanze für eine sachliche Diskussion über direkte Demokratie und BürgerInnenbeteiligung brechen. Herr Klubobmann Juraczka hat ja als Erstredner von gelebter Bürgerbeteiligung gesprochen und auf die Stimmen hingewiesen, die für eine Volksbefragung gesammelt wurden. Das ist loblich, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, aber eine Einschränkung des Begriffs gelebte Bürgerbeteiligung nur auf die Abhaltung einer Volksbefragung tut mir weh. Ich versuche schon seit, wie soll ich es sagen, quasi meinem Amtsantritt als Gemeinderätin darauf hinzuweisen, dass Bürgerbeteiligung sehr viel mehr ist.

Ich möchte für Sie noch einmal ausführen, was aus meiner Sicht, aber auch aus Sicht der Stadtregierung Ziele einer mitgestaltenden BürgerInnenbeteiligung sein könnten und worauf wir hinarbeiten.

Das Wesentlichste daran ist logischerweise eine umfassende und frühzeitige Information. So etwas

herzustellen, ist übrigens gar nicht so einfach, wenn Sie sich überlegen, wie alleine unsere Entscheidungsprozesse hier im Gemeinderat ablaufen, wie andere Entscheidungsprozesse parallel ablaufen, die unsere Entscheidungsprozesse beeinflussen. In diesen gesamthaften Prozessen die rechtzeitige und frühzeitige Information herzustellen, ist eine tatsächliche Änderung vielfältiger Abläufe, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Entscheidungsfindung. Und an diesen Schrauben zu drehen, wird gar nicht so einfach sein.

Das Zweite, was es braucht, sind verlässliche Verfahren und verbindliche Regeln in diesen verlässlichen Verfahren. Jetzt können Sie das, was als Mediation am Otto-Wagner-Areal läuft, noch so schlechtmachen, das, was es jedenfalls ist: Es ist ein verlässliches Verfahren mit verbindlichen Regeln und der Versuch, in diesem Verfahren größtmögliche Transparenz herzustellen.

Eines der wesentlichsten Dinge bei der BürgerInnenbeteiligung und überhaupt bei der Entscheidungsfindung auf der politischen Ebene ist natürlich die Anerkennung der Interessenvielfalt und eine Abwägung dieser unterschiedlichen Interessen und Anliegen, gleichzeitig aber das Herstellen einer Mitverantwortung dafür, dass in diesem Interessenausgleich auch eine bestmögliche Lösung gefunden wird. Das ist nicht einfach, schon gar nicht bei so hochemotionalen Diskussionen, wie wir sie hier geführt und gehört haben, und schon gar nicht einfach, wenn die Arbeit dann auf Schlagworte reduziert wird wie „eine 10-Prozent-Fraktion macht Politik mit Terror“. Ich glaube, sehr geehrter Herr Kollege, dieser Ausdruck straft sich von selbst.

Gleichzeitig sagen Sie aber auch, dass wir der Überzeugung seien, dass Bürgerinnen und Bürger zu dumm wären, um Entscheidungen zu treffen. Nein, ganz sicher nicht! Das, was es aber braucht, ist, wie gesagt, eine ausführliche Information, eine ebenso lange Zeit, die Vor- und Nachteile, die anerkannten Anliegen und Interessen zu diskutieren, abzuwägen und im besten Fall eine gute, ausgewogene Lösung zu finden.

Das Allerwichtigste bei all diesen Vorbedingungen für die Ziele ist es aber auch, gleichzeitig klarzulegen, dass es einen sorgsamen Umgang mit unseren Ressourcen braucht, sowohl im Verfahren als auch bei den Vorschlägen. Und wenn – worauf meine beiden Vorredner schon hingewiesen haben – gerade im Verfahren zum Otto-Wagner-Areal darauf hingewiesen worden ist, dass nicht garantiert werden kann, dass das gesamte Areal im öffentlichen Eigentum verbleibt, dann ist das genau das. Dann ist das Transparenz, dann ist das Wahrheit und dann ist das sorgsamer Umgang mit Ressourcen.

Es ist genau das Gegenteil von dem, was Sie uns vorwerfen, nämlich dass die Bürger und Bürgerinnen angelogen werden. Nein, werden sie nicht. Wir stellen uns hin und sagen, nein, wir können das nicht garantieren. Es kann in öffentlichem Eigentum bleiben, es kann in öffentlichem Eigentum bleiben und von anderen öffentlichen Trägern übernommen werden, aber

es kann genauso sein, dass auch beim Otto-Wagner-Areal private Träger und Trägerinnen für zukünftige Nutzungen gefunden werden. Das ist die Wahrheit, und – um ein sehr berühmtes Zitat heranzuziehen – aus meiner Sicht ist diese Wahrheit zumutbar. Es ist daher nicht als unakzeptable Vorbedingung zu qualifizieren, sondern als das, was es ist: eine Erklärung der Möglichkeiten, die die Stadt hat.

Mit diesen Zielen der mitgestaltenden BürgerInnenbeteiligung, die ich Ihnen soeben aufgezählt habe, versuchen wir, auf ganz, ganz unterschiedlichen Ebenen Projekte umzusetzen, selbst wenn Sie – aber das wird wahrscheinlich der traditionelle Vorwurf der Opposition an jede Regierungspartei sein – diese Versuche und Projekte immer kleinreden werden.

Die Umgestaltung des Schwedenplatzes ist gerade ein aktueller Beweis dafür, dass man Planung auch einmal neu ansetzen kann, dass man davon weggehen kann, die Ergebnisse einer Planung lediglich zu kommunizieren, sondern dahin gelangen kann, die Planung selbst als Kommunikationsprozess zu verstehen und diesen Kommunikationsprozess gleich von Anfang an mit den Menschen, die zum Beispiel den Schwedenplatz benützen, zu gestalten.

Das ist keine Pseudoeinbindung, wie der Herr Stifner gesagt hat, sondern es ist eine tatsächliche Abfrage möglichst breiter Nutzungsinteressen. Das kann nur dann passieren, wenn es im Vorfeld passiert, es kann nicht passieren, indem man den Menschen nachher vielleicht eine Variante X oder eine Variante Y vorlegt und fragt: Welche von diesen wollt ihr lieber? Damit würde nämlich die Anerkennung der Interessenvielfalt und die Mitverantwortung für den Ausgleich eben dieser Interessen nicht vorgekommen sein.

Aber nicht nur der Schwedenplatz ist ein Beispiel, sondern ebenso die Ottakringer Straße, die Nutzung der Donaukanalzone, die mein Kollege Maresch schon erwähnt hat, die Entwicklung des neuen Stadtentwicklungsplanes. Auch die zukünftige Nutzung des Althangrundes möchte ich in Erinnerung rufen. Das ist ein äußerst spannendes Projekt, weil wir mit der Kommunikation tatsächlich begonnen haben, bevor noch klar ist, wer denn wann wegzieht, welche dieser Gebäude wie genützt werden können, was es da für Möglichkeiten gibt. Genau so stellen wir uns mitgestaltende BürgerInnenbeteiligung vor.

Dann gibt es noch so kleine Projekte wie ein glücklicherweise nicht in der Öffentlichkeit stehendes Projekt in der Anton-Schall-Gasse, wo zwischen Bezirk, AnrainerInnen, PlanerInnen und Investoren und Investorinnen ein Projekt läuft, bei dem geschaut werden kann, welche zukünftige Bebauungsvarianten denn jene wären, die die Interessen all dieser beteiligten Partner und Partnerinnen erfüllen könnten.

Und wenn das gelingt, dann haben wir damit ein Pilotprojekt geschaffen, wie viele, viele kleine, aber auch große Planungsprozesse in Zukunft gestaltet werden können. Und wir werden das machen und das erreichen, von dem wir überzeugt sind, nämlich nicht nur am Ende dieser Legislaturperiode, sondern am Ende vieler, vieler

Legislaturperioden eine mitgestaltende BürgerInnenbeteiligung in Wien eingeführt zu haben, die wahrscheinlich auch einen wesentlichen Anteil an einem Kulturwechsel in der Verwaltung und in der Politik nach sich ziehen wird. Wenn ich dann irgendwann in Pension gehen sollte, dann werde ich froh darüber sein, dass uns das gelungen sein wird. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau VBgmin Mag Vassilakou hat das Schlusswort. – Bitte schön.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren!

Das uralteste Prinzip der Demokratie, also schon in der antiken griechischen Polis, ist das Prinzip des Dialogs. Spannend finde ich daher, dass die Herren, die heute hier gesprochen haben, allesamt ihre Standpunkte deponiert haben und sich dann einfach vertschüsselt haben. Die Antwort interessiert sie nicht. Offensichtlich geht es hier nicht um Dialog.

Man kann sich jetzt fragen: Ist es der Hunger, der sie alle ereilt hat? Oder ist es die Erschöpfung nach den sehr engagierten Reden, die es ihnen jetzt verunmöglicht, hier zu sitzen und auf die Antwort zu warten? Oder ist es womöglich der Hochmut, der zu diesem Verhalten führt? Das werden wir nicht erfahren. Und um genau zu sein, meine korrekte Antwort darauf müsste jetzt sein, dass ich auf meine Antwort verzichte und mir ganz einfach auch einen schönen Tag mache. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ho! Ho! Dafür werden Sie nicht bezahlt!)*

Aber das werde ich nicht tun, das werde ich aus folgenden Gründen nicht tun: erstens aus Respekt für diejenigen, die hier die ganze Zeit ausharren, obwohl sie nicht diejenigen sind, an die sich die Antwort richten würde, und zweitens und insbesondere aus Respekt vor all denjenigen, die uns gewählt haben, die uns dafür gewählt haben, damit wir hier Rede und Antwort stehen, damit wir uns hier austauschen und damit wir hier versuchen, einen Weg des Konsenses zu erarbeiten. Denn das ist es, wozu wir da sind, und nicht, um uns ununterbrochen zu produzieren auf Kosten anderer und dann – ich will jetzt keine Bezeichnungen verwenden – ganz einfach nicht einmal mehr die Zeit zu haben, sich hierher zu setzen und auf die Antwort zu warten.

Ich möchte auch beginnen mit der Causa prima der Wiener Kommunalpolitik, und das ist zweifelsohne die Parkraumbewirtschaftung. Ich denke, zumindest eines müsste allen klar sein: Keiner stellt das Prinzip und die Wirkung der Parkraumbewirtschaftung ernsthaft in Frage. Jene Bezirke innerhalb des Gürtels sowie der 2. und der 20. Bezirk, die jetzt seit vielen, vielen Jahren die Parkraumbewirtschaftung haben, begrüßen diese als wirksame Maßnahme. Und in der Tat, ein Blick in die Statistik belegt eindrucksvoll, dass diese Maßnahme tatsächlich sehr wirksam ist. Die Anzahl der Fahrten innerhalb der bewirtschafteten Gebiete ist zurückgegangen, die Parkplatznot ist zurückgegangen, darüber hinaus ist sogar der Autobesitz zurückgegangen. Aktuell sind jene Bezirke, die derzeit in Wien die Parkraumbewirtschaftung haben, ja auch die

Rekordhalter österreichweit, dort gibt es österreichweit den geringsten Autobesitz.

Das heißt, wir sehen hier, dass in Summe die Maßnahme eine sehr, sehr wirksame ist. Und ich gehe sogar einen Schritt weiter. Egal, wie unterschiedlich die Standpunkte sind, ich gehe davon aus, dass in unserer Stadt niemand noch mehr Stau möchte, niemand noch mehr Abgase möchte, niemand noch mehr Autos möchte. Das heißt, das, worüber wir uns hier zu unterhalten hätten und immer noch zu unterhalten haben, ist: Was können wir tun? Welche wirksamen Maßnahmen gibt es, um diese Probleme, die es gibt, in den Griff zu bekommen und um den sehr, sehr guten Weg, den Wien in Summe eingeschlagen hat in den vergangenen Jahren, zu verstärken? – Aber dazu komme ich auch noch.

Ich meine, dass wir, wie gesagt, alle sehr gut beraten sind, das Gespräch miteinander zu suchen, und ich meine auch, dass wir gut beraten sind, den Konsens zu suchen und auch herzustellen. Warum? Ganz einfach Wien zuliebe, weil ich meine, dass es der Stadt gut tut, gerade bei kontroversen Maßnahmen, bei Maßnahmen, die sehr, sehr viel Widerstand erzeugen, schlussendlich zusammenzukommen und eine Entscheidung auf eine möglichst breite Basis zu stellen, um auf diese Art und Weise einerseits die Spaltung, die in der Stadt entsteht, zu überwinden, und um auch andererseits Bevölkerungsgruppen, die legitime Interessen haben, die alle legitime Interessen haben, aber nicht dieselben, nicht gegeneinander auszuspielen.

Mich freut es daher, dass wir übereingekommen sind, diese Gespräche in der unmittelbar nächsten Zeit zu führen, um diesen Konsens hoffentlich auch zu erarbeiten. Ich meine auch, dass der Zeitpunkt für diese Gespräche jetzt der richtige ist, denn, ja, jetzt sind nun mal die Unterschriften gesammelt worden – heute sind sie ja auch abgegeben worden –, und in der Regel ist es ja dann so, dass danach eine gewisse Abkühlung der Gemüter eintritt und sich so dann alle Streithanseln am Tisch des Dialogs wiederfinden.

Und dort ist es, wo wir alle hingehören, nämlich dort, wo wir uns austauschen, dort, wo die wesentlichen Aushandlungsprozesse einer modernen Demokratie stattfinden, dort, wo Kompromisse getroffen werden, dort, wo ein gemeinsamer Weg erarbeitet wird, und dort, wo wir die Chance haben, ein Modell auch zu verändern, aber so zu entwickeln, dass es auf breiten Konsens gesetzt wird und auch auf dieser Basis umgesetzt werden kann. Und ich bin überzeugt davon, dass das Modell, das wir die Chance haben, es gemeinsam zu erarbeiten – denn noch sind wir nicht soweit –, dass dieses Modell sicher das bessere sein wird, ganz einfach aus dem Grund, dass es die größere Akzeptanz finden wird.

Damit sind wir aber meines Erachtens auch beim Kern dessen, was wir heute zu erörtern haben, und das sind eben jene mehreren Tausend Unterschriften, die heute abgegeben worden sind.

Ja, ich finde, es ist nicht weiter überraschend, muss ich ehrlich sagen, dass sehr, sehr viele Menschen gegen

das jetzige Vorhaben unterschrieben haben. Kaum etwas löst größere Kontroverse aus in einer Stadt als Verkehrssteuerungsmaßnahmen, und kaum etwas, kaum ein anderer Politikbereich, kaum ein anderes Thema löst auch so viel Emotion aus wie Verkehrssteuerungsmaßnahmen. Das wissen wir alle, das ist also weiß Gott nicht neu.

Mehrere Tausend Wienerinnen und Wiener haben also unterschrieben, und ich glaube auch, dass wir jetzt nicht großartig philosophisch sein müssen, um herauszufiltern, was mag es sein, warum sie unterschrieben haben. Ich würde sagen, es gibt im Wesentlichen drei Motive – nicht jeder muss alle haben – :

Erstens: Entweder ist man oder frau mit der einen oder anderen Maßnahme aus dem Paket der jetzigen Parkraumbewirtschaftung nicht einverstanden.

Zweitens – und sehr viel wahrscheinlicher: Man möchte ganz einfach nicht zahlen.

Oder drittens: Man möchte die Gelegenheit nutzen, um gegen eine Maßnahmen, für die man nicht bezahlen möchte, zu protestieren und auf diese Art und Weise sozusagen ganz klar zu machen, dass man damit – einmal mehr schlicht und in einfachen Worten gesagt – nicht einverstanden ist.

Ich meine, dass das, wie gesagt, nicht weiter überraschend ist, und zwar aus einem sehr simplen Grund. Ich weiß nicht, wie viele Menschen Sie in Ihrer Umgebung haben, die gerne Gebühren zahlen. Ich kenne sehr wenige. Gebühren und Abgaben sind nicht Dinge, die wir gerne entrichten, es sind Dinge, die wir entrichten, weil wir sie entrichten müssen im Sinne der Allgemeinheit. Es sind Dinge, die entrichtet werden im Sinne der Dienstleistungen, die eine Stadt zu erbringen hat, im Sinne des Allgemeinwohls, im Sinne der Finanzierbarkeit vieler Maßnahmen und im gegenständlichen Fall auch und darüber hinaus und insbesondere im Sinne einer Verkehrssteuerung, die unsere Stadt auf alle Fälle braucht, wenn es darum geht, Probleme zu bewältigen, mit denen wir heute konfrontiert sind und mit denen wir noch viel mehr konfrontiert sein werden in den nächsten Jahrzehnten, wenn man bedenkt, dass nicht nur Wien wächst, sondern dass darüber hinaus der Speckgürtel wächst, und nicht wenig, und dass wir davon ausgehen können, dass in den nächsten Jahrzehnten die Pendler- und Pendlerinnenströme aus dem Umland in die Stadt hinein und abends wieder hinaus, eher nicht abnehmen werden, sondern eher zulegen werden.

Ich meine auch, dass die Entwicklung der letzten Jahre – die Zahlen liegen uns alle vor – Maßnahmen erfordert. Allein die gemeinsam erstellte Studie Wien, Niederösterreich, Burgenland über die Pendlerströme in der Ostregion belegen eindrucksvoll, dass wir hier eine Entwicklung haben, die wir in den Griff zu kriegen haben werden in den nächsten Jahren und die wirksame Maßnahmen braucht.

Also einmal mehr: Ich gehe nicht davon aus, dass Menschen gerne Gebühren zahlen. Denjenigen Bürger oder die Bürgerin, die das zugibt, ich zahle gerne diese

Gebühr, die möge man bitte hierher bringen. Es wäre wirklich spannend, jetzt mit dieser Person zu diskutieren. Aber im Ernst – und hier liegt die Crux, Kollege Aichinger –: Die überwiegende Mehrheit moderner Demokratien sieht direktdemokratische Elemente vor, anerkennt diese als wertvolle Standbeine einer modernen Demokratie, respektiert diese und schiebt dennoch in manchen Bereichen einen Riegel vor durch ihre Verfassung.

Unsere Verfassungen sehen Grenzen vor, und diese Grenzen fallen nicht vom Himmel, sie sind nicht neu, sie sind wohldurchdacht, und sie sind abseits aller Polemik, die man hier in diesem Haus sozusagen austauscht rund um das Thema, kluge Grenzen, denn sie betreffen zwei Bereiche.

Der eine Bereich hat zu tun mit Abgaben und Gebühren, und hier gibt es eine kluge Grenze, die unsere Verfassung vorgesehen hat. Denn wissend darum, dass Bürgerinnen und Bürger nun mal nicht gerne Gebühren zahlen, will man hier schlussendlich auch nicht sozusagen eine Entwicklung vorantreiben, an deren Ende die Solidargemeinschaft vernichtet wäre.

Ich empfehle Ihnen gerne, einen Blick in Richtung Kalifornien zu werfen. Dies ist ein Staat, der von Haus aus gesagt hat, nein, diesen Weg wollen wir nicht gehen, das sehen wir nicht ein, wir möchten gerne zu Gebühren, Abgaben und allen Steuermaßnahmen die Menschen direkt befragen. Das gibt es ja auch. Und das Ergebnis ist, dass dieses Land auf alle Fälle pleite ist. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Sie brauchen nur die Schweiz anzusehen!*) Die Schweiz ist ein Modell, das nun mal Befürworter hat, aber auch Kritiker hat, und das wissen Sie ganz genau.

Sie wissen auch ganz genau, dass in Ihren eigenen Reihen genauso Befürworter, aber auch sehr viele kritische Stimmen da sind im Zusammenhang mit solchen Entwicklungen, und ich meine auch, dass wir ebenfalls gut beraten sind, uns hier ein Mindestmaß an Intellektualität und ein Mindestmaß an politischer Bildung zu gönnen. Denn wenn ich mich austausche mit Vertretern einer Partei, die angeblich das gebildete Bürgertum Wiens vertritt, dann würde ich schon gerne eine Debatte haben auf einem Niveau, auf dem wir uns austauschen können über Vorteile, Nachteile, Grenzen und Gefahren direkter Demokratie, und bei der mir nicht vorgeworfen wird, Terror zu betreiben, um es auf den Punkt zu bringen. (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) Von einem Mandatar Ihrer Fraktion. Sie waren ja nicht anwesend. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Oh ja!*) Also das ist ein Niveau, wo ich ganz einfach sage: Sorry! Das ist übliche Polemik. Ich weiß nicht, wo sie angebracht ist, aber ich vermute, hier von Angesicht zu Angesicht ist sie nicht angebracht, und es wäre gut, wenn wir zumindest jenes Niveau wahren, dass wir es schaffen, gerade über solche sehr, sehr zentralen Themen miteinander zu diskutieren und uns ernsthaft auszutauschen.

Also der eine Bereich, wo unserer Verfassung, wie gesagt, einen Riegel vorschiebt, hat etwas zu tun mit Abgaben und Gebühren. Und das ist im Sinne der Wahrung der Solidargemeinschaft.

Der zweite Bereich hat etwas zu tun mit bürgerlichen Freiheiten und Rechten, und auch hier wissen wir, dass es darum geht, diese zu wahren. Sie haben selbst die Schweiz vorhin als Beispiel gebracht. Dort nehmen sie es nicht so streng, mit dem Ergebnis, dass sie jetzt in regelmäßigen Abfolgen Plebiszite haben, die gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen, die daher auch nicht umsetzbar sind.

Ich frage mich, ob das jetzt unbedingt der beste Weg wäre für Österreich. Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die meinen, ja, die meinen, das ist der Weg. Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die haben direktdemokratische Vorstellungen, die in die Richtung gehen: Na, eigentlich brauchen wir die Parlamente nicht, die sind Quatschbuden. Man braucht nur den starken Mann, und für alles, was er oder sie zu entscheiden hat – meistens ist es eh ein Mann, also er –, brauchen wir ja nur das Volk direkt zu befragen. Damit haben wir eine Entscheidungsbasis und können so agieren.

Es gibt aber auch diejenigen, die der Meinung sind, dass die repräsentative Demokratie ein hohes Gut ist, dass die Parlamente keine Quatschbuden sind und dass wir gut beraten sind – einmal mehr –, eine ernst zu nehmende Debatte darüber zu führen, welche Kapitel sich eigenen für direktdemokratische Mechanismen und welche nicht.

Ich fürchte nur, wir werden nicht auf einen grünen Zweig kommen, zumindest nicht so schnell. Sie haben Gutachten in Auftrag gegeben, die Stadt hat ebenfalls bei einem externen Experten ein Gutachten in Auftrag gegeben, dieser hat uns allen ein Ergebnis präsentiert, das ich heute auch übermittelt habe. Ich gehe davon aus, dass Sie das genauso aufmerksam studieren werden, wie ich auch jene Gutachten, die uns hier übermittelt wurden, aufmerksam studieren werde.

Er kommt jedenfalls zu dem Schluss, dass es rechtswidrig ist, diese Fragestellung, so, wie sie eingereicht wurde und wie sie mehrere Tausend Wienerinnen und Wiener unterschrieben haben, zu einer Befragung zu bringen.

Und ich sage nur eines an dieser Stelle – abseits von all diesen Erörterungen und auch der Frage, warum lässt man mehrere Tausend Wienerinnen und Wiener eine Fragestellung, die rechtswidrig ist, unterschreiben –: Wir werden das alles beiseite stellen müssen, denn es gilt, mehrere Tausend Menschen, mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die unterschrieben haben, selbstverständlich nicht im Regen stehen zu lassen, selbstverständlich möglichst gemeinsam einen Weg zu erarbeiten, wie man mit diesen Unterschriften umgeht, aber selbstverständlich in einer Art und Weise, die die Verfassung nicht verbiegt. Und ich gehe davon aus, dass Sie auch alle diesen Weg unterstützen werden, denn die Wiener Verfassung und auch die Bundesverfassung sind nicht aus Gummi.

Es hat schon auch Politiker in der Vergangenheit – in gar nicht allzu grauer Vergangenheit – gegeben, die in diesem Bereich Verfassungsparagraphen zurechtgebogen und ausgedehnt haben, wie es gerade gepasst hat, aber das werde ich niemals zulassen. Bei

aller Polemik, bei jeder Polemik, die hier an den Tag gelegt wird, es gibt eine Sache, die ich niemals tun werde: Ich werde niemals jene Verfassung verbiegen, auf die ich einen Eid geleistet habe.

Das werde ich deshalb nicht tun, weil wir Pandoras Büchse nicht aufmachen wollen und weil wir nicht das nächste Mal, das übernächste Mal und das überübernächste Mal einen Präzedenzfall geschaffen haben wollen, der bedeutet, dass bei jedem verfassungswidrigen Ansinnen dann erneut sozusagen die Tür aufgemacht werden kann und soll.

Also einmal mehr an dieser Stelle, Kollegen: Ich habe sehr geduldig zugehört, was Sie alle vorgebracht haben. Ich sage Ihnen klipp und klar meine Meinung dazu. Ich freue mich, wenn es gelingt, einen breiten Konsens über die Parkraumbewirtschaftung als Modell in Wien gemeinsam zu formulieren. Ich freue mich darauf, wenn es gelingt, gemeinsam einen Weg zu finden, wie man mit den heute übergebenen Unterschriften umgeht. Und ich halte meinerseits fest, dass ich nicht zu haben bin für irgendeinen Weg, der bedeuten würde, dass wir kreativ mit der eigenen Verfassung umgehen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich bin an dieser Stelle optimistisch und glaube im Übrigen, dass es uns gelingen wird, denn wenn wir zunächst einmal bei den Inhalten der Parkraumbewirtschaftung einen Konsens hergestellt haben, wird die weitere Konsensherstellung wahrscheinlich leichter fallen. Konsens ist eine Übung. Man muss ein bisschen lächeln, man muss aufeinander zugehen, man muss einander zuhören, man muss sich einen kleinen Ruck geben, man muss einen kleinen Kompromiss schließen und schon, wie gesagt, fallen alle weiteren Schritte leichter.

Ich meine jedenfalls abschließend zur Verkehrspolitik – denn einige Themen hat unser Ressort auch noch in seinem Kompetenzbereich –, dass wir im Jahr 2011 ein Jahr hatten, in dem wir einiges weitergebracht haben. Die 365-EUR-Jahreskarte wurde umgesetzt, nebenbei – nur so ganz nebenbei, weil das auch meistens nicht erwähnt wird – wurde die Monatskarte vergünstigt und die Rahmenbedingungen erarbeitet, damit man, wie zuletzt bekannt wurde und übrigens auch in der Bevölkerung sehr, sehr großen Anklang findet, das 60-EUR-Ticket für Jugendliche und Junge in Ausbildung in der gesamten Region einführen konnte.

Das sind Maßnahmen, die sehr wohl nicht irgendwie theoretisch, sondern unmittelbar und an Ort und Stelle auch den erhofften Effekt mit sich gebracht haben. Diese Kombination aus Verkehrssteuerung, aus der Verbilligung der öffentlichen Verkehrsmittel, aus dem weiteren Ausbau der Radverkehrsanlagen, aus den Investitionen, die sich die Stadt auch im Bereich des Carsharing vorgenommen hat, wo auch schon der erste große Anbieter angekommen ist, also dieser Maßnahmenmix hat in Summe allein innerhalb des Jahres 2011 eine nicht nur meiner Meinung nach, sondern objektiv betrachtet beachtliche Verschiebung im Modal-Split der Stadt mit sich gebracht. Denn leicht gelingt es nicht, innerhalb eines Jahres schlussendlich

den Modal-Split um ganze 2 Prozentpunkte zu verschieben, die aus dem Kapitel PKW abgewandert sind zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsmittel und zu Gunsten des Radverkehrsanteils. Und man sieht auch, dass diese Entwicklung im Jahr 2012 fortgesetzt wird. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres haben wir einen noch nie dagewesenen Rekord beim Verkauf der Jahreskarten gehabt, der bis jetzt ungebrochen anhält und einfach auch zeigt, dass schließlich und endlich eine gute Kombination aus Maßnahmen dazu führt, dass sehr, sehr viele Menschen auf Öffis umsteigen oder auf ökologische Art und Weise ihre Alltagswege zurücklegen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die Pendlerproblematik habe ich vorhin angesprochen. Ich will einmal mehr hier betonen, dass 350 000 Pendler-PKW, Stand heute, täglich nach Wien fahren; von denen wir übrigens wissen, dass maximal ein Drittel Arbeitspendler sind und dass der überwiegende Teil der PKW-Fahrten nach Wien Freizeit- und Einkaufsfahrten sind. Also es ist dies eine Statistik, die sehr, sehr eindrucksvoll zeigt, welche Entwicklung in der gesamten Region zugange ist und dass es hier dringend Maßnahmen braucht. Das bedeutet, dass wir aufgerufen sind – nicht nur allein in Wien natürlich –, darüber nachzudenken, was man tun kann, um hier wirksam gegenzusteuern. Und einmal mehr: Die Parkraumbewirtschaftung ist nun mal die wirksamste Maßnahme, die die Stadt entwickelt hat, die die Stadt seit vielen Jahren praktiziert und die jetzt ausgeweitet wird, genau aus dem zentralen Grund, dass die Stadt Maßnahmen braucht, um die Pendlerproblematik besser steuern zu können.

Aber selbstverständlich reicht die Parkraumbewirtschaftung allein nicht aus. Deshalb kommt es auch nicht von ungefähr, dass die Stadt Wien und Niederösterreich gemeinsam und in Abstimmung miteinander derzeit die S-Bahn-Intervalle entlang bestimmter Achsen verdichten und insgesamt auf die S-Bahn setzen als jenes Mittel, das, wenn es einmal – wenn wir jetzt sozusagen eine Vision in die Zukunft formulieren – U-Bahn-ähnliche Intervalle hätte, sehr wohl hier eine unglaubliche Alternative zum Auto bieten könnte für die gesamte Region.

Aber natürlich gibt es auch gemeinsame Anstrengungen, um Park-and-ride-Anlagen, in Niederösterreich am besten, nicht nur gemeinsam zu entwickeln, sondern auch gemeinsam zu finanzieren. Ich nehme immer wieder zur Kenntnis, dass genau dieses Detail, nämlich dass es hier Gespräche gibt und dass darüber hinaus auch eine Arbeitsgruppe über den Sommer ihre Arbeit aufnehmen wird, um festzulegen, wo Park-and-ride-Anlagen in Niederösterreich sinnvoll sind, die mit finanzieller Beteiligung Wiens entstehen könnten mit dem Ziel, dass Pendlerinnen und Pendler aus Niederösterreich bereits in Niederösterreich auf die Öffis umsteigen und darüber hinaus auch von den kostenlosen Angeboten dort Gebrauch machen, also ich nehme, wie gesagt, zur Kenntnis, dass das, warum auch immer, ständig sozusagen dem Gedächtnis der Wiener ÖVP entfällt. Es ist einfach weg. *(GR Dkfm Dr Fritz*

Aichinger: In Wien könnten Sie das ja schon machen!) Seien Sie mir nicht böse, Herr Kollege Aichinger, es sind jetzt eineinhalb Jahre, seit wir in der Regierung sind, und eine Park-and-ride-Anlage braucht eine gewisse Vorlaufzeit, um errichtet zu werden. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Aber Niederösterreich soll es machen!)*

Also einmal mehr: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es hier intensive Gespräche gibt mit Ihren Kollegen in Niederösterreich, nehmen Sie zur Kenntnis, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Stadt hier mehrfach ihre Bereitschaft kundgetan hat, einen Teil der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung dafür zur Verfügung zu stellen, dass Park-and-ride-Anlagen in Niederösterreich errichtet werden und dass das eine gute Maßnahme ist.

Man muss nicht immer alles, was jemand aus einer anderen Partei in der Regierung macht, aus Prinzip in Abrede stellen und aus Prinzip schlechtreden. Aus einem sehr simplen Grund: Weil dann die Kritik nicht glaubwürdiger wird, der Stil wird nur schlechter.

Also ich meine, dass ich damit hier einen Punkt machen kann im Zusammenhang mit dem, was die Stadt tut im Bereich der Verkehrspolitik.

Zusammenfassend: Ja, wir zielen darauf ab, mit verkehrslenkenden Maßnahmen möglichst viele Pendlerinnen und Pendler, aber auch möglichst viele Wienerinnen und Wiener für die Öffis zu begeistern, für das Rad zu begeistern, für das Zufußgehen zu begeistern und dafür zu begeistern, dass sie möglichst Fahrten, für die man das Auto nicht dringend und unbedingt braucht, ganz einfach nicht mit dem Auto machen. Das ist die einzige richtungweisende Verkehrspolitik von Großstädten, die ja weltweit solch einen Kurs fahren in dem Versuch, ganz besonders die Pendlerproblematik und das Wachstum in den Griff zu bekommen.

Ich will abschließend nur noch kurz die anderen Bereiche streifen, in denen im Ressort im Jahr 2011 gute Politik gemacht worden ist. Besonders hervorstreichen möchte ich die Solaroffensive der Stadt, die allein in diesem vergangenen Jahr dazu geführt hat, dass man mit den BürgerInnenbeteiligungskraftwerken einen sehr, sehr großen Erfolg verzeichnen konnte. Zu Beginn dieses Jahres vier innerhalb weniger Wochen ausverkaufte Kraftwerke, von denen das erste bereits in Betrieb genommen wurde und die anderen drei im Herbst folgen werden, sind, so meine ich, eine beachtliche Bilanz, und ich weiß nicht, warum man nicht manchmal ganz einfach die gute Leistung eines anderen anerkennen kann. In diesem Fall hat die Magistratsabteilung 20 eine hervorragende Arbeit geleistet, für die ich mich bedanken möchte. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vielleicht eines noch: In nur eineinhalb Jahren ist Wien inzwischen führend in der Förderung von Fotovoltaikanlagen. Allein in den letzten fünf Monaten wurden Projekte eingereicht, die bedeuten, dass die installierte Fläche, die es in Wien gibt, wenn diese jetzt installiert werden, mit einem Mal um 30 Prozent wachsen wird. Das heißt, wir haben hier einen massiven Boom

ausgelöst, und das zeigt einfach, dass das ein guter und ein richtiger Weg ist.

Zweitens möchte ich den sukzessiven Austausch auf LED-Beleuchtung in der Stadt herausgreifen. Wir haben hier im vergangenen Jahr die ersten Projekte vorbereitet, inzwischen sind die ersten Projekte diesbezüglich auch umgesetzt. Nachdem die Grundlagen für ein Contracting-Modell geschaffen wurden und auch die entsprechenden Ausschreibungen gemacht wurden, weil die Stadt sich für eine bestimmte Technologie entschieden hat, ist es unser Ziel, innerhalb der nächsten Jahre, innerhalb der nächsten sehr wenigen Jahre das gesamte untergeordnete Netz der Stadt vollständig auf LED umzustellen.

Im Einklang damit wird auch das kostenlose Wireless-LAN-Angebot an öffentlichen Orten ausgebaut. Gestartet haben wir vor einigen Wochen bereits am Rathausplatz, und hunderte Wienerinnen und Wiener haben davon schon Gebrauch gemacht. Der Start auf der Donauinsel erfolgt dieser Tage. Auch in diesem Bereich gibt es sehr viele Anträge – übrigens teilweise auch von Ihren Fraktionen – aus den Bezirken, dass man dieses Angebot ausbaut. Wir werden versuchen, nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten, die es hier gibt, in den nächsten Jahren das Angebot auszubauen.

Ebenfalls im Jahr 2011 wurden die Vorarbeiten zum neuen Stadtentwicklungsplan gestartet. Dazu möchte ich nicht Näheres berichten, weil wir ja hier im Haus die Möglichkeit haben werden, uns demnächst im Laufe des kommenden Jahres sehr intensiv damit auseinanderzusetzen.

Nur so viel: Ich meine, dass es ein Prozess ist, bei dem es Sinn macht, dass wir uns alle einbringen, denn schließlich und endlich geht es hier um nicht weniger als um jene zentralen Strategien, die die Stadt verfolgt, um das Wachstum zu bewältigen, mit dem wir in den nächsten Jahrzehnten konfrontiert sein werden. Und das prognostizierte Wiener Bevölkerungswachstum ist beachtlich und erfordert, wie gesagt, einen guten Mix aus Strategien, damit wir das gute Mietenniveau der Stadt aufrechterhalten können, damit wir ausreichend hochqualitativen und leistbaren Wohnraum für tausende Wienerinnen und Wiener, die noch ankommen werden, zur Verfügung stellen können, und damit wir aber darüber hinaus schlussendlich die Ressourcen unserer Stadt schützen und weiterhin erhalten können.

In der Planung ist ebenfalls eine Vielzahl von Projekten in Angriff genommen worden oder weitergegangen. Ich möchte an dieser Stelle nur zwei, drei Beispiele herausgreifen, etwa den Wettbewerb am Nordbahnhof, wo Bürgerinnen und Bürger genauso die Möglichkeit hatten, ihre eigenen Ideen einzubringen wie renommierte Architektur- und Planungsbüros, übrigens ein Weg, der sehr begrüßt wurde von der Bevölkerung und der auch sehr rege in Anspruch genommen wurde.

Oder der Weinbaucollier in der Kuchelau, mit dem wir dem dringenden Wunsch mehrerer Wiener Weinbetriebe nachkommen, um in diesem Bereich Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass der Wiener Wein in Wien produziert werden kann, gekeltert werden

kann und darüber hinaus auch ausreichend Lagerkapazitäten vorhanden sind.

Die Neuentwicklung des Wiener Eislaufvereins, bei der es im Zusammenhang mit dem Hotel InterContinental gilt, auf einem sehr, sehr sensiblen Areal gemeinsam mit dem Investor und auch mit namhaften Expertinnen und Experten in der Stadt in einem sehr transparenten Prozess gute Rahmenbedingungen für die künftige Entwicklung zu schaffen.

Oder vielleicht last but not least die Ottakringer Straße Neu, die ja in ihrem Neugestaltungskonzept ebenfalls unter der Beteiligung mehrerer Hundert Bürgerinnen und Bürger aus der Umgebung entwickelt wurde und dieser Tage mit einer Gesamtfinanzierung aus den Bezirken und der Stadt selbst auch umgebaut wird.

Es ist ansonsten, verehrte Damen und Herren, sehr viel gesagt worden, und ich halte fest, dass sehr viel von dem, was gesagt wurde, schlicht nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fällt. Ich weiß, dass es im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte üblich ist, bei jeder Geschäftsgruppe Anträge einzubringen, das ist gut so, man kann natürlich auch zu allen möglichen Themen reden, die einen gerade sozusagen pressieren, aber ich bin weiß Gott fürs Grillen nicht zuständig, und ich meine auch, nicht eingehen zu müssen auf jene Bereiche, die hier angesprochen wurden, die aber so was von gar nichts mit den Zuständigkeiten unseres Ressorts zu tun haben, sodass ich denke, dass ich hier an dieser Stelle auch einmal einen Punkt machen werde.

Ich will mich daher abschließend von Herzen bedanken bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts, die gute Arbeit geleistet haben im vergangenen Jahr, und ganz besonders selbstverständlich auch bei jenen leitenden Beamtinnen und Beamten meines Ressorts, mit denen gemeinsam sehr viele Projekte umgesetzt wurden im vergangenen Jahr und auch jetzt aktuell und auch im nächsten Jahr, von denen ich weiß, dass sie oft einiges an rauem Wind mit sich bringen. Und diesen rauen Wind auszuhalten und loyal im Sinne der Stadt weiterzuarbeiten, das ist, ja, ausgezeichnete Leistung. Von Herzen Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Vielen Dank, Frau Vizebürgermeisterin, für den Abschluss der Geschäftsgruppe. Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung mit der Postnummer 4, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2011, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. Wird

dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zu den Beratungen der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm. Ich darf darauf hinweisen, die Redezeit beträgt 25 Minuten.

Ich darf noch den Herrn Stadtrat bitten, Platz zu nehmen. – Entschuldigung!

GR Norbert Walter, MAS (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich zu Beginn noch kurz auf das vorhergehende Ressort eingehen, denn es hängt ja ursächlich auch mit dem Thema Wohnen zusammen, und vielleicht gehe ich sogar noch einen Schritt zurück zu dem, was gestern die Frau VBgmin Brauner gesagt hat: Wir sparen und investieren zugleich. Johann Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt: „Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“ Und so ähnlich kommt es mir auch hier vor. Ja dazu, wenn wir seriös über eine Parkraumbewirtschaftung diskutieren wollen, Frau Vizebürgermeisterin, aber wenn es nur darum geht, den Stadtsäckel damit zu füllen, dann kann das nicht Sinn und Zweck sein.

Die 150 000 Unterschriften sind ja nur symbolisch dafür, dass offensichtlich die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik in dieser Stadt nicht funktioniert. Wenn ich an bestimmte Bezirke denke – der Kollege Valentin ist jetzt gerade nicht da, aber auch der Kollege Chorherr hat es angesprochen, dass die Stadtrandbezirke, vor allem am äußeren Stadtrand, egal ob im Süden oder im Norden, miserabel erschlossen sind –, wenn Buslinien wie zum Beispiel der 32A von der S1 Strebersdorf oder der 33B von Montag bis Samstag oder von Montag bis Freitag fahren und am Wochenende gar nicht, nicht einmal jede halbe Stunde oder jede Stunde, dann kann niemand behaupten, wir haben ein gutes öffentliches Verkehrsnetz am Rande der Stadt. Es ist natürlich richtig, dass in vielen Bezirken ein dichtes Verkehrsnetz ist, wenngleich auch die Verbindungen zwischen dem 2. und dem 20. Bezirk nur spärlich sind, aber dort ist es auf jeden Fall ... (GR Karlheinz Hora: Denken Sie an den 5B!) Na ja, aber wie oft fährt der Bus? Der fährt auch am Wochenende nicht. (GR Karlheinz Hora: Der 5B fährt am Wochenende ab 2. Juli!) Ja eben. Es ist auch schon Zeit geworden, aber bis dato ist er nicht gefahren, noch haben wir den 2. Juli nicht. – (GR Karlheinz Hora: Der 33B fährt auch am Samstag!)

Ich denke, das hängt ursächlich auch damit zusammen, dass wir Stadterweiterung betreiben wollen. Ich sage auch ein ganz klares Ja zur Stadterweiterung, aber keine Stadterweiterung ohne Infrastruktur. Es ist auch richtig, dass man eine gewisse Dichte braucht, um gewisse Verkehrsmittel dort hinzubringen oder auch die Nahversorgung – Christoph Chorherr hat das angesprochen. Nichtsdestotrotz gibt es genügend Beispiele am Land, wo auch nicht so gut erschlossene

Gebiete, in denen eine geringe Dichte herrscht, sinnvoll und auch machbar installiert werden können. Und was passiert bei uns? Wir tun gar nichts dafür.

Die Frau VBgmin Brauner hat auch angesprochen, dass wir im Jahr 201,7 Millionen EUR für Sanierung ausgeben. Ich stelle mir nur die Frage, wieso wir dann Hunderte von Anträgen im Wohnfonds liegen haben vom letzten Jahr, die nicht abgearbeitet werden konnten. Wenn man sich die Sanierungsstatistik anschaut und wenn man die Tabellen vergleicht – das ist die Summe der Objekte von 2007 weg –, dann sieht man, dass die Kurven fast alle nach unten gehen und keine nach oben. Der einzige Ausreißer ist da einmal die Thewosan gewesen. Und warum wohl? Es war irgendwie kurz vor dem Wahljahr, da ist das plötzlich wieder in die Höhe gegangen und dann ging es wieder rapide bergab. Das ist die Summe der Objekte, aber wenn man es vergleicht mit den Summen der Gesamtkosten, dann pendeln wir seit ungefähr 2009 in etwa auf dem gleichen Niveau dahin. Oder wenn ich mir die Summe der Wohneinheiten anschau, da sind wir in der Thewosan kurz vor dem Wahljahr auch hinaufgegangen und dann wieder retour.

Also ich finde, das ist keine nachhaltige Sanierungspolitik, denn auf der einen Seite – ich habe das auch schon beim Budgetvoranschlag gesagt – haben wir zu wenig Geld, und, lieber Stadtrat, seien Sie mir nicht böse, aber da müssen Sie sich stärker einsetzen bei der Finanz und sich nicht von der Finanz über den Tisch ziehen lassen. (Beifall von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)

Denn was ist denn das Ziel im Wohnbau? Fast alle Rednerinnen und Redner hier herinnen reden immer vom leistbaren Wohnen. Aber was ist leistbar? Das wird wohl die eine und der andere persönlich beurteilen müssen. Aber dass wir dann hergehen und ein Modell aufsetzen – das im Übrigen die ÖVP einmal als Startwohnungen bezeichnet hat, allerdings auf einem ein bisschen anderen inhaltlichen Niveau – und dass wir sogenannte Smart-Wohnungen initiieren, die meiner Meinung nach sicher nicht clever sind, denn wieder Kammerl zu bauen, die wir in den 70er Jahren mehr oder weniger abgeschafft haben, das kann wohl nicht der wohnbaupolitische Meilenstein der Zukunft sein.

Vielleicht wäre es doch etwas cleverer, die zum Teil überbordende Ausstattung, die wir im geförderten Wohnbau machen und planen, zu reduzieren. Ich sage ganz offen, ich bin für geförderten Wohnbau und das ist auch meine Fraktion, aber alles mit Maß und Ziel. Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, Saunabereiche, Schwimmbäder et cetera, et cetera im geförderten Wohnbau durch alle Steuerzahler finanzieren zu lassen. Würden wir dort etwas mehr reduzieren, würden wir auch die Kammerl nicht brauchen, sondern dann könnten wir zumindest zwei Zimmer anbieten, auch für solche Menschen, die es sich nicht leisten können, ob es Jungfamilien sind oder andere.

Ein weiterer Aspekt, der mir im Moment gar nicht gefällt, ist, wenn die Stadt hergeht und sogenannte Calls initiiert. Denn was passiert da in Wahrheit? Wir haben im Moment einen extrem günstigen Zinssatz, da funktioniert

das Modell. Was passiert, wenn in fünf Jahren die Zinsen ansteigen? Dann funktioniert das Modell nämlich nicht mehr und es ist nicht mehr leistbar. Ich weiß schon, die Mieten sind zehn Jahre gedeckelt, aber was ist denn danach? Was brauchen wir außerdem dazu? Wir brauchen eine Versicherung oder zwei oder drei Versicherungen, die viel Geld haben, und wir wissen trotzdem nicht, was es am Ende des Tages bedeutet. Keiner weiß, wie das Modell dann im Detail aussieht. Jedenfalls ist eines sicher: Wenn die Zinsen steigen, werden die Wohnungen und die Mieten dort viel teurer werden.

Zur Stadterweiterung habe ich eingangs schon etwas gesagt, aber ich möchte da noch einmal zurückkommen auf das, was die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat und auch Christoph Chorherr über Bürgerversammlungen, Einbindung der Bevölkerung und so weiter. Ja, das ist richtig, vor allem sollte man es auch dann tun, wenn man genau weiß, dass man nahe von Ortskernen baut, dass man nahe von Naturschutzgebieten baut, oder wenn man vor hat, dort zu bauen, und dann ein Planungsentwurf im Gemeinderat beschlossen wird und der dann die Grundlage bildet, um die Wohnungen dorthin zu bauen.

Und ich sage auch ganz klar: Natürlich hat ein Beschluss im Gemeinderat auch die Rechtssicherheit zu haben. Es kann nicht sein, dass wir dann nachher hergehen und uns umdrehen und sagen, das gilt alles nicht, was man da herinnen mit Mehrheit beschlossen hat, und dann gehen wir hinaus und tun so, als ob das nie gegolten hätte, denn das ist weder für die Bauwirtschaft noch für die Wohnungswirtschaft noch für die Wienerinnen und Wiener planbar und sicher für die Zukunft.

Und insofern: Bevölkerung einbinden – ja, aber bevor der Planungsentwurf hier herinnen beschlossen wird. Dann würden auch manche Zores, die im Nachhinein passieren, nicht mehr notwendig sein. Ich sage auch ganz offen, das ist nicht nur Aufgabe der Stadt, das ist auch Aufgabe der Bauträger, denn auch sie haben ihre Projekte entsprechend zu kommunizieren und darzustellen, egal, ob hier im Gemeinderat den Regierenden oder der Opposition oder aber auch der anrainenden Bevölkerung.

Was war immer unser Ziel, das Ziel der ÖVP? Stadterweiterung, ja, wo notwendig und sinnvoll, aber auch die innere Stadterweiterung. Es ist da einiges passiert in den letzten Jahren, Sie wissen das, aber wo es meiner Meinung nach immer noch am meisten hapert, das ist die ganze Frage des Dachbodenausbaus. Da kann man sich jetzt nicht nur auf die Erdbebenrichtlinie ausreden, denn wenn wir nahezu 20 000 bis 25 000 Dachbodenwohnungen als Reserve haben, die im innerstädtischen Gebiet vorhanden sind, wo wir die Infrastruktur haben, wo wir alles Drumherum haben, dann frage ich mich, wo bleiben die Anreize dafür, vor allem auch im Sanierungsbereich, dort mehr zu tun, denn das ist auf alle Fälle günstiger, sinnvoller und zukunftsweisender. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bekenne mich aber auch – ich habe das schon

zwei Mal gesagt – zu einer Stadterweiterung, ob das Nähe Stammersdorf ist, ob das Stadterweiterung Nähe Heeresspital ist. Ich habe auch nie ein Hehl daraus gemacht, dass bei schützenswerten Tieren und Pflanzen, wenn es darum geht, den Menschen etwas Gutes zu tun, aus meiner Sicht immer ein Vorrang bestehen sollte, und zwar für den Menschen und nicht umgekehrt. Ich halte nichts davon, scheinheilig oder beschaulich Tierarten, Pflanzenarten vor sich herzutragen und zu sagen, die sind schützenswert und deshalb sollen die Menschen wieder zurück in Zelte oder in Höhlen. Das halte ich nicht für den richtigen Weg. Ich sage aber auch umgekehrt, es ist heute kein großer Aufwand mehr, das so zu vereinbaren, dass sowohl Pflanzen und Tiere als auch Menschen miteinander, nebeneinander so leben können, dass alle für die Zukunft das Auskommen finden.

Jetzt möchte ich noch kurz zum Thema Wiener Wohnen kommen, weil das Thema Wiener Wohnen ja auch mitverhandelt wird. Der neue Direktor steht da hinten, und ich habe beim Budgetvoranschlag im November schon gesagt, er wird es nicht leicht haben. Er kann es auch nicht leicht haben, denn wenn ich mir den Kontrollamtsbericht anschau, der die Effizienz des Callcenters beurteilt hat, die Tochtergesellschaft von Wiener Wohnen, dann wissen wir seit Langem, dass das Callcenter nicht funktioniert, dass man dort in Warteschleifen kommt, und wenn man nicht Mandatar dieser Stadt ist und genau weiß, wie man mit den direkten Durchwahlnummern zu dem entsprechenden Referenten oder zur entsprechenden Referentin kommt, dann hängt man dort in der Warteschleife und wartet und wartet, aber es kommt net, aber nicht das Taxi, sondern der Referent und die zuständige Hausverwaltung.

Ich halte das, gelinde gesagt, für eine moderne Hausverwaltung im 21. Jahrhundert für nicht tragbar. Ich halte auch den Kostenaufwand für nicht rechtfertigbar, und wenn wir schon von direkter Bürgerbeteiligung sprechen, dann bin ich auch dafür, dass die Menschen im Gemeindebau auch ein direktes Recht haben, mit ihrem Hausverwalter oder mit ihrer Hausverwalterin zu sprechen und nicht zuerst in eine Warteschleife zu kommen und dann, vielleicht, zum Referenten durchgestellt zu werden. Im Übrigen glaube ich, dass das abgeschafft gehört.

Im Übrigen glaube ich auch, wenn Wiener Wohnen sagt, die Kapazität können wir nicht aufbringen, dann gibt es genügend private Hausverwaltungen, genügend gemeinnützige Hausverwaltungen, die bewiesen haben, dass sie Dienstleistung im Hausverwaltungsbereich betreiben können. Dann muss man sich überlegen – wie es bei manchen Gemeindebauten ohnedies schon passiert –, noch mehr Häuser in diese Hausverwaltungen auszulagern. Vielleicht sind die Menschen im Gemeindebau dann auch zufriedener, denn auf jeden Fall ist das auch Bürgerbeteiligung im echten Sinn.

Genauso wie die Mieterbeiräte. Entweder man lässt sie etwas gelten und sie haben was zu melden, dann können wir jetzt über eine Reform des

Mietermitbestimmungsstatutes reden, oder man sagt, eigentlich ist das eh nur ein Kasperlverein, und die lassen dort die Kasperln oder die Puppen tanzen. Das halte ich, gelinde gesagt, für genauso unfair, für genauso unnötig. Wenn man es ernst meint, dann sagt man entweder Ja und wertet sie auf, oder man sagt Nein, man will sie nicht, dann schafft man sie ab.

Ich habe hier das Koalitionsabkommen zwischen Rot und Grün mit, und wenn ich mir das anschau, ist das ganz interessant. Es sind nämlich viele Dinge drinnen, die immer wieder erzählt und auch deponiert werden. Das Lustige und das Schönste daran ist – das habe ich auch immer gesagt –: Wir haben ja de facto im Gemeindebau ein Erbrecht, und zwar eines, das nichts kostet, denn es gibt ja das erweiterte Eintrittsrecht, für die Kinder sowieso, aber auch für die Enkel. Jetzt komme ich zu dem Punkt, wo ich sage, durchaus auch für Cousins und Cousins, da kann man durchaus darüber reden, aber es wurde bis heute nicht evaluiert, und ich traue mich aus dem Stand heraus hier zu behaupten, dass ungefähr 20 bis 25 Prozent der Wohnungen, die nicht genutzt werden, gehortet werden für die Kinder, Enkelkinder, aber auch für die Cousins und Cousinen. Die Interventionen aus diesen Bereichen – das wissen Sie alle, die Sie im Wohnbauausschuss tätig sind –, die tagtäglich an uns herankommen, haben auch damit zu tun.

Wenn da drinnen steht, man möchte eine Evaluierung der erweiterten Weitergabe machen, dann bin ich durchaus auch dafür, dass man erstens das macht, aber zweitens sage ich, ich würde sie abschaffen, denn es ist nicht notwendig, dass das so ist. Denn auf der anderen Seite haben wir die Siedlungsmieter, wo die Baurechtszins jetzt ausgelaufen sind. Da gibt es zwar die Verlängerung des Baurechtszinses für die Genossenschaften, die geben das dann an die Siedlungsmieter weiter, aber dort hat das Enkelkind kein Eintrittsrecht und bei den Kindern auch nur die unmündigen bis zum 18. Lebensjahr.

Jetzt sage ich – das gilt natürlich auch umgekehrt –, das ist, wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, zutiefst ungerecht, denn diese Siedlungsmieter haben ihre Häuser selbst gebaut, haben ihre Häuser selbst erhalten über Generationen hinweg. Warum sollen die nicht in den Genuss kommen, wenn auf der einen Seite die Gemeindebaumieter, nämlich nicht nur die Mieter der Wohnungen, sondern auch die Mieter der Häuser, diese Häuser an Enkel weitergeben können, aber die Siedlungsmieter das nicht können sollen. Im Übrigen haben die Siedlungsmieter jedenfalls mehr Eigenleistung erbracht als die Mieter im Gemeindebau, vor allem jene, die in den Häusern wohnen, denn dort bezahlen sie in der Regel sogar noch weniger und brauchen nichts für die Erhaltung zu tun. Das zahlen wir alle, wir Steuerzahler draußen und drinnen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass bis zum Budgetvoranschlag viele Dinge aus diesem schönen Papier – es sind immerhin, ich weiß nicht, wie viele Punkte, ich habe sie nicht gezählt, es sind jedenfalls vier Seiten, sehr dicht beschriebene Seiten, wenn auch nur

Schlagworte – für das nächste Jahr und für die nächsten Jahre, denn es sind wirklich einige sehr gute Dinge drinnen, die dringend umzusetzen wären, im Budgetvoranschlag wiederzufinden sind. Dann werden wir uns auch einmal überlegen, einem Rechnungsabschluss zuzustimmen.

In dem Fall können wir das nicht, denn ich finde, wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, dann soll man von Gerechtigkeit nicht nur reden, sondern sie auch umsetzen und durchführen. Im Übrigen hat Paul Shark einmal gesagt: „Für verlorene Gelegenheiten in der Politik gibt es kein Fundbüro.“

Wir stimmen dem Rechnungsabschluss nicht zu. – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Auch wenn ich zur mittäglichen Stunde die Schülerinnen und Schüler von der Neuen Mittelschule Koppstraße zur Rechnungsabschlussdebatte begrüßen darf – wir diskutieren den Wohnungsbereich.

Ich möchte jetzt eine paar Themen auch aus dem Planungsbereich, der sich ja mit dem Wohnungsbereich überschneidet, zusammenfassen. Ja, es gibt eine große Herausforderung für alle Städte, auch für Wien, und die ist gar nicht leicht zu erfüllen. Die große Chance, die viele aber nicht nur als Chance, sondern auch als Beeinträchtigung sehen, ist, dass Wien sehr stark wächst. Jetzt bringe ich die andere Zahl, nicht die 15 000 bis 20 000, jetzt bringe ich die 50 000 bis 60 000 Menschen, die jedes Jahr nach Wien kommen, gegenüber jenen 40 000 bis 45 000, die aus Wien jedes Jahr weggehen. Das heißt, netto sind es 15 000 bis 20 000 Menschen mehr, die hier arbeiten wollen, die hier leben wollen, die hier wohnen wollen.

Das Problem, vor dem alle Städte in Europa stehen – aber soweit ich auch außerhalb von Europa blicke, nicht nur in Europa, sondern auch im asiatischen Bereich, in den USA –, das Wohnen im städtischen Bereich wird teurer, deutlich über der Inflationsrate. Das führt dazu – und das sehe ich als eine der größten Bedrohungen, auch für Wien; noch sind wir nicht soweit, und wir werden hoffentlich alles dazu tun können, dass wir dort auch nicht hinkommen –, dass junge Menschen, die aus guten Gründen in Wien leben wollen und nicht im Umland leben wollen, sich innerhalb der Stadt keine Wohnung mehr leisten können.

Die Hauptaufgabe der Politik ist es, diesen Trend, den es in Paris gibt, den es in München gibt, den es in London gibt, den es in vielen asiatischen Städten gibt, nicht auch in Wien einreißen zu lassen, damit Leute – noch einmal, ich bringe es auf den Punkt –, die aus ökologischen Gründen, aus sozialen Gründen, aus vielen Gründen, aus guten Gründen sagen, sie wollen in der Stadt leben, eine Möglichkeit haben, hier eine Wohnung zu finden.

Angesichts von 20 000 Menschen mehr jedes Jahr heißt das, dass wir in den nächsten 20 Jahren die zweitgrößte Stadt Österreichs, Graz, in Wien bauen

müssen. Das ist eine gewaltige Herausforderung. Da gibt es Verzahnungen – um wirklich auch auf die Komplexität dieses Themas, das kein leichtes ist, hinzuweisen –, da geht es nicht nur, wie der Kollege Walter richtig gesagt hat, um Fragen der Wohnbaufinanzierung, wo wir auch auf Bundesmittel angewiesen sind, da geht es um Verzahnungen zwischen den Ressorts. Da geht es um die wichtige Frage, dass junge Familien, wenn sie einziehen, sich natürlich auch fragen werden: Wo ist die Schule für meine Kinder? Insofern hängen Entscheidungen, die im Wohnbauressort getroffen werden, auch zusammen mit Entscheidungen, die im Planungsressort getroffen werden oder maßgeblich auch im Bereich der Schule.

Es muss so sein – und daraus ergeben sich hoffentlich keine Verzögerungen –, dass Stadtgebiete, wo vielleicht die Infrastruktur mit öffentlichen Verkehrsmitteln schon gegeben ist, hoffentlich auch errichtet werden können, weil dort die entsprechende Schulinfrastruktur ist. Das heißt aber, dass wir jedes Jahr ein, zwei Schulen neu errichten oder entsprechend erweitern müssen. Und da wir nicht mit Containerschulen arbeiten wollen, ist das eine zweite riesige Herausforderung. Ich glaube, im Bildungsressort muss darüber gesprochen werden.

Ich will nur darauf hinweisen, wie verflochten dieses große Thema ist. Wie kann Wien darauf reagieren? Herr StR Ludwig hat einen, glaube ich, sehr richtigen grundsätzlichen Weg eingeschlagen – oder hat es zumindest gesagt, gesagt ist es ja einfach, umgesetzt ist es oft gar nicht so einfach –: billigere Startwohnungen, Smart-Wohnungen, auch in der Errichtung billigere Wohnungen.

Ich halte das für einen richtigen Weg – und das sind jetzt keine kleinen Kammerlín –, denn der Druck für neue Wohnungen hat ja nicht nur damit zu tun, dass wir Zuwanderung haben – im Übrigen aus Niederösterreich, aus dem Südburgenland, aus der Steiermark, ganz stark aus Deutschland; ich wiederhole das ganz bewusst hier noch einmal, auch weil Schülerinnen und Schüler hier sind; es ist klass, dass Menschen zum Studieren nach Wien kommen, die bleiben dann auch hier, gründen Unternehmungen und tragen auch zu unserem Wohlstand bei –, es gibt noch einen weiteren Trend, das sind einfach gesellschaftliche Entwicklungen. Die Anzahl der Singlehaushalte steigt deutlich. In Wien wird jede zweite Ehe geschieden, Menschen orientieren sich neu, Menschen leben auch länger, in einem längeren Leben gibt es verschiedene Lebensabschnitte. Das heißt, die Anzahl von Singlewohnungen steigt, das heißt aber auch, pro Person nimmt, zusätzlich noch zur Zuwanderung, der Wohnungsbedarf zu.

Jetzt haben wir auf Grund der derzeitigen weltweiten Situation eine weitere Herausforderung, in dem Fall sage ich, wir haben ein wirkliches Problem, das ist die Entwicklung der Bodenpreise. Was passiert? Die Leute fürchten um ihr Geld und haben das richtige Gefühl: Wer weiß, auf welche Fonds, Pensionsversicherungen ich das einzahlen soll, was wirklich etwas wert ist, ist das, was man angreifen kann. Und was man angreifen kann,

ist entweder eine Eigentumswohnung oder sich zu beteiligen an nicht vermehrbarem Grund und Boden.

Und wenn jetzt in den Wochenendzeitungen Wiener Äcker und Wiesen fotografiert werden und darunter steht: „Fürchten Sie auch die Inflation? Dann kaufen Sie!“ mit Telefonnummer, dann wissen wir, was passiert, und alle, die sich auch nur ein bisschen auskennen in der Branche und mit Bauträgern reden, wissen, was in den letzten Jahren passiert ist. Nicht erschlossenes Grünland irgendwo, keine Schule weit und breit, keine U-Bahn, keine Straßenbahn, wird teilweise bereits zu Baulandpreisen gekauft. Ich sage jetzt nur Größenordnungen, für die, die im Wohnbau nicht so täglich unterwegs sind: Sehr, sehr günstigen Errichtungskosten, die der Herr Stadtrat in der Seestadt anstrebt, irgendwo bei 1 200, 1 300, 1 400 EUR pro Quadratmeter, stehen Grundpreise pro Quadratmeter errichteter Wohnung von 500, 600, 700, 800 EUR gegenüber. Das heißt, schon mehr als 50 Prozent der Errichtungskosten werden für Grund und Boden gezahlt. Und das ist ein Trend, den wir auf der ganzen Welt haben.

Da stellt sich das Wirtschaftssystem in Frage. Jetzt spreche ich als Grüner und nicht sozusagen als Mitglied des Wohnausschusses der Regierung, denn das ist keine regierungsakkordierte Linie, aber das sage ich jetzt als Grüner hier: Wenn etwas nicht vermehrbar ist wie Grund und Boden und die reine Marktwirtschaft nur zu Preiserhöhungen führt, müssen wir stärker darüber nachdenken, Grund und Boden dem Markt zu entziehen. Achtung! Es ist jetzt Mittag und keine große mediale Berichterstattung, das ist nicht Regierungslinie, aber das ist meine tiefe Überzeugung: Wenn man Grund und Boden nur den Marktkräften überlässt, dann explodieren die Grund- und Bodenpreise. *(Beifall von GRin Dr Monika Vana.)*

Der Markt kann sehr viel. Er kann sehr viele Güter hervorbringen, dort, wo man mehr Güter herstellen kann – Autos und Jacken und Brillen und Schuhe und Häuser und Mikros –, knappen Grund und Boden, der nicht vermehrbar ist, kann der Markt nicht hervorbringen. Hier müssen wir Neues einrichten. Da braucht man nicht irgendwohin zu schauen, da kann man nach Holland gehen, und selbst in Deutschland gibt es viel stärker als bei uns die Sozialpflichtigkeit von Eigentum. Und darüber sollten wir nachdenken.

Wenn man – jetzt packe ich gleich irgendwie die große Ideologiekeulen aus – bei Straßen über Formen der Eigentumsübertragung nachdenkt – ich sage bewusst, der Eigentumsübertragung *(GR Johann Herzog: Enteignung!)*, denn Enteignung heißt ja nicht, ich nehme dir was weg, sondern es ist eine Übertragung des Eigentums, wo festgestellt wird, zu welchem Preis das erfolgt –, wenn das für Straßen selbstverständlich ist, stelle ich hier als Grüner – das ist nicht Regierungslinie – zur Diskussion, ob dann, wenn die öffentliche Hand alle Vorinvestitionen getätigt hat, die U-Bahn und die Schule und, und, und, und sich irgendjemand einbildet, er behält sich das, weil das eine sichere Versicherung für die nächsten 50 Jahre ist, dann stelle ich das in Frage. Dann

stelle ich das in Frage, denn Besitz soll halten ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Herr Kollege, ich glaube, wir werden uns in ganz vielen Fragen, so auch in dieser Frage, nicht einigen, und da sind wir beide sehr zufrieden damit. *(Beifall bei den GRÜNEN und von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)*

Die Frage der Bodenbewirtschaftung ist das eine, und – weil es der Herr Stadtrat auch schon in Interviews angedeutet hat und wir das auch unterstützen – wenn jetzt eine neue Bauordnung verhandelt wird, soll man darüber nachdenken, ob es eine Widmungskategorie sozialer Wohnbau oder förderbarer Wohnbau – wie immer das jetzt im Einzelnen heißt – geben soll, die klarstellt, dass das, was dort errichtet wird, zu Bedingungen, die der Kollege Walter richtigerweise als leistbares Wohnen bezeichnet hat, möglich ist und dass damit einer ganz kleinen Schicht von Grundeigentümern signalisiert wird: Hallo, nicht jeder Marktpreis kann dort erzielt werden!

Wir sind stolz darauf, und wir alle hier im Haus sollten stolz darauf sein, dass Wien noch eine der wenigen Städte ist, wo du, wenn du sagst, wo du wohnst, nicht automatisch damit preis gibst, welche soziale Stellung du hast. Wenn du in den USA bist, musst du als sozialen Gründen umziehen, wenn du aufsteigst, und musst genauso umziehen, wenn du absteigst. Viele Leute trauen sich nicht, irgendwelche Leute nach Hause einzuladen, denn damit würden sie bekannt geben, in welcher sozialen Schicht sie sind. Egal, in welchen der 23 Bezirk wir wohnen, du kannst sehr, sehr wohlhabend oder nicht wohlhabend sein. Diese Form von Gerechtigkeit und Vermischung ist auch eine Basis des sozialen Friedens, den wir in Wien haben, und dies wollen wir beibehalten. Und wenn einige mit Bodenspekulation, die wirtschaftlich genauso legitim ist, wie sonst etwas zu machen, diesen sozialen Frieden in Frage stellen, dann müssen wir hier über Begrenzungen nachdenken. *(Zwischenruf von GR Ing Udo Guggenbichler.)* Ja, das werden wir diskutieren, aber da geht es nicht um eine Spekulation, sondern da geht es darum, dass ein Bauträger – jetzt auf den Zwischenruf – dort einen Kindergarten und Wohnungen errichtet. Der kauft das jetzt nicht von der Gemeinde Wien, um es weiterzuverkaufen, sondern dort werden Wohnungen errichtet. *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Ing Udo Guggenbichler.)* Aber wir werden das morgen ohnehin in aller Breite und voller Genuss und Hingabe diskutieren.

Ich möchte abschließend auf ein Argument von Kollegen Walter eingehen. Muss auf jedem Haus ein Schwimmbad sein? Nein, natürlich muss nicht auf jedem Haus ein Schwimmbad sein. Aber wenn vor wenigen Tagen das Projekt „Swim & Bike“ am Nordbahnhof-Areal übergeben wurde, dann ist das nicht teurer als andere vergleichbare Dinge, und ich finde es klass, dass es das in so einer großen Wohnhausanlage gibt.

Schon der legendäre – neulich hatte ich die Ehre, mit ihm zusammensitzen – Harry Glück, der Errichter von sehr vielen Wohnungen, etwa von Alterlaa, hat gesagt: Ist das nicht klass, dass man oben ein Schwimmbad hat. Denn wurscht, ob ich reich bin oder was immer, man

kann sozusagen durch Kleidung, Autos, Fahrräder oder sonst wie seine soziale Stellung dokumentieren, aber wenn Leute da oben einander in der Badehose und mit Handtuch begegnen, dann sind auch optisch alle ziemlich gleich. Kinder lieben es im Übrigen, am Abend nach Haus zu kommen und nicht nur an Tagen wie diesen in den Swimmingpool zu hupfen

Und wenn das, Kollege Walter, dadurch finanziert ist, dass dort neue Mobilitätsformen angeboten werden, dass dort nicht 1 zu 1 errichtet wird, wie du weißt, sondern dort 0,5 zu 1 eine „Swim & Bike City“ errichtet wird, wenn man mit dem Rad fährt und Autos intelligenter nutzt, dann spart man sich Garagen, und statt Garagen in der Erde zu vergraben, gibt es oben ein Schwimmbad. Das ist ein klasser Projekt. Das kostet nicht mehr und ist intelligenter, als leerstehende Garagen zu haben. Ich bin froh, dass es das gibt. Nicht jeder braucht das, aber nicht nur jeder, der Kinder hat, weiß, wie klass das ist, in einem Swimmingpool zu plantschen.

Ich möchte noch auf einige Dinge hinweisen, die meiner Kollegin Hebein ein großes Anliegen sind – aus Zeitgründen wird sie sich, wie es momentan aussieht, nicht zu Wort melden –, das ist die Delogierungsprävention. Es gibt Menschen – nicht viele, aber jeder einzelne ist zu viel –, die es sich nicht leisten können, ihre Wohnung zu bezahlen. Wir wissen, dass es allein aus wirtschaftlichen Gründen enorm teuer ist, Leute, die einmal ihre Wohnung verloren haben, irgendwie wieder in eine Wohnsituation hineinzubringen, hier Bereitstellung zu machen, hier präventiv zu wirken und die vielen, auch Ihnen schon bekannten, Methoden, Pilotversuche auszubauen, die es verhindern, dass letztendlich ein Grundrecht, irgendwo ein Dach über dem Kopf zu haben – und das sage ich jetzt ganz bewusst nach der Parkpickerldebatte –, nicht gewährleistet ist, als wäre das Recht auf einen Gratisparkplatz höher angesiedelt als das Recht, auch nur eine kleine Wohnung zu haben, unbeschadet der Einkommenssituation.

Ich drehe es um. Mir ist sozusagen günstiges Wohnen wichtiger als gratis Parken, und irgendwie habe ich es als Frechheit empfunden – das darf ich jetzt in Richtung ÖVP sagen –: Von irgendjemand kam heute ein Twit, und es ist interessant, dass der ÖVP gratis Parken wichtiger ist als gratis Lernen oder gratis Studieren. Es zeigt die Verhältnisse. Hier möchte ich nur sagen, uns ist es wichtiger, Delogierungsprävention vorzunehmen und nicht Leute in Obdachlosigkeit zu stürzen, aus der sie nur sehr schwer wieder herauskommen.

Kollegin Hebein engagiert sich da sehr in dieser sozialen Frage in einer Gesellschaft, die aus vielen Gründen immer mehr auseinanderklafft. Unsere Aufgabe ist es, dieses Auseinanderklaffen zu verhindern und die Gerechtigkeit im Wohnbau, in der Planungspolitik und vor allem auch in der Bildungspolitik aufrechtzuerhalten. Das sind große Herausforderungen, vor denen wir stehen, aber diese Regierung von Rot und Grün ist angetreten, um diese Herausforderungen zu lösen. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich mich einmal bedanken, dass doch sehr viele Leute auf der Galerie jetzt dieser Wohnbaurechnungsabschlussdebatte zugehört haben. Es waren sogar mehr Leute, als von den Regierungsparteien anwesend waren. Soweit zum Interesse an dieser Rechnungsabschlussdebatte.

Würde ich jetzt auf meine Vorgänger im Detail eingehen, dann würde ich sehr viel länger als meine 25 Minuten brauchen, aber um ein paar Punkte kann ich doch nicht umhin.

Zum Ersten bedanke ich mich sehr herzlich, dass der Herr Chorherr und der Herr Walter endlich erkannt haben, dass wir leistbare Wohnungen brauchen, denn wenn ich von einer etwas einfacheren Ausstattung gesprochen habe und dahin gehend auch Anträge eingebracht habe, wurden sie generell abgelehnt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Herr Chorherr hat weiters gemeint, dass man jetzt die Grundstücke dem Staat übertragen soll. Kommunismus, Herr Chorherr, lehnen wir generell ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Bei uns gilt auch das Leistungsprinzip. Wenn sich also jemand etwas durch Leistung erwirbt, dann nehmen wir es ihm mit Sicherheit nicht weg.

Das Nächste waren Ihre Bike-Siedlungen. „Swim & Bike“- und Biathlon-Städte. Sie wissen schon, dass die Wasserpreise um 33 Prozent gestiegen sind, Sie wissen auch, dass jene, die in Bikecities wohnen, das Auto dann einfach beim Nachbarobjekt abstellen, wo sich die Leute fairerweise zu dieser Art des Wohnens mit Garagenplatz oder eben Parken auf der Straße bekennen. Wir haben schon diese autofreien Städte, das heißt aber nicht, dass die Bewohner keine Autos haben. Das sollte man fairerweise auch einmal dazusagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte jetzt zum eigentlichen Rechnungsabschluss kommen. Gestern hat die Frau StRin Brauner diesen Rechnungsabschluss vorgestellt, und ich war mir jetzt nicht sicher, bin ich in der falschen Stadt oder beim falschen Rechnungsabschluss. Denn alles, was sie so wunderbar und so toll dargestellt hat, können wir in dieser Form und auch nicht anhand der vorliegenden Zahlen nachvollziehen.

Da möchte ich jetzt einmal zuerst bei Ihnen, Herr Stadtrat Ludwig, beginnen. „Wohnen in Wien“, 16 Seiten haben wir schon fast jede Woche einmal irgendwo in der „Krone“. Die Stadt Wien gab allein im Vorjahr 80 Millionen EUR für Werbungskosten aus, und Sie, Herr Stadtrat, haben da sicher einen Großteil abgeschöpft. Aber ich weiß ja nicht einmal, wofür Sie werben wollen, denn wenn sie jetzt Wohnen in Wien bewerben und 30 000 Leute, die einen Vormerkschein haben, jahrelang auf eine Wohnung warten müssen, aber noch viel mehr Tausende gar nicht erst einen Vormerkschein kriegen, weil es ja – wie steht es da in einer Zeitschrift? – zur Zeit

keine bedarfsdeckende Versorgung gibt. Und genau das ist der Punkt. Sie bewerben etwas, was wir überhaupt nicht abdecken können. Das ist dem Bürger gegenüber nicht fair und zeigt ein Bild, das überhaupt nicht der Stadt entspricht.

Dann kommt noch ein Punkt zum Wohnen, um den komme ich doch nicht so umhin, denn es geht ja auch um die Reihung. Da bekommt man einen Vormerkschein, wiegt sich in der guten Hoffnung, man ist auf Platz Nummer sowieso – jetzt via Internet kann man gut verfolgen, wie man nach vor gereiht wird –, aber dem ist gar nicht so. Immer mehr Leute müssen feststellen, dass sie nach hinten gereiht werden, und auch dafür gibt es eine gute Rechtfertigung.

Jetzt nehme ich einmal das Ute-Bock-Haus in Favoriten. Sie kann niemanden auf die Straße stellen, nein, sie hat auch nicht genug Räume, jeden aufzunehmen, aber sie hat eine Meldeadresse, und dort können sich jetzt zig und aber-zig Menschen anmelden, und wenn sie zwei Jahre dort gemeldet sind, dann haben sie auf Grund der Vormerkrichtlinien einen Anspruch auf einen Vormerkschein. Aber weil man ja so gar nichts hat, sind das alles Notfälle, und dann dürfen sich die Leute in Wien nicht wundern, wenn sie zurückgereiht werden, wenn wir eine Fülle von Notfällen permanent nach vor reihen.

Wir sehen so einem Treiben nicht zu, denn das ist eine Diskriminierung der Inländer! Das sage ich hier ganz klar und deutlich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben ja auch immer – da bin ich jetzt noch einmal bei diesen leistbaren Wohnungen – ein Sonderwohnprogramm gefordert. Die Stadt Wien möge wieder in Eigenregie und nicht über Genossenschaften bauen, ohne Luxus und Komfort, einfach nur leistbar.

Aber wie sieht das aus? – Die Wohnbauförderung wurde um 98 Millionen gekürzt. 98 Millionen, das ist eine Summe Geld, um die man, wenn man wirklich wie in den 20er und 30er Jahren – natürlich mit heutigem Standard, aber bedarfsgerecht – Wohnungen errichtet, eine ganze Menge bauen kann. Und vielleicht könnten wir auch einmal jene, die dringend eine Wohnung suchen, befriedigen, was uns im Moment nicht gelingt.

Wenn dann die Frau StRin Brauner sagt, sie setzt das Geld dort ein, wo es die Menschen brauchen, nämlich zukunftsorientiert, dann ist eine Kürzung der Wohnbauförderung um 98 Millionen sicher der falsche Weg. Und wenn Sie dann sagen, ja, aber wir bekommen das Geld auch vom Bund, dann muss ich fragen: Wer sitzt im Bund in der Regierung? Die Freiheitlichen sind es nicht. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Heinz Vettermann: Gott sei Dank!*)

Es kommt ja dann auch noch dazu, dass, vor allem wenn es um Sanierungen geht, hier oft schon sehr teure Möglichkeiten gewählt werden, die in dieser Form überhaupt nicht erforderlich sind. Wir brauchen nicht jedes Haus mit dieser Polystyrolämmung zudeckeln. Sie wissen, dass es dazu schon sehr, sehr unterschiedliche Meinungen der Experten gibt. Es gibt ausreichend Literatur. Entweder Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen, oder Sie lesen es nicht. Letzteres

unterstelle ich Ihnen aber nicht.

Aber erinnern Sie sich an die Asbestdebatte. Das habe ich hier schon einmal gesagt, man war der Meinung, es ist gut, Langzeitstudien haben gefehlt, und letztlich wurde es ein Sondermüllprogramm.

Wir haben den Diesel. Er wurde propagiert, alle sollten Diesel fahren, mittlerweile weiß man, weil man auch hier jetzt auf Langzeitstudien zurückgreifen kann, dass es eben nicht so glücklich gelaufen ist, wie sich das viele gewünscht hätten oder erwartet hätten.

Wir wissen auch, dass das Dämmmaterial zur Zerstörung der Stadtstrukturen, der Denkmale und der Fassadengestaltungen führt. Viele Bauten werden feucht, weil die Durchlüftung nicht mehr entsprechend gegeben ist, und das Dämmmaterial ist auch feuergefährlich. Ich weiß nicht, ob wir über ausreichend Katastrophenpläne verfügen, wenn es dann soweit ist. Und bezahlen müssen das die Mieter mit einem Vielfachen an Miete, wo schon jetzt das Geld oft schon nicht reicht, wobei viele ihre Wohnungen selbst saniert haben und jetzt noch einmal in mehrfacher Hinsicht zur Kasse gebeten werden.

Ich möchte jetzt noch ein paar Anträge einbringen, und zwar eben, was die Stadterneuerung betrifft.

Die Wohnbauförderung soll tatsächlich auch dem Wohnbau zugute kommen, und es soll nicht, wie es derzeit ist, die Hälfte für Infrastrukturmaßnahmen oder sonstige Zwecke – was immer das heißen mag – aufgehen. Jetzt habe ich einen dahin gehenden Antrag. Das ist ja nicht zum ersten Mal, nur dieses Mal haben wir den Antrag jenem angepasst, den Ihr Gemeinderat, der Herr Meidlinger, in seiner Funktion als Gewerkschafter auch bei der Kammer eingebracht hat, sodass ich mir denke, es spricht diesmal sicher nichts dagegen, dass die SPÖ dem zustimmt, es sei denn, dass man bei der Kammer andere Töne spricht als hier in diesem Gremium.

Ein wesentlicher Punkt ist weiters dann auch noch im Zusammenhang mit den Sanierungen, dass es ja hier auch Kontrollamtsberichte gibt, die sehr wohl darauf hinweisen, dass hier nicht alles so gut läuft, wie sich die Stadt Wien das wünscht, und dass hier auch viele Mittel aufgehen, um Leerstandswohnungen zu sanieren.

Jetzt muss ich aber sagen, das mit der Sanierung der Leerstandswohnungen, das ist schon so eine Sache. Viele in den einzelnen Häusern wissen gar nicht, dass überhaupt Leerstandswohnungen instandgesetzt wurden, ja sie wissen noch nicht einmal, dass bei ihnen auf der Stiege Leerstandswohnungen sind, weil niemand ausgezogen ist, und trotzdem gibt es riesige Sanierungen. Und die Kosten für diese Sanierungen der Leerstandswohnungen betragen im Vorjahr immerhin 148 Millionen EUR.

Aber warum machen Sie diese Leerstandswohnungssanierungen mit so großer Begeisterung, wo alle paar Jahre die Leitungen herausgerissen werden, und zwar Elektroleitungen, während sich um die Gasleitungen – auch hier gibt es einen Kontrollamtsbericht, dass zig Prozent undicht sind – niemand kümmert? Alle zwölf Jahre müssten sie

saniert werden, aber die schaut niemand an. Elektroleitungen werden alle drei bis vier Jahre saniert.

Da ist jetzt, muss ich sagen, die Mietervereinigung eine große Hilfestellung. Denn die schreibt da zum Beispiel, die Leistbarkeit des Wohnens ist gefährdet. Und da spricht man dann unter anderem auch davon: Achtung! Falle! Alte E-Leitungen. Da wird ganz genau ausgeführt, dass eben die Sanierung ein Wahnsinnsgeld kostet. Klimaschutz als Ausrede für geplante Mietenerhöhungen, schreibt hier die Mietervereinigung. Die MieterInnen sollen für thermische Sanierungen von Wohnhäusern zur Kasse gebeten werden. – Also das alles stammt ja nicht einmal von mir.

Der Kontrollamtsbericht hat auch darauf hingewiesen, dass hier mit diesen Sanierungen und so weiter den Bürgern nicht nur wahnsinnig viel Geld abverlangt wird, sondern dass das in dieser Form auch nicht gerechtfertigt ist. Die Hauptmietzinsreserve ist nicht mehr vorhanden, weil daraus die Leerstandswohnung instandgesetzt und saniert wurden. Aber solange das keine Verbesserungen sind, sondern nur Verschönerungen – man legt einen neuen Boden hinein oder neue Fliesen –, so lange dürfen Sie das den Mietern gar nicht anrechnen, und auch darauf weist die Mietervereinigung in gewissem Maße hin. Aber Sie setzen sich über das alles hinweg und sagen, das wird schon irgendwie gehen.

Was jetzt noch das Energiesparen betrifft, möchte ich doch sagen, dass Sie einmal versuchen sollten, mit der Planung, und zwar wirklich schon mit der Planung nicht immer nur Schneisen vorzusehen. Wir haben es jetzt wieder bei der Seestadt Aspern, wir haben es am Monte Laa, wir haben es am Wienerberg, wir haben es drüben im 22. Bezirk auf der Platte. Sie bauen eine Schneise und wie Perlenketten links und rechts die Häuser. Natürlich pfeift der Wind durch, natürlich kostet das alles Energie. Aber Sie sind nicht willens, hier ein Umdenken herbeizuführen und vielleicht einmal ein bisschen eine andere Richtung einzuschlagen.

Jetzt möchte ich noch etwas sagen, was die Mieten betrifft, denn auch die sind ja in den letzten Jahren ganz massiv angestiegen, vor allem auch der Richtwertmietzins. Da gibt es schon ein ganz interessantes Phänomen. Nicht nur, dass auch die Mietervereinigung den Richtwertmietzins kritisiert, ja sogar Mietzinsobergrenzen fordert, weil alles schon so furchtbar teuer wird, sind auch die Regierungsparteien gespalten.

Der Herr Chorherr vertritt – das betrifft zwar die Wärmedämmung – die Ansicht, dass das eh nicht notwendig ist, denn das wird aus Erdöl hergestellt und aufgebracht, daher sollte man es besser lassen, aber das sagt er nur in kleinen Kreisen, bei größeren Diskussionsrunden ist er dann anderer Meinung.

Beim Richtwertmietzins hat sich jetzt vor 10 oder 14 Tagen die Frau Mag Becher im Parlament massiv dagegen ausgesprochen, dass der Richtwertmietzins automatisch alle zwei Jahre nach oben angepasst wird. Und jetzt meine ich, dass die Frau Mag Becher ja nicht einfach irgendwer ist, sondern sie war einmal die

Vorsitzende des Wohnbauausschusses, und ich meine, der Bundeskanzler war immerhin einmal der Wohnbaustadtrat, und der Herr Staatssekretär Ostermayer war einmal der Chef von Wiener Wohnen. Also das sind wirklich Leute, wo man meint, sie müssten etwas von Wohnen verstehen, sodass sie sich hinsetzen und einmal ein Mietrechtsgesetz ausarbeiten könnten, das uns schützt vor der ständigen Erhöhung des Richtwertmietzinses, aber dass sie vielleicht auch einmal eine Regelung des Mietzinses generell vornehmen, damit man nicht fünf, sechs, sieben verschiedene Möglichkeiten hat, wie man einen Mietzins im Altbau berechnet, damit es hier einmal eine vereinfachte Regelung gibt. Das würde zum Beispiel auch unter den Punkt Transparenz fallen.

Dass die Leistbarkeit des Wohnens in Frage gestellt ist oder gefährdet ist durch den Richtwertmietzins, habe ich ja schon ausgeführt, und das stammt ja eben von der Mietervereinigung.

Also ich meine, wir haben jetzt schon eine ganze Menge aufgeführt, wo es eklatante Probleme gibt, aber auf eines, auf die Betriebskosten, geht ja mein Kollege noch ein. Das mit dem Gas habe ich schon ein bisschen erläutert, und jetzt noch einmal zu den Elektroleitungen. Hier werden alle drei bis vier Jahre bei solchen Wohnungsinstandsetzungen einmal die Elektroleitungen herausgerissen, und der Preis für den Strom steigt und steigt, und daran verdient die Wien Energie noch einmal. Aber dann finde ich in meinem Briefkasten so ein Taferl (*Die Rednerin hält eine orangefarbene Werbebroschüre in die Höhe.*), „Aus zwei mach eins“, und ich war geneigt, es sofort in den Papierkorb zu schmeißen, denn es steht ja nicht wirklich was drauf. Aber nein, der Euro ist echt! Es gibt 854 000 Haushalte in Wien, und wenn man das an jeden Haushalt ausgeschickt hat, dann hat Wien Energie mit den ständig steigenden Energiepreisen ein tolles Körbergeld, von dem man 854 000 EUR zum Teil beim Fenster hinaushauen kann. Denn viele würden so eine Werbung nehmen und in den Papierkorb schmeißen und gar nicht damit rechnen, dass der Euro original ist, dass man vielleicht mit diesem Euro noch was machen kann. Wir zu Hause haben zwei bekommen.

Ich meine, wir sollten hier nicht die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt abzocken, wenn wir selbst nichts dazu beitragen, dass man hier in irgendeiner Form diese Steuermittel etwas effizienter verwaltet oder überhaupt danach trachtet, dass man gar nicht erst solche Dinge aufkommen lässt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte jetzt noch zwei Anträge einbringen, die mir wichtig sind.

Der eine ist im Zusammenhang mit der Sanierung. Immer mehr Experten beklagen – und wie ich meine, zu Recht –, dass eine Stadtverschandelung durch diese Art der Sanierung mit diesen Dämmstoffen stattfindet. Uniform ist das Ganze, und Dämmstofforgien, das ist kultureller Selbstmord, schreibt zum Beispiel einer von vielen. Wir meinen, diese Stadt Wien hat eine Vielfalt an diverser Architektur zu bieten, aus allen Stilepochen. Wir bekennen uns dazu, aber dann dürfen wir auch nicht durch Sanierungen ganze Straßenzüge oder Ensembles

oder sonst etwas zerstören, nur weil wir meinen, energieeffizient zu sein. Denn ob wir es sind, das wird sich erst noch herausstellen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Daher bringen wir folgenden Antrag ein: Damit trotz aller energiewirtschaftlicher Überlegungen das Stadtbild in seiner vielfältigen Struktur erhalten bleibt, soll die Zerstörung desselben, welches einen architektonisch wertvollen reichhaltigen Bestand an unterschiedlichsten Formen darstellt, durch die Dämmung von Fassaden an diesen Bauten unterlassen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Noch ein Satz zu Ihrem Energiesparen mit diesen Solarzellen. Die Solarstadt wurde ja vom Herrn Chorherr so breitgetreten. Dazu muss ich schon sagen, es dauert 16 Jahre Leistung der Solarzelle, bis allein die Gewinnung des darin enthaltenen Siliziums einmal wettgemacht ist. 16 Jahre muss eine Solarzelle laufen, bis man die Gewinnung des Siliziums herinnen hat. Und da rede ich noch nicht vom Aufbringen, da rede ich noch nicht von dem ganzen Produktionsprozess und nicht vom Transport und der Sondermüllentsorgung. Aber 16 Jahre nur laufen, bis man die Gewinnung des Grundstoffes herinnen hat, das ist eine schlechte Energiebilanz.

Jetzt bringe ich noch den letzten Antrag ein. Es gibt aus dem Jahre 2010 eine Architekturstudie über Barrierefreiheit. Leider muss ich sagen – und das ist eigentlich entgegen Ihren sonstigen Gewohnheiten, Herr Stadtrat –, haben wir bisher diese Studie nicht gesehen. Tatsache ist aber, die Stadt Wien macht wohl sehr viel im Bereich der Barrierefreiheit, die Amtshäuser allerdings liegen zum Teil noch ein bisschen im Argen. Hier könnte man das endlich so vorantreiben, dass Menschen, die auf ihr selbstbestimmtes Leben Wert legen, trotz aller Behinderungen, es einfacher haben, wenn sie ihre Amtswege erledigen müssen. – In diesem Sinne möchte ich den letzten Antrag einbringen.

Ich glaube, dass wir unsere Gründe, gerade im Wohnbau, schon so dargelegt haben, dass man mit gutem Grund sagen kann: Machen Sie zuerst ihre Hausaufgaben! Zocken Sie nicht ohne gewünschte Gegenleistung die Mieter ab! Es wurden heute Telefonie, Kostenpflicht und so weiter angeführt. Und wenn sie den Wohnbau ernst nehmen, versuchen Sie – und Sie haben Ihre Regierungspartner –, endlich auch wieder die Wohnbauförderung zu erhöhen, und gehen Sie ein bisschen weg von der etwas überzogenen Dämmung beziehungsweise thermischen Sanierung! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Niedermühlbichler. Ich erteile es ihm.

GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wiener Wohnpolitik ist ohne Zweifel ein erfolgreiches Modell für qualitätsvolles, modernes und leistbares Wohnen und für das werden wir weltweit beneidet. Seit den 20er Jahren ist diese Wohnbaupolitik eng mit der Sozialdemokratie verknüpft und wird es auch in Zukunft sein und dafür garantiert die Wiener

Sozialdemokratie.

Das Jahr 2011, und es geht ja um diesen Rechnungsabschluss, war geprägt durch die Krise. Sinnvolles Sparen, vernünftig investieren war das Motto und das galt natürlich auch für den Wohnbau. Wir haben, und das haben wir ja auch immer gesagt und nie bestritten, ein schwieriges Jahr zu meistern gehabt. Die Mittel wurden weniger, weil wir ja eben auch investieren, wenn es notwendig ist, aber sparen, wenn es möglich ist. Wir haben im Gegensatz zu anderen die Hände nicht in den Schoß gelegt, sondern überlegt, was können wir tun, was können wir machen, um die Wohnbauleistung auch zu steigern. Der Herr Wohnbaustadtrat Ludwig hat sich mit Experten überlegt, wie man da was machen kann, um auch weiterhin die notwendige Anzahl von Wohnungen zur Verfügung zu stellen und hat mit der Vizebürgermeisterin Finanzstadträtin Brauner ein Modell ausgearbeitet, die Wohnbauinitiative 2011, sie wurde heute schon angesprochen. Eine Initiative, wo wir immer gesagt haben, sie ist eine einmalige Angelegenheit, aber für Wien durchaus wichtig für das Zurverfügungstellen von Wohnraum, von Wohnungen und auch, und das darf man nie vergessen, für die Bauwirtschaft und damit auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Kollege Walter, der zwar die ersten fünf Minuten, glaube ich, über Parkraumbewirtschaftung geredet hat, und ich weiß nicht, ob es den Auftrag an die ÖVP-Mandatare gibt, jetzt in allen Geschäftsgruppen über die Parkraumbewirtschaftung zu reden, ist aber dann doch zum eigentlichen Thema gekommen und hat diese Wohnbauinitiative kritisiert und hat hier einen Satz gesagt, der so einfach nicht stimmt. Er hat gesagt: „Wenn die Zinsen steigen, werden auch die Mieten steigen.“ Das stimmt nicht, weil dieses Modell eben darauf abzielt, dass zehn Jahre lang der Mietzins, und der ist an den geförderten Wohnbau angelehnt, gleich bleiben muss und erst ab dem 11. Jahr und auch nur für diejenigen, die neu in diese Wohnungen einziehen, gilt dann der neue Mietzins. Das heißt, alle, die innerhalb der ersten zehn Jahre die Wohnungen beziehen, bekommen und erhalten weiterhin den niedrigen Mietzins. Daher stimmt einfach die Aussage nicht „Wenn die Zinsen steigen, werden auch die Mieten steigen.“ Aber wir haben auch immer wieder gesagt, dass das ein einmaliges Modell ist. Wir haben ja für das Jahr 2011 die Förderung auch wieder erhöhen können und werden weiterhin Wohnungen bauen.

Noch ein Wort zur Kritik an Wiener Wohnen beziehungsweise an dem Callcenter. Es kann schon sein, dass man einmal nicht durchkommt. Es gibt ja sehr, sehr viele Anrufe. Aber eines möchte ich schon hier anmerken: Zeigen Sie mir eine private Hausverwaltung, die 24 Stunden am Tag 7 Tage in der Woche für den Mieter, für die Mieterin erreichbar ist. Das gibt es sonst nirgends, das gibt es nur bei Wiener Wohnen. Darauf sollten wir stolz sein, dass wir dieses Modell haben und hier die Mieterinnen und Mieter am Wochenende und in den Abendstunden nicht allein lassen. Dann zu kritisieren, dass sie manchmal nicht erreichbar sind, halte ich für nicht sinnvoll.

Ich muss zur Kollegin Frank kommen und wollte eigentlich auf das nicht eingehen. Aber wenn Sie zu den Ausführungen vom Herrn Kollegen Chorherr sagen, Sie lehnen den Kommunismus ab und wenn sich mal jemand was erarbeitet hat, dann nehmen wir ihm das nicht weg - weiß das der Herr Dritte Nationalratspräsident Graf auch, dass man jemandem was nicht wegnimmt (*GR Mag Wolfgang Jung: Können Sie uns auch sagen, was er weggenommen hat?*) oder gilt das nur für männliche, Sie haben es ja nur in der männlichen Form gesagt, und alten Frauen (*GR Mag Wolfgang Jung: Was hat er weggenommen?*) darf man dann was wegnehmen? (*Aufregung bei der FPÖ.*) Also ich würde Ihnen empfehlen, reden Sie mit dem Dritten Nationalratspräsidenten Graf, dass er auch weiß, dass man vor allem älteren Damen, die sich was hart erarbeitet haben, hier auch nichts wegnimmt. Also ich halte das für doppeldeutig.

Das Zweite ist, weil Sie auch die Frau Ute Bock angesprochen haben. Auch hier lassen Sie mich ein Wort sagen. Frau Ute Bock hat sich ihr Leben lang für benachteiligte Menschen eingesetzt. Ich finde es einfach als eine Schande, wie die FPÖ mit so einer Frau, die sich ihr Leben lang für benachteiligte Menschen eingesetzt hat, umgeht. Ich finde es auch nicht in Ordnung, Frau Frank, dass Sie hier diese Wortmeldung dazu verwendet haben, um Frau Bock hier auch schlechtzureden. Aber noch grauslicher finde ich diese Aussendung, die die FPÖ an alle Haushalte verschickt hat. Das ist wirklich eine Schande und für diese Stadt eigentlich nicht opportun, wie man mit Menschen, die sich ihr Leben lang für benachteiligte Menschen einsetzen, umgeht. Wir als SPÖ lehnen das aufs Schärfste ab! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und dann, Frau Kollegin Frank, es ist ja schön, wenn Sie Anträge abschreiben. Ein Antrag, den Sie offensichtlich von der FSG abgeschrieben haben, wenn Sie die Mietervereinigung zitieren, ja selbstverständlich werden wir uns als Mietervereinigung immer gegen zu hohe Mieten einsetzen und Sie sind ja auch Mitglied bei der Mietervereinigung. Wenn wir hier gemeinsam dafür sorgen können, dass Mieten nicht überbordend steigen, dann werden wir in einem Boot sitzen. Wenn es aber darum geht, hier politisches Kleingeld zu schlagen, dann sage ich, da spiele ich nicht mit. Und eines muss man schon sagen, und das werden Sie sich immer gefallen lassen müssen, weil es einfach stimmt: Wirkliche Benachteiligungen und wirkliche Verschlechterungen für die Mieterinnen und Mieter hat es nur während der Regierungsbeteiligung der FPÖ gegeben. Das wissen Sie ganz genau und das werden Sie auch nicht wégdiskutieren können.

Lassen Sie mich noch, Sie haben das zwar jetzt nicht angesprochen, aber gesagt, Ihr Kollege Hofbauer wird dann zu den Betriebskosten etwas sagen. Daher prophylaktisch gleich vorweg: Ich weiß, es wird wieder kommen, die Stadt Wien erhöht die Betriebskosten, das wirkt kostensteigernd auf die Mieten. Und wenn die Stadt Wien die Gebühren senken würde oder nicht so stark erhöhen würde, würden sich die Wienerinnen und

Wiener sehr viel sparen. Hier, Herr Hofbauer, damit Sie das mitschreiben und auch nachher dann vielleicht richtig sagen und nicht falsch: Bei den Betriebskosten machen die öffentlichen Gebühren gerade einmal ein Viertel, also 25 Prozent, aus. Das sind für eine 70 m²-Wohnung 29,20 EUR im Monat. Also wenn wir hier die Kosten auch nur um 10 Prozent senken würden, wären das 3 EUR, die sich die Mieter hier bei den Betriebskosten sparen würden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, allein die Versicherungen machen über 30 EUR aus, die hier die Mieter zahlen müssen. Kritisieren Sie bitte hier auch das, woran die Privatwirtschaft, nämlich die Versicherungswirtschaft verdient, und stimmen Sie mit uns. Gehen Sie mit uns mit der Forderung, die auch der Herr Stadtrat immer wieder stellt, Versicherungen raus aus den Betriebskosten. Das würde deutlich weniger Kosten für die Mieterinnen und Mieter bedeuten.

Was bei den Gebühren aber entgegensteht, sind ja die hervorragenden Leistungen der Stadt Wien. Wir alle schätzen das Wiener Wasser. Wir alle schätzen die Wiener Müllabfuhr. Wir alle schätzen die Abwasserentsorgung. Das kostet eben und daher, Herr Hofbauer, verfallen Sie nicht in Populismus zu sagen, wenn die Gebühren der Stadt Wien nicht steigen würden, dann wäre alles eitel Wonne. Das sind nicht die Kostentreiber. Das wollte ich Ihnen vorab sagen.

Zu Wiener Wohnen noch ein Wort: 220 000 Gemeindewohnungen zeigen, dass uns Wohnpolitik wichtig ist. Aber auch, und das ist durch den Bereich der Wohnpartner gewährleistet, wir lassen die Menschen in den Gemeindebauten nicht allein, sondern kümmern uns darum. Diese Wohnpartner wurden ja ausgebaut und in Wirklichkeit auch unter unserem Wohnbaustadtrat Dr Michael Ludwig gegründet.

Ich kann Ihnen versichern, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Sozialdemokraten und an der Spitze der für Wohnbau verantwortliche und für die Wohnungspolitik verantwortliche Dr Michael Ludwig sind der Garant für ein faires Wohnen in Wien, jetzt und in der Zukunft. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Jung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Niedermühlbichler hat hier anscheinend in einem Anfall von Rundumschlag, um von der Messerstecheraffäre abzulenken, behauptet, der Präsident Graf hätte einer alten Frau ... *(GR Prof Harry Kopietz: Das ist ja unwahrscheinlich!)* Der Präsident Graf hätte *(Aufregung bei der SPÖ.)* - ja, ich weiß, dass Sie das aufregt - einer alten Frau etwas abgenommen. Das ist unwahr! Ich fordere ihn auf, hier herauszukommen und zu sagen, was er ihr abgenommen hat. Wenn er das nicht kann, dann ist das jämmerlich und feige und Sie sollten sich schämen! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Siegi Lindenmayr: Wer hat denn einer alten Frau eine Stiftung eingeredet?)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Der Herr GR Ellensohn hat sich auch zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Ich berichtige den Berichtiger von vorhin *(GR Mag Wolfgang Jung: Das geht nicht nach der Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender!)* und berichtige, was die FPÖ den ganzen Tag sagt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Herr Vorsitzender, das geht nicht nach der Geschäftsordnung! - GR Johann Herzog: Vorsitzender abgeschafft!)* Hier wurde gesagt, der Herr Graf hat jemandem etwas weggenommen. Tatsache ist, dass die Frau Meschar über die Million Euro, die sie in die Stiftung eingebracht hat, nicht mehr verfügen kann. Sie kann, sie kann tatsächlich ... *(Aufregung bei der FPÖ.)* Deswegen hat sie ja letzten Winter um einen Heizkostenzuschuss bei der Stiftung angefragt und diesen nicht bekommen, wie wir allen Medien entnehmen konnten. Die Frau Meschar hat selber gesagt, sie wollte, ich glaub', 450 EUR zusätzlich fürs Heizen, wenn ich die Zahl richtig im Kopf hab'. Das können Sie dann berichtigen, vielleicht waren es 420, 450 EUR für die Heizkosten und das hat sie nicht bekommen. *(GRin Angela Schütz: Das stimmt doch nicht!)* Diese Stiftung ist so angelegt, dass die Person, die das Geld einbringt, keine Möglichkeit hat. Deswegen gibt es ja ... *(GR Johann Herzog: Das ist Stiftungsrecht!)* Deswegen ... Nein, das ist nicht Stiftungsrecht, sondern die meisten Stiftungen *(GR Johann Herzog: Sie haben keine Ahnung!)*, die meisten Stiftungen ... Lassen Sie es sich einfach erklären von den vielen Rechtsanwältinnen bei Ihnen, die da mitgearbeitet haben, der Herr Kowarik, der Herr Wansch, der Herr Stefan, die dieses Stiftungsmodell offensichtlich mitbetreiben. Lassen Sie es sich einfach von Ihren Juristen erklären, wie man das macht. Andere Stiftungen schauen so aus, dass die, die einbringen, die Möglichkeit haben, es wieder herauszunehmen. Man kann es auch so machen, dass man es nicht mehr rausnehmen kann. Jetzt kann man sich überlegen, ob die Frau Meschar, damals über 80 Jahre alt, genau gewusst hat, was sie da tut und dass sie nie wieder auf das Geld zurückgreifen kann, ohne dass jemand von der FPÖ ihr das wieder gibt. Oder ob vielleicht die Anwälte der FPÖ gewusst haben, wer in Zukunft auf das Geld zurückgreift. So gesehen hat der Herr Niedermühlbichler mit seiner Aussage vollkommen recht gehabt und die tatsächliche Berichtigung hätte unterbrochen werden müssen, weil sie keine war, weil vom Herrn Jung nichts berichtet wurde, sondern der Herr Niedermühlbichler recht gehabt hat. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung des Kollegen Niedermühlbichler, nehme ich an, hat sich der Herr Kollege Jung gemeldet. Bitte schön. *(GR Mag Wolfgang Jung: Herr Vorsitzender, ich verzichte. Der Herr Ellensohn ist unbelehrbar.)* Ich danke fürs Verzichten.

Wir kommen zur nächsten Wortmeldung, das ist der Herr GR Flicker. Sie haben 15 Minuten Zeit und ich erteile Ihnen das Wort.

GR Martin **Flicker** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt*

Wien): Danke schön. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Es bleibt mir nicht erspart, auf die Wortmeldungen vom Kollegen Chorherr einzugehen. Ich bin nicht davon ausgegangen und es verwundert mich sehr, mich in der Geschäftsgruppe Wohnen und Wohnbau in einer Grund- und Bodendebatte wiederzufinden. Es ist mir sehr wohl bewusst, dass das zusammengehört und es ist mir auch sehr wohl bewusst, dass in letzter Zeit immer wieder aus verschiedenen Ebenen Druck auf die Landwirtschaft, Druck auf landwirtschaftliche Flächen und aufs landwirtschaftliche Eigentum ausgeübt wird. Deswegen bin ich sehr froh, dass ich in der ÖVP bin. Wir vertreten das Eigentum und das, hoffe ich, wird auch so bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als Vertreter der Landwirtschaft hier und der Wiener Landwirtschaftskammer möchte ich ganz klar festhalten: Grund und Boden sind für die Wiener Landwirtschaft Mittel zur Produktion und nicht Mittel zur Spekulation. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gerade die landwirtschaftliche Produktion ist für die Stadt Wien ein extrem wichtiger Faktor und ich glaube, sogar von der Frau StRin Sima zu wissen, dass sie sehr stolz darauf ist und wir können alle zusammen darauf stolz sein.

Jetzt möchte ich aber zurückkommen zur eigentlichen Geschäftsgruppe. Die Wohnbautätigkeiten in Wien sind sehr vielfältig und sehr aktiv. Ich erwähne nur St Marx, diverse Bahnhöfe, Hauptbahnhof, Nordbahnhof, Nordwestbahnhof und viel mehr. In diesen Bereichen revitalisieren wir die Kernzonen der Stadt. Im innerstädtischen Bereich werden alte Bausubstanzen mit moderner Architektur auf eine funktionierende Einheit gebracht. Wir investieren in die Errichtung und Sanierung von Wohnraum in Wien zur Verbesserung der Lebensqualität und um eine Verbesserung der Wohnungsqualität und des Lebensraums zu forcieren. Dadurch muss es auch gelingen, der Stadtflicht und der Abwanderung entgegenzuwirken. Das kann nur durch attraktive Wohnungsangebote im städtischen Kernbereich stattfinden. Wohnbau heißt Stadtentwicklung, wo wir wieder beim Punkt sind, dass das alles zusammengehört, und gestaltet das Umfeld der Bevölkerung. Die geplanten Smart-Wohnungen können für junge Menschen ein Schritt in Richtung leistbares Wohnen sein, aber nur, wenn es klug geplant wird. Es ist entscheidend, dass die Stadtregierung vor allem im Wohnbauressort den Wunsch nach leistbarem Eigentum annimmt. Ein soziales Wohnungsangebot wird auch durch die Neben- und Betriebskosten bestimmt. Die Gebührenerhöhungen in den letzten Monaten belasten immer mehr. Deshalb darf eine Anpassung der Wohnbauförderung nach den Tarifierhöhungen als wichtiges Signal nicht außer Acht gelassen werden, um vor allem für junge Menschen und Familien ein Zeichen zu setzen.

Auch in den Randbezirken wächst die Stadt natürlich. Nördlich der Donau ist auch der meiste Platz dafür. In diesen landwirtschaftlichen Bezirken stehen mit den Grundreserven natürlich die meisten Möglichkeiten dafür

zur Verfügung. Diese Flächenverluste haben natürlich wieder als Auswirkung eine Nichtstabilisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Nahversorgung.

Unsere Stadt wächst und besonders soll sie ja in Aspern wachsen. Das Projekt Seestadt Aspern zählt zu den größten Europas. Es entsteht ein neuer Stadtteil, wo die richtigen Rahmenbedingungen noch geschaffen werden müssen. Erschwinglicher Wohnbau ist die oberste Priorität, soweit mir auch vom Herrn Stadtrat bekannt. Die weiteren benötigten Einrichtungen in dieser Seestadt sind sehr vielfältig. Vor allem Bildungseinrichtungen möchte ich hier auch fordern. Der angesprochene Schulcampus wird dringend notwendig sein. Weitere schulische Einrichtungen, ich beginne bei den Kleinsten, Kindergärten, Schulen, Hochschulen oder Uni werden dringend benötigt, um die Bildung zu gewährleisten. Im Masterplan für die Seestadt finden wir auch ein Forschungszentrum. Das wäre sehr wichtig für die Donaustadt und auch für den Standort, um diesen aufzuwerten.

Besonderes Augenmerk wenden wir von der ÖVP natürlich auf die Ansiedelung von Betrieben, wie viele Betriebe kommen, welche Betriebe kommen, vor allem wie viele Arbeitsplätze hier geschaffen werden. Hier gilt es ganz besonders, als Politik proaktiv mitzuwirken. Kleine, mittlere und Großunternehmen sollen in Aspern ihren Standort finden, um hier natürlich auch entsprechend die Arbeitsplätze zu schaffen. Aber nicht nur Arbeitsplätze schaffen muss in unserem Interesse sein, auch die Arbeitsplätze zu sichern, die vor Ort sind. Das Opel-Werk in Aspern bietet vielen Tausenden Menschen einen Job. Diese dürfen nicht gefährdet werden und müssen von uns unterstützt und gesichert werden. Die Symbiose Arbeitsraum und Wohnraum hier zu errichten, ist eine einzigartige Chance, um auch die Gefahr zu verhindern, aus Aspern eine Schlafstadt zu machen. Projekte zur Verknüpfung von Wohn- und Arbeitsraum wären hier wirklich am richtigen Platz.

Ein wichtiger Punkt wird natürlich auch die medizinische Versorgung sein. Ich denke, dass das in der Planung berücksichtigt wird. Ich hoffe das natürlich sehr, dass entsprechend an Fachärzten und vor allem an Kinderärzten hier nicht gespart wird.

Gerade nämlich im Bereich der Kinderärzte kommt es in Wien sowieso schon zu einem massiven Engpass.

Ich möchte nur noch kurz zu den weiteren Einrichtungen, die auch bereits in der Bezirksvertretung in der Donaustadt mitbeschlossen wurden, eingehen. Wir wünschen uns hier eine neue Hauptbücherei, eine neue Volkshochschule, wie schon gesagt, schulische Einrichtungen und auch diverse Freizeiteinrichtungen. Sportstätten wurden auch schon angesprochen und ein Hallenbad.

Aber auch die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner in der Donaustadt und in der Seestadt muss gewährleistet sein. Es wird dringend notwendig sein, eine zusätzliche, ich betone, zusätzliche Polizeiinspektion hier zu errichten. Ich persönlich gehe davon aus, dass es dringend notwendig sein wird, ein komplettes Blaulichtzentrum mit Polizei, Rettung und

Feuerwehr zu errichten. Die Frage hier ist: Gibt es hier bereits Gespräche mit den Verantwortlichen?

All diese Einrichtungen können und müssen auf dem ehemaligen Flugfeld eine moderne, eine zukunftsträchtige neue Stadt in der Stadt für uns bringen.

Die Verkehrsanbindung wurde heute schon angesprochen. Für mich ist es zwingend notwendig, die S1 zu errichten, die Donauquerung und dementsprechend auch am Stadtrand Park-and-ride-Anlagen zu errichten. Was ich an der Seestadt besonders kritisieren muss, ist die Planung von 0,7 Parkplätzen pro Wohneinheit. Der Endausbau der Seestadt soll mit 8 500 Wohnungen fertiggestellt werden, das heißt Daumen mal Pi 20 000 Einwohner. Mit 0,7 Parkplätzen pro Wohneinheit sind wir unter 6 000 Parkplätzen. Ich denke, da muss man noch einmal darüber nachdenken, das wird nicht reichen. Es gibt aber auch positive Seiten, die bereits in der Vorplanung bedacht wurden und die ich hier auch festhalten möchte: Der rechtzeitige Aushub des Sees. Wenn man eine Seestadt errichten will, braucht man einen See und nicht erst dann, wenn die ersten Bürgerinnen und Bürger eingezogen sind, dass man mit den Baggern und mit dem Caterpillar kommt und den See auszuheben beginnt. Das finde ich sehr klug. Noch klüger finde ich es, den Schotter, der dadurch gewonnen wurde, gleich vor Ort wieder zu verarbeiten und wieder im wahrsten Sinne des Wortes in die Stadt einzubauen, wobei bis zu 50 000 LKW-Fahrten verhindert würden. Das möchte ich wirklich positiv heraus heben.

Ich hoffe, dass die nötigen Initiativen der Stadtregierung, um in der Donaustadt einen weiteren neuen Ortskern errichten zu können, in diese Richtung positiv vorangetrieben werden. Eine sinnvolle Planung und keine Bauzeitverzögerung und auch keine Kostenexplosion wären für uns sehr wünschenswert. Entscheidend ist, dass die rot-grüne Stadtregierung vor allem im Wohnbaureisort dem Wunsch nach leistbaren Eigentumsgründungen nachkommt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist Herr GR Hofbauer gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Es ist ja wirklich rührselig, möchte ich fast sagen, wie der Herr Niedermühlbichler sich Sorgen um meine Rede und meine Ausführungen gemacht hat. Ich nehme das als Anerkennung für mich gerne zur Kenntnis, soll so sein. Er hat recht, das muss ich auch sagen. Es ist von meiner Kollegin Henriette Frank angesprochen worden, ich werde einen Teil, wohl gemerkt, einen Teil meiner Redezeit, die mir heute zur Verfügung steht, dem Thema Betriebskosten, Betriebskostenabrechnung widmen.

Jetzt werden der Herr Niedermühlbichler und wahrscheinlich auch einige Damen und Herren der SPÖ und der GRÜNEN erstaunt sein, denn ich werde nämlich mit einem Lob beginnen. Und da bin ich mir auch überhaupt nicht zu schade dazu, weil es ja auch

ausgesprochen werden soll, was gut in dieser Stadt ist. Das ist eh nicht allzu viel, aber doch einiges. Das Lob geht nämlich zur Magistratsabteilung 25 und zur Magistratsabteilung 50, die vor Kurzem im Auftrag von Herrn StR Ludwig meiner Meinung nach ein tolles Programm initiiert und installiert haben, nämlich das Programm mit dem Namen Wiener Betriebskostenrechner. Dieser Wiener Betriebskostenrechner bietet den Mietern und Mieterinnen in unserer Stadt die Möglichkeit, die alljährlich zugesandte Betriebskostenabrechnung via Internet einzugeben und dann mit den in den Betriebskostenrechner vorgeleisteten und vorprogrammierten Zahlen zu vergleichen und mittels dieses Programms dann eben Ausreißer auf bestimmten Kostenträgern auszuweisen. Diese Ausreißer kann man sich dann näher anschauen. Wenn sie zu hoch gewesen sind und wenn man mit einer selbstständigen Erklärung nicht weiterkommt, dann bietet die Stadt Wien, das finde ich auch ganz toll und erwähnenswert, die Möglichkeit, eine Gratis-Hotline anzurufen und sich das dort erklären zu lassen. Tolle Sache! Ich würde mir wünschen, dass so ein Service für die Bürgerinnen und Bürger des Öfteren in unserer Stadt vorkommt.

Jetzt werden wir aber ein bisschen ernster und tun diese ganze Lobhudelei, hätte ich jetzt fast gesagt, beenden. Wie schaut es jetzt in unserer Stadt mit den Betriebskosten aus? Ich habe mir extra für heute eine aktuelle Statistik der Betriebskosten mitgenommen, aufgelegt von der Statistik Austria aktuell, nämlich wirklich aktuell, nämlich Ausgabedatum 15.6.2012. Wenn man da in dieser recht umfangreichen Statistik ein Augenmerk auf die durchschnittlichen Betriebskosten pro Quadratmeter in Euro wirft, dann kann man für das Jahr 2011, nämlich jenes Jahr, über das wir heute hier und jetzt sprechen, feststellen, dass Wien sogar noch vor Salzburg an 1. Stelle, nämlich an negativer Stelle, mit den höchsten Betriebskosten aufscheint.

Leider geht diese Statistik auch in Zukunft keinen besseren Weg für Wien, nämlich das 1. Quartal für 2012, so weit geht diese aktuelle Statistik, zeigt für Wien auch wieder den 1. Platz bei den teuersten Betriebskosten pro Quadratmeter in Euro auf. Jetzt stelle ich mir die Frage: Aus welchen Einzelkosten setzen sich die Betriebskosten zusammen? Wie wir alle wissen, unter anderem auch mit der Wasserabgabegebühr, mit der Kanalgebühr und mit der Müllgebühr. Herr Niedermühlbichler wird jetzt schon aufpassen, was kommt. Er hat auch das schon vorausgesagt, aber auch nur teilweise. Auch da gibt es noch Überraschungen. Also alles Abgaben, die im heurigen Jahr von der rot-grünen Stadtregierung teilweise und überwiegend eigentlich massiv erhöht worden sind. Es wurde gestern das Ganze schon einige Male erwähnt. Ich möchte es noch einmal kurz ausführen: Die Müllgebühr am 1. Jänner um 6 Prozent, die Kanalgebühr um 6 Prozent am 1. Jänner, die Wassergebühr und die Wasserzählergebühr um 33 Prozent ab 1. Jänner und der Kehrtarif für die Rauchfangkehrer auch am 1. Jänner um 2,6 Prozent. Also alles Gebührenerhöhungen, die mit

Beginn des heurigen Jahres schlagend geworden sind und die sich auf die Betriebskostenabrechnung des Jahres 2012 beziehen, sprich, jene Betriebskostenabrechnung, die den Bürgern dieser Stadt mit nächstem Jahr zugestellt wird. Jetzt wurde diese Erhöhung so hingestellt, dass das gar nicht so schlimm ist. Wir haben uns das ausgerechnet. Immerhin betrifft diese Belastung eine durchschnittliche Wiener Familie mit 548 EUR im Jahr, heruntergebrochen auf einen Monat immerhin noch mit 46 EUR. Für eine Familie, die jeden Cent drei Mal umdrehen muss, ist das schon ein Geld und das kann man nicht lächerlich machen. Mir ist auch schon klar, und da muss ich dem Herrn Niedermühlbichler allerdings recht geben, dass im Leben fast alles teurer wird. Das ist halt heute leider einmal so. Dass das Wiener Wasser ein gutes Wasser ist, das ist auch richtig. Dass das Wasser was wert sein soll, das ist auch richtig. Was aber allerdings nicht vom Tisch zu wischen ist, und das ist ein Faktum und eine Tatsache, ist, dass diese Abgaben, die eigentlich zweckgebunden verwendet werden sollen, nämlich das Wasser, die Wasserabgabe und die Müllabgabe, in der Zwischenzeit zu einer Steuer geworden sind. Eine Steuer, die dazu dient, den Überschuss, der hier erwirtschaftet wird, zur Deckung des allgemeinen Budgets heranzuziehen.

Ich möchte das kurz erläutern. So ergab zum Beispiel laut Rechnungsabschluss 2011, der uns vorliegt, bei der Müllabgabe eine Einnahme von 282 Millionen EUR gegenüber einer Ausgabe von 248 Millionen EUR einen Überschuss von 34 Millionen EUR, beim Wasser eine Einnahme von 183 Millionen EUR gegenüber einer Ausgabe von 125 Millionen EUR einen Überschuss von 58 Millionen EUR. Das ergibt in Summe 92 Millionen EUR, die dem Bürger rückerstattet gehören, da sie zur Stopfung des allgemeinen Budgets dienen. Jetzt weiß ich schon, dass von Seiten der SPÖ und auch der GRÜNEN wieder kommt, dass diese Überschüsse alle nicht wahr sind und dass das alles nicht stimmt. Das ist aber leider auch nicht so. Diese Zahlen haben ja nicht wir uns irgendwie aus dem Daumen gezogen, sondern diese Zahlen hat uns der Rechnungshof in seinem Bericht, der auch vorliegt, bestätigt.

Es steht im Rechnungshofbericht eindeutig drinnen und das steht hier auch auf meinem Zettel, weil ich es mir rausgeschrieben habe, dass der Rechnungshof eben kritisiert, dass die SPÖ auf Kosten der Gebührenzahler Überschüsse erwirtschaftet, welche zur Finanzierung des allgemeinen Budgets verwendet werden. Jetzt frage ich mich natürlich, wem ich mehr glauben soll: Der Ausführung des Rechnungshofes oder den Ausführungen der Wiener Stadtregierung. Also ich und meine Kollegen von der FPÖ haben uns recht schnell entschieden, dass wir dem Rechnungshof eher glauben als den Ausführungen der Stadtregierung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vielleicht noch ganz kurz, die Zeit schreitet fort: Es hat ja da jetzt vor Kurzem erst einen Diskurs zwischen dem Lhptm Pröll in Niederösterreich und dem Rechnungshofpräsidenten gegeben. Da wurde der Rechnungshofpräsident vom Lhptm Pröll beschuldigt,

dass irgendwie Zahlen, Statistiken falsch gelesen worden sind, dass sie nicht so stimmen, dass sie falsch ausgelegt worden sind. Na ja interessant, vielleicht werden wir diesen Diskurs dann in Fortsetzung, nämlich zwischen dem Bgm Michael Häupl und dem Rechnungshofpräsidenten, auch hier in Wien erleben. Lassen wir uns überraschen.

Auf jeden Fall hat der Rechnungshof gefordert, dass auf Grund der derzeitigen Unklarheiten eine Aussetzung der Valorisierungsbestimmungen erfolgen soll, nämlich so lange, bis die Mängel bei der Gebührenkalkulation behoben worden sind. Das können wir von der FPÖ vollinhaltlich unterschreiben und unterstreichen. Meine Damen und Herren von der Wiener Stadtregierung, schaffen Sie hier endlich Klarheit und beseitigen Sie diese Unklarheit, die der Rechnungshof aufgezeigt hat!

Jetzt möchte ich noch ganz kurz, die Kollegin Frank hat es auch schon angesprochen, das Thema Wohnbauförderung anschneiden. Auch hier sprechen die Zahlen für sich. Der offizielle Rechnungsabschluss weist aus, dass die Wohnbauförderung im Jahr 2010 einen Betrag von 644 Millionen ausgewiesen hat, im Vorjahr allerdings nur mehr 546 Millionen vorgesehen sind. Wenn man sich das anschaut, dann hat die Stadtregierung hier in der Wohnbauförderung einen massiven Einbruch zu verantworten, nämlich einen massiven Einbruch von 98 Millionen. Dabei wäre es, so wie es auch meine Kollegin Frank gesagt hat, gerade heute wichtig, dass nach dem Stopp des kommunalen Wohnbaus im Jahre 2000 gerade hier im Wohnbau über die Wohnbauförderung massiv investiert gehört, um eine Wohnbauoffensive, und das ist uns ganz wichtig, in allen geförderten Wohnungskategorien zu starten. Um diese zu starten, müsste allerdings das Wohnbauförderungsbudget aufgestockt werden, nämlich um sage und schreibe 150 Millionen EUR auf ungefähr 700 Millionen EUR im Jahr. Die Stadt Wien müsste, wenn man sich die langen Wartelisten, auch das wurde von meiner Kollegin angesprochen, anschaut, neben den geförderten Wohnungen, die derzeit entstehen, jährlich mindestens noch 5 000 zusätzliche Gemeindewohnungen selbst errichten. Eine Umsetzung dieser Forderung würde auch die Arbeitslosenstatistik in Wien ganz anders darstellen.

Wir haben jetzt von der Stadtregierung die letzten Tage und Monate gehört, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern ja durchaus gar keine so schlechte Arbeitslosenstatistik haben. In Wahrheit, meine Damen und Herren, müssten eigentlich auf Grund dieser Arbeitslosenstatistik, die ja offiziell bei der Stadtregierung vorliegt, die Alarmglocken Tag und Nacht läuten. Wie schaut es nämlich wirklich aus? Das ist auch schon ein paar Mal angesprochen worden. In der Stadt Wien ist die Arbeitslosenquote derzeit fast 13 Prozent, konkret 12,8 Prozent. Wenn man sich den Durchschnitt über alle Bundesländer anschaut, ist der Durchschnitt 8,7 Prozent und damit ist Wien leider auch das Schlusslicht. Für die Menschen in unserer Stadt wäre es gerade in diesen wirtschaftlich unsicheren Zeiten ganz, ganz wichtig, umgehend eine Entlastung der Steuerzahler zur

Stärkung der privaten Nachfrage durch Weitergabe der Gewinne der Stadt Wien einzuleiten und umzusetzen. Das wäre ganz einfach zu erreichen. Kollege Niedermühlbichler hat es schon erwähnt und ich bleibe auch dabei, das wäre einfach zu erreichen, nämlich durch eine Strompreissenkung um 10 Prozent, eine Senkung der Wasser-, Kanal-, Müllgebühren um 15 Prozent, des Gaspreises um 20 Prozent und eine Heizkostenzuschusserhöhung auf 600 Prozent.

Meine Kollegin Frank hat es ebenfalls schon angesprochen, auch ein wichtiges Anliegen, was die Bürger dieser Stadt entlasten würde, wäre der Stopp der Vermietung nach Richtwertmietzins und die Rückkehr zum Kategoriemietzins. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ebenfalls ein wichtiger Punkt, wo die SPÖ ihre soziale Kompetenz wirklich zeigen könnte, wäre die Einberechnung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe. Damit könnten nämlich wirklich die sozial Schwachen in dieser Stadt deutlich entlastet werden.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Thema ansprechen, das mit ein bisschen gutem Willen relativ schnell erledigt werden könnte, und zwar möchte ich die derzeitige Vielfalt von Wohnberatungsstellen ansprechen, die unter Wiener Wohnen oder neben Wiener Wohnen aufgestellt sind. In der Zwischenzeit gibt es ja eine für den Bürger verwirrende Anzahl von Anlauf- und Beratungsstellen, deren Zuständigkeit sich teilweise sogar überschneidet. Ich habe mir da einige zusammengeschrieben und möchte die jetzt nicht auf Vollständigkeit überprüft wissen. Aber sie bietet hier auf dem Zettel schon einen Überblick über diese Vielzahl. Es ist mir nämlich aufgefallen, es gibt eine Miethilfe, ein Wohnservice, ein Infocenter, Wohnpartner, Ordnungsberater, Fairplay-Team, und so weiter, und so weiter. Diese ganzen Organisationen verursachen nicht nur Kosten, sondern sie tragen auch wirklich zur Verwirrung der Bürger bei, nämlich der Bürger, die sich eine Unterstützung, eine Hilfe, eine Auskunft von eben so einer Beratungsstelle erwarten, die aber gar nicht wissen, wo sie sich hinwenden sollen. Wenn sie dann doch irgendwo eine Beratungsstelle gefunden haben, dann kommt es leider, und das ist jetzt auch nicht aus dem Finger gezogen, sondern ein Tatsachenbericht, den ich von mehreren Leuten im Bezirk schon gehört habe, auch immer wieder vor, dass oft nicht einmal die Angestellten in diesen Wohnserviceberatungsstellen wissen, für was sie zuständig sind, wo sie die Leute hinschicken sollen und die Leute im Kreis schicken. Ich finde, das Ganze ist nicht unbedingt effizient. Hier wäre meiner Meinung und meiner Überzeugung nach es wirklich einmal an der Zeit, dass man darüber nachdenkt, dass man zumindest einige dieser zahlreichen Wohnservicestellen zusammenzieht und eine Art Kompetenzzentrum macht, wo der Bürger weiß, okay, er hat dort einen Ansprechpartner. Dort soll es von mir aus unterschiedliche Abteilungen geben. Das ist kein Thema. Aber es sollen zumindest räumlich eine Adresse oder zwei Adressen pro Bezirk sein, wo er sich hinwenden kann, wo ihm weitergeholfen wird und wo er dann nicht immer weitergeschickt, sprich, im Kreis geschickt wird.

Also ich glaube, das wäre, wenn man das angehen würde, sicher eine Steigerung des Kundenservice und sicher auch eine Erleichterung für unsere Bürger, die hier in dieser Stadt leben.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, gibt es noch genügend Verbesserungspotenzial beim Budget, genügend Verbesserungspotenzial zum Wohle der Menschen in dieser Stadt. Wir, meine Damen und Herren, und das wird Sie wenig überraschen, werden diesem Rechnungsabschluss nicht unsere Zustimmung geben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Niedermühlbichler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und weise darauf hin, dass die Redezeit drei Minuten beträgt.

GR Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Kollege Hofbauer!

Ich habe zwar versucht, Ihnen das vorhin zu erklären. Ganz verstanden haben Sie es nicht. Das verstehe ich aber auch, Sie beschäftigen sich nicht so viel mit der Thematik wie ich. Ich möchte aber doch tatsächlich berichtigen: Sie haben gesagt, durch die Gebührenerhöhungen würden die Betriebskosten für eine durchschnittliche Familie um 47 EUR pro Monat steigen. Das kann sich nicht ausgehen. Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, machen die Betriebskosten bei einer 70 m²-Wohnung 30 EUR pro Monat aus. Also dass wir das jetzt um mehr als 100 Prozent erhöht hätten, werden auch Sie nicht behaupten. Daher stimmt diese Erhöhung nicht. Eine Reduzierung um 10 Prozent würde maximal 3 EUR im Monat Ersparnis bringen

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hatzl. Ich erteile es ihr.

GRin Eva-Maria **Hatzl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Wiener Wohnen ist eine sehr wichtige Einrichtung und es gibt viele Punkte dazu zu sagen. Wiener Wohnen ist zuerst einmal eine Hausverwaltung mit rund 220 000 Gemeindewohnungen. Mehr als 1,6 Millionen Menschen wohnen in Wien in rund 900 000 Wohnungen. Fast jede dritte Wohnung ist also eine Gemeindebauwohnung. Damit ist Wiener Wohnen Europas größte Hausverwaltung. Und sie bietet ihren Mietern ein umfassendes Service, das von uns ständig erweitert wird. Auf jeden Fall stehen wir auch dazu, dass diese 220 000 Gemeindebauwohnungen auf keinen Fall privatisiert werden. Uns ist es wichtig, dass jedem Wiener eine leistbare Wohnung zur Verfügung steht.

Trotz hoher Kürzungen im Ausmaß von 98 Millionen bei der Wohnbauförderung konnte im Jahr 2011 insbesondere mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, weltweit von großer Verunsicherung und von Veränderungen geprägt, ein gutes Ergebnis erzielt werden. Dies hatte natürlich für den Wiener Wohnbau zusätzliche neue

Herausforderungen mit sich gebracht. Durch spürbar geringere budgetäre Mittel musste auch weiterhin der Bedarf an neuem Wohnraum gedeckt sein und die Leistungen im Bereich der Wohnhaussanierungen auf dem gleichen hohen Niveau gehalten werden. Dies waren und sind zwei wesentliche Eckpfeiler, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass Wiener Wohnen auch in Zukunft für alle Wienerinnen und Wiener erschwinglich und leistbar bleibt.

Durch die vorausschauende Wohnbaupolitik der Stadt Wien wurde sichergestellt, dass der stetig wachsenden Wiener Bevölkerung ein überdurchschnittlich großes Angebot an bezugsfertigen geförderten Wohnungen zur Verfügung stehen wird. So wurden im Jahr 2011 rund 6 800 geförderte Wohneinheiten fertiggestellt. Zur Zeit sind zudem geförderte Wohnbauprojekte mit einem riesigen Gesamtvolumen von insgesamt 225 Milliarden EUR in Bau. Wien zeichnete damit für knapp ein Viertel der österreichischen Bauproduktion im Wohnungs- und Siedlungsbau verantwortlich und weist im Bundesländervergleich die höchste Produktion auf. Durch die gesteigerten Investitionen im geförderten Wohnbau in den Jahren 2007 bis 2010 mit Förderzusagen für insgesamt 26 000 Wohneinheiten in diesen nur vier Jahren - zum Vergleich, bis 2006 wurden jährlich 5 000 bis 5 500 Neubauwohnungen gefördert -, konnten Rückgänge bei freifinanzierten Projekten kompensiert und abgedeckt werden. Neun von zehn Neubauwohnungen wurden in den vergangenen Jahren über die Wiener Wohnbauförderung errichtet. So wurde zu Beginn des Jahres 2011 eine wichtige Ergänzung zum geförderten Wohnungsbau in Form der Wiener Wohnbauinitiative 2011 ins Leben gerufen. Bereits im Sommer 2011 konnte über diese einmalige Initiative der Bau von zusätzlich rund 6 250 Wohnungen auf Schiene gestellt werden. Der Baustart für die ersten rund 1 800 Wohnungen, davon sind 1 500 Wohnungen in der Seestadt Aspern, erfolgte bereits im Jahr 2011. Dadurch konnten drastische Rückgänge oder gar Einbrüche im Bereich der Bauwirtschaft erfolgreich verhindert werden. Doch gerade auf Grund der immer noch schwierigen globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und in Anbetracht der auch im Bereich der Wohnbauförderung begrenzten Mittel, die mit den notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen im städtischen Finanzhaushalt zur Verfügung stehen, sind weitere zusätzliche Investitionen im Wohnbau notwendig.

Bei der Gemeindebausanierung wurden in den letzten 5 Jahren 32 900 Wohnungen saniert. Diese betrug ein Investitionsvolumen von 814 Millionen EUR. Davon wurden 2011 8 200 Wohnungen mit einem Gesamtvolumen in der Höhe von 250 Millionen EUR saniert. Der Schwerpunkt der Sanierungen lag dabei im Wesentlichen bei thermisch-energetischen Sanierungen. Dadurch erfolgten eine spürbare Verringerung des Heizwärmeverbrauches und damit auch geringere Heizkosten für die Mieter. Die Reihungen der Sanierungen erfolgen entsprechend den baulichen Voraussetzungen und den gegebenen Dringlichkeiten.

Wir konnten dadurch bei den Gemeindebaumietern eine starke, eine klare Steigerung der Wohnzufriedenheit verzeichnen.

Wiener Wohnen gab auch bei Behindertenmaßnahmen, besonders bei Einzelwohnungsverbesserungen, im Jahr 2011 für 353 Behindertenmaßnahmenfälle 1 964 380 EUR an Einmalzuschüssen aus. Ich bin darüber immer wieder glücklich, dass es bei uns eine solche Initiative gibt. Dadurch erhalten Menschen mit Behinderungen, aber auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die Möglichkeit, in ihrer eigenen Wohnung weiterleben zu können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Bei der Wohnbauhilfe gab es ein Minus gegenüber dem Jahr 2010. Im Jahr 2010 wurden bei der Wohnbauhilfe im geförderten Bereich Ausgaben in der Höhe von 45,5 Millionen EUR getätigt. Im Rechnungsabschluss für das Jahr 2011 sind es nur mehr 37,6 Millionen EUR. Dies resultiert aus der von der SPÖ eingeführten erfolgreichen Mindestsicherung. Trotzdem wird und kann einem jeden, dem eine Wohnbauhilfe zusteht, geholfen werden.

Dann gab es für 179 000 Mieter eine erfreuliche Nachricht: Bei der Betriebskostenabrechnung für 2011 wurde geprüft. Und da Wiener Wohnen 2011 besonders gut gewirtschaftet hat, wie aus der Betriebskostenabrechnung für 2011 hervorgeht, bekommen 179 000 Mieter ein Guthaben ausbezahlt. Nur rund 19 Prozent der Mieter haben eine Nachzahlung in der Höhe von durchschnittlich 56 EUR zu leisten. Für die Mieter, die mehr als 50 EUR bezahlen müssen, wird automatisch eine Ratenzahlung angeboten.

Ich freue mich aber auch darüber, dass mein Vorredner, der Herr Hofbauer, das System der Betriebskostenabrechnung gelobt hat. Auch wenn Wien, so wie er gesagt hat, auf dem 1. Platz der Betriebskosten stehen soll, finde ich, dass Wien eine sehr gute Abrechnung und auch eine sehr gute Verwaltung an alle Gemeindebaumietern liefert.

Besonders stolz bin ich, weil ich ja aus Simmering bin, auf den Neubau des Bildungszentrums in Simmering. Dieses Bildungszentrum ist das modernste, das es zur Zeit gibt. Es befindet sich auf dem ehemaligen Gelände des Marktes. Auf einer Fläche von 8 200 m² befinden sich dort drei kulturelle Institutionen: Die Volkshochschule, die Musikschule und eine Bücherei. Das Bildungszentrum ging nach einer feierlichen Eröffnung durch unseren Wohnbaustadtrat Dr Michael Ludwig sowie von StR Oxonitsch und unserer Frau Bezirksvorsteherin Angerer im Februar 2011 in Betrieb. Ein Restbetrag von 0,25 Millionen EUR wurde noch im Budget 2011 bezahlt und jeder, der dieses Bildungszentrum schon gesehen hat, wird mir recht geben, wenn ich sage: Jeder Euro davon war es wert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte jetzt einen ganz besonderen Dank an unseren Wohnbaustadtrat Dr Michael Ludwig aussprechen. Er hat es in seinem Ressort ermöglicht, dass trotz geringerer Mittel ein enormer Wohnbau an geförderten Wohnungen bei uns in Wien erfolgt, sowie

im vergangenen Jahr bei 61 Projekten mit rund 8 200 Wohnungen eine Sanierung der Wohnbauten erfolgte. Schließlich profitieren rund 20 000 Bewohnerinnen und Bewohner von dieser Sanierung. Nochmals: Für diese Sanierungen wurden 250 Millionen bereitgestellt. Ich finde, das ist ein großartiger Erfolg und gehört von allen Fraktionen gewürdigt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Schluss möchte ich noch allen Beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Büros vom Wohnbauausschuss Wiener Wohnen danken. Danken für die viele Arbeit, die sie in diesem Ressort so hervorragend leisten. Auch alle, die in diesem Ausschuss tätig sind, sind hochzufrieden mit eurer Arbeit! Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank und ich teile ihr mit, dass ihre Restredezeit noch 5 Minuten 30 beträgt.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat!

Ein paar Berichtigungen möchte ich zur Frau Hatzl anführen. Der Herr GR Hofbauer hat nicht das System der Betriebskostenabrechnung gelobt, sondern den Betriebskostenrechner im Internet. Das ist ein Unterschied, das wollte ich hier nur richtiggestellt haben.

Was die geringeren Heizkosten betrifft, so ist es nicht zwingend erforderlich, dass man alles mit dieser thermisch-energetischen Sanierung macht, sondern oft würde es genügen, neue Heizkostenregler und Fenster einzubauen und Keller- und Dachgeschoßdecken zu dämmen. Das würde immense Kosten sparen und hätte auch schon den gewünschten Erfolg. Das nur soweit.

Aber jetzt zum Herrn Niedermühlbichler. Auch hier zwei Berichtigungen, und zwar: Ich habe nicht die Frau Bock angegriffen, sondern ich habe angegriffen, dass, wenn sie die Leute dort dann anmeldet, die Stadt Wien die Vergabe erleichtert. Also das ist ein Unterschied. Ich habe mich hier nicht auf die Frau Bock konzentriert, sondern auf die Art der Vergabe von der Stadt Wien.

Das Nächste war, die Verschlechterung der Mieter wäre unter ÖVP-FPÖ erfolgt. Da muss ich sagen: Ja, wenn Sie meinen, dass wir die Hausbesorger abgeschafft haben und damit den Mietern damals bis zu 100 000 Schilling Kosten im Monat erspart haben, und wir stehen auch dazu.

Es gab dann noch die Versicherung, die hat der Herr Niedermühlbichler auch angesprochen. Und hier ist schon ein interessantes Phänomen, Herr Stadtrat, wo man eigentlich Sie in die Pflicht nehmen kann. Sie sind nicht dafür verantwortlich, dass die Versicherungen Gegenstand der Betriebskosten sind. Aber Sie könnten sicher etwas erwirken, was die Höhe der Betriebskosten betrifft, denn wenn heute allein 26 Prozent der Betriebskosten die Versicherung ausmacht und Sie der größte Hausbesitzer Österreichs sind, dann muss es ja wohl möglich sein, und die Versicherungen gehen in den letzten Jahren mit ihren Prämien massiv zurück, dass Sie für Ihre Klientel bessere Verhandlungen machen. Vielleicht sollte man das dann nicht im Zuge der Direktvergabe machen, sondern Versicherungen auch einmal zum Wohle der Mieter ausschreiben, um hier

wirklich ein günstiges Angebot zu erwirken.

Ich kann noch unterstreichen, was die Frau Hatzl gesagt hat. Es stimmt, der Wohnbauausschuss ist ein informativer Ausschuss und auch die Gesprächskultur ist sehr gut. Aber trotzdem glaube ich, haben wir zu manchen Dingen in dieser Stadt eine kontroverielle Einstellung und es gibt noch vieles zu tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Die Rednerliste ist erschöpft und ich bitte nun den Herrn StR Dr Ludwig um sein Wort.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Hoher Gemeinderat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das abgelaufene Jahr war zweifellos ein für uns alle sehr schwieriges. Es war ein Jahr mitten in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und wir haben uns im Wohnbauressort vorgenommen, dass wir hier trotz dieser auch international krisenhaften Erscheinungen unser Ressort nicht nur gut verwalten, sondern auch Impulse für die Wiener Wirtschaft und auch für den Wiener Arbeitsmarkt setzen. Das ist uns auch gelungen. Wir haben gerade in den schwierigen Zeiten bewusst investiert, um Impulse zu setzen. Und wir wollten vor allem dort investieren, wo wir den Eindruck haben, dass es auch besonders gut möglich ist, Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern. Das ist im Bereich der Sanierung gewesen, weil wir wissen, dass die Sanierung besonders kleinteilig orientiert ist, dass hier besonders viele Klein- und Mittelbetriebe tätig sind und es uns auch gelingt, hier möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Das ist, wenn man so will, ein Teil der Sanierungsleistung, die wir zusätzlich zum Wohnbau erbracht haben.

Der zweite ist jener des Klimaschutzes. Wir wissen, dass 20 Prozent des Endenergiebedarfes für Raumwärme aufgeht. Das ist ein sehr großer Prozentsatz. Und dass, wenn wir die Klimaschutzziele nicht erreichen, wir durch den Zukauf von Emissionsrechten eine weitere Belastung unseres Budgets zu verzeichnen hätten. Von daher macht es Sinn, dass wir gerade im Bereich der Sanierung über Dämmung auch nachdenken, wobei Sie, Frau GRin Frank, recht haben, dass das Stadtbild dadurch nicht beeinträchtigt werden soll. Aber das gilt ja nur für einen Teil der Stadt, wenn wir auch wissen, dass wir in Wien europaweit jene Stadt sind, die den höchsten Anteil an Gründerzeithäusern hat. Deshalb sanieren wir in diesem Bereich auch besonders sensibel und vorsichtig in Übereinstimmung auch mit den privaten Hauseigentümern und haben vor allem versucht, auch mit gezielter Dämmung beispielsweise im Dachbereich, Kellerbereich und der Wände, wo es vielleicht reich geschmückte Fassadengestaltungen gibt, hier besonders sensibel vorzugehen, das immer auch in enger Abstimmung mit Bundesdenkmalamt und mit Stadtbildpflege. Und gerade wenn wir jetzt vor wenigen Tagen die Sanierung der Werkbundsiedlung im 13. Bezirk begonnen haben und die ersten vier Häuser ihre Sanierung abgeschlossen haben, dann sieht man ja, wie

sensibel wir hier auch in der Sanierung vorgehen und auch versuchen, neue Technologie auch mit dem Bereich der Stadtbildpflege zu verbinden.

Das gilt in ähnlicher Art und Weise auch für die Barrierefreiheit. Wir haben im Neubau seit der Novelle der Bauordnung 2004 verpflichtend Barrierefreiheit vorgesehen. Das heißt, im Neubau sind wir gut aufgestellt. Aber es ist uns ja auch wichtig, dass wir im Wohnungsbestand Maßnahmen setzen. Ich habe aus dem Grund heraus ja eine eigene Informationsstelle für barrierefreies Bauen und Wohnen eingerichtet, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben in der letzten Beiratssitzung des Wohnfonds Wien ja einige Beispiele auch zeigen können, wo man sieht, dass man durchaus auch mit hohem finanziellen Aufwand, aber dazu stehen wir auch, auch Altbauten so sanieren kann, dass sie barrierefrei werden oder zumindest eine deutliche Erleichterung für die Mieterinnen und Mieter bedeuten, die einen barrierefreien Zugang benötigen. Das heißt, die Sanierung ist hier ein ganz wichtiger Bereich und zwar in allen Wohnformen. Das gilt für den privaten Wohnhausbereich genauso wie für die Genossenschaftsbauten, aber auch für die Gemeindebauanlagen. Wir haben deshalb bei Wiener Wohnen auch ein zentrales Bausanierungsmanagement eingerichtet, wo wir uns auch um die schrittweise Sanierung aller Gemeindebauten in Wien kümmern. Diese Zentralisierung des Bausanierungsmanagements greift auch. Wir sehen, dass wir hier schneller und effizienter zu Sanierungen kommen und zwar nicht nur die Planungsphase effizienter abwickeln können, sondern dann auch den Ablauf des gesamten Sanierungsprojektes deutlich beschleunigen können.

Wenn jetzt der Kollege Norbert Walter darauf hinweist, dass die Anzahl der Anträge um Sanierung im Wohnfonds Wien steigt, so ist das richtig, ja. Man muss aber fairerweise auch sagen, was der Hintergrund ist. Warum haben wir jetzt mehr Anträge, die wir bearbeiten müssen? Das ist darin zu finden, dass wir im Jahr 2008 gemeinsam eine Novelle der Sanierungsverordnung beschlossen haben, die 2009 in Kraft getreten ist und die den Bezieherkreis deutlich erweitert hat. Wir wollten, dass mehr, auch mehr private Wohnhauseigentümer, Unterstützung für die Sanierung bekommen. Das haben wir erreicht. Wir haben auch erreicht, dass die Leistungen bei der einzelnen Sanierung deutlich angehoben werden. Das ist der Grund, dass wir mehr Anträge denn je haben.

Wir haben in der Sanierung deutlich zugelegt, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wo sonst überall in anderen Städten eigentlich eingespart und die Leistung reduziert wird. Wir haben im Sommer 2011 ein Bauvolumen in der Sanierung von 676 Millionen EUR gehabt. Das ist um 10 Millionen EUR mehr als ein Jahr davor 2010. Und wir haben jetzt im Juni 2012 ganz aktuell 707 Millionen EUR in Bau. Das bedeutet, wenn man so will, dass wir 2011 ein Rekordjahr gehabt haben, das wir heuer schon wieder eingestellt haben. Das heißt, in der Sanierung ist aus den bereits vorhin angesprochenen Gründen deutlich mehr Geld

ausgegeben worden. Dazu stehe ich auch. Und das ist gerade für eine historisch gewachsene Stadt wie Wien auch von besonderer Bedeutung.

Aber ich möchte in dem Zusammenhang noch einen Punkt ansprechen, der in der Diskussion gar nicht erwähnt worden ist, was mich ein bisschen wundert, weil es ein ganz wichtiges Instrument auch der Sanierung ist, und das ist die Gebietsbetreuung Stadterneuerung. Wir haben diese ja neu ausgeschrieben. Sie hat jetzt wieder ein Betätigungsfeld über drei Jahre. Die Gebietsbetreuung hat sich in dem Bereich ganz besonders bewährt, weil wir jetzt mit dieser neuen Ausschreibung auch über die bestehenden Grenzen hinausgehen. Bis jetzt war beispielsweise der Gürtel eine Grenze zwischen den einzelnen Gebietsbetreuungen. Das haben wir jetzt neu ausgeschrieben und wollen beispielsweise den Gürtelbereich neu definieren und durch die Gebietsbetreuung auch neu begleiten. Das ist mir deshalb wichtig, damit wir hier neben der Hardware, neben dem, was wir in der Sanierungsleistung im Baubereich machen, auch sehen, dass es wichtig ist, diese Sanierungen auch vorzubereiten. Da ist sehr viel Know-how benötigt. Und dass wir auch immer die Einwilligung der privaten Hauseigentümer benötigen, wenn wir beispielsweise in Blocksanierungsgebieten nicht nur einzelne Gebäude sanieren, sondern darüber hinaus acht und zehn Bauten, wo wir dann beispielsweise Verkehrsberuhigungen vornehmen können, Wohnstraßen einrichten können, Parkanlagen gestalten und vieles andere mehr. Von da her ist diese Verzahnung von Sanierungsanstrengung und gleichzeitiger Begleitung der Stadt Wien durch die Gebietsbetreuungen, wie ich meine, ganz wichtig.

Damit komme ich schon zu einem weiteren wichtigen Punkt im Neubau, der auch kurz angesprochen worden ist, nämlich die Finanzierung des Neubaus. Ich habe aus diesem Grund heraus in den vergangenen Monaten zwei, wie ich meine, wichtige Initiativen in dem Bereich gestartet. Das eine waren die Wohnbauanleihen, wo wir die vorherrschende Kreditklemme ein wenig auflösen und Bauträgern beispielsweise mit Unterstützung von Krediten helfen konnten, dass sie über diese Kreditklemme hinwegkommen. Das hat sich sehr bewährt. Dafür bin ich auch sehr dankbar, dass wir mit ganz unterschiedlichen Finanzdienstleistern Regelungen getroffen haben. Auch hier unterscheiden wir uns ganz stark von anderen Bundesländern, wo beispielsweise aushaftende Fördergelder verkauft oder verpfändet worden sind. Das war in Wien nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, wir haben diese finanziellen Rückflüsse einsetzen können, um gerade im Neubau weitere Akzente zu setzen.

Das gilt auch für den zweiten Bereich, für die Wohnbauinitiative, wo es uns gelungen ist, mit sechs Konsortien insgesamt 6 250 Wohnungen zu vereinbaren. Kollege Walter, weil du das angesprochen hast, dass das auf 10 Jahre beschränkt ist, das ist richtig, allerdings nur für nach den 10 Jahren neu eintretende Mieterinnen und Mieter. Jene, die in den ersten zehn Jahren den Mietvertrag unterzeichnen, haben unbefristet die

günstigen Konditionen des geförderten Wohnbaus. Das ist eine, wenn man so will, Win-win-Situation. Wir haben frei finanzierten Wohnbau, wo es mir gelungen ist, die Konditionen an den geförderten Wohnbau anzupassen. Das heißt, die Mieterinnen und Mieter zahlen unter dem Strich nicht mehr als im geförderten Wohnbau. Ein weiterer Vorteil, der, wie ich meine, gerade dir sehr zusagen müsste, ist, dass es in dem Bereich beispielsweise keine Gehaltsobergrenzen gibt. Also, das ist eine sehr starke Förderung auch des Mittelstandes, weil sie zu günstigen Konditionen hochqualitative und sehr gute Wohnungen haben. Wir haben die erste Sitzung des Qualitätssicherungsbeirates abgeschlossen. Die nächste Sitzung ist im Juli 2012, wo dann schon der Hauptbahnhof, also das Sonnwendviertel, mit weiteren Projekten im Bereich der Wohnbauinitiative versehen wird. Das erste Projekt der Wohnbauinitiative ist schon im Bau, nämlich STAR22 in der Donaustadt. Von daher hat sich das sehr bewährt.

Wir wollen das mit dem Wohnbauprojekt der Smart-Wohnungen abrunden, wo wir besonders kostengünstige Wohnungen anbieten wollen. Das sind keine Kammerln, wie du das genannt hast. Smart-Wohnungen wird es geben als Einzimmerwohnungen bis hin zu Fünzimmerwohnungen. Was wir wollen, ist, dass wir darüber nachdenken, ob es nicht möglich ist, beispielsweise mit intelligenten Grundrissen die Wohnungsgröße in etwa um 10 Prozent zu reduzieren. Das ist an und für sich ein durchaus redliches Anliegen, wenn man bedenkt, dass die Größe der Wohnungen in den letzten Jahren pro Kopf drastisch angestiegen ist. Noch in den 70er Jahren haben wir in Wien pro Kopf, wenn man alles zusammenrechnet, 25 m² Wohnfläche gehabt. Durchschnitt, alles zusammengerechnet. Heute liegen wir bei 38 m². Ich habe vor Kurzem eine Studie in Auftrag gegeben, um nachzuforschen, wie groß Wohnungen bei den heute Wohnungssuchenden sein sollen. So liegt das zwischen 42 und 45 m². So stark können wir die Wohnungskosten gar nicht senken, dass sich die Menschen bei gleichbleibenden Löhnen die Wohnungen dann leisten können, wenn sie fast doppelt so groß sind. Von daher müssen wir darüber nachdenken, wie man die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner auf der einen Seite abdecken und auf der anderen Seite aber leistbare und gute Konditionen in der Miethöhe beispielsweise bewerkstelligen kann. Das ist eine große Herausforderung. Das ist überhaupt keine Frage.

Der Kollege Chorherr hat zu Recht darauf hingewiesen, dass in allen Großstädten die Mietkonditionen steigen. Bei uns in Wien Gott sei Dank von einem niedrigeren Niveau, dank einer jahrzehntelangen kontinuierlichen Wohnbaupolitik mit einem sehr hohen Anteil an geförderten Wohnungen, die es in dieser Form in keiner anderen Großstadt in Europa gibt. Das wollen wir auch beibehalten und weiter ausbauen. Von daher sehe ich die Entwicklungen, die wir im Jahr 2011 gestartet haben, sehr positiv. Ich bin auch davon überzeugt, dass sie einen weiteren wichtigen Impuls in der positiven Entwicklung des Wiener

Wohnbaus darstellen.

Abschließend möchte ich noch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts danken. Ich möchte sie allerdings auch in Schutz nehmen gegen die Behauptung, dass Angestellte nicht wissen, wofür sie zuständig sind. Das kann ich wirklich dementieren. Ich weiß, dass wir über hoch qualifizierte, hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen.

Richtig ist aber, wir haben eine Fülle an Serviceeinrichtungen, vor allem auch im kommunalen Wohnbereich. Dazu bekenne ich mich auch. Wir haben dort mehr Serviceleistungen, als es sie in jedem anderen Wohnbereich gibt. Das ist richtig. Wir haben eben in der Bartensteingasse ein Infocenter, wo sich allerdings Mieterinnen und Mieter aus allen Wohnformen hinwenden können, eine Anlaufstelle, wo man alle Informationen aus einer Hand bekommt. Wir haben für die angehenden Gemeindebaumietzerinnen und Gemeindebaumietzer ein neues Willkommensservice, wohin man sich jetzt erstmals wenden kann und wo man, wie ich meine, sehr gut beraten wird.

Ich bin für alle Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt zuständig, egal, ob das Gemeindebau, Genossenschaftsbereich oder auch privater Wohnhausbereich ist. Von daher freue ich mich, dass wir gerade im Gemeindebaubereich viele innovative Dinge haben, wie auch ein Mietermitbestimmungsstatut. Da kann man, Kollege Norbert Walter, immer mit mir reden, ob man das novellieren und adaptieren kann. Aber ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dieses Mietermitbestimmungsstatut, das wir in den Wiener Gemeindebauten haben, beispielsweise auch in den Genossenschaftsanlagen und auch im privaten Wohnhausbereich verbreiten können. Mir ist nicht bekannt, dass es in einem privaten Wohnhaus irgendeine Form der Mietermitbestimmung gibt. Von daher ein Ja zu Verbesserungen, die es im Mietermitbestimmungsstatut in den Wiener Gemeindebauten immer geben kann, aber, wie gesagt, ich würde mich freuen, wenn wir einmal im privaten Wohnhausbereich anfangen würden, auch eine solche Form der Mietermitbestimmung zu ermöglichen.

In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Beschäftigten meines Ressorts! Ich möchte mich auch ganz herzlich bei allen Mitgliedern des Wohnbauausschusses bedanken! Frau GRin Frank, Sie haben recht, es geht oft sehr kontroversiell zu, aber ich habe den Eindruck, dass es trotz allem immer wieder gelingt, gemeinsame Lösungen zum Wohle unserer Stadt und zum Wohle der Wienerinnen und Wiener zu finden! - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales mit Postnummer 2, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2011, gemeinsam

durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ich erteile es ihr.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gesundheits- und Sozialpolitik ist ein ganz enorm wichtiger Bereich der Budgetpolitik, nicht nur, weil diese Geschäftsgruppe rund ein Viertel des Gesamtbudgets der Stadt Wien ausmacht, nämlich 3 Milliarden EUR. Der Rechnungsabschluss widerspiegelt es. In diesem Teil, und das ist so wesentlich, geht es um Entscheidungen, die die Menschen sehr nahe betreffen, direkt betreffen, berühren und teilweise auch, wie wir alle wissen, lebensentscheidend sind. Daher, meine Damen und Herren der Regierungsfraktion, die Wiener ÖVP bekennt sich grundsätzlich zu der Größenordnung, aber, und Sie wissen, das ist nichts Neues, ein Credo von mir, das Sie zwei Mal im Jahr hören, immer unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz und der Sparsamkeit. Das heißt für uns, für die Wiener ÖVP, Sparsamkeit in der Verwaltung, heißt für uns, Effizienz in den Strukturen, heißt natürlich nicht, Sparen bei den Patienten.

Ich muss sagen, ich habe vor zwei Tagen ein Schreiben erhalten. Ich nehme an, Frau Stadträtin, Sie kennen es. Darauf steht: „Hilfe!“ Es ist eine Dienstanweisung. Es geht um OP-Vormerkungen für primäre Hüft- und Knieprothesen. Ich lese Ihnen ein paar Sätze daraus vor, weil ich muss schon sagen, es ist unfassbar: „Sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen des vorangegangenen Budgetcontrollinggesprächs in der Generaldirektion wurde deutlich, dass es zur Erhaltung des aktuellen Budgetrahmens zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt erforderlich ist, für die Monate September bis Dezember 2012 keine weiteren Vormerkungen für primäre Hüft- und Knieendoprothesen vorzunehmen. Die kollegiale Führung muss darauf hinweisen, dass diese Dienstanweisung unbedingt einzuhalten ist und ersucht um Ihr diesbezügliches Verständnis.“ - Meine Damen und Herren, das kommt von der kollegialen Führung des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof. Was heißt das? Das heißt, mehr als ein halbes Jahr keine Anmeldungen für Operationen. Da geht es um Menschen, die Schmerzen haben. Da geht es um Menschen, die in der Mobilität eingeschränkt sind. Diese können sich nicht einmal anmelden, weil man sparen muss. Sparen ist richtig, aber nicht zu Lasten der Patientinnen und Patienten!

Gestern habe ich auch einen Besuch eines Bürgers gehabt, der sich anmelden wollte. Das ist schon einmal sehr schwierig. Sie werden verbunden, drei oder vier Mal. Man hofft in irgendeiner Weise, Sie geben eh auf.

Er war aber hartnäckig. Letztendlich wurde ihm auch mitgeteilt, man kann sich jetzt nicht anmelden, frühestens im Jänner oder Feber 2013 ist das wieder möglich. Frau Stadträtin, das ist ein Skandal! Ich hoffe, dass Sie das raschest abstellen, weil so kann es nicht sein!

Dann habe ich noch etwas gemacht. Daraufhin habe ich mir gestern die Homepage des Spitals angeschaut. Die letzte Eintragung, wo sich das Krankenhaus vorstellt, war im Jahr 2006, seither nichts mehr. Das zeigt auch, wie effizient dort gearbeitet wird.

Im Gegensatz dazu ist im Herz-Jesu-Krankenhaus, das der Vinzenz Gruppe gehört, eine Wartezeit von drei Monaten. Mir scheint, Frau Stadträtin, dass ohne Versorgung der privaten Spitäler die Wienerinnen und Wiener schier unendliche Wartezeiten hätten.

Nun zur Wirtschaftlichkeit: Gestern hat Frau Finanzstadträtin Brauner in der Generaldebatte zugegeben, dass der kommunale Schuldenstand im letzten Jahr um 1 Milliarde EUR angestiegen ist. Das zeigt nicht gerade das Setzen von Wachstumsimpulsen. Da sieht man auch absolut kein intelligentes Sparen. Sie sparen nicht, sondern Sie belasten die Bürgerinnen und Bürger. Denn das Jahr 2011 - es ist gestern schon diskutiert worden - war ein Jahr der Rekorderhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger. 100 Millionen EUR haben Sie, die rot-grüne Stadtregierung, den Wienerinnen und Wienern an zusätzlichen Gebühren angelastet. Das heißt, statt intelligenter Wirtschaftspolitik schröpfen Sie die Bevölkerung mit zusätzlichen Gebühren! Ihre, wie Sie meinen, funktionierende Sozialpolitik wird in erster Linie durch das Schröpfen der Bürgerinnen und Bürger bestimmt!

Wenn wir bei der Sozialpolitik bleiben, nehme ich an, Sie wissen die drei wichtigen Säulen einer funktionierenden Sozialpolitik: Erstens eine gute Wirtschaftspolitik, weil das ist die beste Arbeitsplatzpolitik. Zweitens eine nachhaltige Bildungspolitik. Und drittens eine zukunftsorientierte Integrationspolitik. Alle drei Bereiche, meine Damen und Herren, sehe ich weder von der SPÖ noch von Ihnen, von den GRÜNEN, wirklich bearbeitet.

Wenn man der Frau StRin Brauner gestern zugehört hat - es war direkt eine Hymne auf diesen Rechnungsabschluss -, hat man fast gemeint, man ist im falschen Film. Denn, auch wenn das teilweise in Abrede gestellt wird, die Arbeitslosenrate ist in Wien am höchsten. Ich glaube, es ist gestern auch erwähnt worden, seit Bgm Häupl im Amt ist, ist sie um 31,6 Prozent gestiegen und nicht gefallen, wie sonst überall. Das ist Ihre Bilanz in der Sozialpolitik! Das einzige Rezept sind eben Gebührenerhöhungen, die wir selbstverständlich ablehnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben gestern bereits in der Bildungspolitik gehört, dass in erster Linie der Mittelstand bluten muss, damit Sie Ihre sozialromantischen Träume leben können. Ob PISA oder Lesetest, ein stringentes Bild zeichnet sich in Ihrer Bildungspolitik ab. Viele junge Menschen, viel zu viele, in dieser Stadt werden jeglicher Chancen beraubt. Das ist

teilweise eine verlorene Generation, die sich dann in der Arbeitslosenstatistik widerspiegelt. Meine Kollegin Leeb hat gestern sehr anschaulich gerade die Situation bei den Lehrlingen aufgezeigt.

Ein recht gutes Beispiel Ihrer mangelnden Flexibilität und Ihres wirtschaftsfremden Handelns sind die Schwierigkeiten in Bezug auf Ausbildung bei benötigten Hilfskräften. Seit 2003 gibt es Förderungen, sowohl vom WAFF als auch vom AMS. Allerdings ist die Voraussetzung, man muss arbeitslos sein. Diese Einschränkung hält natürlich viele davon ab, sich umschulen zu lassen oder eine höhere Qualifikation anzustreben. Ich bringe daher mit meinem Kollegen Dworak einen Antrag ein, den ich jetzt offensichtlich nicht habe. Es geht darum, dass Sie das gemeinsam mit Finanzstadträtin Brauner bearbeiten und Möglichkeiten schaffen, eben auch bei einer Nichtkündigung, bei Teilzeit die Möglichkeit einer Förderung zu geben, hier aktiv tätig zu werden und mehr Flexibilität in diesem Bereich zu zeigen.

Nun einige Bemerkungen zur Gesundheitspolitik:

Frau Stadträtin, Sie haben den Gesundheitsplan 2030 vorgestellt. Das ist ein sehr ambitionierter Plan mit Schwerpunktkrankenhäusern, Spezialisierungen, Tageskliniken, also durchaus eine Reihe von Bereichen, die die Wiener ÖVP immer wieder aufgezeigt hat. Daher möchte ich es grundsätzlich als Plan positiv bewerten, wie allerdings die Umsetzung aussieht, müssen wir uns dann in aller Ruhe ansehen. Wir werden das selbstverständlich beobachten und sehr kritisch begleiten.

Ich will aber aufs Spitalskonzept jetzt gar nicht eingehen. Da haben wir noch so viele jahrelange Möglichkeiten, darüber zu reden, sondern ich möchte ein bisschen auf die Versorgung in Wien generell eingehen. Gerade Sie, Frau Stadträtin, sind als Vertreterin des Landes Wien in der Gesundheitsreform eine Big Playerin. Das erfordert natürlich eine Gesamtschau, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Dazu einige Fakten:

Erstens ist die Vertretung der Ärzte, sowohl Fachärzte als auch Allgemeinmediziner, in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich. Das haben Sie gestern in einem Interview - ich glaube, im „Standard“ - auch selbst angeführt.

Zweitens: Im Jahr 2006 hatten wir 821 Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag und 947 Fachärzte. 2012, 6 Jahre später, haben wir um 45 Stellen weniger und bei den Fachärzten haben wir einen Rückgang von 17. Gleichzeitig wissen wir, dass seit 2006 die Bevölkerung in Wien um 80 000 gewachsen ist. Wir wissen auch, dass jährlich 20 000 dazukommen. Das sind die Prognosen, die sicher ernst zu nehmen sind.

Frau Stadträtin, da haben Sie Handlungsbedarf, mit der Sozialversicherung Vereinbarungen zu treffen, dass sich dieses Ungleichgewicht verändert, ob das jetzt Allgemeinmediziner sind, ob das Gruppenpraxen sind, die man durchaus verstärkt machen sollte. Darüber kann man diskutieren. Beides ist richtig und möglich. Aber tun muss man es. *(GR Kurt Wagner: Dann laden wir Sie*

auch ein, Frau Kollegin, mit der Ärzteschaft zu reden!) - Ich bin immer zu Kooperationen bereit, wenn es sinnvoll ist, Herr Kollege Wagner! Das wissen Sie! *(GR Kurt Wagner: Dann passt es eh! Aber die Frau Stadträtin verhandelt nicht die Kassenverträge! Dort sitzen Vertreter Ihrer Fraktion drinnen!)* - Herr Kollege Wagner, wenn Sie mir zugehört haben, habe ich gesagt, die Frau Stadträtin soll selbstverständlich mit Frau Direktor Reischl Kontakt aufnehmen! Natürlich muss die Frau Stadträtin, weil sie für die Versorgung der Wienerinnen und Wiener zuständig ist, größtes Interesse daran haben, dass hier eine dementsprechende Ausgewogenheit herrscht. *(GR Kurt Wagner: Dann sind wir d'accord! Aber leider nicht für die Kassenverträge!)* - Das weiß ich. Ich habe es auch genau so gesagt.

Frau Stadträtin, man kann es überhaupt nicht akzeptieren, dass es in Wien keine einzige Kassenstelle für Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt. Das ist für eine Bundeshauptstadt, für eine Weltstadt Wien einfach unglaublich! Ich sage Ihnen, in Deutschland gibt es zum Beispiel 1 000 Stellen. Wenn man das auf Österreich umlegt, müssten wir in Österreich 100 Stellen haben. Wenn ich das wieder auf Wien herabstufe, müssten wir zumindest 10 bis 15 Stellen haben. Wir haben keine einzige! Was machen Eltern mit Kindern, die psychische Probleme haben? Frau Kollegin, Sie wissen, wovon ich spreche, weil Sie gerade in diesem Metier tätig sind. Da gibt es sehr viele. Da ist auch, Frau Stadträtin, akuter Handlungsbedarf! Ich weiß, wie schwierig es ist. Ich weiß es. Aber es nützt nichts, wenn wir immer davon reden, es ist schwierig und daher kommt nichts. Wir müssen in dem Bereich unbedingt aktiv werden! *(Beifall bei der ÖVP. - GR Kurt Wagner: Aber es gibt zu wenig Kinderpsychiater!)*

Nun ein paar kurze Bemerkungen zur Gesundheitspolitik, weil ich nicht weiß, ob ich mit allem durchkomme, nur ein paar Worte zu den Baustellen, die es gibt:

Wenn man sich die letzten Jahre der Gesundheitspolitik in Wien anschaut und diese verfolgt, und das haben wir auch gemeinsam, hat es eine ganze Reihe von Skandalen gegeben. Man hat immer wieder versucht, diese Skandale zu verniedlichen oder überhaupt nach Möglichkeit nicht darüber zu reden und sie zu verheimlichen. Gelebte Transparenz würde anders aussehen. Aus diesem Grund möchte ich zum wiederholten Male einen Beschlussantrag einbringen, den ich dann nachreife, weil jetzt habe ich ihn irgendwo verjankert. Das habe ich schon einige Jahre gemacht. Und zwar geht es darum, dass der Krankenanstaltenverbund angewiesen wird, die jährlichen Rechnungsabschlüsse wirklich transparent und vollständig darzustellen. Da bin ich sehr neugierig, wie die Grüne Fraktion reagieren wird, weil sie immer auf so ein transparentes System gepocht hat, und vor allem Sigrid Pilz, die scheidende Gemeinderätin, dafür eingetreten ist.

Apropos Frau GRin Sigrid Pilz: Liebe Sigrid, du bist ohne Zweifel, wir haben jetzt viele Jahre zusammengearbeitet, eine ausgezeichnete

Gesundheitspolitikerin. Ich bin auch davon überzeugt, dass du die Aufgaben in der Patientenanwaltschaft bestimmt zum Wohle der Patientinnen und Patienten ausführen wirst. Ich gratuliere dir auch dazu. Ich wünsche dir für die Aufgabe alles Gute! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.)*

Doch es ist auch klar, wenn du noch Oppositionspolitikerin wärst, und deine Qualifikation als Oppositionspolitikerin ist unbestritten, dann hättest du keine Chance, nicht einmal eine Minichance, gehabt, diese Position zu erhalten. Das zum Ersten. *(GR Kurt Wagner: Frau Kollegin, das ist aber jetzt kein Facebook-Lesen!)*

Zum Zweiten, die schiefe Optik, meine Damen und Herren der Grünen Fraktion, ist natürlich schon vorhanden. Ich bin davon überzeugt, Herr Klubobmann Ellensohn, wenn jemand anderes aus der Oppositionspartei diese Position erhalten hätte, hätte ich mir angeschaut, was Sie von diesem Pult aus aufgeführt hätten, vom Postenschacher wäre gerufen worden und vieles andere mehr. Man sieht halt sehr deutlich, meine Damen und Herren der Grünen Fraktion, der Standort bestimmt eben den Standpunkt. So ist es. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für die anderen Baustellen habe ich leider nicht mehr so viel Zeit. Ich möchte mich nur noch kurz mit den Turnusärzten beschäftigen, weil mir das ein besonderes Anliegen ist. Bei den Turnusärzten wird, wenn man nachfragt, zwar immer wieder gesagt, es funktioniert alles wunderbar, aber die Ärzte, die zu uns kommen, beklagen sich immer sehr, dass sie so wenig Möglichkeiten haben mitzuarbeiten. Arbeiten müssen sie schon, aber viel zu wenig bei Menschen, sondern sie haben sehr viele andere Tätigkeiten, was natürlich nicht gerade sinnvoll ist, weil es geht darum, diese jungen Menschen, die ein langes Studium hinter sich haben, wirklich praktisch so auszubilden, dass sie nach dieser Ausbildung eben als Allgemeinmediziner oder als Facharzt ihre Patienten bestmöglichst behandeln können. Da ist es so, dass es durchaus große Probleme gibt. Das sagen nicht nur wir, sondern auch das Kontrollamt hat überprüft und eigentlich ist es niederschmetternd, was die Überprüfung ergeben hat. Sie verbauen damit jungen Menschen die Möglichkeit, diesen Beruf wirklich zu erlernen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche Sie, gerade im Bereich der Turnusärzte, die so wichtig für die Entwicklung in dieser Stadt sind, um mehr Engagement und mehr Veränderungswillen. Da habe ich manchmal den Eindruck, der Veränderungswille ist nicht da. Das sind halt sozusagen die Letzten. Wenn halt Arbeit da ist, dann sagt man, das macht der Turnusarzt, ohne sich viel Gedanken darüber zu machen, ob man das nicht auch anders lösen könnte. Also, hier wäre ein größeres Engagement von Bedeutung.

Meine Damen und Herren, Gesundheits- und Sozialpolitik ist, wie ich schon gesagt habe, ein enorm wichtiger Bereich. Ich könnte da jetzt noch sehr viel anführen. Mein Kollege Dworak wird noch vertiefend in manche Skandale eingehen. Es ist einfach ein großer

Handlungsbedarf. Viele Baustellen sind zu bereinigen. Es sind vor allem auch innovative Schritte zu setzen. Dort, wo es sinnvoll ist, effizient, wirtschaftlich und sparsam Veränderungen vorzunehmen, werden wir Sie unterstützen. Aber im Hinblick auf die derzeitige Situation sind Sie sicherlich nicht überrascht, dass wir in diesem Jahr dem Rechnungsabschluss unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Franz Ekkamp: Ich bin überrascht!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau Dr Pilz. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Sigrid **Pilz** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde und Freundinnen vom Grünen Klub! Liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Gesundheitsbereich!

Das ist heute meine Abschiedsrede. Elf Jahre Politik finden ein Ende. Es kommt mir ganz seltsam vor.

Eigentlich ist es gar nicht wahr. Aber es ist wahr, ich werde mich verändern. Es ist schon allseits bekannt. Ich möchte diese letzte Rede dazu benützen, auf diese elf Jahre zurückzublicken, auf das Schwierige, auf das Erfolgreiche, auf Misserfolge, auf alles.

Als ich in die Politik gegangen bin, habe ich mir gedacht, ich werde mir jedes Jahr die Frage stellen: Was macht die Welt in Wien besser, wenn die Sigrid Pilz in der Politik mitmischt? Diese Frage wollte ich mir immer redlich beantworten. Ich wollte sie mir beantworten, insbesondere im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Patienten und Patientinnen oder Menschen, die in Pflegeheimen untergebracht sind. Dieser Standpunkt, nämlich der Blick aus der Patienten-, Patientinnenperspektive, hat mein politisches Handeln immer bestimmt.

Wenn du, Ingrid Korosec, zuerst gesagt hast, Skandale sind nur vertuscht und unter den Teppich gekehrt worden, dann gebe ich dir in vielen Punkten nicht recht. Denn Veränderungsprozesse haben hier in Wien auch mit Skandalen begonnen. Ich erinnere an die Pflegemisststände im Geriatriezentrum Am Wienerwald, eigentlich etwas ganz Harmloses. Eine ältere Dame war verwahrlost, wurde nicht ordentlich gepflegt und die zuständige Beamtin des Magistrats hat eine Meldung gemacht. Es hat mich damals nicht sehr gewundert, aber ich habe mir gedacht, das ist ein Anlass, einen Kommentar der anderen zu schreiben und darüber nachzudenken, was in der Pflege in Wien anders werden sollte. Weil die Zeit dafür reif war, hat die Öffentlichkeit das aufgegriffen. Auf einmal war etwas Thema, das in Wien normal, aber doch kritikwürdig, für manche skandalös war, die Situation in den Großpflegeheimen, die Achtbettzimmer, die mangelnde Privatsphäre und, und, und.

Wie es so ist in der Politik, und das ist auch der erste kritische Rückblick, den ich habe, laufen die Debatten zwischen Regierung und Opposition immer nach dem Ja und Nein, dem binären System, alles oder nichts. Die Opposition sagt, es ist alles total schlecht. Die Regierung sagt, es ist alles wunderbar und könnte nicht besser sein. Bei diesem Modus ist es schwer, auf einen grünen

Zweig zu kommen. Lange Zeit waren wir rund um die Pflege thematisch genau in diesem Modus. Wir haben uns in einer Untersuchungskommission nichts geschenkt. Viele Anwesende, Christian Deutsch, Marianne Klicka, Ingrid Korosec, Kurti Wagner, ich kann sie gar nicht alle nennen, Sonja Ramskogler, wir haben uns in dieser Untersuchungskommission viele Wahrheiten, unangenehme Wahrheiten und auch einige Verletzungen nicht erspart. Wichtig war, dass in diesem Prozess klar geworden ist, wir müssen etwas in Wien ändern. Wir müssen etwas in der Pflege ändern. Es kann nicht so sein, dass wir die Verhältnisse vom Ende des vorvergangenen Jahrhunderts mitnehmen ins 21. Jahrhundert.

Die Frau StRin Pittermann und ich waren sicher sozusagen die erbittertsten Kontrahentinnen in diesem Punkt. Aber eines muss man der Liesl Pittermann sagen, sie hat die Konfrontation nicht gescheut. Es gab einen Tag, ich glaube, es war der Kontrollausschuss, da hat sie gesagt: „Und Ihnen sage ich, Frau Pilz, arbeiten Sie einmal einen Tag in Lainz, bevor Sie so groß reden!“ Der Herr Kontrollamtsdirektor hat gesagt: „O je, falsche Ansage!“ Ich habe gesagt: „Gut, Frau Stadträtin, ich komme!“ Ich glaube nicht, dass sie es intendiert hat, aber sie hat mich damit eingeladen. Ich habe dann einen Tag lang den Kittel einer Abteilungshelferin angezogen, war in einer ganz gewöhnlichen Langzeitstation und habe dort viel erlebt. Ich habe unglaublich bemühtes Personal unter schwierigsten Bedingungen erlebt. Ich habe erlebt, wie es ist, und jetzt ist es leider ein bisschen ungestüm, wenn man einem alten Herrn, dessen Inkontinenzeinlage den Inhalt nicht halten kann, über 50 m zum Klo und dann noch weitere 10 m in ein ungeeignetes Bad hilft. Das hat etwas mit Würde oder Nichtwürde zu tun. Ich habe auch erlebt, dass ich einen Herrn getroffen habe, der um die 70 war. Ich habe ihn gefragt, warum denn ein so junger Mensch schon im GZW ist. Die Schwestern haben gelacht und haben gesagt, er ist seit 30 Jahren da, er hat Asthma, und irgendwie war das sein Lebensraum. Diese Dinge waren dann Thema und es war klar, es läuft viel falsch und wir machen es jetzt anders.

Wir haben dann mit der Geriatriekommission herausgefunden aus dem, dass alles super ist und dass alles schlecht ist. Wir konnten, würde ich sagen, vertrauensbildende Maßnahmen setzen. Weiter hinten habe ich irgendwo Peter Hacker gesehen. Viele Leute aus dem Gesundheitsbereich waren dabei. Wir haben uns die Frage gestellt: Wie wollen wir denn selbst alt werden? Was werden wir denn brauchen? Wir konnten aussteigen aus dieser Dichotomie und wir konnten anfangen. Frau StRin Wehsely hat das dann sehr konsequent umgesetzt, aus diesem Dialog auszusteigen. Wir konnten ein Pflegeheimgesetz entwickeln, dass, und so lange dauern politische Veränderungsprozesse, im Jahr 2015 das Geriatriezentrum Am Wienerwald zugesperrt wird. Wir haben neue, schöne Pflegewohnhäuser. Wer sie nicht gesehen hat, sollte einmal hingehen. Orte, wo man sagt, dort könnte man selbst seinen Lebensabend, wenn es sein soll, auch

beschließen. Niemand in Wien muss mehr sagen: „Ich bringe mich um, bevor ich ins Heim komme.“ Denn das habe ich früher gehört. Diese Entwicklung, denke ich, ist eine Leistung für unsere Stadt. Wir konnten Abschied nehmen von alten Konzepten. Wir konnten auch Abschied nehmen aus einem unversöhnlichen Dialog zwischen Opposition und Regierung.

Der zweite Veränderungsprozess, von dem ich reden möchte und den ich in all den Jahren mitbegleiten, kritisieren und seit der gemeinsamen Regierung auch mittragen kann, ist die Spitalsreform 2030. Du hast gesagt, Gesundheitsplan 2030. Wir haben einen Plan, 2030, aber das ist konkret eine Spitalsreform. Man kann nicht genug betonen, was da für wichtige Dinge passieren werden. Da bleibt im Wortsinn kein Stein auf dem anderen, was die Gebäude betrifft. Aber es bleibt auch kein Stein auf dem anderen, was die Strukturen betrifft. Da ist vieles im Werden. Aber mit dem RSG, den wir jetzt verabschieden werden, ist es auf Schiene. Es ist unumkehrbar. Da werden ein paar heilige Kühe geschlachtet. Du hast das, glaube ich, in den Medien so genannt.

Da gibt es noch ein paar andere Partner. Das ist vielleicht im Vergleich zur Geriatriereform die große Schwierigkeit. Ich bin sicher, wenn es helfen würde, würde Frau StRin Wehsely auf den Tisch hauen und sagen: „So, das machen jetzt alle! Und ab nun wird einfach die Spitalsreform umgesetzt.“ Faktum ist, dass es viele Player gibt. Nicht alle haben das gemeinsame Wohl im Auge, sondern vielleicht haben manche auch ihre Standesinteressen im Auge.

Damit komme ich jetzt zu einem zweiten Partner, mit dem ich in den vergangenen Jahren trefflich gestritten habe, die Wiener Ärztekammer. Die Wiener Ärztekammer sagt sehr oft, es geht ihr um die Patienten und Patientinnen. Das glaube ich ihr absolut. Es sind nämlich Ärzte und Ärztinnen. Aber sehr oft geht es ihr auch und insbesondere um ihre Standesinteressen.

Ich habe von Entwicklungen und Veränderungen geredet, die ich mitbegleiten durfte. Jetzt möchte ich von einem kleinen Sieg sprechen. Vielleicht ist so eine Abschiedsrede auch die Möglichkeit, sich einmal über so etwas zu freuen. Ich habe, unterstützt von einem Drittel der Abgeordneten hier, eine Verfassungsklage eingebracht, weil der Rechnungshof gesagt hat, die Gebarung der Privathonorare in den Wiener Spitälern entspricht nicht der gebotenen Transparenz und rechtlichen Notwendigkeit. Er hat kritisiert, dass es private Abrechnungsvereine gibt und dass insbesondere im Wiener AKH niemand von der Ärzteschaft verpflichtet war, für die Privatpatienten Infrastrukturbeitrag zu bezahlen. Kann man sich das vorstellen? Man spielt mit der vollen Orgel des besten Krankenhauses Österreichs und zahlt genau gar nichts dafür, dass man seine eigenen Privatpatienten und Privatpatientinnen betreut. Ich habe hier, an diesem Pult, den Herrn Rechnungshofpräsident unterstützt und habe gefragt: „Erwarten Sie sich etwas von uns?“ Denn die Landesregierung hat damals zu den Vorschlägen genau geschwiegen. Der Herr Rechnungshofpräsident hat

gesagt: „Frau Abgeordnete, wenn Ihnen etwas einfällt, bin ich sehr froh.“ Ich habe das oppositionelle Instrumentarium erstmalig in Österreich genützt, nämlich durch diese 33 Unterschriften eine Verfassungsbeschwerde einzubringen, die das Land Wien schlicht und einfach dazu veranlasst, zu sagen, wie wir es denn künftig mit den Privathonoraren machen. Die grünen Freunde und Freundinnen haben mich zur Gänze unterstützt. Ich danke Ihnen heute noch für dieses Vertrauen, das damals nicht ganz einfach war.

Gio Hahn und die ÖVP haben gesagt, die Sache ist richtig, nicht ganz einfach, aber sie unterschrieben. Nach einer kleinen Nachdenkphase, Herr Kollege Lasar, hat sich dann auch die FPÖ dazu bequemt, zwei Unterschriften herauszurücken und wir hatten unser Drittel voll. Dann kam der Sommer. Interessant ist, aus der ÖVP ist nichts hinausgegangen. Dann hat Präsident Dörner mitgekriegt, was da im Busche ist. Dann kam ein Brief an alle 32 minus Sigrid Pilz. Mich hat man nicht einmal ignoriert. Aber alle anderen haben einen Liebesbrief vom Herrn Präsident Dörner gekriegt, der nicht von schlechten Eltern war. Darin ist gestanden: „Sie sind persönlich haftbar für die Folgen! Das Gesundheitssystem wird sowieso eingehen! Man wird Sie öffentlich vor den Vorhang bitten!“ Grüne KollegInnen und Freunde haben gesagt: „Sigrid, wir trauen dir eh alles zu. Aber bist du dir sicher, dass du hier recht hast? Und kann ich mit meinen Kindern noch ins Spital gehen, wenn da solche Dinge im Busche sind?“ Gio Hahn hat mich angerufen und hat gesagt, der Sommer ist eigentlich ziemlich im Eimer, weil er ungefähr im Viertelstundentakt in seinem Urlaub Anrufe von empörten Ärzten und Ärztinnen kriegt. Er hat persönliche Drohungen gekriegt. Aber die ÖVP hatte Handschlagqualität, was man von der FPÖ gar nicht behaupten kann. Die Geschichte muss man sich nämlich auf der Zunge zergehen lassen. Die mutigen Herren der FPÖ haben so weiche Knie gekriegt und so sehr den Schwanz einziehen müssen, wenn die Ärztekammer droht. Wenn die Ärztekammer droht, dann kann sozusagen ein Versprechen, eine bereits gegebene Unterschrift nichts mehr wert sein. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das kennen wir von den GRÜNEN!)* Flugs haben sie die Unterschrift zurückgezogen. Selbst liebe Juristen und Juristinnen haben zu mir gesagt: „Das wird sich jetzt nicht mehr ausgehen. Das hast du verloren. Sei einfach einmal zufrieden, dass du es probiert hast.“ Der Verfassungsgerichtshof hat allerdings festgestellt, was liegt, das pickt. Man kann den anderen 31 die Rechte nicht beschneiden und hat die Sache auf die Tagesordnung gesetzt, hat eine mündliche Verhandlung anberaumt, und ich habe gewonnen. Ich glaube, heute, und ich hoffe das, ist die Wiener Landesregierung zufrieden mit dem Umstand, dass nun auch im AKH für dort behandelte Privatpatienten und -patientinnen ein Infrastrukturbeitrag dort gelassen werden muss, der in den zweistelligen Millionenbetrag geht. Wenn man verfolgt, was die Frau StRin Wehsely heute im „Kurier“ geschrieben hat, dass der Anteil der Privatpatienten und -patientinnen im öffentlichen Spital steigen soll, damit die

Mittel auch dort bleiben, wo die Leistung erbracht wird, kann ich nur sagen, da haben wir schon vor vielen Jahren recht gegeben. Man kann also auch aus der Opposition Veränderungen erreichen.

Ich möchte aber auch darüber reden, was mir nicht gelungen ist und wo ich mich nicht durchgesetzt habe. Vielleicht ist es für manche ein Orchideenthema. Mir war es vom ersten Tag meiner Tätigkeit an wichtig. Ich war und bin ein Gegner der anonymen Geburt und der Babyklappe. Meine grünen Freunde und Freundinnen haben nie die Welle dafür gemacht, dass ich mich da so positioniere. Weder bei der ÖVP noch bei der SPÖ noch bei der FPÖ, nirgendwo wurde ich dafür unterstützt. Es tröstet mich, dass die Wissenschaft auf meiner Seite ist. Der Herr Generaldirektor wiegt den Kopf. Wir können darüber weiterreden. Aber jedenfalls haben der Europarat, die UNO, der Deutsche Ethikrat und vor allem die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jugendwohlfahrt höchste Bedenken, dass sozusagen die Entziehung der Identität, der Kenntnis der Eltern für die Kinder mit dieser Begründung legitim ist. Ich finde, man muss Niederlagen aushalten. Ich halte sie aus. Aber es ist etwas, was ich mir künftig sicher mitnehme. Vielleicht sollte der Tag kommen, wo wir die anonyme Geburt und die Babyklappe durch eine vertrauliche, eine geheime Geburt ersetzen. Wer möchte, dass ich ihm oder ihr das erkläre, ich kann das nachher gerne tun.

Offene Themen: Nicht alles, was ich mir vorgenommen habe, ist erledigt.

Die psychiatrische Versorgung in Wien ist nach wie vor, Ingrid, du hast es angesprochen, was die Kinder- und Jugendpsychiatrie betrifft, noch ausbaubar.

Wir haben gute Anfänge genommen, was die Neuausrichtung des PSD betrifft.

Wir hoffen, dass wir den Ausbildungsstau im Krankenanstaltenverbund abbauen können.

Wir brauchen mehr Kinder- und Jugendtherapie in allen Bereichen. Es kann nicht sein, dass es Wartelisten gibt, dass das Kind in der Pubertät ist, bis es drankommt.

Wir müssen die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken. Ich meine, dass es so ist, dass 50 Prozent der Patienten und Patientinnen nicht verstehen, was der Arzt oder die Ärztin gerade gesagt hat, keine Ahnung haben, was der Therapievorschlag ist. Das ist nicht von mir erfunden, sondern steht so im Wiener Gesundheitsbericht. Weitere 20 glauben, sie haben es verstanden. Testreihen zeigen aber, dass das so nicht der Fall ist. Das kostet. Das ist unethisch. Das kann zu Gesundheitsschäden führen. Da haben wir Handlungsbedarf, insbesondere bei benachteiligten Gruppen.

Wir müssen unzumutbare Versorgungsdefizite heben, die insbesondere im Zusammenspiel zwischen niedergelassenem und stationärem Bereich aufzufinden sind. Den Umstand, dass sich im Reform-Pool-Projekt Diabetesprophylaxe und -betreuung nur heiße 137 Ärzte und Ärztinnen aus dem niedergelassenen Bereich eingeschrieben haben und wir gleichzeitig zur Kenntnis nehmen müssen, dass in Österreich zwischen 2002 und 2006 die Amputationen nach Diabetes um 10 Prozent

gestiegen sind, können und dürfen wir nicht hinnehmen. Das ist nicht Spitzenmedizin. Das ist normale Basisversorgung, die im Wesentlichen im Zusammenspiel mit dem niedergelassenen und dem stationären Bereich funktionieren sollte.

Ich möchte nicht gehen, ohne mich zu bedanken. Ich möchte mich bedanken.

Sie werden es nicht glauben, wer zuerst auf meiner Liste steht: Gertrude Fröhlich-Sandner. Lange vor meiner Zeit war sie hier Vizebürgermeisterin. Dann wurde sie Bundesministerin für Familie, Jugend und Konsumentenschutz. Eines Tages ist ihr in Tirol eine Leiterin eines Jugendhauses aufgefallen, die frech und vorlaut war. Sie hat eine Abteilungsleiterin für ihr Ministerium in der Jugendarbeit gesucht und sie hat mich wegengagiert. Ich weiß, dass es die SPÖ zwischenzeitlich ziemlich bereut hat, dass sie das gemacht hat. Mittlerweile sind die Dinge vielleicht wieder etwas besser. Aber Gertrude Fröhlich-Sandner hat mich nach Wien geholt und ich bin ihr dafür dankbar.

Ich bedanke mich bei Christoph Chorgherr, Maria Vassilakou und Eva Glawischnig, die im Jahre Schnee auf die Idee gekommen sind, da gibt es jemanden, der unrührig ist und vielleicht kann man sie für die Politik gewinnen.

Ich danke David Ellensohn und dem Grünen Klub und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die wirklich gute Zusammenarbeit und die vielen Jahre spannender und schöner Politik. Unter den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen will ich ganz besonders Margot Ham hervorheben. Ohne sie und ohne ihr professionelles und herzliches Wirken wäre unsere Gesundheitspolitik nicht auf diesem Niveau gewesen.

Ich danke meinem Koalitionspartner, allen voran Frau StRin Wehsely, dem Gesundheitsausschuss, Kurti Wagner, Sonja Ramskogler, Gabi Mörk, Christian Deutsch, Claudia Laschan, ich kann gar nicht alle aufzählen, Marianne Klicka. Wir haben durch all die Jahre gut zusammengearbeitet. Rudi Hundstorfer nicht zu vergessen. Er ist mir insofern wichtig, als er, immer wenn in der SPÖ alle nur böse geschaut haben, immer noch mit mir geredet hat und gesagt hat: „Hast du noch einen Brief über die Pittermann?“ oder: „Kannst du jetzt wieder einmal aufhören, Frau Dottore?“ (*GR Mag Dietbert Kowarik: Er war aber nicht in der Untersuchungskommission!*) - In der Untersuchungskommission war er auch, in der ersten. Wir haben uns immer persönlich geschätzt.

Ich danke jenen Abgeordneten in diesem Haus, mit denen konstruktiv zusammenzuarbeiten war. Ich beginne, die FPÖ wird es kaum glauben, mit der FPÖ, mit einer Kollegin, die nicht mehr da ist, mit Karin Landauer, die die Sachpolitik immer vor die Parteipolitik gesetzt hat. Ich danke Ingrid Korosec. Wir haben viele gemeinsame Projekte realisiert.

Ich danke ganz besonders den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus dem Bereich Gesundheit und Soziales, jenen Mitarbeitern, die im Krankenanstaltenverbund jetzt die Reform, die die Frau StRin Wehsely eingehängt hat, stemmen müssen, den Beamten und Masterminds,

einerseits Generaldirektor Marhold, Direktor Krepler, Direktor Paukner, Herrn Mag Gauss, wo immer er jetzt ist. Diese Leute wissen, jetzt ist es ernst und sie machen es auch.

Ich möchte mich bei Chefarzt Psota und Mag Brinskele für die Reformen, die jetzt im PSD beginnen und begonnen haben, herzlich bedanken. Bei Frau Mag Graumann für den neuen Kurs des KWP. Ich kann ja gar nicht alle nennen. Bei Peter Hacker, bei Dennis Beck, bei Beate Wimmer-Puchinger und, last, but not least bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Wiener Patienten- und Patientinnenanwaltschaft und beim Büro der Frau Stadträtin.

Ein letztes Wort zur Politik: Ich glaube, und bin zutiefst davon überzeugt, dass es die repräsentative Politik und Vertretung braucht, dass es sie braucht, jenseits von Liquid Democracy und populistischer Straßenfegerei. Ich glaube, wir sollten wieder zum Respekt vor unserem eigenen Berufsstand zurückfinden. Wenn wir uns selbst schätzen und achten, dann schätzen und achten uns auch die Bürger und Bürgerinnen, die uns wählen.

Zum Schluss möchte ich meinen beiden Nachfolgern sehr herzlich danken und Glück wünschen. Einerseits Jennifer Kickert, die in den Gesundheitsausschuss nachrückt. Ich habe mir die Latte sehr hoch gelegt, was meine eigene Nachfolge betrifft. Ich freue mich, dass Sascha Van der Bellen unseren Klub jetzt verstärken wird. Ich wünsche euch viel Glück und eine gute Zeit! - Danke schön. (*Lang anhaltender Beifall bei GRÜNEN und SPÖ, Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Dr Pilz, ich glaube, dass wir uns heute nicht von Ihnen verabschieden müssen, aber gestatten Sie mir, dass ich einige persönliche Worte sage. Sie haben Ihre Leistungen, die sie gemacht haben, dargestellt. Ich habe mir dabei gedacht, eigentlich geht jeder in dieses Haus, um nicht Bequemlichkeit zu erleben, sondern um mit Beharrlichkeit, mit Zielorientiertheit Veränderungen in dieser Stadt zum Wohle der Menschen zu erreichen. Ich glaube, dass Sie das im Besonderen auch ausgezeichnet hat. Ich möchte mich auch persönlich bei Ihnen bedanken, weil ich in diesen wenigen Jahren, wo wir gemeinsam den Vorsitz teilen konnten, Ihre große Loyalität, Ihre Offenheit und Ihre Korrektheit bei der Ausübung Ihrer Funktionen kennengelernt habe. Ich wünsche Ihnen, und ich glaube, ich spreche im Namen vieler Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch aus Eigensinn, sage ich dazu, viel Glück, viel Erfolg in Ihrer künftigen Tätigkeit! Vielen herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ, ÖVP und GRÜNEN.*)

Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte heute vielleicht auch einmal mit einem Lob beginnen, Frau Stadträtin, ein Lob an Sie persönlich. Ich muss ehrlich sagen, Sie haben es geschafft, dafür kriegen Sie auch das Lob von mir oder von uns, im AKH endlich einen sogenannten Gamma Knife zu besorgen.

Wir haben das sehr lange kritisiert. Wenn ich mir den „Kurier“ ansehe, hat dieser auch sehr groß darüber geschrieben, eine ganze Seite fast. Dort steht: „neues Gammagerät, Gamma Knife in Wien.“ Dann steht weiters: „Die Jetti-Tante muss nicht mehr nach Prag.“ Man kann sagen, es war mehr als mühsam. Patienten, die krank waren, die diese Bestrahlung gebraucht haben, mussten nämlich nach Prag und nach Frankfurt geschickt werden, weil es Wien nicht für wichtig genug gefunden hat, dass wir hier ein neues Gamma-Knife-Gerät haben. Wir haben jetzt eines. Ich sage Ihnen Danke im Namen der Patienten und Patientinnen, Frau Stadträtin, dass wir eines haben. Ich würde auch vorschlagen, wenn Sie schon eines kaufen, kaufen Sie ein zweites, weil ich mag mir nicht vorstellen, wenn dieses neue Gerät vielleicht irgendwann einmal ausfällt, müssen Sie sozusagen die sogenannte Jetti-Tante wieder nach Prag und nach Frankfurt schicken, wie es der „Kurier“ auch geschrieben hat, Frau Stadträtin. Das war es puncto Lob.

Bleiben wir aber noch beim AKH, Frau Stadträtin. Eines können Sie mir nicht ersparen, und Sie werden es selbst auch wissen, es geht wieder einmal um die MA 40. Da gibt es eine Mail, wo die MA 40 eine unangemeldete Einschau, also eine Kontrolle, im AKH abhält. Da schreibt sofort, nachdem das die MA 40 dem Leiter des AKH mitgeteilt hat, der Herr Professor eine Mail weiter an seinen Kollegen, an Herrn Prof Husslein: „Sehr geehrter Herr Professor Husslein, lieber Peter! Ich möchte dich darüber informieren, dass ich für Anfang März eine unangemeldete Einschau der MA 40 erwarte. Themen:“ - das kommt auch noch dazu – „Neugestaltung der Abläufe entsprechend den Vorschlägen der MA 40, zweitens nach wie vor Hebammen- und Kreißsaalbereich insbesondere von Bekleidungs- und Krankenhaushygienevorschriften. Mit herzlichen Grüßen ...“

Frau Stadträtin, jetzt müssen Sie mir nur mehr erklären, was eine unangemeldete Einschau ist, wenn man diese schon vorher weiß. Jeder kleine Gastgewerbebetrieb, jeder Lebensmittelbetrieb, jeder Supermarkt in Wien wird unangemeldet kontrolliert. In Ihrem Ressort, in Ihrem Bereich wird eigentlich nichts anderes getan, als, ich weiß gar nicht, was man dazu sagen soll, wo gewarnt wird, wo man warnt, Frau Stadträtin, dass eine unangemeldete Kontrolle kommt. Ich hätte dazu gern einmal eine Stellungnahme von Ihnen, was Sie dazu sagen! Lustig finde ich so etwas nicht! Lustig ist das nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber weiter, Frau Stadträtin, Vergabeskandal: Das ist für Sie auch etwas, von dem ich bis heute nicht begreife, dass Sie bis heute kein Wort, nichts, dazu gesagt haben, Vergabeskandal bezüglich Reinigung. Jetzt wissen wir endlich, warum, Frau Stadträtin, der Gemeinderat in Wien nicht damit betraut worden ist, also, dass es zu keiner Abstimmung gekommen ist. Ich lese Ihnen aus dem Vernehmungsprotokoll etwas vor. Auf die Frage: „Ist die Frage, ob der Gemeinderat zu befassen ist, geprüft beziehungsweise besprochen worden?“, sagt derjenige, den man einvernommen hat: „Selbstverständlich hätte

man dennoch den Gemeinderat befassen können.“ - aber jetzt kommt es, Frau Stadträtin, das ist ja der Punkt – „Für den Fall,“ - steht da, meine Damen und Herren – „dass der Gemeinderat mit Nein gestimmt hätte, hätte sich die Möglichkeit einer Schadenersatzforderung gegenüber uns ergeben.“

Die Zustimmung wäre eine unnötige Befassung des Gremiums gewesen. Frau Stadträtin, das ist ja unglaublich, und Sie sagen bis heute kein einziges Wort dazu. Ich weiß nicht, nehmen Sie Ihre Arbeit nicht mehr ernst oder wollen Sie einfach nicht mehr. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn wir jetzt schon bei den Schadenersatzforderungen sind, dann frage ich Sie jetzt schon: Was werden Sie machen, wenn die Firma Janus Sie auf Millionen verklagen wird? Was werden Sie dann dazu sagen, Frau Stadträtin? Das ist nämlich der Punkt.

Weiters Faxen, warum. Jetzt hat man ja lange gesucht, wie kann der Auftrag zustande kommen. Aber man muss ja noch eines wissen: Der KAV hat nämlich am 23.6. eine interne Revision ins AKH geschickt, wo die Beamten die ganzen Unterlagen von diesem Vergabeskandal verlangt haben, von der Vergabe denen zu geben. Was ist passiert? Man hat denen gesagt: Ja das ist recht schön und gut, aber man hat nicht alle Unterlagen. Würden Sie bitte morgen kommen, ich habe dann alles beisammen, ich übergebe es Ihnen dann. Die Beamten sind wieder gegangen, sind abgezogen, sind nach Hause gefahren oder ins Büro. Was ist dann passiert, Frau Stadträtin? Dann hat man ganz rasch an die Gewinnerfirma ein Fax gefaxt, wo der Auftrag noch schriftlich erteilt worden ist. Das ist mehr – ich sage es jetzt nicht, ich will keinen Ordnungsruf bekommen, aber es wäre es wert -, es ist mehr als mies von Ihnen, dass Sie bis heute hier in keiner Weise gehandelt haben, Frau Stadträtin! Ich kann Sie eigentlich nicht verstehen. Ich sag's noch einmal: Sie haben Ihr ganzes Ressort bis heute nicht im Griff. Das ist genau der Punkt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn man sich dann noch ansieht, Frau Stadträtin, wo Sie dann irgendeinen Beamten hergezaubert haben, der dann schnell gestanden hat, ich habe es gefaxt, und dann fragt man ihn noch um einige Dinge, ich will das Ganze jetzt nicht vorlesen, aber dann sagt er noch zum Schluss: Im Nachhinein ... (*GR Kurt Wagner: Das hat nichts mit dem Rechnungsabschluss zu tun!*) Na sicher, das sind genau die Millionen, die euch abgehen. Das ist der Punkt. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das sind genau die Gelder, die ihr verschlampt habt die letzten Jahre. Dort sickern sie hinein und wir brauchen sie in Gesundheit (*GR Kurt Wagner: Aber das hat nichts mit dem Rechnungsabschluss zu tun!*) und Sie können nicht einmal einen zweiten Gamma Knife um 5,5 Millionen EUR für die Bevölkerung in Wien kaufen, die ihn dringend brauchen würden. Und dann sagt noch der Beamte, im Nachhinein betrachtet mag der Zeitpunkt der Faxübermittlung zwar seltsam erscheinen, damals jedoch war es für ihn ganz normal. Also da hat man wieder einmal ein Opfer gefunden, Frau Stadträtin. So ist es bei Ihnen wie immer und bei allem üblich.

Aber wenn man sich anschaut, es ist ja nicht nur das AKH. Das Wilhelminenspital wird bis zum Jahr 2024 völlig neu gebaut. Bisherige Gebäude werden abgerissen, auch die erst 2003 um über 15 Millionen EUR teure Küche. Alles kommt weg. Die heuer noch neu eröffnete Herzstation und die jüngst eröffnete Palliativstation, alles kommt weg. Dort investieren Sie hinein. Sie sind nicht anders wie Ihre Vorgängerin Brauner. Ihr habe ich es damals beim Pflegeheim auch gesagt. Neu gebaut, reißen wir es ab. Was waren ihre Worte? Aus einem alten Kobel kann ich nichts Neues machen. Das ist Ihre Politik, Frau Stadträtin, das ist ganz einfach.

Aber wenn es um Besetzungen geht, um Postenbesetzungen, ein paar Worte zur Patientenanzwtschaft. Frau Dr Pils, ich persönlich gönne es Ihnen ganz einfach, dass Sie dort hinkommen. Ich verstehe natürlich aber auch die Frau Stadträtin, weil wenn man sich die letzten eineinhalb Jahre Revue passieren hat lassen, dann hat man sich ja bei den mündlichen Anfragen gar nicht mehr ausgekannt. Was war? Sie sind gefragt worden, die Frau Dr Pils hat geantwortet. Das ist eineinhalb Jahre so gegangen. Ich verstehe Sie natürlich, dass das irgendwann einmal irgendwo explodiert und Sie sagen, so kann das nicht sein, dass die Frau Dr Pils hier eigentlich antwortet wie die Stadträtin. Darum sage ich Ihnen (*Beifall bei der FPÖ.*), zwei Stadträtinnen, zwei Gesundheitsstadträtinnen, das ist in Wien zu viel. Wir haben eine, die wird zwar ihrem Ressort auch nicht Herr, aber vielleicht wäre es eh besser, wenn man das geteilt hätte, Gesundheit und Politik, dann hätte man da irgendetwas anders machen können. Also ich habe mich versprochen, Gesundheit und Soziales habe ich gemeint. Aber Sie werden ja nicht einmal Ihrem eigenen Ressort Herr.

Dann Frau StRin Pils, Frau Dr Pils ... (*GRin Dr Sigrid Pils. Nicht Stadträtin! – Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Ich habe gesagt, Frau Stadträtin, die Frau Dr Pils. Wie kann man solche Posten besetzen? Wissen Sie, wenn ich mir jetzt in den letzten eineinhalb Jahren Ihren Postenschacher in Wien anschau, dann ist man ja an und für sich gar nicht mehr verwundert. Wenn man zum Beispiel eine Frau Primaria Dr Pittermann, die sich hier um die Patientenanzwtschaft beworben hat, die war jahrelang Gesundheitsstadträtin in Wien, ist Ärztin, die ist an und für sich nach ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Von der SPÖ ausgetreten!*) Ja, auch bei der SPÖ war sie oder ist sie noch. Unbrauchbar, die hat den Zuschlag nicht bekommen, dass sie Patientenzwältin wird. Nein, da hat man die zweite Stadträtin genommen und hat sie auf diesen Posten gesetzt, weil, wie ich schon gesagt habe, zwei Stadträtinnen in Gesundheit und Soziales sind einmal zu viel. Darum ist Ihnen das halt gelegen gekommen, dass jetzt gerade diese Legislaturperiode ausgelaufen ist und die Frau Dr Pils ist dort hingesetzt worden. Auch ein Schachzug, ja.

Aber wenn man zum Beispiel auch in andere Bereiche schaut betreffend Markthallenkoordinator Wien-Mitte. Vor Kurzem wurde im 3. Bezirk mit Herrn Franz

Zinggl, das ist übrigens der Bruder des grünen Nationalratsabgeordneten, ein Markthallenkoordinator für die neu zu errichtende Markthalle in Wien ernannt, Frau Stadträtin. Wissen Sie, da kann ich nur an die GRÜNEN sagen, Sie sagen immer, Sie machen grüne Politik. Ich sage Ihnen, die neue Politik der GRÜNEN ist nicht Green Jobs zu schaffen, sondern Jobs for green. Ganz einfach. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist Ihre Politik.

Wenn man sich dann noch einmal die Zahlen vom Rechnungsabschluss anschaut, na dann ist man ja auch in keiner Weise verwundert, weil alleine davon werden wir heute noch einiges auch von den Defiziten hören. Aber ich sage es Ihnen nur, das Defizit in nur sieben Jahren um zwei Drittel anzuheben, also ein Plus von 73 Prozent, das ist sensationell, Frau Stadträtin. Wie kann man so ein Defizit in nur so kurzer Zeit zusammenbringen? Sie haben es geschafft, Sie schaffen ja vieles. Sie haben auch die Posten hier verteilt. Sie sind die Frau Dr Pils in diesem Bereich auch los geworden. Aber, Frau Stadträtin, wie soll es in Wien mit der Gesundheitsversorgung weitergehen?

Wenn ich mir jetzt hier einige Sachen angehört habe, wo zum Beispiel jetzt die Gesundheitspolitik, also die Gesundheit an das Bruttosozialprodukt gekoppelt wird, ja, dann bin ich eigentlich schon ein bisschen erstaunt, weil ich frage Sie: So wie die Zeiten jetzt ausschauen, werden wir vielleicht einer Rezession entgegengehen, was werden wir dann abschaffen, wenn wir Rezession haben? Werden dann Krankenhäuser gesperrt? Werden Ärzte entlassen, wenn wir kein Plus mehr erwirtschaften? Was werden Sie dann machen, Frau Stadträtin? Allein überhaupt über so etwas nachzudenken, ist ja schon grotesk.

Ich kann Ihnen abschließend nur sagen, Frau Stadträtin, aber ich glaube, ich brauche das gar nicht zu sagen. Dem Rechnungsabschluss werden wir mit Sicherheit nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Deutsch und ich erteile es ihm.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Den größten Anteil am Wiener Budget im Voranschlag wie auch im Rechnungsabschluss haben Gesundheit und Soziales.

Jeder 4. Euro, mehr als 3 Milliarden, stehen für den Gesundheits- und Sozialbereich der Stadt zur Verfügung und damit wird auch ein besonderer Schwerpunkt der Stadt für medizinische, pflegerische und soziale Leistungen samt Investitionen gesetzt. Damit wird in die Gesundheit der Wienerinnen und Wiener investiert. Und auch mehr als 30 000 Menschen haben im Gesundheitswesen ihren Arbeitsplatz gefunden.

Gerade auch die hohe qualitative medizinische Versorgung und ein sehr dichtes soziales Netz sind wichtige Voraussetzungen für die hohe Lebensqualität in dieser Stadt, die die Wienerinnen und Wiener besonders schätzen und die auch über die Stadt hinaus

international beachtet wird. Die Finanzierung des Gesundheitssystems und damit der Erhalt des Spitalwesens als Teil der öffentlichen Hand, und darum muss es ja in dieser Debatte auch gehen, ist daher eine der wichtigsten Herausforderungen der Wiener Stadtpolitik, die allen Menschen eine hohe qualitative, medizinische und pflegerische Versorgung, unabhängig vom Einkommen, vom Alter und vom sozialen Status bietet (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*), denn eine Privatisierung des Gesundheitswesens wie in anderen Ländern und Städten kommt für uns auch im Interesse der Versorgungssicherheit der Wienerinnen und Wiener nicht in Frage. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben mit dem Wiener Spitalskonzept 2030 ganz klare Antworten darauf gegeben, wie wir uns die Zukunft der Spitäler im 21. Jahrhundert vorstellen, wie diese Zukunft auch aussehen soll. Das Hauptziel dieses Wiener Spitalskonzeptes, das im März 2011 auf Initiative unserer Gesundheitsstadträtin beschlossen wurde, ist es, die hohe medizinische und soziale Kompetenz unserer Spitäler im Eigentum der Stadt Wien zu erhalten. Gemeinsam mit den Arbeiten an einer umfassenden Gesundheitsreform führt dieses Wiener Spitalskonzept 2030 auch zu einer längerfristigen Verbesserung der Kostenstruktur und damit aber auch zu einer Dämpfung der Ausgabensteigerung im Spitalsbereich und das, ohne die Versorgung, die Behandlung und Betreuung der Patientinnen und Patienten zu verschlechtern, im Gegenteil. Es geht darum, diese hohe Qualität zu sichern, modernste Standards zu realisieren und umzusetzen. So soll es nur noch sieben zentrale Spitalsorganisationen geben, das Krankenhaus Hietzing, das Kaiser-Franz-Josef-Spital, das gemeinsam geführte Wilhelminenspital und Otto-Wagner-Spital, die Rudolfstiftung, das Krankenhaus Nord, das in der Planung und in der Umsetzung ist, das Donauespital und das AKH Wien. Denn im Durchschnitt sind unsere Spitäler über 80 Jahre alt, 5 davon bereits 100 Jahre und die Sanierungs- und Reinvestitionskosten schnellen derzeit in die Höhe, ohne aber eine Modernisierung der Betriebsabläufe erreichbar zu machen. Daher geht es nun darum, mehr Qualität und weniger Häuser auch zu realisieren. Das sind die Antworten einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik und wir erreichen das durch Standortkonzentration und die Verlegung oder Verlagerung von Abteilungen. Das Kaiserin-Elisabeth-Spital wird bis 2015/16 zu einem modernen Pflegehaus mit sozialmedizinischer Betreuung. Die Angebote des Hauses, so wie jene des SMZ-Sophienspital werden übersiedeln. Und auch das ist ein wesentlicher Unterschied zu konservativer Gesundheitspolitik. Abteilungen werden nicht einfach geschlossen, sondern dorthin hinverlagert, wo sie benötigt werden und wo die Menschen diese Dienste auch in Anspruch nehmen wollen. Alleine durch die Übersiedlung der Standorte SMZ-Sophienspital und Kaiserin-Elisabeth-Spital werden jährliche Betriebskosten von 28 Millionen EUR für bauliche Investitionen im Rahmen des Wiener Spitalskonzeptes 2030 frei. Eine

wichtige gesundheitspolitische Entscheidung, die damit getroffen wurde, die aber auch der Stadt ökonomische Vorteile bringt, ohne die medizinische und pflegerische Qualität zu beeinträchtigen, und das ist der Punkt, ohne die Leistungen zu kürzen. Das ist ein Ergebnis, auf das wir stolz sein können. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Der in der Debatte von Kollegin Korosec angesprochene sogenannte Hilferuf oder das Schreiben dürfte hier offensichtlich auch auf missverständliche Botschaften zurückzuführen sein, denn es ist in der Tat nichts Neues, dass es im Sommer auch Urlaube gibt, dass es Bettensperren gibt, dass es natürlich auch oft Baumaßnahmen in dieser Zeit gibt und es nun darum geht, dass über die Sommermonate hinaus auch eine Leistungsplanung, auch wie wir uns das vorstellen mit einer zentralen OP-Planung, die möglicherweise nicht jedem an Ort und Stelle gefallen mag, hier realisieren können. Es geht darum, die planbaren Eingriffe zu organisieren und es ist natürlich keine Frage, wenn es sich um akute Eingriffe handelt. Hier wird nicht daran gerüttelt.

Ein wesentlicher Teil dieses bereits von mir angesprochenen Wiener Spitalskonzeptes, wo Schwerpunkte gebildet werden, wo Leistungen an Standorte konzentriert werden, ist natürlich der Neubau eines Schwerpunktkrankenhauses mit rund 850 Betten im Nordosten von Wien. Mit dieser Entscheidung werden auch Leistungen von Standorten verlagert, von der Semmelweis-Frauenklinik, vom Orthopädischen Krankenhaus Gersthof und vom Krankenhaus Floridsdorf in diesen neuen Standort transferiert. Aus dem Krankenhaus Hietzing ziehen die Herzchirurgie, Kardiologie und Teile der Neurologie ins neue Krankenhaus Nord ein, aus dem Wilhelminenspital wird ein Teil der Kinder- und Jugendheilkunde in den Norden Wiens transferiert, aus dem Sozialmedizinischen Zentrum Baumgartner Höhe Otto-Wagner-Spital übersiedeln Teile der Pulmologie und Thoraxchirurgie sowie die 4. Psychiatrische Abteilung ins Krankenhaus Nord. Das heißt, das Krankenhaus Nord ist die Lokomotive des Wiener Spitalskonzeptes, eine ungeheure Anstrengung, eine Jahrhundertentscheidung, die auch das gesamte Spitalswesen in Wien nachhaltig verändern wird, an deren Umsetzung auch konsequent gearbeitet wird, und was natürlich auch wichtig ist, dass das nicht ohne die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter realisiert werden soll. Rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Übersiedlungsabteilungen, die davon betroffen sind, werden und sind auch in diesen Planungsprozess einbezogen.

Die Leistungsdaten, die gerade bei der Geschäftsgruppe Gesundheit im Rahmen eines Rechnungsabschlusses auch diskutiert werden sollten, sind in den Krankenanstalten des KAV auch 2011 relativ stabil. Die Gesamtzahl der Aufnahmen verringerte sich um 2 Prozent, gleichzeitig sank die Verweildauer in Pflagetagen im Durchschnitt über alle Krankenanstalten des KAV um 1,4 Prozent. Das tagesklinische Angebot selbst in den Krankenanstalten des KAV hingegen

konnte 2011 auch weiter ausgebaut werden. Wir sehen an diesen Beispielen, dass der KAV hier auch auf dem richtigen Weg ist.

Die Anzahl der Erstbesuche in den Ambulanzen des Krankenanstaltenverbundes erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent. Aber die Gesamtfrequenz selbst zeigt sowohl im AKH als auch in den Wiener städtischen Spitälern hier eine rückläufige Tendenz, weil auch hier offensichtlich die Strategie aufgehen dürfte, die Erstbegutachtungen zwar zu forcieren, aber die Wiederbestellungen beziehungsweise die Kontrollen in den niedergelassenen Bereich zu verweisen. Die Aufwendungen für den Materialaufwand, insbesondere den medizinischen Verbrauch, konnte durch gezieltes Controlling, durch Maßnahmen des Apothekeneinkaufsgremiums, durch Unterstützung der klinischen Pharmazie im Bereich der Wiener Spitäler auch deutlich gesenkt werden, nämlich sogar um 1,7 Milliarden EUR gegenüber 2010. Und auch die Steigerung der gesamten Personalkosten erfolgte lediglich um 0,7 Prozent, also ein weiteres Beispiel für Sparsamkeit und auch Effizienz.

Der Krankenanstaltenverbund investiert für und in die Gesundheit der Wienerinnen und Wiener. Im AKH etwa wurde im Juni 2011 eine neue Dialysestation mit 24 Behandlungsplätzen eröffnet. Mit dieser Inbetriebnahme wurde auch das Wiener Dialysekonzept 2007 erfolgreich abgeschlossen. Das heißt, die gesamten Kapazitäten der Dialyse, ein Thema, das uns ja auch hier in diesem Haus immer wieder beschäftigt hat, wurden in vier Jahren nahezu verdoppelt, sodass mit nunmehr 216 Dialyseplätzen rund 1 200 Patientinnen und Patienten versorgt und behandelt werden können.

Im Mai 2011 wurde das Pflegewohnhaus Meidling in Betrieb genommen und die Inbetriebnahme des neu errichteten Pflegewohnhauses Liesing mit Gesamtkosten von 71,8 Millionen EUR wird im heurigen Jahr erfolgen. Im September 2011 fand im Kaiser-Franz-Josef-Spital der Spatenstich für den Neubau eines Mutter-Kind- und OP-Zentrums statt. Die Krankenanstalt Rudolfstiftung wird erweitert und modernisiert. Das Spitalskonzept 2030 zieht neben vielen organisatorischen Änderungen für die medizinische Versorgung auch viele bauliche Maßnahmen, etwa im Wilhelminenspital, nach sich. Für das Projekt Infrastrukturanpassung im Donaospital erfolgten auch bereits die Beauftragung des Projektmanagements und vieles mehr. Das heißt, viele Investitionen, die mit dem Spitalskonzept 2030 in den Spitälern der Stadt ausgelöst werden, schaffen und sichern hier viele Arbeitsplätze. Und wenn Frau Korosec von Baustellen im Gesundheitswesen geredet hat und keine einzige dann nennen konnte, dann sind das jene Baustellen, wo wir das Gesundheitswesen modernisieren und Beschäftigung schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wienerinnen und Wiener können sich auf die rot-grüne Stadtregierung verlassen. Sie können sich auf uns verlassen, während Funktionäre der FPÖ auf Kosten einer alten Dame ihre Geschäfte betreiben. Es stellt sich hier die Frage, ob es sich im Fall Meschar, der auch

schon öfter angesprochen worden ist, tatsächlich nur um einen Einzelfall oder um ein Geschäftsmodell der FPÖ handelt. Denn hier wurde offenbar das Vermögen einer alten Dame benutzt, damit ein blaues Netzwerk hier Geschäfte unter sich macht. Und diese Causa Graf wird immer stärker auch zu einem handfesten Wiener FPÖ-Skandal. (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist, aber deshalb auch ein Wiener FPÖ-Skandal, denn mit Wansch sitzt etwa ein Wiener FPÖ-Mandatar im Vorstand. Als Notar fungierte der stellvertretende FPÖ-Landesobmann Stefan. Und wenn Graf mit den von ihm verwalteten Geldern, wie man ja lesen kann, aufklärungsbedürftige Geschäfte macht, dann ist auch der Obmann Gudenus gefordert und er muss sich die Frage stellen lassen: Kann er es ausschließen, dass es etwa im Umfeld der FPÖ auch noch andere Stiftungen mit älteren Damen gibt, bei denen das Vermögen von Stiftern anders als ursprünglich vereinbart eingesetzt wird? (*GR Mag Wolfgang Jung: Das können Sie ausschließen!*) Sie können sich ja dazu äußern, ob das ein neues Geschäftsmodell der FPÖ ist, hier ältere Menschen um ihr Vermögen zu bringen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Aber so geht die FPÖ eben mit älteren Menschen um. Es ist aber auch fast sinnbildlich für den moralischen Bankrott der FPÖ, nämlich jener Partei, die immer behauptet, für den sogenannten kleinen Mann einzutreten und macht hier offensichtlich mit dem Geld einer älteren Dame windige Geschäfte. Dieser viel zitierte kleine Mann spielt aber immer nur dann eine Rolle, wenn er hier offensichtlich geschöpft werden soll. Also die Menschen in die Irre führen und sie dann womöglich auch noch auszusackeln, hier gab es keine Skrupel. Aber Journalisten, die dann darüber noch berichten, zu verunglimpfen, ist natürlich eine besonders schäbige Vorgangsweise.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss das auf den Punkt bringen. Dass die FPÖ solche Abzockmethoden natürlich auch für alle Österreicher und Österreicherinnen ausweiten und umlegen würde, wenn sie die Möglichkeit hätte, wieder in Verantwortung zu kommen, das hat sie ja bereits in den Jahren 2000 bis 2006 unter dem damaligen Obmann-Stellvertreter Strache auch in Form von Pensionsraub, in Form von extremer Kürzung von Sozialleistungen, Kahlschlag bei der Polizei und dubioser Verscherbelung von Staatseigentum zwecks mutmaßlicher Bereicherung bewiesen. Sie sind hier weder sozial noch der Heimat verbunden. Sie haben den Sozialbereich gekürzt und die Heimat geschädigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem es von den Rednerinnen und Rednern der Opposition zum Gesundheitsthema eigentlich keine substantielle Kritik gegeben hat, erübrigt sich daher auch ein weiterer Kommentar meinerseits und ich darf abschließend feststellen, das Gesundheits- und Sozialwesen in Wien ist europaweit an der Spitze, ist europaweit federführend und weltweit anerkannt. Zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen täglich dafür, dass die qualitativ

hohen Standards der medizinischen und pflegerischen Betreuung ausgebaut und gesichert werden. Die Stadt lässt auch niemanden allein, sie lässt auch niemanden in Stich, wenn jemand Hilfe braucht, und steht hier auch helfend zur Seite. Dafür möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe für ihr Engagement und ihren Einsatz ganz herzlich bedanken. Vielen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm und weise auf die 15 Minuten maximale Redezeit hin.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Meine Kollegin Ingrid Korosec hat bereits ausgeführt, welche Fehlentwicklungen und Versäumnisse es im Jahre 2011 im Gesundheits- und Sozialbereich gegeben hat. Der Herr Kollege Deutsch hat zwar gesagt, so nach dem Motto, es ist alles bestens, aber er kann sich seine untergriffigen Töne hier ersparen. Wir haben so wie in der Vergangenheit unter der roten Alleinregierung auch unter Rot-Grün „more of the same“ erlebt, leider eklatante Managementfehler auf höchster Ebene, Konzepte ohne Inhalt und mediale Ankündigungen, ohne vorher die Information im zuständigen Gemeinderatsausschuss zu geben.

Ein paar Beispiele aus dem Wiener Spitalskonzept 2030 und da möchte ich die Frau Kollegin Pilz ein bisschen korrigieren. Es ist nur von Spitalskonzept und nicht von Reformkonzept die Rede. Aber vielleicht ist das nur eine semantische Einstellung. Dieses Konzept ist offenbar wirklich nur ein Gerüst, dieses Papier aus Rust. Beispielsweise war weit und breit nichts davon zu lesen, dass mit einer kompletten Absiedlung des Otto-Wagner-Spitals schon bis 2020 zu rechnen ist. Das hat man dann aus der „Kronen Zeitung“, soviel ich weiß, erfahren und da frage ich mich, wie man hier mit Zahlen und Fakten gegenüber der Bevölkerung umgeht. Man nimmt diesen Zeitpunkt offensichtlich nicht wirklich als wichtig, denn wenn ich denke, dass man jetzt eine Mediation macht, wo man um dieses Gesundheitsareal versucht, wirklich hier auch nicht nur Wohnverbauungen, sondern auch andere Nutzungsformen zu diskutieren, dann frage ich mich schon, inwieweit es sich hier um eine Farce handelt? Denn unserer Meinung nach hat nämlich einzig das von der Vamed neu errichtete Rehab-Zentrum in Zukunft mit Gesundheit zu tun. Dieses Rehab-Zentrum bleibt dann als einziges übrig, der Rest dürfte offensichtlich nichts mehr mit Gesundheit zu tun haben. Warum eigentlich, Frau Stadträtin, frage ich mich hier?

Man kann auch noch andere Dinge wie die Schließung des GZW thematisieren, das 2015 geschlossen werden sollte. Noch immer ist nicht klar, welche Flächen wirklich für das Krankenhaus Hietzing verwendet werden. Auf der anderen Seite verpulvert man zig Millionen für Werbeinserate. Oder denken wir an das Krankenhaus Nord. Hier wird das Krankenhaus Nord noch immer nicht konzeptionell an die U-Bahn angeschlossen. Ich glaube, hier wird das Krankenhaus

verkehrstechnisch auch nicht optimal funktionieren. Über die innere Struktur möchte ich dazu nicht diskutieren.

Aber ein Thema, ein soziales Thema liegt mir sehr am Herzen, das Thema der Mindestsicherung. Nicht nur im Gesundheitsbereich wurde 2011 viel Geld ausgegeben. Wir haben gehört, in beiden Bereichen mehr als 3 Milliarden EUR. Auch die Aufwendungen für Soziales sind nämlich in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ja, die Erhaltung eines tragfähigen sozialen Netzes ist selbstverständlich mit großen Anstrengungen verbunden und die ÖVP bekennt sich als christlich-soziale Partei selbstverständlich dazu, dieses Netz auch für die kommende Generation oder die kommenden Generationen zu erhalten. Wer trotz aller Bemühungen um Eigeninitiative Hilfe benötigt, der soll diese auch bekommen.

Es stellt sich hier allerdings einmal mehr die Frage, wie genau es die rot-grüne Stadtregierung mit der Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger nimmt. Wir sind nämlich der Meinung, dass Rot-Grün mehr unterstützende Maßnahmen und hier speziell im Bereich der Bildung, im Bereich des Arbeitsmarktes und im Bereich der Integration setzen muss, um den Bürgern in dieser Stadt die Führung eines selbstbestimmten Lebens zu erleichtern. Und ich möchte mich hier etwas näher mit den Zahlen der Mindestsicherung in Wien im Vergleich zu den Bundesländern beschäftigen. Sie wissen, dass die letzte Meldung in Wien mehr als 129 000 Mindestsicherungsbezieher ergeben hat. In Niederösterreich waren es gerade mehr als 9 000, in Oberösterreich etwas mehr als 7 000, in Tirol mehr als 14 000. Wien liegt hier mit deutlichem Abstand zu den anderen Bundesländern an der Spitze. Da fragt man sich dann schon, ob das so sein muss. Ich glaube nicht, dass der Großstadtfaktor der einzige Aspekt ist, der hier zählt, denn wenn man alle anderen Bundesländer zusammenrechnet, dann sind das 51 154 Mindestsicherungsbezieher. Das sind nur rund 40 Prozent der Gesamtzahl von Wien. Die Bundeshauptstadt ist einsamer Spitzenreiter bei der Zahl an Beziehern von bedarfsorientierter Mindestsicherung und das, meine Damen und Herren, seit Jahren.

Auf diesen jährlichen Spitzenplatz in der Sozialstatistik, glaube ich, muss die Stadtregierung nicht sehr stolz sein. Anstatt dass man sich bemüht, den Wirtschaftsstandort Wien zu stärken und mehr Arbeitsplätze nach Wien zu holen, denn bekanntlicherweise liegt Wien an letzter Stelle der Arbeitslosen oder an der ersten Stelle der Arbeitslosenstatistik. Es fragt sich schon, ob nicht das Motto gilt: Je mehr Menschen Mindestsicherung beziehen, desto besser; wir wollen gar nicht, dass es weniger Bezieher gibt. Ich glaube, auch wenn das überspitzt ist, halte ich es für sehr wichtig, dass die Zahl der Mindestsicherungsbezieher auf jeden Fall gesenkt werden muss. Doch Wien ist hier leider nicht als Jobmotor bekannt. Und im Gegenteil, hier muss Wien mehr tun. Bevor ich jetzt zum nächsten Punkt betreffend ein Missbrauchsthema komme, darf ich erinnern, dass Österreich seit 2006 einen roten Bundeskanzler hat und

es landen aber immer mehr Menschen in Wien im letzten sozialen Netz, eben der Mindestsicherung. Hier muss die Stadt Wien deutlich mehr unternehmen als bisher.

Zum zweiten größeren Thema im Bereich des sozialen Bereichs möchte ich den Missbrauch von Gehbehindertenausweisen hier feststellen und wir, meine Kollegin Ingrid Korosec und ich, bringen einen Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Vermeidung des Missbrauchs von Gehbehindertenausweisen ein. Sie wissen, dass diese Ausweise sehr begehrt sind, ermöglichen sie doch auf eigenen gekennzeichneten Parkplätzen beziehungsweise in Kurzparkzonen unbegrenztes Parken. Wir wissen alle, dass es Missbrauch gibt, dass diese Ausweise nicht rechtzeitig eingezogen werden und dann von netten Verwandten und sonstigen Angehörigen missbraucht werden. Deswegen stellen wir folgenden Beschlussantrag:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales möge sich umgehend dafür einsetzen, die vorhandenen Listen der AusweisbesitzerInnen hinsichtlich ihrer Aktualität zu überprüfen, sodass Gehbehindertenausweise von bereits verstorbenen BesitzerInnen nicht durch Angehörige illegal weiter verwendet werden können.

In formeller Hinsicht“ - nun die Änderung – „wird die Zuweisung des Antrages zum zuständigen Ausschuss verlangt.“

Meine Damen und Herren, vielleicht abschließend ein paar Worte zur Kollegin Pilz. Ich habe Sie als Ersatzmitglied der Untersuchungskommission im Psychiatriebereich kennen gelernt. Ich habe dort Ihre Konsequenz und Information bewundert, wirklich, muss ich schon sagen. Aber, und das ist halt die Situation, wenn man dann in eine Regierung eintritt - seit dem Regierungseintritt habe ich von Ihnen leider nicht mehr sehr viel gehört. Ich glaube, der Standpunkt bestimmt hier die Sichtweise. Ich wünsche Ihnen trotzdem viel Erfolg in dieser Funktion!

Und dem Rechnungsabschluss im Bereich Gesundheit und Soziales werden wir nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein und ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Werter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Rot-Grün steht zu einer Sozialpolitik, zu einer qualitativ hochwertigen Sozialpolitik. Wir schaffen es trotz Krise, trotz schwieriger Situation das Machbare in dieser Stadt sicher nicht auf Kosten von sozial schwachen Menschen umzusetzen. Das unterscheidet uns sehr, wie ich finde, von den anderen Parteien. Uns ist die Qualität enorm wichtig. Wir arbeiten daran, auch im Sozialbereich Themen weiterzuentwickeln, neue Projekte zu erschließen, Lücken zu füllen. Dazu stehen wir.

Ich würde gerne mit dem Herrn Dworak beginnen. Sie haben im Grunde recht, natürlich wächst die Armut.

Die Zahlen belegen es und nicht nur die Zahlen. Wir haben 129 000 Menschen, die in Wien Mindestsicherung beziehen. Aber ich bitte Sie, ein Stück weit zu differenzieren.

Wir haben 10 Prozent DauerbezieherInnen. Ja, wir haben einen Großteil der Menschen, die nicht mehr von Arbeit leben können und dadurch natürlich auch nicht mehr von der Arbeitslosigkeit. Wir haben Menschen, und zwar ein Viertel der MindestsicherungsbezieherInnen, die die Übergangshilfe zwischen einem und drei Monaten in Anspruch nehmen. Das heißt konkret, es trifft auch viele Menschen, die es sich nie gedacht haben. Und natürlich, Sie zählen zwar auf, auch die Kollegin Abg Korosec, dass es wichtig ist, in Bildung zu investieren, wenn man die Armut bekämpfen will. Sie vergessen aber ein Stück weit auch, dass wir Arbeitsplätze brauchen, von denen Mann und Frau leben können. Das heißt, gerne diskutiere ich mit der ÖVP über Mindestlöhne, ein Bereich, der jetzt sicher enorm wichtig wäre, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Sie ziehen auch einen Vergleich, den ich nicht sehr seriös finde, sage ich Ihnen ganz ehrlich, weil ich selber vom Land komme. Sie wissen genau, dass die Schamgrenze am Land besonders hoch ist, um Hilfe und Unterstützung überhaupt anzunehmen. Hier mit den Zahlen zu operieren, finde ich nicht seriös, gerade im Gegenteil, in dem Augenblick, wo Sie hergehen und immer wieder diese Stimmung machen und auch die Stimmung machen, dass Mindestsicherung ein Weg ist, dass immer weniger Leute dann arbeiten. Ich empfehle Ihnen, gerade bei dieser Frage, wenn es um Armut geht, rüsten wir ideologisch ab. Wir wissen alle, dass die Mindestsicherung nicht das Mittel ist, um Armut zu bekämpfen, sondern Armut zu lindern. Dazu stehen wir, vor allem in Wien. Wir haben in Wien die höchste Kindermindestsicherung. Wir sagen, besonders Kinder in armutsgefährdeten Familien brauchen hier eine Unterstützung. Das heißt konkret, eine Alleinerzieherin in Wien, und das sind schon auch Fakten, die man zur Kenntnis nehmen muss, erhält in Wien um 138 EUR mehr als in Kärnten. Und wenn es eine Familie mit 3 Kindern ist, sind es sogar 207 EUR. Das ist viel Geld, viel Geld vor allem, wenn man wenig hat. Hier von Eigenverantwortung zu sprechen, die Leute sind eigenverantwortlich für ihr Schicksal, finde ich sehr neoliberal gedacht, weil wenn Sie nicht hergehen und darüber diskutieren, dass die Leute nicht mehr von ihrer Arbeit leben können, wenn Sie nicht hergehen und sagen, wir müssen, wenn wir Gerechtigkeit wollen, auch über eine Umverteilungspolitik reden, wenn es noch immer so ist, dass 50 Familien hier, sagen wir, das sind, keine Ahnung, 200 Leute, ein unsagbares Vermögen in unserem Land besitzen und die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergeht, dann können Sie nicht hergehen und sagen, wir haben einen roten Bundeskanzler, sondern Sie können hergehen und sagen: Wir von der ÖVP machen KlientInnenpolitik. Wir von der ÖVP wollen, dass die Reichen gefördert werden. Wir von der ÖVP verhindern es, dass wir eine gerechte Vermögensbesteuerung in diesem Land haben. Wir täten

uns nämlich definitiv wirklich einfacher auch in Wien, allein wenn man die Vermögensbesteuerung auf 1 Prozent hebt, das ist durchschnittlicher EU-Wert, würde das für Wien 400 bis 500 Millionen betragen.

Aber jetzt konkret zu den Projekten, die ich spannend finde, total wichtig für Wien finde, das eine ist im Obdachlosenbereich. Wie Sie sicherlich wissen, haben wir ein dichtes Netz an ambulanter Betreuung und Beratung an Notquartieren in Wien. Jetzt machen wir einen weiteren Schritt. Das heißt, die mobile Wohnbetreuung startet jetzt mit Pilotprojekten. Es ist insofern sehr spannend, weil man da von einem Menschenbild ausgeht, wo man sagt, die Menschen brauchen grundlegend Privatsphäre, haben Bedürfnisse, wollen eigenständig wohnen. Unterstützen wir sie je nach Bedarf und ermöglichen wir ihnen das. Das Modell „Housing first“ ist Ihnen sicher bekannt. Ich finde das einen wichtigen Schritt, den wir hier in Wien setzen.

In der Drogenpolitik gibt es auch Weiterentwicklungen. Die Frau Stadträtin hat gerade unlängst eine neue Beratungsstelle eröffnet, die extrem viel anbietet, Beratung, Begleitung, Notquartiere, betreutes Wohnen, ein großes Projekt, wo man sagen kann, viel Glück und einen guten Start allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen vor Ort.

Apropos Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Ein Punkt, den wir verkündet haben, auch wenn wir uns jetzt alle nicht mehr daran erinnern können, das war die klirrende Kälte im Winter. Wir von Rot-Grün haben gesagt, es wird niemand, niemand in dieser Stadt erfrieren. Wir haben mit Hilfe von NGOs, vor allem vom Fonds Soziales Wien, Vereinen, Initiativen, Caritas es tatsächlich in dieser Extremsituation geschafft, tausend Menschen unterzubringen. An dieser Stelle muss ich sagen, ich freue mich irrsinnig. Wir werden auch unsere Konsequenzen daraus ziehen und schauen, was wir daraus mitnehmen. Aber es ist in Wien niemand erfroren. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Zur Drogenpolitik. Rot-Grün hat sich vorgenommen, auch viel stärker in die Prävention zu investieren. Auch Alkohol ist ein Thema und da möchte ich hier klar und deutlich sagen: Alkohol am Steuer ist tabu. Alkohol am Steuer bedeutet eine Gefahr, eine Gefährdung, und ist strikt abzulehnen. Meine Kollegin, die ich übrigens sehr schätze, sie arbeitet seit Jahren, um nicht zu sagen, seit Jahrzehnten für die GRÜNEN, hat einen Fehler begangen. Menschen sind zu Schaden gekommen. Sie hat raschest Konsequenzen gezogen und all ihre politischen Tätigkeiten zurückgelegt. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Dennoch finde ich es nicht in Ordnung, was Herr Abg Gudenus heute hier am Vormittag aufgeführt hat. *(Aufregung bei der FPÖ.)* Mein Eindruck ist, ich betone, mein Eindruck ist, dass für ihn nicht sonderlich entscheidend war, dass hier ein Mensch verletzt worden ist, sondern im Vordergrund für ihn gestanden ist, es war ein FPÖler. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Menschen zu Schaden kommen, herzuzugehen und zu versuchen, daraus politisches Kleingeld zu schlagen. Das ist eine Charaktersache. Das stimmt. Es mangelt hier ein bisschen an Charakterstärke.

Lassen Sie es mich hier so festhalten.

Der zweite Punkt, wenn Sie über Alkohol sprechen und die Konsequenzen, wir haben jetzt konkret darüber gesprochen, dann möchte ich auch, dass Sie sich vor Jugendliche hinstellen und sagen, Alkohol ist eine Droge, und nicht das, was Sie tun, nämlich betonen, Alkohol ist keine Droge, Alkohol ist normal. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Sagen Sie das einmal Ihren Jugendlichen!)* Das finde ich unverantwortlich. Sie wissen es. Und das ist eine Politik, wo ich, zumindest wenn ich höflich bleib, sag, voller Widersprüche. Aber das ist die FPÖ. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich komme noch zu einem Punkt, der mir auch sehr am Herzen liegt, das ist der Bereich der Behinderung. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass die aktive Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein klares Ziel für Rot-Grün in Wien ist und zwar in allen Bereichen.

Hier haben wir uns in der Kommission auch gemeinsam darauf geeinigt, dass es wichtig wäre, dass es endlich eine zentrale Anlaufstelle für Hilfsmittel gibt, weil die Menschen mit Behinderungen hin und her geschickt werden, was ja eigentlich eine extreme Zumutung ist.

Das Zweite ist, worauf wir uns geeinigt haben, ist, die Persönliche Assistenz soll bundesweit vereinfacht werden, wo man sagt, wir novellieren nicht nach unten, wir stehen dazu. Und warum sollen Menschen mit Behinderungen keinen Pensionsanspruch erwerben? Die sozialversicherungsrechtliche Absicherung ist ebenso ein sehr wichtiger Punkt wie das klare Bekenntnis von Rot-Grün zur Inklusion statt den Sonderschulen. Das heißt, der Bereich Behinderung und auch der Bereich Barrierefreiheit sind für uns wichtig.

Ich kann nur dazusagen, wir haben unlängst eine Aktion gemacht. Wir sind eine Stunde die Mariahilfer Straße rauf und runter geradelt, um ein barrierefreies Lokal für Rollstuhlfahrer, -fahrerinnen zu finden. Wir haben dann ausprobiert, was es heißt, mit Rollstuhl unterwegs zu sein, wie groß die Menschen Abstand nehmen, wie sehr man vor Türen steht, die nicht geöffnet werden. Also es ist deklariert auch unser Ziel, vor allem die Barrieren im Kopf abzubauen.

Eines ärgert mich doch. Ich weiß, wir werden im Ausschuss darüber reden, noch einmal an die ÖVP gerichtet, der Missbrauch von Gehbehindertenausweisen. Sind Sie mir nicht böse, es gibt zirka 15 000 Ausweise in Wien. Sie sagen, er ist so begehrt, alle reißen sich darum. Wenn man sagt, 15 000 Leute, keine Ahnung, 1 Prozent möglicher Missbrauch, dann reden wir von 150 Menschen. Und in dem Augenblick, das ist der Eindruck, wo es dann um Parkplätze geht, werden Sie fuchtelig. Wir können schon seriös im Ausschuss drüber reden. Ich möchte nur die Verhältnismäßigkeit des Anliegens ein Stück weit in Frage stellen und sage zum Schluss, bevor die Zeit vorbei ist: Die FPÖ hat nicht zuletzt durch das Aussackeln von alten Frauen meiner Meinung nach jeglichen Respekt verloren, jeglichen Respekt, sich hier herzustellen und zu sagen *(GR Mag Dietbert Kowarik:*

Die Stadt Wien sackelt aus!), sie fordert von irgendwem Sozialpolitik ein und sozial verantwortlich zu handeln. Sie haben mit Ihrer Aktion, mit dem, dass Sie alte Frauen aussackeln, jeglichen Respekt dafür verloren. Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Frigo und ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Gesundheit hat für uns Österreicherinnen und Österreicher sicher einen sehr hohen Stellenwert. Man sieht es alleine am Wiener Budget in Milliardenhöhe. Ich möchte hier versuchen, sachlich zum Thema zu reden.

Die Gesundheitsreform, die jetzt auf dem Tisch liegt, kann allerdings diese jahrelangen Versäumnisse in der Wiener Gesundheitspolitik meines Erachtens nicht aufwiegen, meine Damen und Herren, denn gerade in Wien mit der Spitalsreform 2030, die wir heute immer wieder gehört haben, dieses Schlagwort, das ist im Prinzip eine sehr zögerliche Kurskorrektur. Was war vorher? Vorher gab's keine Reform, keinen Plan. Also ich bin froh, dass es jetzt einen Plan gibt, aber ich sehe das eben nur als eine Kurskorrektur, die man sicher verbessern kann. So hat die FPÖ zum Beispiel immer wieder die Stärkung des niedergelassenen Bereichs gefordert.

Sie haben zugeschaut, meine Damen und Herren, wie die Wiener Gebietskrankenkasse immer wieder auslaufende Ordinationen nicht nachbesetzt hat und jetzt ein positives Budget darstellt, was ja gar nicht Sinn einer Krankenkasse sein kann, sondern sie soll für die Versicherten da sein und der Bezugsberechtigte soll die Leistung erhalten und nicht irgendwelche Ressourcen gespart werden.

Wir können daher an dieser Stelle nur unsere Forderung nach Zusammenlegung der Kassen und damit eine Reduktion der Verwaltungskosten zu Gunsten der Versicherten schärfstens wiederholen. Sparen am Rücken der Patienten für eine positive Bilanz sind griechische Zustände, sie haben aber bei uns nichts verloren, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Gesundheitspolitik in Wien beschränkt sich, soweit ich das mittlerweile und ich bin jetzt auch eineinhalb Jahre hier in der Politik, hauptsächlich auf die Spitalspolitik. Aber mir fehlt, und das muss ich schon als Arzt sagen, ein Gesamtkonzept. Wissen Sie eigentlich, dass der niedergelassene Hausarzt oder Facharzt viel günstiger ist als die teure Spitalsambulanz? Wissen Sie das? Wissen Sie, dass auch die Patienten lieber wohnortnahe zu einem ihnen persönlich bekannten Arzt gehen als in eine große Spitalsambulanz? Oder denken Sie nur an ältere Menschen. Die tun sich in großen Spitälern einfach schwer. Oder Notfallambulanzen wie nicht zuletzt die Notfallambulanz im Wiener AKH. Die werden von Patienten mit einfachen Infekten wie Schnupfen oder Angina überfüllt und das kann es ja nicht sein. Und auch der Migrantanteil ist sehr hoch. Die

gehen halt nur ins Spital. *(Aufregung bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Die Ambulanz ist hier für die Migranten die erste Anlaufstelle und da muss man aufklären, dass es eben auch einen Hausarzt gibt. Hier muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. Spitalsambulanzen sind die teuerste Medizin und das muss ich sagen. Ich denke besonders an die Frauenmedizin, aber auch an die Kindermedizin. Sie wissen, dass man mit einem Kind in Spitalsambulanzen am Wochenende oft stundenlang warten muss. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Weil die Kinderärzte nicht da sind!)* Und es ist deswegen, weil halt mit Windpocken jedes Spital aufgesucht wird und man dann noch die anderen Kindern ansteckt. Wo sind die Gruppenpraxen und Gemeinschaftsordinationen? Wo ist die Leistungsplanung aus einer Hand? Aber ich bin da nicht der alleinige Philosoph, es gibt auch Studien dazu. Wenn Sie sich gestern den „Kurier“ angeschaut haben, hier bitte, Titelblatt, aber bitte nicht auf die Frau schauen, sondern auf die Schlagzeile, hier steht: „Gesundheitsreform, Spitäler und Arzneien kosten sinnlose Milliarden. Neue Studie: So ließe sich das Gesundheitssystem verbessern.“ Ich lese da bitte nur drei Sätze vor: „Viele Spitalsaufenthalte können vermieden werden. Das belegt eine neue Studie, die Gesellschaft Gesundes Österreich GÖG.“ Wem immer die ideologisch zugetan ist, ich will es gar nicht wissen. „Würden die Patienten verstärkt in Tageskliniken behandelt, können mehr als 300 Millionen EUR eingespart werden. Hohe Kosten verursachen auch die vielfachen Mehrfachbefunde, die vor geplanten Operationen erstellt werden. Die GÖG verordnet in ihren Vorschlägen zur Gesundheitsreform ein Sparpotenzial von 1,3 Milliarden EUR. Hier könnte auch der verstärkte Einsatz von Generika, nachgeahmte, aber wirkstoffgleiche Medikamente, eine wichtige Rolle spielen.“ Also hier auf der nächsten Seite sieht man auch, die Behandlung in der Tagesklinik statt im Spital würde 320 Millionen EUR einsparen, und die Sparmilliarde durch Generika. Ich glaube, das sind alles ... *(GRin Dr Sigrid Pilz: Ich verstehe Sie nicht!)* Bitte? Ich verstehe nicht, Entschuldigung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Werter Herr Kollege Frigo! Die Leute in der Kanzlei werden es schwierig haben, Ihre Rede dann niederzuschreiben, wenn Sie nicht ins Mikrofon sprechen.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(fortsetzend)*: Also der letzte Teil war nur, ich habe nur die Überschriften vorgelesen: „Die Behandlung in der Tagesklinik statt im Spital spart 320 Millionen“ beziehungsweise die andere Überschrift „Sparmilliarde mit Generika ist möglich.“ Also durch verstärkten Generikaeinsatz könnte man auch 1 Milliarde sparen.

Es gibt aber bei all dieser Diskussion noch einen Grund, den ich in den Diskussionen um die Spitäler und Spitalsambulanzen noch nicht gehört habe, warum die Spitalsambulanzen und Spitäler auch nicht so ideal sind. Dazu die Wiener Expertin und Spitalshygienikerin aus der Rudolfstiftung, Agnes Wechsler-Fördös, wenn ich die

zitiert darf: „Wir haben keine Zahlen, aber etwa 55 000 Patienten dürften pro Jahr eine Krankenhausinfektion erleiden. Zu erwarten ist, dass Menschen auch sterben. Laut Hochrechnungen kann man in Österreich im Jahr von 240 bis 4 800 Todesfällen ausgehen. Die Kosten liegen bei mindestens 50 Millionen EUR bis zu 2 Milliarden EUR. Die Schätzungen beruhen auf einer Division in hunderten deutschen Krankenhäusern. Dort werden die Zahlen erhoben, die erhobenen Zahlen zu den in Kliniken erworbenen Infektionen durch den Faktor 10. Demnach käme es in Österreich jährlich zum Beispiel zu 15 000 Harnwegsinfektionen, 22 000 Rumpfinfektionen nach chirurgischen Eingriffen, 8 000 Infektionen der unteren Atemwege, 2 000 Fälle von Sepsis und 7 000 andere Infektionen.“

Einen Teil dieser sogenannten nosokomialen Infektionen kann man sich als Patient bereits in der Ambulanz holen und weiters dazu beitragen, dass wichtige Antibiotika in Zukunft schlechter oder gar nicht wirken. Also, das macht schon einen Sinn, wenn man nicht nur in die Spitalsambulanz, sondern auch zum Hausarzt geht. Daher fordern wir eine Finanzierung des Gesundheitssystems aus einer Hand sowie eine Förderung der Gemeinschaftspraxen und des entsprechenden Wochenenddienstes statt einer Absichtserklärung und Pseudoplanung. Stoppen Sie endlich diesen volkswirtschaftlichen Wahnsinn von Angina in der Notfallambulanz! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Effizienzsteigerung in der Verwaltung, besonders im EDV-Bereich, und nicht die Abwälzung mangelnder Verwaltung von immer mehr Dokumentation auf die Ärzte und das Pflegepersonal, ist auch eine wichtige Geschichte. Der Dokumentationsdruck führt nämlich zu einer drastischen Reduktion der Zeit, die wir eigentlich für Patientengespräche haben sollten. Papier statt Zuwendung, das kann nicht die neue Devise im Gesundheitssystem sein. Wir fordern eine Vereinfachung der Verwaltung und der EDV anstatt der derzeitigen permanenten Projektpuscherei, meine Damen und Herren!

Wenn man sich die Bilanz und die explodierenden Kosten im Spitalwesen anschaut, dann frage ich mich, meine Damen und Herren, und man fragt sich das zu Recht: Was war eigentlich die Leistung? - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mörk. Ich erteile es ihr.

GRin Gabriele **Mörk** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sozialpolitik ist gerade in Zeiten der Finanzkrise besonders gefordert, hilfsbedürftige Menschen zu unterstützen. Die Stadt Wien nimmt ihre soziale Verantwortung wahr und steht gerade in Krisenzeiten an der Seite der Wienerinnen und Wiener. Dies spiegelt sich auch ganz deutlich im Sozialbudget der Stadt Wien mit 1,23 Milliarden EUR wider. Mehr als 10 Prozent des Wiener Budgets werden für Soziales aufgewendet, damit genau jene Wienerinnen und Wiener, die soziale

Unterstützung, Betreuung und Hilfe benötigen, diese auch erhalten.

Wir legen Wert auf ein größtes soziales Netz. Deshalb wurde auch die bedarfsorientierte Mindestsicherung, und zwar im Kinderbereich, mit 1. März des heurigen Jahres von 133,92 EUR auf 203,29 EUR erhöht. Diese Erhöhung ist österreichweit einmalig und bedeutet auch höchsten Standard. Erwartungsgemäß hat sich mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auch die Anzahl der BezieherInnen gesteigert. Vor allem die ErgänzungsleistungsbezieherInnen sind deutlich angestiegen. Dies ist auf der einen Seite zurückzuführen auf die deutlich geringeren Ansprüche auf AMS-Leistungen für bildungsärmere Menschen, aber auf der anderen Seite auch auf die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Beschäftigungen im Niedrigstlohnbereich.

Herr Ing Dworak, wenn Sie sagen, in Wien sind die meisten BezieherInnen, stimmt das schon, aber in Wien gibt es auch eine andere Struktur. Es gibt mehr Singles, es gibt mehr AlleinerzieherInnen im Gegensatz zum ländlichen Bereich. Außerdem gibt es in der Großstadt eine höhere Anonymität als am Land. Auf der anderen Seite ist es uns aber auch wichtig und ein Anliegen, darauf zu achten, dass die Mindestsicherung an alle Menschen ausgezahlt wird, denen die Mindestsicherung zusteht und dass in Wien im Gegensatz zu vielen anderen ländlichen Bereichen keiner aus Scham auf diese Leistung verzichtet! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auf der anderen Seite ist es erfreulich, dass die Anzahl der Vollbezieher klar rückläufig ist. Das heißt, die arbeitsintegrativen Maßnahmen, die von der Stadt Wien gesetzt wurden, greifen und sind sozusagen sehr erfolgreich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Arbeit, von der man leben kann, ist noch immer die wichtigste Armutsbekämpfung.

Der Fonds Soziales Wien sorgt im Auftrag der Stadt Wien dafür, dass rund 100 000 Wienerinnen und Wiener genau die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Er fungiert als soziale Drehscheibe, fördert und vermittelt Leistungen für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf, Menschen mit Behinderung, wohnungslose Menschen, Menschen mit Schuldenproblematik und Flüchtlingen. Der entscheidende Faktor für die hohe Qualität des Wiener Sozialsystems ist auf die hervorragende Zusammenarbeit mit den rund 150 anerkannten Partnerorganisationen, die geförderte Leistungen erbringen, zurückzuführen.

Rund 10 000 Personen im Bereich Behinderung und Chancengleichheit fördert der Fonds Soziales Wien.

Im Jahr 2010 wurde mit der Nauschgasse das erste Wohnhaus für SeniorInnen mit geistiger Behinderung eröffnet und damit eine wichtige Nische im Angebot des betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderung geschlossen.

Ebenfalls konnte das Projekt „Pavillon 17“ abgeschlossen werden, das die Absiedlung

schwerstbehinderter Menschen in dezentrale Wohngemeinschaften zum Ziel hatte.

Von einer meiner Vorrednerinnen wurde schon angemerkt, im Fonds Soziales Wien war auch einer der Schwerpunkte, Weichenstellungen und Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des Housing-first-Prinzips zu erzielen.

Die größte KundInnengruppe im FSW sind aber jene Menschen, die Pflege und Betreuung benötigen. Dem Grundsatz des Geriatriekonzeptes folgend, ambulant vor stationär, werden die sozialen Dienste bedürfnisorientiert erweitert, um den Menschen einen Verbleib in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite wurde dem Geriatriekonzept folgend die Versorgung mit Betreuungsplätzen weiterhin fortgesetzt. Im September 2010 wurde das Pflegewohnhaus Leopoldstadt eröffnet, mit 1. Juni des Vorjahres das Pflegehaus Meidling am Kabelwerk, vor einigen Wochen das Pflegehaus Simmering. Heuer folgen noch Pflegehaus Innerfavoriten und Liesing. Im Vorjahr wurde auch beschlossen, ein zusätzliches Pflegewohnhaus am Areal des Kaiserin-Elisabeth-Spitals zu errichten. Ebenfalls in Planung beziehungsweise bald in Fertigstellung sind vier innovative Pflegewohnhäuser, die vom Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser errichtet werden. Ende des heurigen Jahres wird noch das Haus Döbling in Betrieb gehen. Im nächsten Jahr werden die Häuser Rosenberg und Liebhartstal II folgen.

Auch wurden im Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser im Vorjahr die Vorbereitungen zum betreuten Wohnen abgeschlossen. Mit diesem neuen Bereich wurde den Bedürfnissen der neu einziehenden Bewohnerinnen und Bewohner Rechnung getragen.

Seit 1.1. des heurigen Jahres erfolgt auch die Vergabe der frei werdenden Plätze über das Beratungszentrum „Pflege und Betreuung“ vom Fonds Soziales Wien. Mit dieser Maßnahme ist auch sichergestellt, dass gleiche Regelungen für alle AnbieterInnen und KundInnen gelten.

Außerdem ist ein Pilotprojekt, das auch im KWP, im Haus Mariahilf, konzipiert wurde, Wohnen mit Menschen mit Behinderung im Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser.

Eine Anmerkung noch zum Antrag, den die Frau Kollegin Korosec bezüglich Ausbildung im Pflege- und Gesundheitsbereich eingebracht hat: Das derzeitige Programm, das vom WAFF und vom AMS angeboten wird, ist auf den Bedarf der Unternehmungen ausgerichtet und wird auch zu 100 Prozent von dort gedeckt. Dass noch nicht alle Plätze vergeben sind, mag vielleicht auch daran liegen, dass das Jahr noch nicht zu Ende ist. Wir haben gerade die Hälfte des heurigen Jahres erreicht.

Aber auch für Berufstätige, die diese Umschulungen machen können, ist es möglich, berufsbegleitend diese Ausbildungen zu machen, ohne dass sie in die Arbeitslosigkeit wechseln müssen. Man muss aber schon auch dazusagen, diese Ausbildung neben der Berufstätigkeit zu machen, ist natürlich anstrengend und

auch sehr langwierig. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Ich habe vor 30 Jahren neben meinem Beruf eine Ausbildung gemacht. Diese Ausbildung wird auch vom WAFF gefördert. Deshalb verstehe ich die Intention Ihres Antrages nicht ganz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wichtiger Grund für die hohe Lebensqualität in Wien ist das umfangreiche Angebot, das die Stadt Wien zur Verfügung stellt, eine breite Palette vielfältiger Maßnahmen, von Geld-, Betreuungs-, Beratungsleistungen bis hin zu Freizeitangeboten. Denn so vielfältig wie die Bedürfnisse der Wienerinnen und Wiener sind, so umfassend ist auch das Angebot der Stadt Wien.

Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Sozialbereich Tag für Tag mit enormem Engagement, viel Herz und hoher Professionalität tätig sind, recht herzlich bedanken! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein Teil der sozialen Sicherheit in unserer Stadt. Ohne sie wäre die Umsetzung der erfolgreichen und zukunftsweisenden Sozialpolitik der Stadt Wien nicht möglich! - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich GR Ing Rösch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Jubelrechnungsabschluss halte ich fest, Wien ist Rekordhalter in Österreich. *(Beifall von GR David Ellensohn.)* Die Anzahl der in Armut lebenden Mitbewohner ist in Wien am höchsten, auch mit vergleichbaren anderen Bundesländern wie Niederösterreich oder Oberösterreich, wo wir ungefähr von den gleichen Beschäftigten oder Arbeitszahlen ausgehen können. *(GR Kurt Wagner: Oberösterreich? Das glaube ich aber nicht!)*

130 000 Mindestsicherungsbezieher, haben wir schon gehört. Damit ist Wien auch Rekordhalter. Wir haben schon viele Gründe gehört, warum es gerade in Wien so sein muss und warum Wien so schwierig ist und vieles und vieles und vieles. Es ist nur für die 130 000 Mindestsicherungsbezieher nicht wirklich befriedigend.

Wir hatten einen Zuwachs von 60 000 Anträgen bei der Umstellung von Sozialhilfe auf Mindestsicherung. Davon wurden 45 000 bewilligt. 30 Prozent davon waren Jugendliche, was sehr erschreckend ist. 15 000 haben zwar auch nicht viel gehabt, sind aber ganz einfach nicht berücksichtigt worden, weil die Rahmenbedingungen nicht gepasst haben. Aber nicht, weil sie so reich waren, sondern weil die Rahmenbedingungen einfach etwas anderes vorgesehen haben.

In Niederösterreich haben wir zum Beispiel 10 000 Mindestsicherungsbezieher, nur um die Relation ungefähr herzustellen, nicht, dass man glaubt, wir sind um 10 Prozent auseinander, sondern es ist gewaltig, wie wir auseinanderliegen.

Es hat sich erwiesen, dass die Mindestsicherung sozial nicht treffsicher ist, aber mit Sicherheit für Zuwanderer ausgestattet ist, wo wir nämlich leider Gottes sehen müssen, wenn wir den AMS-Bericht lesen, und da sehe ich immer nur Kopfschütteln, weil man ganz einfach die Fakten nicht kennt, dass bei den 25-Jährigen bis 40-Jährigen bei den Männern 38 Prozent arbeitslos sind. Da können wir kopfschütteln, was wir wollen, aber sie sind natürlich potenzielle Kandidaten für die Mindestsicherung. Da haben wir in der Vergangenheit einfach zu wenig getan.

Wenn ich mir den AMS-Bericht weiter anschau und sehe, dass bei den arbeitslosen Männern 70 Prozent nicht das Niveau ihrer Eltern oder ihrer Vorgänger, die nach Österreich eingereist sind, erreichen, müssen die Alarmglocken läuten. Da sind nicht die Österreicher schuld, da ist nicht die FPÖ schuld, da sind nicht die Zuwanderer schuld, sondern es ist ganz einfach die Politik, die das zugelassen hat, schuld. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Meinen Sie das jetzt ernst?)*

Wenn wir uns anschauen, wie hoch die Anzahl der vollbeschäftigten Armutsempfänger ist, Leute, die 38,5 oder 40 Stunden die Woche arbeiten und dann gerade einmal den 13. und 14. Monatsgehalt mehr haben, sind das in Österreich immerhin 270 000. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Was reden Sie da? Sie reden doch immer von dem Neuen schlecht!)* - Ich bringe Ihnen die Zahlen zu diesem Jubelrechnungsabschluss. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Sie reden immer von Sozialschmarotzern!)*

Das Einzige, was Sie können, ist, Zahlen, die nicht von uns kommen, nicht von der FPÖ kommen, sondern von autorisierten Stellen, einfach immer wegzuwischen. Im Gegensatz machen Sie dann mit dem Kollegen Deutsch einen Theaterdonner gegen meinen Kollegen Wansch, der nur die Verlegenheit zeigt, weil diese Polemik und diese Verleumdung, mit der Sie da reagieren, muss ich ganz ehrlich sagen, zeigt in Wirklichkeit das schlechte Gewissen, das Sie haben! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist doch nicht wahr!)*

Ich bin mir ganz sicher, dass Sie, weil Sie diese Geschichte studiert haben werden, diese Geschichte am besten wissen. Deswegen kommen Sie ganz feige nicht heraus mit irgendeiner Anschuldigung, sondern irgendwo nebulos, eine arme Frau ist ausgesackelt worden oder sonst irgendetwas. *(GRin Birgit Hebein: Was wollen Sie?)* Sie würden sich nie trauen, sich hier herauszustellen und irgendetwas zu sagen, etwas strafrechtlich oder sonst irgendwie Verwerfliches, was relevant ist, weil Sie ganz genau wissen, irgendwann müssen Sie dann für diese Verleumdung büßen! Deswegen werden Sie immer diese Rauch- und Nebelschwaden hineinschmeißen! Aber das wird nichts nützen! Deswegen wird der Jubelrechnungsabschluss nicht besser und die Rekorde gehen weiter! Wenn ich mir die Rekorde bei der Arbeitslosigkeit anschau, dann kommen vielen die Tränen, nämlich denjenigen, die gerne eine Arbeit hätten!

Wir kriegen die Briefe, Sie schon lange nicht mehr,

weil an Sie glaubt man nicht mehr. Man hat gesehen, Sie sind in die Regierung gekommen. Vielleicht hat Ihr Klientel das eine oder andere erhofft, aber selbst die werden abwandern, weil sich im sozialen Sektor einfach nichts tut, weil man ganz einfach sieht, dass Ihr soziales Gewissen nur bei den Pfründen liegt, nur bei den Amterln liegt, nur bei den Vereinen liegt, die Sie ins Leben rufen, um sich selbst dann irgendwo mit Ihren Freunden oder Leuten, die Ihnen genehm sind, zu bedienen! Das wird Ihnen nicht eine Stimme bringen, und es ist gut so! *(Beifall bei der FPÖ. - GR David Ellensohn: Minus 7 Prozent!)*

Da rede ich noch gar nicht von den Teilzeitkräften. Ich rede noch gar nicht von den prekären Arbeitsverhältnissen, die wir in Wien haben, nämlich auch immer in Rekordzahlen gemessen. Immer dort, wo wir in Wien sagen können, da passt es nicht, sind wir wirklich Schlusslicht.

Fehlende Lehrstellen: Auf 260 Lehrstellen kommen 6 300 Lehrstellensuchende. Das duale System ist umgebracht worden. Der Blum-Bonus, wenn ich mich erinnere, ist, weil er erfolgreich geworden ist, abgedreht worden. Es ist ja wahr, ihr bringt nichts weiter! Jetzt versucht man, weil man glaubt, dass man Jugendliche politisch erziehen kann, irgendwelche Lehrwerkstätten oder sonst irgendwelche Lehrbehelfe zu finden, wo man Jugendliche ausbilden kann. Dann geht man halt immer mit irgendeinem FSGler oder Sozialisten dort hinein und sagt ihnen, wie böse die Freiheitlichen sind. Die Jugendlichen kommen dann wieder zu uns und sagen, wie komisch diejenigen sind, die immer hineinkommen und ihnen praktisch das politische Leben irgendwie erklären wollen. Aber selbst die Jugendlichen spüren es schon, dass da einiges falsch läuft, weil Sie sehen auch an ihren Eltern, wie diese am Arbeitsmarkt immer größere Probleme kriegen und sie sehen auch ihre Zukunftschancen.

Sehr viele hätten gerne irgendetwas anderes gelernt oder bessere Arbeitsplätze gehabt oder wären schon besser bezahlt worden und sehen in Wirklichkeit, dass wir durch eine falsche Zuwanderungspolitik viele dieser Arbeitsplätze ganz einfach in Konkurrenz überlassen haben. Da sehen wir wiederum, wenn wir den WIFO-Berichten trauen, wo Sie wahrscheinlich wieder sagen werden, WIFO-Berichte sind auch falsch und auch getürkt, dass die Kaufkraft massiv zurückgegangen ist. Warum ist sie zurückgegangen? Weil wir ganz einfach Billigarbeitskräfte aus dem Ausland hereinbekommen haben, denen wir die Qualifikation nicht anerkannt haben. Damit sind sie in Konkurrenz mit normal ausgebildeten Arbeitskräften hereingekommen, die natürlich dann eine bessere Leistung für die Wirtschaft bringen konnten, weniger bezahlt wurden, die Kaufkraft insgesamt heruntergekommen und die ganze Wirtschaft unter Druck gekommen ist. Das haben Sie zu verantworten! Da haben Sie zugeschaut! Beide, Rot und Grün! Dazu habe ich noch nie etwas gehört! Da habe ich keinen Aufstand gesehen! Selbst von der FSG sieht man nur ganz selten etwas. Ich muss wirklich sagen, die Gewerkschaft ist da fast erlahmt!

Was am meisten weh tut, wo wir auch Rekordhalter sind, ist die Kinderarmut, wo Kindern in Wirklichkeit die Chance auf Bildung genommen wird. Weil arme Kinder haben weniger Chancen, dass sie eine gute Ausbildung bekommen. Arme Kinder sind öfters unter sozialem Druck. Wenn man bei den Kindern dann weiterschaut, Kinder mit Defiziten, sieht man komischerweise auch in Wien, dass sich jetzt seit eineinhalb Jahren, als ich dies das erste Mal so richtig angesprochen und auch die OECD-Berichte gebracht habe, ein bisschen etwas getan hat. Dann ist mit der Wiener Gebietskrankenkasse, mit der Frau Stadträtin abgesprochen worden, dass, glaube ich, ein Fonds dotiert wurde, dass ein bisschen etwas getan wird, dass mit Jugendpsychologiebetreuung und so weiter die Möglichkeit geschaffen wird, dass man solchen Familien unter die Arme greifen kann. Jugendpsychologen gibt es natürlich, aber viel zu wenige. Aber wenn es sie gegeben hat, dann können sich das sehr viele Eltern nicht leisten, weil das nicht einmalige, sondern laufende Ausgaben sind. Sehr viele sind daran gescheitert. Man hat ganz einfach die Kinder sich selbst oder den Eltern überlassen, die damit hoffnungslos überfordert waren und man hat wieder eine große Chance vergeben. Die große Chance ist nämlich, dass wir Kinder so weit fördern, wie es geht, um später einmal, wenn man es jetzt nur auf die Rendite herunterbrechen möchte, Bürger hat, die praktisch die sozialen Errungenschaften weitertragen, die unsere Pensionen irgendwann einmal zahlen können und nicht mit ganz niedrigen Löhnen und niedriger Arbeit im Wettbewerb stehen. Aber das, wie gesagt, wird hier alles nicht erzählt.

Es wird überall nur erzählt, dass alles so toll ist, was man alles kauft, was alles geschaffen wird, dass wir ausbauen, und, und, und. Natürlich sind Krankenhäuser und so weiter mit der Zeit veraltet, müssen erneuert werden. Aber das können alle anderen Regierungen anderer Städte auch. Bei uns kommt es darauf an, dass wir unseren Sozialabbau, den wir seit zwei Jahrzehnten, kann man jetzt schon sagen, erleiden, aufhalten und ihm eine Umkehr geben. Es ist einfach falsch, immer wieder zu behaupten, und es wird dadurch nicht richtiger, dass wir immer mehr tun und immer sozialer werden. Das stimmt einfach nicht! Das Sozialste ist, wenn man Menschen, Familien die Möglichkeit gibt, ordentlich zu arbeiten und dafür ein Auskommen mit ihrem Einkommen zu geben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist schäbig, einer Ideologie nachzulaufen, die in Wirklichkeit nicht das Recht, sondern die Almosen vorsieht und Sie über Ihre Vereine, die Sie unzählig geschaffen haben, ganz einfach das Geld verteilen und damit diejenigen, die zu diesen Vereinen gehen, praktisch als Almosenempfänger empfangen werden. Das kann es nicht sein! Wir wollen in einer Stadt wohnen, wo die Menschen wissen, worauf sie sich verlassen können, wissen, wo ihr Recht ist, die Möglichkeit haben, zu arbeiten und ein ordentliches Leben zu führen.

Bei diesen ganzen Rekorden, die ich jetzt aufgezählt habe, stehen der Rekord bei Rundfunkgebühren,

Überschüsse durch Gebühren, die höchsten Lohnkosten entgegen. (*GR Senol Akkilic schüttelt den Kopf.*) Sie schütteln immer den Kopf, als würden Sie mir sagen wollen, das wird morgen alles anders. (*GR Senol Akkilic: Bei Ihnen kann man nur den Kopf schütteln! Was soll man dazu sagen?*) - Ich hätte gerne, dass Sie sagen, dass diese Zahlen alle gelogen sind, dass das AMS falsch liegt, dass die Arbeiterkammer falsch liegt, dass Sie sagen, alle Studien, aus denen das ist, sind falsch! Stellen Sie sich hier hin und sagen Sie, warum das falsch ist! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Es geht nicht um die Zahlen! Es geht um die Größe! Das zeigt nicht von sehr viel Intelligenz! Das ist das Problem!*) - Sie können in Wirklichkeit nur Polemik gegen irgendwelche Kolleginnen und Kollegen oder sonst irgendetwas und Pauschalverurteilungen machen, aber wenn es um Fakten geht, verstummen Sie in Wirklichkeit! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Warum kommen jährlich 20 000 Menschen zusätzlich nach Wien? Warum? Weil Wien so schiach ist? Nein! Weil die Leute hoffen, dass sie in Wien einen besseren Job als in Niederösterreich kriegen!*) - Das ist unterschiedlich. Auf der einen Seite ist es, weil sie zu Hause weniger verdienen. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch sehr gute und qualifizierte Kräfte, die eine Chance wahrnehmen, wenn sie hier in Wien in irgendeinen Konzern hineinkommen können, dass sie dort hineinkommen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ist Arbeitsmarktpolitik Bundespolitik oder gemeinsam?*) Die Qualifizierten würden wir auch brauchen, um die Wirtschaft weiterzubringen. Aber wir haben dieses Lohndumping, die Öffnung der Arbeitsgrenzen und alles ohne irgendwelche Maßnahmen für unsere Leute gemacht! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie ignorieren aber die Fakten! Wenn Sie dem Bundesminister nicht zuhören, ignorieren Sie die Fakten, dass mit der Ostöffnung überhaupt nicht die Horden nach Österreich geströmt sind!*)

Ich erzähle Ihnen jetzt noch etwas. Warum macht die Gemeinde Wien zum Beispiel mit dem WAFF und in weiterer Folge mit dem flexwork solche Kopfstände? Das flexwork hat, wenn meine Informationen richtig sind, 1,1 Millionen EUR Defizit, weil ganz einfach die Kräfte abgebaut und nicht gleich dem AMS gemeldet wurden, damit die Zahlen dort nicht drinnen sind. Das Einzige, was es dort meiner Information nach noch gibt, sind die Manager, die dort ordentlich bezahlt werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Ich würde Sie bitten, zum Schlusssatz zu kommen.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*fortsetzend*): Zum Beispiel wurden die Schulungen erhöht, obwohl sie in ganz Österreich zurückgegangen sind.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Kollege Rösch!

GR Ing Bernhard **Rösch** (*fortsetzend*): Es werden die Arbeitslosen überall versteckt. Diese Zahlen leugnen Sie!

Ich kann nur sagen, diesem Rechnungsabschluss kann man auf keinen Fall zustimmen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Akkilic. Ich erteile

es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Wir haben ein Gesundheits- und Sozialsystem und heute ein ganz wichtiges Thema, das uns beschäftigt, das uns aber auch von Grundsätzen her unterscheidet. Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, für ein solidarisches System, das zugegebenermaßen vor Jahrzehnten durch die Sozialdemokratie erkämpft und auch auf die Beine gestellt worden ist. Der Grundsatz ist, dass wir in der Gesellschaft niemanden auf der Strecke stehen lassen, sondern jeden mitnehmen, dass unser Sozialsystem jeden Menschen, der gefährdet ist, auf der Strecke zu bleiben, auffängt. Dieser Ansicht sind Sie nicht. Die Freiheitlichen sind nicht dieser Ansicht, weil Sie der Ansicht sind, es gibt Menschen, deren Leben mehr wert ist und es gibt Menschen, deren Leben weniger wert ist. In der Regel sind bei Ihnen die Reichen Menschen, deren Leben mehr wert ist. (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Reden Sie nicht so etwas! Das hat niemand von uns behauptet!*) Immer wieder sind es die Reichen! Und die Armen haben einfach keinen Stellenwert bei Ihnen! Die Armen haben keinen Stellenwert bei Ihnen! Ich habe es in meiner gestrigen Rede schon gesagt, Sie haben nur ein Thema: MigrantInnen, Ausländer! (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Sie sind traumatisiert!*)

Herr Dr Frigo, Sie sind selbst ein Migrant. Passen Sie auf! Werden Sie nicht päpstlicher als der Papst! Man wird demnächst vielleicht auch über Sie schimpfen! Man wird demnächst wahrscheinlich, wenn Sie aus Steuergründen Ihre Ordination woanders machen, das vielleicht auch thematisieren, weil Sie Migrant sind!

Diese Art des Zuganges zu Politik, meine Damen und Herren, ist schäbig, weil unser heutiges Sozialsystem und Gesundheitssystem würden einfach nicht funktionieren, wenn wir den Krankenpflegebereich anschauen, wenn wir die Krankenhäuser anschauen, wenn wir sämtliche Stellen in unserem Sozial- und Gesundheitssystem anschauen, wenn es die Migranten und Migrantinnen nicht gegeben hätte. Das Rad dreht sich. In der Altenpflege, in der Krankenpflege, in sämtlichen Krankenhäusern, von der Küche bis zur obersten Etage sind Migranten und Migrantinnen vorzufinden. Das gehört auch einmal gesagt, meine Damen und Herren. Auch ein Dank gehört ihnen. Ich möchte nicht trennen, Migrant, Nichtmigrant als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, aber diese Seite zwingt mich dazu, einen Extradank an jene Migranten und Migrantinnen auszusprechen, die mit ihren Arbeitskollegen und -kolleginnen aus verschiedensten Nationen dieser Erde gemeinsam unser Gesundheitssystem aufrechterhalten. Danke schön, meine Damen und Herren! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Arbeitslosigkeit ist nicht der Wunsch eines Menschen. Es sagt nicht jeder, er möchte in die Arbeitslose gehen oder mit einer Mindestsicherung von 743 EUR durch das Leben kommen. Wenn Sie sich die

monatlichen Ausgaben einer Durchschnittsperson vor Augen halten, wissen Sie ganz genau, dass die Fixkosten zwei Drittel dieser 743 EUR ausmachen. Die Leute müssen dann mit 200 EUR durch den Monat kommen. Das ist einfach, meine Damen und Herren, kein Wunschkonzert einer Person. Die Personen gehen in die Mindestsicherung, weil sie es notwendig haben, weil sie sonst keine andere Möglichkeit mehr haben, als in der Mindestsicherung ihr Leben zu bestreiten. Hätten wir, und das ist unser Wunsch, eine Vollbeschäftigung, dann wäre die Situation eine andere.

Aber wer hat eigentlich den Arbeitsmarkt dereguliert? Wer hat Zustände geschaffen, wo die Gewerkschaften immer schwächer geworden sind und wo die arbeitenden Menschen immer auf sich alleine gelassen werden? Das war die schwarz-blaue Regierung! (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das war die Europäische Union!*) Die schwarz-blaue Regierung hat, meine Damen und Herren, auch immer wieder propagiert, man solle doch Privatgesundheitsversicherungen abschließen, Privatpensionsversicherungen abschließen. Was ist in der Krise passiert? All diese Versicherungen, die abgeschlossen worden sind, haben an Wert verloren, die Menschen waren also nicht gut abgesichert.

Daher ist, meine Damen und Herren, dieses System, was wir haben, sehr zu schätzen. Wir müssen auch dieses System ausbauen. Wenn wir ausbauen, nehmen wir dabei Rücksicht auf die schwächsten Menschen unter uns, nicht wie Sie! Die Freiheitliche Partei propagiert in ihrem Parteiprogramm ein separates Versicherungssystem für MigrantInnen. Das ist Apartheid pur, meine Damen und Herren! Apartheid auf sozialpolitischer Ebene, indem Sie sagen, die MigrantInnen werden wir auf eine andere Schiene stellen. Sie sollen nicht mit anderen, mit Inländern und Inländerinnen zusammenkommen. Sie verdienen die Bezeichnung, rassistisch zu sein! Solange Sie diesen Passus in Ihrem Programm haben, ein Extraversicherungssystem für Migranten und Migrantinnen aufzustellen, verdienen Sie die Bezeichnung Apartheid. Sie verdienen die Bezeichnung, rassistisch zu sein. (*StR David Lasar: Was reden Sie da?*)

Ich möchte am Ende noch einen Punkt erwähnen, der, leider Gottes, sage ich jetzt einmal, nicht zum Ausdruck gekommen ist. FSW hat auch sehr viel mit Flüchtlingen zu tun, meine Damen und Herren. Die Stadt Wien nimmt im Vergleich zu anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Kärnten, viel mehr Flüchtlinge auf und versucht, sie auch optimal zu versorgen (*GR Mag Dietbert Kowarik: Daran verdienen ein paar Vereine!*), wobei die Flüchtlinge im Monat ein Taschengeld von 40 EUR bekommen und mit diesen 40 EUR einen Monat auskommen müssen.

Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der die Stimmung nicht eine ablehnende, nicht eine denunzierende gegenüber Flüchtlingen ist, sondern in der die Stimmung für jene Menschen, die sowieso vor Gefahren nach Österreich geflüchtet sind, eine willkommene ist. Es ist unsere menschliche Aufgabe,

meine Damen und Herren, nicht aus politischem Kalkül, sondern es ist eine menschliche Aufgabe, jenen Menschen zu helfen, die sowieso schon am Boden liegen. *(GR Dr Wolfgang Aigner: Die Hilfe gibt es aber eh!)*

Wir haben den Historikerbericht der Kommission in die Hand bekommen, wo es um die Zustände in den Heimen gegangen ist. Dieselbe Einstellung, die damals die Kinder verprügelt hat, misshandelt hat, gibt es heute nach wie vor, meine Damen und Herren, und zwar von einer Partei, von dieser Partei, den Freiheitlichen, gegenüber den Flüchtlingen! *(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das ist eine Unverschämtheit, was Sie da behaupten!)* Diese Menschen seien von Grund auf aggressiv, hat Frau Partik-Pablé gesagt. Afrikaner seien von Grund auf aggressiv. Die Flüchtlinge wollen nichts arbeiten, obwohl sie nicht arbeiten dürfen. Sie beuten unser Sozialsystem aus. Sie wollen nur in der Hängematte sein. Sie seien Menschen, die nur mit goldenen Uhren und Handys herumlaufen. All das gegenüber einer Bevölkerungsgruppe, die nichts in der Hand hat, zu propagandieren, hat nichts anderes zu tun, als mit den Leuten, die in den 70er Jahren die Kinder in den Heimen als nutzlose Wesen betrachtet haben! Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, die Freiheitliche Partei verdient die Bezeichnung, rassistisch zu sein! - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Nicht schon wieder!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich Frau GRin Korosec das Wort erteile, möchte ich schon darauf hinweisen, dass wir heute Vormittag eine Situation erlebt haben, die, glaube ich, viele von uns überhaupt nicht wollen. Ich glaube, dass jetzt der Beitrag vom Kollegen Akkilic eines gebracht hat, wenn pauschaliert wird, werden immer die Unrichtigen getroffen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Kriminelle Handlungen wurden unterstellt!)* Daher, Kollege Akkilic, wenn man sagt, die FPÖ verhält sich so, wie damals in den Kinderheimen gehandelt wurde, sage ich, dafür gebührt Ihnen ein Ordnungsruf. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Senol Akkilic: Wieso? - GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Okay, nicht alle!)*

GRin Korosec ist zum Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, Frau Kollegin, vier Minuten Restzeit.

GRin Ingrid **Korosec** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute einen Antrag eingebracht, das Ausbildungsprogramm des WAFF und des AMS Wien verstärkt auf die Bedürfnisse von Berufstätigkeiten auszurichten, um den direkten Wechsel in die Pflege- und Gesundheitsberufe zu ermöglichen. Frau Mörk hat in ihrer Wortmeldung dann gesagt, das ist jetzt auch schon so. Natürlich wissen wir, dass es Förderungen vom WAFF gibt, aber ganz speziell für diese Berufe nicht.

Ich lese Ihnen das vor: „Diplomkrankenpflegerin: Wer kann sich bewerben? Sie sind beim Arbeitsmarktservice arbeitslos und arbeitssuchend gemeldet. Mit Beginn der Ausbildung müssen Sie jedenfalls beim Arbeitsmarktservice arbeitslos gemeldet sein.“ - Genauso: „Heimhelferin: Mit Beginn der Ausbildung

müssen Sie jedenfalls beim Arbeitsmarktservice arbeitslos gemeldet sein.“ Dasselbe gilt auch für die Pflegehelferin.

Gerade in diesem Bereich ist es uns wichtig, dass das geändert wird. Ich hoffe, Sie haben es jetzt verstanden. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Jung und ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich gehe auf die untergriffigen Äußerungen des Kollegen Akkilic nicht ein. Es lohnt sich mittlerweile nicht mehr, weil anscheinend in diesem Haus fast schon alles zulässig ist. *(GRin Dr Sigrid Pilz: Er hat eh einen Ordnungsruf gekriegt!)* Das schleift natürlich und wirkt sich insgesamt aus. Wenn es die Regierungsmehrheit in diesem Haus so will und ihre Vorsitzenden das zulassen, dann ist es bedauerlich, aber es scheint eine Entwicklung zu sein, die gewünscht ist!

Ich gehe auf etwas anderes von ihm ein: Er hat gesagt, wir Freiheitlichen unterscheiden zwischen Menschen, deren Leben mehr wert ist als das anderer. Das stimmt nicht, Herr Kollege Akkilic, und das wissen Sie auch ganz genau. Wir unterscheiden nur eines, nämlich zwischen dem verfassungsmäßigen Auftrag, den wir haben, uns um die österreichischen Staatsbürger zu kümmern, die dafür vorgesehen und berechtigt sind. Das tun wir, Herr Kollege. Wir kümmern uns um die österreichischen Staatsbürger.

Das wird einem nicht immer leicht gemacht. Die sozialen Probleme, die in dieser Stadt herrschen, wurden vorhin von meinem Kollegen sehr gut aufgezeigt, wo es die Armut in Wien gibt, wo es die Arbeitslosigkeit gibt und wo etwas ganz dringend zu unternehmen wäre, wo auch Förderungsmaßnahmen einzusetzen wären. Aber diese kosten Geld. Und derzeit schaut es mit dem Geld schlecht aus. Es wird noch viel schlechter ausschauen, weil wir gerade dabei sind, weiteres Geld in die EU hineinzupumpen, in ein Fass ohne Boden, mit dem Spezialfall Griechenland. Wir wollten aufzeigen, wie schwierig es ist, in Österreich Geld aufzutreiben, welche Möglichkeiten bestehen und wo es vergeudet wird. Das hat man uns in einer, in diesem Haus wahrscheinlich einmaligen, Art und Weise, nicht zugestanden, indem die von uns beantragte Dringliche in sehr willkürlicher Art und Weise abgewiesen wurde. Wir werden uns dazu entsprechende Maßnahmen überlegen. Das wird auch nicht unbedingt das Klima in diesem Haus verbessern!

Aber ich komme zurück auf das Geld und will Ihnen vor Augen führen, was hier geschieht, wie mit unserem Geld umgegangen wird. Denn das, was wir in Sozialmaßnahmen hineinpumpen, ist lächerlich im Vergleich zu dem, was wir jetzt mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen. Ich bringe Ihnen nur ein paar Beispiele, einen kurzen Blick auf dieses Fass ohne Boden. Bisher hat jeder Grieche von Österreich 66 000 EUR bekommen. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Was hat das mit dem Rechnungsabschluss zu tun?)* - Herr

Kollege, sicherlich gehört es zum Thema!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Kollege Jung, wären Sie gestern nicht derjenige gewesen, der mehrmals zu mir gesagt hat, wir haben Rechnungsabschlussdebatte 2011, würde ich jetzt nichts sagen. Aber ich muss Sie darauf hinweisen, wir sind beim Rechnungsabschluss 2011.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Richtig, Herr Vorsitzender! (*GR Kurt Wagner: Gesundheit und Soziales, Herr Kollege!*) Ich sage Ihnen dazu, ganz abgesehen davon möchte ich wissen, wie viele Teile dieser Rechnungsabschlussdebatte nicht dem Rechnungsabschluss gewidmet waren, wo Sie und andere nicht eingegriffen haben. Das ist einmal Nummer 1. (*GR Kurt Wagner: Jetzt geht das schon wieder los mit Ihnen!*) Nummer 2 rede ich dazu, denn diese Ausgaben werden die Stadt Wien auf dem Weg der Kürzung der Zuweisungen eine ganze Menge Geld kosten, das uns dann fehlen wird.

Ich komme also zurück. 66 000 EUR hat bisher jeder Österreicher für die Griechen gezahlt. Das ist das Geld, das uns dort fehlt, wo der Kollege Akkilic vorher gesagt hat, man muss mehr tun, und wo vor allem mein Kollege Rösch darauf hingewiesen hat, dass mehr geschehen wird. Aber es wird noch viel schlimmer werden. Wir werden im nächsten Jahr beim Rechnungsabschluss noch viel größere Probleme haben, denn das, was jetzt geschieht, ist praktisch ein Freigeben und ein Hinauswerfen österreichischer Gelder, die wir nie wieder sehen werden, obwohl diese Regierungskoalition, und deswegen ist der Herr Kollege von der ÖVP vorhin nervös geworden, denn die ÖVP betreibt es noch mehr als die SPÖ, willens ist, die österreichische Hoheit über unser Geld aufzugeben, indem man dem ESM zustimmt, dem auch die GRÜNEN jetzt gerne zustimmen wollen, meine Damen und Herren! (*GR Kurt Wagner: Jetzt haben wir Gesundheit und Soziales! Das hat nichts mit unserer Geschäftsgruppe zu tun!*) Das ist nicht sozial, wenn wir österreichisches Geld, das wir für das Budget in unserem Haus dringend brauchen, hinauswerfen. Dieser ESM wird uns alle Möglichkeiten nehmen, denn hier hat eine kleine Gruppe, ein Gouverneursrat, das Recht, über unser Geld zu verfügen. (*GR Kurt Wagner: Wer hat gestern etwas von Themaverfehlung gesagt?*) - Ich weiß, dass es Ihnen weh tut, weil Sie selbst wissen, wie wir entrechtet werden!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Kollege Jung, mir tut es weh, wenn Sie sich nicht an die Regeln hier halten. Daher sage ich Ihnen, wenn Sie zum Rechnungsabschluss 2011 reden wollen, dann bleibt Ihnen das Wort. Wenn Sie weiter über Themen reden wollen, die in diesem Haus nicht zur Diskussion stehen, muss ich Ihnen das Wort entziehen.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Danke, Herr Vorsitzender! Ich merke nur noch an, dass Sie eine sehr geteilte Vorsitzführung haben! (*GR Kurt Wagner: Halten Sie sich zurück! Das wäre viel gescheiter!*) Andere können schimpfen, können uns befehlen bis zum Gehnichts mehr und Sie greifen nicht ein! (*GR Kurt Wagner: Das ist doch nicht wahr!*) Wenn man auf

wesentliche Probleme und auf Geldmangel hinweisen will, dann sind Sie plötzlich zur Stelle! (*GR Kurt Wagner: Das ist doch unwahr!*) - Ich danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Es müssen nur alle gleich behandelt werden. Es gibt nicht Gleichere. (*GR Mag Wolfgang Jung: Jawohl! Das wäre richtig!*) Sie zählen sich zu jenen, die glauben, sie sind anders als die anderen. Tut mir leid. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wir werden uns noch darüber unterhalten!*) Deswegen habe ich jetzt eingegriffen. Ich will hier keinen Unterschied machen. (*Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Sie hätten schon früher einen Ordnungsruf erteilen müssen! Das wissen Sie ganz genau!*)

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet außer der Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Ich erteile ihr das Wort.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie in den letzten Minuten dankenswerterweise besonders oft gesagt, sprechen wir über den Rechnungsabschluss des Jahres 2011. Ein Rechnungsabschluss ist wie ein Budget. Das ist nichts anderes als in Zahlen gegossene Politik. In die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wurden die meisten Mittel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler investiert. Nämlich über 3 Milliarden EUR wurden letztes Jahr in den Bereich Gesundheit und Soziales investiert. Viele Punkte sind angesprochen worden.

Wir haben gerade mit dem Spitalskonzept 2030, das letztes Jahr im Rahmen mehrerer Diskussionen, im Rahmen einer langen Planung präsentiert wurde, eine Perspektive für das Gesundheitswesen, die insbesondere zwei Ziele hat, nämlich die Qualität für die Patientinnen und Patienten langfristig zu halten und zu erhöhen und die Finanzierbarkeit dieser starken öffentlichen Einrichtung, nämlich der Wiener Spitäler, zu garantieren. Das wird hier auch gelingen.

Wir haben im letzten Jahr gerade im Spitalsbereich eine Reihe von Investitionen gehabt. Wenn hier in der Rechnungsabschlussdebatte immer wieder auch darüber gesprochen wurde, was denn das soll, dass da jetzt investiert wird, obwohl vielleicht in einigen Jahren dort nichts mehr oder etwas anderes stattfinden wird, dann kann man nur in aller Klarheit sagen, selbstverständlich werden die Patientinnen und Patienten, die jetzt in Einheiten oder Spitälern behandelt werden, die es dann so nicht mehr geben wird, bis zum letzten Tag auf höchstem Niveau betreut. Daher werden wir selbstverständlich bis zum letzten Tag dort auch investieren, weil die Wienerinnen und Wiener ein Recht auf die beste medizinische Versorgung haben und dabei einhergehen muss, dass wir umfassende Veränderungen vornehmen.

Wir haben im letzten Jahr mit dem Start des Teilneubaues 2, nämlich der Integration des Preyer'schen Kinderspitals in das KFJ einen ganz wesentlichen Schritt gesetzt, aber auch natürlich mit den wesentlichen Aktivitäten um das Krankenhaus Nord.

Herr Kollege Dworak, wenn Sie hier monieren, dass das Problem des Krankenhauses Nord sein wird, dass es nicht an die U-Bahn angeschlossen ist, hätten wir hier

einen Feldversuch zu bieten, nämlich das Donauespital. Das Donauespital hat gerade seinen 20. Geburtstag gefeiert, war 18,5 Jahre nicht an die U-Bahn angebunden und es hat weder die U-Bahn-Anbindung zu irgendeiner Veränderung der Patienten- und Patientinnenzahlen geführt noch hätte vorher irgendwer nicht zum Donauespital gefunden. Also, ich gehe davon aus, dass das ganz genau auch so sein wird.

Ich möchte einige Punkte, die noch nicht angesprochen worden sind, kursorisch ansprechen, weil sie mir einfach wichtig sind in diesem großen Ressort. Wir haben gerade im Bereich der Gesundheitsförderung eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die es perspektivisch auch möglich machen, dass Menschen in Wien länger gesund sind. Das muss hier unser Ziel sein.

Mit den Aktivitäten, die wir in den Bezirken durchführen, ist das ein ganz besonders wichtiger Schritt.

Wir haben im Bereich der Frauengesundheit richtungsweisende Projekte umgesetzt.

Wir haben im Bereich des Psychosozialen Dienstes und mit REINTEGRA so viele umfassende Veränderungen im letzten Jahr zur Verbesserung der Versorgungssituation für die Wiener Bevölkerung gemacht, dass es, denke ich, ganz besonders wichtig ist, das hier auch zu erwähnen.

Wir haben mit der Wiener Rettung einen Garanten dafür, dass jeder, der in dieser Stadt in gesundheitlicher Not ist, in sehr schneller Zeit auch Hilfe bekommt.

Wir haben im gesamten Sozialbereich so viele Dinge, die ein bisschen darunter fallen, dass das, was passiert ist, halt passiert und dann geschwind zur Selbstverständlichkeit wird, mit der Umsetzung des Geriatriekonzeptes, wo die ersten Häuser jetzt in Betrieb gehen und wo wir das Ziel, das wir uns 2007 gesetzt haben, nämlich 2015 keine einzige alte Pflegeeinrichtung mehr in Wien zu haben, umsetzen können.

Wir haben im Bereich der Wohnungslosenhilfe ein System in dieser Stadt, das europaweit führend ist.

Wir haben mit dem neuen Housing-first-Ansatz, um den wir uns miteinander sehr bemühen, auch eine Perspektive.

Wir arbeiten im Bereich der Menschen mit Behinderungen nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern ganz stark auch mit Menschen mit Behinderungen, haben hier wesentliche Schritte in einem Bereich gesetzt, den es früher nicht gab, weil in der Nazi-Zeit Menschen mit Behinderung ermordet worden sind und wir jetzt erfreulicherweise auch alte Menschen mit Behinderung haben, was uns vor neue Herausforderung stellt, die wir aber sehr gut bewältigen.

Ich bin sehr stolz auf eine Rechnungsabschlussdebatte, wo das Thema Sucht und Drogen keine Rolle spielt, und zwar deshalb keine Rolle spielt, weil wir auf der einen Seite die richtigen politischen Konzepte und auf der anderen Seite hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die diese Konzepte auch umsetzen. Ich gratuliere euch! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte jetzt noch auf einige Punkte eingehen, die

im Rahmen der Debatte gekommen sind, und zwar zunächst einmal zum Thema der Mindestsicherung. Zum Thema der Mindestsicherung muss man schlicht und ergreifend sagen, dass die Situation, wie sie in Wien ist, wie wir in Wien die Mindestsicherung vollziehen, in keinem anderen Bundesland der Fall ist. Dass wir in einer Republik leben, wo es eine einzige Großstadt gibt, die nämlich Wien ist, und daher der Vergleich auch nicht da ist, muss auch einmal ausgesprochen werden.

Tatsache ist, dass der Großteil der Steigerungen der Inanspruchnahme daran liegt, dass wir bewusst einen politischen Beschluss gefasst haben, nämlich die Kindermindestsicherung sehr stark zu erhöhen. Es ist uns in Wien auch gelungen, auf Grund der Art und Weise, wie wir diese Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, anbieten, dass die Menschen diese Leistung auch in Anspruch nehmen und sich in dieser Stadt nicht schämen müssen, die Leistung in Anspruch zu nehmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich sage Ihnen, Ziel muss selbstverständlich sein, dass Menschen die Mindestsicherung nicht brauchen. Es ist uns gelungen, im letzten Jahr die Zahl der Vollmindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher, also jener Menschen, die ausschließlich von der Mindestsicherung leben, um 16 Prozent zu senken, worin man sieht, dass das Prinzip, dass die Mindestsicherung ein Trampolin ist, funktioniert. Was uns nicht gelungen ist, ist, die Zahl jener zu senken, die neben einer Arbeitslosenleistung oder neben einem Arbeitseinkommen noch Mindestsicherung beziehen.

Ich sage Ihnen, wozu ich in dieser Stadt sicherlich nicht bereit bin, ist, nur damit die Zahlen schöner ausschauen, die Mindestsicherung nicht so zu vollziehen, dass alle Menschen, die die Leistung brauchen, diese Leistung auch kriegen. Weil die Wienerinnen und Wiener, vor allem diejenigen, die sozial bedürftig sind, können sich auf diese Stadt verlassen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Herr Kollege Lasar, Ihrer Rede zum Gamma Knife konnte ich intellektuell nicht ganz folgen. *(StR David Lasar: Das ist auch sehr schwer!)* Wissen Sie, ein Gamma Knife bestellt man ja nicht wie beim Billa eine Extrawurstsemmel, wo man sagt: „Bitte geben Sie mir noch ein zweites auch, weil vielleicht kriege ich in zwei Stunden Hunger.“ *(StR David Lasar: Nein! Aber Sie haben ja Zeit gehabt!)*, sondern ein Gamma Knife ist ein medizinisches Gerät, das über 5 Millionen EUR kostet. *(StR David Lasar: Bei Messern kennen Sie sich aus!)* Ich sage Ihnen in aller Klarheit, am Tag, als das Gamma Knife nicht mehr funktioniert hat, war geklärt, wenn Patientinnen und Patienten diese Leistung brauchen, dass sie diese Leistung auch bekommen. *(StR David Lasar: Nach Prag oder nach Frankfurt haben Sie sie geschickt! Das ist eine großartige Leistung!)* An dem Tag war auch entschieden, dass es ein neues Gamma Knife geben wird.

Herr Kollege Lasar, was es mit dieser Stadtregierung sicher nicht geben wird, ist, dass wir zur Sicherheit Geräte um 5,5 Millionen EUR in den Keller stellen und warten, bis sie dann zum Einsatz kommen, dass sie

dann veraltet sind! Das findet sicherlich nicht statt! (*StR David Lasar: Wir können ja zwei aufstellen!*) Das ist offensichtlich das, was sich die FPÖ erwartet und was die Gefahr wäre, wenn die FPÖ etwas zu sagen hätte. Aber diese Gefahr ist in dieser Stadt noch nicht so wahnsinnig gegeben und wird es auch nie sein! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Lassen Sie mich abschließend zwei Dinge sagen:

Herr Kollege Dworak, auch wenn es nie meine Rolle war, kann ich mich, glaube ich, in die Problematik der Opposition hineinversetzen. Aber bei dem, was sich im Jahr 2011 getan hat, sich hier hinzustellen und zu sagen, das ist wieder „more of the same“, ist ein bisschen schwach. Man kann sagen, man ist gegen das Spitalskonzept. Man kann sagen, man ist gegen das Geriatriekonzept. Man kann sagen, man ist gegen umfassende Reformen im Drogenbereich und gegen umfassende Reformen im Psychosozialen Dienst und gegen die Gesundheitsförderung. Das kann man alles sagen. Aber zu sagen, im letzten Jahr ist eigentlich alles genauso gewesen, wie es immer gewesen ist, darüber sollten wir uns, glaube ich, noch ein bisschen unterhalten. Dazu bin ich sehr gerne bereit, weil ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP gerade auch beim Spitalskonzept bisher Partnerinnen und Partner waren. Ich hoffe, dass wir das miteinander so weiter halten können, wenn wir am Donnerstag den Beschluss zum Regionalen Strukturplan Gesundheit haben.

Zum Kollegen Rösch möchte ich abschließend ein paar Worte sagen: Ich konnte gar nicht verstehen, was Sie eigentlich meinen (*GR Ing Bernhard Rösch: Das verstehe ich nicht!*), und zwar deshalb, weil es Ihnen in keiner Frage jemals, genauso wie Ihrer Partei, darum geht, wie man Menschen, die nicht wohlhabend sind, wie man Menschen, die soziale Probleme haben, wirklich helfen kann. Sie haben nie für die Mindestsicherung gestimmt, immer aus unterschiedlichen Gründen, einmal, weil es Ihnen zu hoch war, einmal, weil es Ihnen zu niedrig war. Sie stellen sich jetzt hier hin und sagen, das Problem ist, dass die MA 40 so viele Mindestsicherungsbezieher ablehnt, um zwei Tage später möglicherweise wieder eine Presseaussendung zu machen, dass das Sozialschmarotzertum in dieser Stadt frönt, was natürlich nicht der Realität entspricht, aber was das ist, was Sie hier immer wieder postulieren und sagen. (*GR Ing Bernhard Rösch: Das ist ein Unsinn!*) Sie sagen zunächst, dass die Menschen zu wenig Mindestsicherung beziehen, um dann zu sagen, Sie kennen aber Leute, die arbeiten gehen und die nur den 13. und 14. Monatsgehalt mehr kriegen.

Sie haben bei keiner einzigen Maßnahme, die insbesondere die Beschäftigungsgarantie für Jugendliche in dieser Stadt betrifft, die es nirgendwo anders in Europa außer in Wien gibt, zugestimmt. Sie haben bei all jenen Maßnahmen, die notwendig sind, damit junge Menschen in dieser Stadt, egal wo sie herkommen, dieselben Chancen haben, um eine Arbeit zu bekommen, von der sie leben können, nicht zugestimmt. Es gibt keine Deutschmaßnahme, und das

hat sich nicht verändert, seit der Zeit, als ich vor fünf Jahren amtsführende Stadträtin für diesen Bereich wurde, der sie zustimmen. Es ist auf der anderen Seite schlicht und ergreifend so, dass es Ihnen nur darum geht, Zwietracht zu säen, dass es Ihnen nie darum geht, Lösungen zu finden.

Sie haben davon gesprochen, in den letzten zwei Jahrzehnten hat es Sozialabbau gegeben. Ich kann Ihnen sagen, wann es in dieser Republik Sozialabbau gegeben hat, nämlich von 2000 bis 2006. Das war nämlich die Zeit, als die Lehrlingsbestimmungen verschlechtert worden sind. Das war die Zeit, als wir in Europa und in Österreich Hochkonjunktur gehabt haben und die Arbeitslosigkeit höher war, als sie heute der Fall ist. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sie haben es geschafft, in der Zeit, als es in dieser Republik Hochkonjunktur gegeben hat, dass es in Österreich mehr Arbeitslose gegeben hat als in der Zeit der größten Wirtschaftskrise seit 1929. Das war Ihr politischer Erfolg in dieser Republik! Sonst sieht man auch, das, was Sie sonst noch tun, das, was Ihre soziale Verantwortung ist, bedeutet offensichtlich, und das haben Sie heute hier wieder gesagt, Moral ist für Sie keine politische Kategorie! Denn die Frage, ob das, was der Herr Graf getan hat, nämlich eine Frau so zu behandeln, dass sie sich übervorteilt fühlt, oder der Herr Wansch, das ist für Sie offenbar erst dann ein Thema, wenn strafrechtliche Dinge passiert sind. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Wenn man Blödheiten wiederholt, wird es nicht besser, Frau Stadträtin!*)

Da haben wir erfreulicherweise so einen Unterschied in der Frage, was man unter politischer Moral versteht, dass ich mich gleich wieder wunderbar fühle! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.* - *GR Mag Dietbert Kowarik: Das ist traurig! Ihre Moral mit der Freunderlwirtschaft kennen wir! So ist es!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt mir keine Wortmeldung mehr vor.

Bevor wir uns mit der nächsten Geschäftsgruppe befassen, darf ich die Mitglieder des Gemeinderates von zwei Sachverhalten informieren:

Sachverhalt Nummer 1: Es ist ein Antrag seitens der ÖVP eingebracht worden betreffend Bürgerbeteiligung bei der dritten Flugpiste des Flughafens Schwechat. Dieser Antrag wurde von der ÖVP wieder zurückgezogen und wird daher in die Verhandlungen nicht mehr weiter einbezogen.

Weiters wurde ein Antrag der FPÖ eingebracht, mit welchem eine Volksbefragung zur dritten Piste in Wien verlangt wurde. – Ich habe mir zu diesem Antrag ein Gutachten seitens des Verfassungsdienstes erstellen lassen, weil ich selbst nicht genau Bescheid wusste, ob dieser Antrag hier zu behandeln oder nicht zu behandeln ist, und ich darf die Mitglieder des Gemeinderates davon informieren, dass mir der Verfassungsdienst der Stadt Wien Folgendes mitgeteilt hat:

„Am 1. März 2007 hat die Flughafen Wien

Aktiengesellschaft bei der Niederösterreichischen Landesregierung für die geplante Parallelpiste 11R/29L – Klammer: dritte Piste, Richtung Ost-West - einen Genehmigungsantrag gemäß dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 gestellt. Die Umweltrechtsabteilung des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung ist die zuständige Behörde für eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Daraus folgt: Es handelt sich um ein Projekt einer privaten Aktiengesellschaft. Daher fällt die Angelegenheit nicht in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde. Daran ändert auch die Wien-Beteiligung an der Aktiengesellschaft nichts, da dies eine Managemententscheidung der Aktiengesellschaft ist und nicht in den Bereich der Wahrnehmung der Eigentümerrechte fällt. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Errichtung obliegt der UVP-Behörde in Niederösterreich, fällt daher nicht in den Wirkungsbereich des Wiener Gemeinderates und kann daher schon aus diesem Grund nicht Gegenstand einer Volksbefragung in Wien sein.

Im UVP-Verfahren werden übrigens auch die angesprochenen Umweltauswirkungen geprüft und der Entscheidung zugrunde gelegt.“

Aus diesem Grunde kann ich auch diesen Antrag in die weiteren Behandlungen nicht einbeziehen, und ich erkläre ihn als unzulässig.

Ich schlage nun vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt mit der Postnummer 3, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2011, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss 2011 der Unternehmung Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf daher die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus. Ich erteile es ihr. Die Redezeit ist in diesem Fall mit 25 Minuten nach oben begrenzt.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Rechnungsabschluss 2011: Die Schulden der Stadt Wien sind gestiegen, während die finanziellen Mittel des Umweltressorts reduziert wurden, sie betragen gerade noch 6,3 Prozent des Gesamtbudgets.

Daher meine Frage: Frau Stadträtin! Ist Ihnen Umwelt nicht wichtig genug? Oder gehören Sie zu den wenigen in dieser Stadtregierung, die sich zum Sparkurs bekennen? Oder konnten Sie sich einfach nicht durchsetzen, weil die Umweltpolitik inzwischen im Verkehrsressort gemacht wird, wo ja die Fahrräder sozusagen die neuen Bäume der GRÜNEN sind? – Und ich bin sehr froh, dass ich diese Erfahrung machen durfte: Ich hätte mir nie gedacht, dass die ÖVP einmal Bäume vor den GRÜNEN in Wien retten muss. (*Beifall*

bei der ÖVP.)

Henne oder Ei? – Ich frage Sie: Gibt es keine nachhaltigen Umweltaktivitäten, weil es nicht mehr Budget gibt und die Verwaltung alles auffrisst, oder brauchen Sie gar nicht mehr, weil die Magistratsabteilungen beziehungsweise Ihre Mitarbeiter, ob ausgegliedert oder nicht, ohnedies ihren Job gut machen und Ihnen – verzeihen Sie mir, wenn ich das sage! – die Phantasie und die Visionen fehlen?

Positive Punkte müssen genannt werden, und dazu bekenne ich mich auch. Die Abteilungen – seien es jetzt die MA 31, die MA 44, die MA 22, die MA 48, die MA 36 oder die MA 42 – ich hoffe, ich habe nichts vergessen – funktionieren wirklich gut. (*Zwischenruf von GR Erich Valentin.*) Ach so! Entschuldigung!

Auf jeden Fall funktionieren alle, die ich zumindest bis jetzt kennen gelernt habe, sehr gut, und man muss sich keine Sorgen machen, dass etwas nicht funktioniert. Bitte richten Sie also meinen Dank an Ihre Mitarbeiter aus! Es ist gut und wichtig, dass man sich auf seine Mitarbeiter verlassen kann. Aber Umweltverwaltung ist zu wenig. Umweltpolitik ist vor allem Umweltgestaltung!

Im Hinblick darauf frage ich Sie: Wo ist Ihr Fußabdruck für Wien? Ich meine nicht Ihren persönlichen, Frau Stadträtin, den hinterlassen Sie wöchentlich bei Fototerminen und Inseraten, sondern ich meine Ihren ökologischen und visionären Fußabdruck. Wo ist Ihre nachhaltige Umweltpolitik für die Stadt Wien? – Ich frage ganz bewusst nach Ihrer nachhaltigen Politik für Wien, denn wenn etwas in dieser Regierung nachhaltig ist, dann sind es der Schuldenaufbau und die Klientel- und Parteipolitik für Rot-Grün.

Umso bedauerlicher ist, dass gerade in der Phase einer rot-grünen Regierung das Umweltressort zu einem Gebühren- und Ordnungsamt abdriftet! Kreativität ist nur da, wenn es um Inserate, Medien- und Plakatkampagnen oder Fototermine geht. Keine Woche ohne Sima-Fototermin. Da sind Sie beharrlich und nachhaltig! Wie viel ist aber Umweltpolitik der rot-grünen Stadt wert, die die Nachhaltigkeit nur in Medienpräsenz misst?

Nehmen wir zum Beispiel die Wasserflaschenverteilung. Halten Sie es tatsächlich für nachhaltig und umweltfreundlich, 10 000 Plastikflaschen produzieren zu lassen? – Ich meine, Sie hätten die Flaschen wenigstens in Wien oder in Österreich produzieren lassen können, dann hätte zumindest die Wiener Wirtschaft oder die österreichische Wirtschaft davon profitiert. So hat sich aber die Plastikindustrie in der Schweiz über einen guten Auftrag gefreut. Und diese Flaschen sind sicherlich nicht mit den Öffis oder mit Fahrrädern nach Wien gekommen! Der ökologische Fußabdruck dieser Wasserflaschenaktion ist also durchaus zu hinterfragen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie kritisieren zu Recht, dass PET-Flaschen die Umwelt belasten, und produzieren 10 000 neue Flaschen. Keine Frage: Kinder von Zuckergetränken hin zum Wassertrinken zu bringen, ist vor allem eine wichtige Gesundheitsmaßnahme. Das einzig Positive, das ich an dieser Aktion finden kann, ist genau diese Verlinkung zwischen Umwelt, Gesundheit und Bildung.

Ja. Es gibt gute Initiativen, etwa den ÖkoBusinessPlan: Das ist eine Kooperation zwischen Wirtschaftskammer, Stadt Wien und Wiener Unternehmen. Ein weiteres Beispiel sind die Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten. – Ich gestehe: Das ist eine Umweltaktion mit Kultur- und Integrationscharakter, die mir wirklich gut gefällt. Schön, dass sie mit etwas Zeitverzögerung auch nach Wien gekommen ist!

Und damit bin ich am Punkt: Es gäbe Grund genug, das Umweltressort nicht auszuhöhlen. Im Gegenteil! Ein ernst gemeintes Umweltressort muss ressortübergreifend agieren, bestimmen, koordinieren und Umweltmaßnahmen fordern. Ein Beispiel ist meiner Meinung nach Stadtgestaltung nach ökologischen Gesichtspunkten. Und wenn Ihnen die Phantasie ausgeht, dann schauen Sie einfach in den 8. Bezirk! Dort wird Veronika Mickel, die Bezirksvorsteherin, das Amtsgebäude begrünen.

Oder bleiben wir am Boden! Sehen wir uns die vielen Möglichkeiten auf den Plätzen an: Im 1. Bezirk wird die Gestaltung des Neuen Markts eine tolle Chance sein. Weiters kommt es zu einer Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße. Und ich erwähne natürlich auch das neue Gebiet am Hauptbahnhof: Hier muss die zuständige Stadträtin ein kräftiges Wort mitreden, und ich hoffe, dass Sie das tun! Denn sonst stellt sich die Frage: Wo ist denn da die rote Stimme für Umwelt und Tierschutz?

Wien vermisst ein nachhaltiges Gesamtkonzept zu mehr Umweltschutz und Umweltbewusstsein durch Anreize und Visionen und nicht durch Bestrafung wie Gebührenerhöhung oder PR-Gags. Oder die aktuelle Donauinsel-Kampagne: Was hat diese mit Umweltschutz zu tun? Gut, dass wir jetzt alle wissen, dass es Grillmeister auf der Insel gibt. Wie viel diese Kampagnen kosten, wissen wir nicht, denn von Kostentransparenz hält diese Regierung ja bekanntlich wenig!

Apropos Transparenz: Wie transparent ist des Budget eines Ressorts, von dem die großen Brocken sukzessive ausgelagert werden? Was ist noch da? Nehmen wir Wasser und Müll: Allein bei Wasser und Müll wurden in den Jahren 2010 und 2011 Überschüsse von über 100 Millionen erzeugt, und trotzdem haben Sie für 2012 Gebührenerhöhungen beschlossen. Das ist ein Skandal!

Ende 2012 werden insgesamt 200 Millionen EUR Überschuss allein aus Wasser und Müll entstanden sein. Das sind rund 250 EUR für jeden Haushalt. Im Hinblick darauf fordere ich Sie auf, diesen Betrag am Ende des Jahres den Wienerinnen und Wienern wieder zurückzugeben! Machen Sie es einfach wie Wiener Wohnen: Die haben jetzt auch angekündigt, die 157 EUR zurückzugeben, die sie zu viel einkassiert haben.

Und nur weil Ihnen das nicht genug ist, schalten Sie per Anlassgesetzgebung die Privatwirtschaft sukzessiv auch gleich aus, um alles in einer Hand, nämlich in Ihrer rot-grünen Hand, zu haben. Beispiel Abfallwirtschaftsgesetz: 2010 wurde die Novelle zu Gunsten der MA 48 und zu Ungunsten der freien Wirtschaft und des freien Wettbewerbs gegen die

Stimmen der ÖVP beschlossen. Das wurde heftig und deutlich im Jänner vom Verwaltungsgerichtshof kritisiert, aber am Donnerstag werden Sie das wieder einzementieren.

Ja, die aktuelle Gesetzesänderung, die Sie am Donnerstag gegen die ÖVP-Stimmen und gegen die heute Morgen auch von Herrn Kollegen Valentin gelobte Präsidentin Jank beschließen werden, bringt keine Veränderung Ihrer ursprünglichen Intention aus 2010. Das weiß ich, und das wissen auch alle Kritiker. Aber Sie hätten die Möglichkeit gehabt beziehungsweise hätten am Donnerstag die Möglichkeit, diese monopolistische Maßnahme zu Gunsten des freien Wettbewerbs zu reparieren. Diese Chance wollen Sie aber nicht nutzen, und das kritisieren nicht nur wir, sondern auch die Wirtschaftskammer stellvertretend für die Entsorgungsbranche, die wettbewerbstechnisch ins Abseits gedrängt wird.

Und das ist auch kein Einzelfall! Es ist das gleiche Prinzip wie bei den Bestattungsfirmen, beim Prater, bei Wien Marketing, beim Tierquartier, beim Naturschutz und, und, und. Das ist zweifelsohne ein bewährtes System, das nur einen Gewinner kennt: Das Machtsystem SPÖ, und im Koalitionspartner haben Sie einen braven Schüler gefunden!

Apropos Tierquartier: 10 Millionen EUR Steuergeld ergibt für 500 Kuschtiere 20 000 EUR pro Kuschtierplatz. – Das haben wir kritisiert, und das werden wir auch in Zukunft kritisieren. Trotzdem habe ich mich persönlich für eine Zustimmung zum Tierquartier eingesetzt, und zwar im Interesse des Tierschutzes und weil ich Ihren Beteuerungen, Frau Stadträtin, vertraut habe. Aber dann, nur wenige Wochen später, wird bekannt, dass Herr Darvill und seine Firmen, so auch die mit dem Projekt beauftragte Firma Agora, bereits bei Auftragsvergabe in Konkurs waren. – Sie haben unser Vertrauen missbraucht, so wie Sie es mit den Wienerinnen und Wienern offensichtlich tun! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! So gesehen, bin ich im Interesse der Wienerinnen und Wiener sogar erleichtert, dass das Budget des Umweltressorts gekürzt wird und gekürzt wurde beziehungsweise alles sukzessiv ausgelagert wird. Gerne verweisen Sie auch auf andere Kompetenzen und Verantwortungen und putzen sich ab, wie etwa beim Feinstaubflug aus dem Osten, in der Atompolitik generell und in der Temelin-Frage speziell. Sie teilen sich die Atomkraftwerke einfach parteipolitisch auf, sozusagen proporzmäßig. Temelin macht der grüne Rudi, und Mochovce macht die rote Ulli. – Na dann ist ja alles bestens! Und die Atomkraftwerke rund um Österreich werden nicht zugesperrt, sondern aufgestockt.

Die rot-grüne Umweltpolitik in fünf Schritten zusammengefasst: Erstens weniger Privat, mehr Stadt, wenn nötig per Anlassgesetzgebung. Zweitens: Gut ist es, wenn alles in rot-grüner Hand ist. Drittens: Dann auslagern, damit die Finanzgebarung versteckt werden kann. Viertens: Kampagnentauglichkeit muss vorausgesetzt sein, damit auch Fototermine möglich

sind. Fünftens: Irgendwie muss man die Kampagnen dann auch finanzieren, daher werden Gebühren erhöht. – Dafür stehen wir nicht zur Verfügung! Wir stimmen dem Rechnungsabschluss nicht zu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Maresch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Man könnte jetzt natürlich sagen: So! Jetzt haben wir es gehört! Die ÖVP kritisiert so richtig drauf los!

Ich möchte jetzt gleich am Schluss beginnen mit dem grünen Rudi und der roten Ulli: Ich war gemeinsam mit einer Delegation in Brüssel, und wir waren dort bei der Kommission, wir waren bei Vertretern von dortigen Parteien. Bei der Kommission haben wir etwas Interessantes gehört, und zwar: Der Erfinder des sogenannten Stresstests ist Herr Berlakovich. Er habe allerdings vergessen, wurde uns dann höhnisch mitgeteilt, auch den Wiener Atomreaktor einem Stresstest unterziehen zu lassen. – Das haben wir interessant gefunden! Dafür ist nämlich die Bundesregierung zuständig, Herr Bundesminister Töchterle. Aber das hat nicht stattgefunden, einfach so, das mussten wir uns anhören. Danke schön, Herr Bundesminister! Das ist nicht geschehen, und dafür durften wir uns dort verhöhnen lassen. – Das ist einmal das Erste.

Zweitens möchte ich zur Bemerkung betreffend die Auslagerung von Temelín, Mochovce beziehungsweise Bohunice etwas sagen: Ausgelagert hat in Wirklichkeit einer, nämlich der zuständige Herr Bundesminister, und das ist wieder einmal Berlakovich. Er hat in Wirklichkeit dort gar nichts gemacht, nichts, nicht einmal nichts! Dafür durften wir uns von den Slowaken mit der Geschichte verhöhnen lassen: Die Österreicher haben kein Atommülllager, und sie sind deswegen so knieweich, weil sie ihren Atommüll von Krankenhäusern beziehungsweise Versuchsreaktoren gerne ins Ausland schicken täten – unwidersprochen vom Herrn Bundesminister.

Die nächste Geschichte: Die ÖVP hat vor den GRÜNEN die Bäume gerettet. – Wenn man etwas erfindet, dann kann man davor immer retten, was man gerade erfunden hat. – Faktum ist, dass dort keine Bäume für ein Radprojekt gefällt werden müssen. Das hätte die ÖVP gern, damit man dort die paar Stimmen, die den ersten Platz vom dritten oder den zweiten Platz vom dritten trennen, einholen könnte. Um so etwas hintanzuhalten, gibt es einen gemeinsamen Antrag, in diesem Fall von Grün und Rot:

„Die Dienststellen der Stadt Wien werden gebeten, bei der Projektierung von Bau-, Verkehrs- und anderen Infrastrukturprojekten“ – also nicht nur beim Radfahren, denn bei Garagen seid ihr nicht so zimperlich! – „auf eine größtmögliche Schonung des Baumbestandes zu achten.

In formaler Hinsicht beantragen wir die sofortige

Abstimmung.“

Und jetzt möchte ich gleich noch einmal zur bei den Garagen nicht so zimperlichen ÖVP kommen. Machen wir es ganz klar: Es ist dies eine Geschichte, bei der wir mit der Sozialdemokratie in Hernals nicht derselben Meinung sind. Dort war die ÖVP-Hernals sehr wohl dafür, dass jede Menge Bäume beim kleinen Schulpark gefällt werden! Da gab es keine Krokodilstränen, keine Baumpatenschaften und keine Umarmungen von Bäumen, sondern da geschieht das. Ja. Da haben wir eine Differenz mit der Sozialdemokratie. Das kommt manchmal vor, nicht oft, aber manchmal.

Jetzt noch einmal zur Umweltpolitik der Stadt und zum ökologischen Fußabdruck: Ich finde es interessant, wenn zum Beispiel der Herr Bundesminister – von Ihnen ja durchaus gekannt – eine Untersuchung über Mehrwegflaschen und Einwegflaschen und ihre ökologische Verwertbarkeit oder ihren ökologischen Fußabdruck machen lässt und dann heraus kommt, dass die PET-Mehrwegflasche am besten ist. Das Problem ist halt, dass der Herr Bundesminister die PET-Mehrwegflasche abgedreht hat. Diese gibt es nämlich nicht mehr! PET-Mehrweg ist verstorben! Und ich finde es bezeichnend, dass Herr Bundesminister Berlakovich, Ihr Schatziputzi, das nicht einmal gewusst hat, als er das präsentiert hat! – Das ist schon ein Armutszeugnis!

Nächstes Armutszeugnis: Ich finde es interessant, dass die ÖVP plötzlich gegen die Auslagerung ist! Das war offensichtlich nicht immer so. Man kann dazulernen, um mit Kollegen Mahdalik zu reden, man kann immer gescheiter werden. Ja! Im Koalitionsübereinkommen steht, dass es keine Privatisierungen geben wird. Das steht da drinnen. Es wird also keine Privatisierungen und auch keine Auslagerungen geben.

Und wenn ich mich nicht täusche, haben Sie beim Tierquartier zugestimmt. Das war hier ein einstimmiger Beschluss mit FPÖ und ÖVP, warum auch immer, vielleicht ein bisschen aus Angst vor der „Krone“. Jedenfalls haben Sie zugestimmt. Aber im Nachhinein kann man immer gescheiter werden, was offenbar heißt, dass Sie jetzt wieder dagegen sind.

Auf noch etwas möchte ich ein bisschen eingehen: Es gibt jetzt eine neue Heroine, nämlich die Frau Bezirksvorsteherin des 8. Bezirks, Frau Mickel. Sie ist dafür, dass das Amtsgebäude begrünt wird. – Interessant! Das ist, glaube ich, ein denkmalgeschütztes Gebäude! Ich würde mich freuen, wenn das dort geschieht! Warum nicht? Interessante Geschichte!

Aber noch viel interessanter ist, dass Frau Mickel Jahr und Tag beim Herrn Finanzminister im Kabinett gesessen ist. Das ist an sich nichts Ehrenrühriges, überhaupt nicht! Das Problem ist nur: Dem Finanzminister beziehungsweise dem Wirtschaftsminister unterstehen die Finanzämter. Und bekanntlich befindet sich das Finanzamt im 8. Bezirk in einem alten Palais, und zwar im Palais Strozzi, mit zwei Gärten. Diese hat die Frau Mickel noch immer nicht geöffnet, obwohl sie es immer angekündigt hat. Sie hat den besten Draht zur ÖVP und zum ehemaligen Finanzminister, also beste Drähte in die ÖVP hinein!

Aber es geschieht nichts, überhaupt nichts!

Es gibt dort auch noch den Tigergarten. Diese Geschichte ist, wie man sagt, zeitverzögert nach Wien gekommen. Warum zeitverzögert im 8. Bezirk? – Das kann ich schon sagen: Es gibt einen netten Artikel in der Bezirkszeitung der ÖVP im 8. Bezirk, in dem der Stellvertreter beziehungsweise ein wichtiger Mann der ÖVP im 8. Bezirk, Herr Hemza, gegen die Privatisierung von öffentlichem Raum wettet. Wenn ich mich nicht täusche, hat er gesagt: Das geht überhaupt nicht!

Gut. Man kann aber immer gescheiter werden. Gemeinsam waren Rot-Grün und die ÖVP dort, und wir haben den Park gemeinsam eröffnet. Schaut schön aus! Das ist eine ganz wichtige Geschichte.

Damit bin ich jetzt schon fertig mit der ÖVP, abgesehen von den üblichen Geschichten mit dem Fotografieren und nicht Fotografieren. Dazu sage ich: Herr Berlakovich ist in jeder Minizeitung drin, die es nur gibt! Entschuldigung! Da regt ihr euch nicht auf! – Aber soll so sein!

Jetzt möchte ich zu den einzelnen Abteilungen kommen. Ich muss sagen: Rot-Grün wirkt da auch. Ich bin ganz zufrieden über die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung aus allen Abteilungen. Jetzt muss ich auch aufzählen: MA 58, 36, 60; zu den anderen sage ich dann noch Näheres. Dort geschieht einiges, und ich finde das gut! Wir bekommen alle Informationen, die wir brauchen. Und mit der Frau Stadträtin und der Fraktion kann man fein und gut zusammenarbeiten. Ja, wirklich gut! Es besteht ein sehr großes Vertrauensverhältnis. Und vielen lieben Dank auch für die straffe Vorsitzführung durch Herrn Kollegen Valentin! Das gefällt mir immer wieder, und ich habe mir ein Beispiel daran genommen bei Planung und Verkehr. Ja, wirklich wahr!

Dass die Opposition so wenig zu sagen hat, ist immer wieder überraschend. Aber soll sein! Ich nehme mittlerweile auch schmunzelnd zur Kenntnis, dass die Ausschusssitzungen jetzt kürzer dauern als früher. Offensichtlich fällt euch auf der rechten Seite – in meinem Fall auf der linken, aber tatsächlich auf der rechten Seite – nicht so viel ein!

Jetzt möchte ich noch etwas zu den einzelnen Punkten sagen: Ja. Gemeinschaftsgärten gibt es in sehr vielen Bezirken. Diesbezüglich haben wir gemeinsam viel vorangetrieben. Es gibt auch Gemeinschaftsgärten mit Wiener Wohnen. Faktum ist: Die Stadt Wien hat sich da einen internationalen Trend zu eigen gemacht. Das finden wir gut!

Fast noch besser finden wir, wenn die Fassaden begrünt werden, und wenn Frau Mickel mit einer grünen Fassade im 8. Bezirk auftritt, dann werden die GRÜNEN im 8. Bezirk sich darüber auch freuen. Ja, das ist so!

Zur MA 31 kann man sagen, dass diese früher immer ein Stiefkind der ÖVP war. Da wurde immer über die Wasserleitungen gewettert und gewettert. Jetzt kann man sehen, dass die Wasserstraße am Gürtel erneuert wird. Das ist ein ganz großes Projekt, und dann weiß man, wo das Geld hineingeht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wasserleitungen zu reparieren, ist nach all den Jahren notwendig, in denen es keine Erhöhung gegeben

hat, und daher brauchen wir jetzt Geld dafür. Die Wasserstraße am Gürtel kann man sich anschauen: Über eine weite Strecke wird das Leitungsnetz erneuert.

Betreffend Lobau und MA 45 gab es vor Kurzem eine Präsentation im Naturschutzbeirat. Es gibt jetzt eine Gewässervernetzung. Es hat dazu eine gute Debatte gegeben: Es geht darum, ob man die Lobau austrocknen lässt oder nicht und ob es da Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Zur MA 22 im Naturschutzbeirat: Es hat da eine wahre Heerschau von Dingen gegeben, die geschehen sind. Und es gibt sicherlich noch viele Dinge zu tun, was die Luftgüte betrifft, aber die MA 22 ist diesbezüglich gut aufgestellt.

Bei der MA 48 gibt es immer einen Punkt, über den ich mich nicht ganz so freue, nämlich über die Müllverbrennungsanlagen. Ich habe mir noch immer nicht das Herz genommen, dem zuzustimmen, und das wird auch nicht so geschwind geschehen.

Grundsätzlich muss man die MA 48 aber für zwei Dinge loben, nämlich erstens für die tolle Kompostwirtschaft, die die MA 48 aufgezogen hat, und zweitens ist es auch gelungen – und das ist in einer prosperierenden Stadt wie Wien ganz wichtig –, dass die Müllvermeidung wirkt. Wir waren immer ein bisschen skeptisch, aber die Müllvermeidung wirkt. Die großen Zuwachsraten gibt es nicht mehr, und aus dem Kompost wird guter Grund erzeugt, damit man auch einiges in den Gärten weiterbringt.

Die MA 42 schützt den Baumbestand. Manchmal ist das ein bisschen schwierig, aber ich meine, gemeinsam werden wir auf der Wieden oder sonstwo den Baumbestand schützen beziehungsweise weiterhin schützen.

Last but not least möchte ich mich auch bei der Wiener Umwelthanwaltschaft beziehungsweise Umwelthanwältinnenschaft für die tollen Aktivitäten bei Antiatom bedanken. Es ist nämlich ganz wichtig, Wien und die BürgerInnen gemeinsam gegen die „Fadigkeit“ und die Nachlässigkeit der Bundesregierung zu unterstützen. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Ing Guggenbichler. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin!

Ich glaube, es ist heute an der Zeit, einleitend den Mitarbeitern der Magistratsabteilungen in dieser Geschäftsgruppe für die Arbeit zu danken, die sie geleistet haben. Sie haben gute Arbeit geleistet, aber sie können nichts für ihre Führung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wahrscheinlich haben genau jene Mitarbeiter verhindert, dass den Wienerinnen und Wienern noch mehr zugemutet wurde als schon im letzten Jahr! Aus diesem Grund darf ich mich recht herzlich bei ihnen bedanken.

Man muss jedoch festhalten, dass in diesem Ressort

von unserer Stadträtin geschönt wird, plakatiert wird und Geld aus dem Fenster hinausgeworfen wird, ohne dass man im Endeffekt einen maßgeblichen Vorteil für die Umwelt erkennen könnte. Es ist bedauerlich, beobachten zu müssen, dass ein Umweltressort, das wichtige Aufgaben in dieser Stadt hätte, in ein Inkassobüro umgewandelt wird und in umweltpolitischen Fragen des Tier- und Artenschutzes und der Umweltpolitik insgesamt jegliche Kompetenz aufgegeben hat. Es werden Löcher gestopft, Gebühren lukriert, die Bürger ausgesackelt, und die Umweltpolitik wird auf dem Altar des Ausverkaufs öffentlichen Gutes geopfert. Arten- und Tierschutz kommt in dieser Stadt nur mehr in Broschüren vor, aber wenn es darum geht, Tierarten wirklich zu schützen, dann schweigt die Frau Stadträtin.

Ich habe vor ein paar Tagen eine Unterlage bekommen, die mich eigentlich sehr gefreut hat, bis ich draufgekommen bin, welches Datum diese trägt. Ich darf sie kurz herausuchen. – Es ist dies ein Schreiben der Frau Stadträtin bezüglich der Zieselpopulation. Da hat sie geschrieben: „Liebe Ziesel-Freunde! Es freut mich: Das Sterben der Ziesel wurde gestoppt.“ – Leider Gottes musste ich dann erkennen – und Sie bekommen das Schreiben später auch noch, falls Sie es in Ihrem Archiv nicht mehr haben –, dass es hier nicht um die Gründe am Marchfeldkanal geht, sondern dass das ein Schreiben aus dem Jahr 2005 ist und die SPÖ sich damals maßgeblich dafür eingesetzt hat und Bürgermeister Häupl und Umweltstadträtin Sima sich damals sehr gefreut haben, der Bürgerinitiative zu danken, dass sie sich für den Artenschutz eingesetzt hat.

So etwas ist aber im Inkassoumweltressort heute nicht mehr gefragt! Jetzt läuft es im Inkassoumweltressort eher so ab, dass die Frau Stadträtin, wenn man sie fragt, welche naturschutzbehördlichen Bewilligungen sie in ihrem Ressort ausstellt, damit die Ziesel mit Drahtwippfallen gefangen werden können, sagt: Einen solchen Bescheid gibt es von meinem Ressort nicht! – Frau Stadträtin! Wenn Sie diesen Bescheid nicht kennen, dann darf ich Ihnen diesen übermitteln. Er ist vom 28.3.2012. Sie sollten ihn studieren! *(Der Redner übergibt Amtsf StRin Mag Ulli Sima den Bescheid.)*

Aber nicht nur der Artenschutz liegt in diesem Ressort im Argen, sondern es ist auch bemerkenswert, wie mit demokratischen Kontrollrechten umgegangen wird. So ist es an der Tagesordnung, dass Ausschussakten in einer Form vorliegen, die für Mitglieder des Ausschusses nicht lesbar sind, da sie mit einer Software erstellt werden, die niemandem zur Verfügung steht. Aber beschlossen sollen die Millionen sehr wohl werden! Und führenden in diesem Ressort Beschäftigten – und ich glaube, einer ist sogar hier –, fällt dann nichts Besseres dazu ein, als der Opposition zu sagen: Kauft euch halt das Programm! Und außerdem ist es mir eh wurscht, was ihr sagt. – Das ist die Art, wie in diesem Ressort mit der Opposition umgegangen wird! Es wäre interessant, ob die gerade zitierte Passage in der Wiener Stadtverfassung oder in der Geschäftsordnung zu finden ist!

Aber nicht nur das. Wir haben auch einen Antrag gestellt, die Akten den Ausschussmitgliedern digital zu übermitteln, und im nächsten Ausschuss wird das auch zur Diskussion stehen. Gestern haben wir mit den Ausschussunterlagen auch schon die Stellungnahme der Frau Stadträtin bekommen. Und was sagt die Frau Stadträtin für Umwelt auf unseren Antrag, den wir gestellt haben, weil wir kein Papier produzieren und es deshalb digital haben wollen? – Sie sagt: Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es nicht möglich, den gewählten Mitgliedern des Ausschusses die Akten vollständig zu übermitteln. – Aber wir sollen Millionen beschließen!

Auf der einen Seite gibt es Datenträger. Auf der anderen Seite weigern Sie sich, Kopierpapier herzugeben, um die Kontrollrechte ausüben zu können. Und digital wollen Sie es auch nicht hergeben. Frau Stadträtin! Dieser schleißige Umgang mit der Demokratie erschüttert mich sehr! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da dies leider in den letzten Monaten an der Tagesordnung war, darf ich jetzt einen Beschlussantrag einbringen: Der Wiener Gemeinderat möge beschließen, dass Poststücke, die nicht zur Gänze einsehbar sind, von der Tagesordnung zu nehmen sind.

Dazu muss ich sagen: Ich bedaure es zutiefst, dass es notwendig ist, einen solchen Antrag in diesem Haus überhaupt zu stellen! – In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In regelmäßigen Abständen dürfen wir auch Kampagnen des Umweltressorts über uns ergehen lassen, die oft an Ungustiösität nicht zu überbieten sind. Den Wiener Bürgern werden tausende Kothaufen in allen Aggregatzuständen – einmal in der Kugel, einmal im Sackerl, einmal frei liegend – zugemutet. Das begeistert die Wiener aber nicht für Umweltschutz, sondern es eckelt sie an! Das sage ich Ihnen ganz offen. Und das motiviert mich dazu, einen weiteren Beschlussantrag einzubringen: Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt, eine Evaluierung der Kosten und Nutzen der besagten Kampagne in umweltpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht vorzulegen. – Es fragen mich nämlich auch viele Touristen, was das eigentlich soll und was Wien damit zeigen will. Aber die Frau Stadträtin wird es besser wissen, und ich hoffe, die Evaluierung wird uns zeigen, welcher Nutzen uns daraus entstehen kann. – In formeller Hinsicht wird ebenfalls die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Nun noch etwas: Wir sind der Meinung, dass es besser ist, sanitäre Einrichtungen zu schaffen und die Gelder dorthin zu investieren. Daher darf ich noch einen Beschlussantrag einbringen.

Die amtsführende Umweltstadträtin möge im Zusammenhang mit dem Bezirk für die Verbesserung der sanitären Infrastrukturanlagen an der Unteren Alten Donau sorgen. – Es ist nämlich besser, Sanitäreinrichtungen zu machen, als Fäkalien an die Wand zu kleben, Frau Stadträtin! – In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss beantragt.

(Beifall bei der FPÖ.)

Aber nun zu Ihrer Vorgangsweise des Aussackelns der Wiener Bürger: Es ist erschütternd, was Sie sich da im letzten Jahr geleistet haben! – Ich darf nur kurz daran erinnern: Erhöhung des Wasserpreises um 33 Prozent, Erhöhung der Kanalgebühren um 6 Prozent, seit 2006 gar um 43 Prozent, Erhöhung der Müllgebühren um 6 Prozent, seit 2006 gar um 34 Prozent, Erhöhung der Wasserzählergebühren um 33 Prozent, Erhöhung der Hundeabgabe um 60 Prozent, und das von einer Tierschutzsprecherin! Jeder Wiener und jede Wienerin wurden um 548 EUR belastet. Dieses Geld wurde jedem Wiener aus der Tasche gezogen. Und das ist nicht akzeptabel!

Argumentiert wurde beim Wasser aber immer mit Mehrkosten. Frau Stadträtin! Sie haben immer gesagt, dass Sie das Wasser in Zukunft schützen wollen und dass wir, wenn Sie in diesem Bereich nicht erhöhen, keine Möglichkeit haben, dieses Wasser in Zukunft weiter nutzen zu können. – Aber die Wassersteuer und die Müllsteuer haben doch im Vorjahr zur Finanzierung des Budgets und nicht zur Erhaltung des Wassers beigetragen. Dies führte im letzten Jahr zu einem Überschuss von 34 Millionen EUR bei der Wassersteuer und sogar zu 58 Millionen beim Müll. Für 2012 rechnen wir auf Grund der Erhöhungen mit 50 Millionen beim Wasser, und in Summe wird das Budget 2012 mit 135 Millionen EUR mitfinanziert, die Sie den Bürgern in Form von Gebühren aus der Tasche gezogen haben, und das, obwohl Sie ganz genau wissen beziehungsweise es ignorieren, dass in Wien 300 000 Menschen an oder unter der Armutsgrenze leben. – Diese unsoziale Vorgangsweise, Frau Stadträtin, haben Sie allein zu verantworten und für Ihr Ressort zu vertreten!

Daher sage ich Ihnen: Organisieren Sie Ihr Ressort besser! Helfen Sie Ihren Mitarbeitern, die ordentliche Arbeit leisten, diese ordentliche Arbeit weiterführen zu können! Geben Sie ihnen die Möglichkeit, in ihrem Bereich ohne Mobbing und Angst agieren können! (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Stadträtin! Wir hören immer öfter, dass in Ihrem Ressort das Regime der Angst herrscht, weil jeder, der nicht hundertprozentig Ihren Befehlen gehorcht, sofort bedroht wird. (GR Kathrin Gaal: Um Gottes willen!) Und das können wir auch belegen!

Was kann man unterm Strich zu diesem Ressort sagen? – Es wird kassiert, es werden Zahlen vernebelt, es wird auf Plakaten geklotzt und dubiosen Vereinen Geld zugeschoben. Wir werden diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können. – Danke sehr. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Valentin gemeldet. – Sie haben drei Minuten.

GR Erich **Valentin** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich halte die Art und Weise, wie er die Frage der Akteneinsicht interpretiert, für eine im höchsten Maße merkwürdige Gangart des Fraktionssprechens der FPÖ!

Aber ich bin gerne bereit, ihm aus der Geschäftsordnung der Ausschüsse und Kommissionen zu zitieren, und das ist auch das, worauf wir uns in Zukunft ausschließlich verständigen werden. – In § 11 Abs 2 steht geschrieben: „Einem Ausschussmitglied beziehungsweise Ausschussersatzmitglied“ – also nur dieser Personengruppe – „steht das Recht auf Einsichtnahme auch in die zur vertraulichen Behandlung bestimmten Geschäftsstücke zu, die dem Ausschuss, dessen Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied es ist, vorliegen.“

Diesem Passus werden wir Genüge tun. Das heißt, Herr Kollege, dass Ihnen und Ihren KollegInnen wie bisher die Einsicht in alle Akten zusteht. Nachdem hier nicht von einem elektronischen Versand die Rede ist, wird es auch in Zukunft nur im Ermessen möglich sein, diese zu versenden. Das heißt, es wird nicht möglich sein, Geschäftsstücke gänzlich zum Versand zu bringen. Sie persönlich oder Ihr Ersatzmitglied können aber, wie auch bisher, in den Zeiten, in denen das Büro geöffnet ist, Einsicht nehmen. Dieses Recht steht Ihnen zu, und wir werden uns auch in Zukunft minutiös an dieses Recht halten, wie wir es auch in der Vergangenheit getan haben.

Lassen Sie mich jetzt persönlich noch hinzufügen: Wenn Sie ein Service, das wir seitens der Geschäftsgruppe Ihnen und allen anderen Mitgliedern angedeihen haben lassen, bei dem man interpretieren kann, ob die Vertraulichkeit feststeht – denn man kann ja nicht wissen, wer Ihren PC aufmacht –, so interpretieren, wie Sie es soeben getan haben und daraus Folgerungen ziehen, dann werden wir uns auf die sichere Seite der Geschäftsordnung begeben und Ihnen zukünftig genau jene Rechte zukommen lassen, die Sie jetzt gerade eingefordert haben. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – GR Ing Udo Guggenbichler: Was haben Sie zu verstecken, Herr Valentin?)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Spitzer. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Gerhard **Spitzer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst bedanke ich mich für das Lob meiner Vorrednerinnen und Vorredner, dort wo es gefallen ist, und ich kann zusichern, dass wir uns dort, wo konstruktive Kritik geäußert wurde, alles sehr genau ansehen werden. Allerdings war halt nur relativ wenig wirklich konstruktive Kritik dabei. Ich habe einige sehr leere Worthülsen und Sager gehört. Das ist schon in Ordnung, diese passen dann zu Presseaussendungen, aber wirklich Konstruktives war halt wenig dabei!

Ich darf auch Kollegin Holdhaus beruhigen: Die Umweltpolitik wird nach wie vor im Umweltressort gemacht. Sie sitzen ja in diesem und erleben es auch wirklich mit, und Sie tun auch mit, was mich persönlich sehr freut! Einige Beispiele für die von Ihnen geforderte Nachhaltigkeit bringe ich jetzt auch noch, obwohl Sie das eigentlich auch wissen sollten.

Beginnen darf ich bei der MA 22 – Umweltschutz und das Programm „Urbane Luftinitiative – Klammer: ULI-Wien“ erwähnen. Außerdem erwähne ich auch die hervorragend funktionierenden Programme ÖkoKauf und ÖkoBusinessPlan, über die Kollegin Holdhaus ja schon berichtet hat. ÖkoKauf selbst hat einige auch internationale Auszeichnungen gewonnen und wird international auch als Best Practice Beispiel für grüne öffentliche Beschaffung genannt, und darauf können wir hier in Wien wirklich sehr stolz sein!

Ähnliches gilt für den ÖkoBusinessPlan, das Umweltservicepaket, das Betriebe mittlerweile sehr gerne auch in Anspruch nehmen – No na! Dieses spart ihnen nämlich in Wirklichkeit teuren Einsatz von Rohstoffen und Einsatz von Energie und vermeidet auch einiges an Abfall und Emissionen. Über 800 Betriebe haben sich daran schon beteiligt, und es ergibt sich eine eindrucksvolle Bilanz der letzten Jahre: Es wurden auf diese Weise über 118 Tonnen Abfälle eingespart. – Ich möchte das nur ein bisschen umrechnen: Das entspricht etwa eineinhalb Mal dem Ernst-Happel-Stadion voll mit Müll.

Eine weitere eindrucksvolle Zahl: 745 Millionen an Kilowattstunden Energie wurden eingespart. Das ist in etwa die Haushaltsgröße von ganz Salzburg. Weiters gab es über 90 000 Tonnen weniger Kohlendioxid. Auch dazu ein Vergleich: Diese Menge passt in etwa 15 000 Heißluftballons! Außerdem konnten rund 105 Millionen Transportkilometer eingespart werden, und das ist auch ganz wichtig. Das entspricht ungefähr 2 500 Fahrten rund um die Erde. Die Senkung des Trinkwasserverbrauches betrug fast 3 Millionen Kubikmeter, das sind etwa 960 olympische Schwimmbecken. – Diese Zahlen habe ich jetzt nur so für die Statistiker unter uns genannt, dass man sich vorstellen kann, was das jeweils bedeutet.

Erwähnen möchte ich natürlich auch das Netzwerk Natur, das gemeinsam mit den einzelnen Bezirken hervorragend funktioniert. Die Bezirke arbeiten zum Teil ja an eigenen Bezirksleitlinien und beraten auch die einzelnen Maßnahmen. Es gab zahlreiche Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schiene sowie Programme zur Fassadenbegrünung und Dachbegrünung. – Ich könnte jetzt mit dieser Aufzählung noch endlos fortfahren.

Wichtig ist aber auch der Bereich der Umweltbildung, denn da vermitteln wir den Kindern bereits im jüngsten Alter die Herangehensweise an Bildung. Die Erlebnistouren der MA 22 funktionieren hervorragend, an diesen haben im vergangenen Jahr fast 2 800 Kinder erfolgreich teilgenommen, und das macht ihnen wirklich sehr viel Spaß.

Die MA 31 konzentriert sich nach wie vor im Wesentlichen auf die Erneuerung des Rohrnetzes. Ich rufe die wichtigsten diesbezüglichen Vorhaben noch einmal in Erinnerung: Triester Straße, im 16. Bezirk die Enekelstraße, Mommsengasse sowie die Wasserversorgung Bahnhof Wien-Mitte. In Summe ergibt sich ein Investitionsvolumen in dieser Stadt von rund 7 Millionen EUR, und das ist gerade in dieser Zeit sehr

wichtig.

Weiters nenne ich die Behältersanierungen Wienerberg-Neubau oder Dreimarkstein-Neubau mit einer Summe von rund 13 Millionen EUR an Investitionen. Für die Aquädukte gab es eine Investition von rund 6 Millionen EUR.

Ich darf nun zum Bereich der MA 42 kommen und greife in diesem Zusammenhang stellvertretend nur die Herstellung von Parkanlagen heraus, die ja grundsätzlich in der Bezirksdezentralisierung liegen, aber bei Projekten der Stadterweiterung natürlich aus dem Zentralbudget bedeckt werden. Ich nenne dafür jetzt nur fünf Beispiele, nämlich den Rohrauerpark, den Wasserspielplatz Wasserturm, den 12.-Februar-Park, den Helene-Deutsch-Park und den Leon-Zelman-Park. Insgesamt wurden somit – das sage ich wieder für die Statistiker unter uns – Grün- und Spielflächen von 38 000 m² mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 3,5 Millionen EUR geschaffen, und das mitten in einer Großstadt.

Sehr wichtig ist natürlich auch unsere MA 45, der Wasserbau. Hier hat sich die Arbeit im Wesentlichen mit dem Betrieb der Altlastenabsicherungsanlagen, der Instandhaltung sämtlicher Bäche und Gerinne im Raum Wien einschließlich Wienfluss und Donauinsel, mit Hochwasserschutz und der Gewässervernetzung beschäftigt.

Und weil es hier so gut dazupasst, bringe ich gleich einen Beschluss- und Resolutionsantrag der GRE Spitzer, Ekkamp, Novak, Maresch und FreundInnen zur Regattastrecke für den Paddel- und Rudersport in der Kuchelau ein: Der Wiener Gemeinderat ersucht die zuständigen Bundesstellen, rechtzeitig vor der Nutzungsänderung des Areals der Tegethoff-Kaserne die Rahmenbedingungen unter Einbringung der diversen Nutzer der Kuchelau eindeutig festzulegen, sodass unter anderem motorisierter und nichtmotorisierter Wassersport, Flachwasserregatten, die Anlegestellen, das Baden, die Fischerei und natürlich auch naturschutzrechtliche Angelegenheiten nebeneinander stattfinden können. In formeller Hinsicht, wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Jetzt komme ich zu einem Bereich, der allein abendfüllend wäre, aber das möchte ich Ihnen heute ersparen. Der große Bereich der MA 48 wurde ohnehin auch schon von Kollegen Maresch erwähnt. Im Bereich der Müllabfuhr gab es wesentliche Maßnahmen zur nachhaltigen Abfallvermeidung. Ich darf erinnern an die Initiative „Natürlich weniger Mist“, an die Aktion „Saubere Stadt“, an das Mistfest, an den alljährlichen Frühjahrsputz, an dem sich tausende Menschen in dieser Stadt mit Begeisterung, vor allem Schülerinnen und Schüler, einbringen und Wien noch sauberer machen können.

2011 lag der Schwerpunkt auf der Ökologisierung von Veranstaltungen, ich nenne jetzt nur die Stichworte Mehrwegbecher und Mehrweggeschirr bei großen Veranstaltungen.

Nun wieder eine Zahl für die Statistikerinnen und Statistiker: Im Jahr 2011 wurden von den 48ern über 300 öffentliche städtische Bedürfnisanstalten verwaltet.

Ein großer Bereich der 48er ist natürlich die Straßenreinigung. Ich komme daher jetzt noch einmal zurück zur Aktion „Saubere Stadt“: Ich darf an die Montage der neuen 70-Liter-Papierkörbe, an die Verbesserung der Ascherrohre und an die Montage von weiteren Hundekotsackerlspendern erinnern. Nach wie vor ist nämlich der Hundekot ein großes Thema in unserer Stadt.

Wiederum für unsere Statistiker: 2011 gab es 17 600 Papierkörbe in dieser Stadt, davon 10 800 ausgestattet mit Aschern. Derzeit gibt es 2 900 Hundekotsackerlspender, und unglaubliche 47 000 Hundekotsackerln werden in die entsprechenden Behälter geworfen, aber nicht pro Jahr, sondern pro Tag, 47 000 Kotsackerln pro Tag werden entsorgt!

Der Winterdienst, ein ganz wichtiger Bereich der MA 48. Mittlerweile schaut halb Europa zu uns, wie gut dieser Winterdienst in Wien funktioniert.

Und nicht zuletzt nenne ich auch unser Erfolgsmodell der Waste Watcher: Im vergangenen Jahr wurden 122 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Waste Watchern ausgebildet, und diese beschäftigen sich speziell mit den Schwerpunkten wie nicht entferntem Hundekot, illegal abgelagertem Sperrmüll, den Einkaufswagerln, die leider nach wie vor immer noch im Stadtbild zu sehen sind, der Verunreinigung durch Kleinmüll und Speisereste und seit Mitte des letzten Jahres – wie auch erwähnt – der Verunreinigung durch Zigarettenreste.

Neu in unserem Ressort ist die MA 60, worüber ich mich als Tierschutzsprecher meiner Fraktion sehr freue, mit den Bereichen Tierschutz und Tierhaltung. Ich darf an die Einführung des verpflichtenden Hundeführscheines erinnern, was über die MA 60 hervorragend abgewickelt wurde. Im Jahr 2011 wurden über 2 500 verpflichtende Hundeführscheine positiv behandelt.

Jetzt ist auch das Fiakerwesen bei uns, und zwar nicht nur die Kontrolle direkt an den Standplätzen, sondern auch in den Stallungen.

Erwähnen möchte ich im Bereich der 60er auch noch das neue Frontoffice und die Tierschutz-Helpline. Die Tierschutz-Helpline verzeichnete übrigens im letzten Jahr mit über 16 000 Anrufen einen neuen Rekord. Auch das ist ein Erfolg für diese Abteilung.

Auch die hervorragende Öffentlichkeitsarbeit der MA 60 gerade im Bereich der Schulen und Kindertagesheime zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Umgang mit Hunden ist erwähnenswert. Das ist immer wieder ein gefährliches Thema in der Stadt. Jetzt lernen Schülerinnen und Schüler bereits im jüngsten Alter den richtigen Umgang mit Hunden, damit sie genau wissen, wie sich ein Hund verhält und wie man sich selbst zu verhalten hat, wenn ein Hund entsprechend reagieren soll.

Abschließend zum großen Bereich Wien Kanal: Ich freue mich darüber, dass rund 99 Prozent der Haushalte in dieser Stadt bereits an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen sind. Im letzten Jahr lag der Schwerpunkt im Bereich der Donaustadt. Es wurden rund 11,5 km an

Kanalbau neu fertiggestellt und ins Kanalnetz übernommen. Man muss aber auch alles, was man neu baut, instand halten. Es wurden rund 3,5 Millionen EUR für die Instandhaltung der Kanalanlagen aufgewendet. Zur Freude der Wienerinnen und Wiener geschah dies größtenteils durch unterirdische Arbeiten, also ohne nötige Aufgrabungen.

Abschließend darf ich sagen, dass der Erfolg Wiens untrennbar mit dem Erfolg der Umweltschutzabteilung hier im Haus verbunden ist, und dafür danke ich der zuständigen Stadträtin, vor allem aber all den engagierten Teams in den einzelnen Abteilungen. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zur Wort gemeldet hat sich Herr GR Walter. Ich weise darauf hin, dass die Redezeit nun mit nur mehr 15 Minuten laut Vereinbarung der Präsidialkonferenz begrenzt ist. – Bitte schön.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist in der Tat schon einiges zum Umweltressort gesagt worden. Es gibt natürlich in allen Bereichen noch viel zu sagen, aber ich möchte mich ganz kurz mit meinem Vorredner Maresch, der jetzt anscheinend nicht da ist, beschäftigen. Er braucht sich nicht auf den Herrn Bundesminister für Umwelt und Landwirtschaft ausreden, sondern er soll selber vor seiner eigenen Türe kehren und sich um seinen eigenen Mist kümmern, dann geht nämlich auch mehr weiter!

Zur Atommüllfrage des Atomreaktors in der Leopoldstadt: Ich gehe davon aus, nachdem ich diesen selbst schon live gesehen habe, dass die Frage des Stresstests sich dort wohl oder übel in Wohlgefallen auflösen wird. In der Tat ist aber durchaus zu hinterfragen, was mit dem medizinischen und wissenschaftlichen Atommüll, der dort entsteht, geschehen soll, es ist also vor allem auch ein Entsorgungsweg zu finden.

Zu Kollegen Spitzer möchte ich sagen: Ich freue mich wirklich über die 47 000 Hundekotsackerln und auch über die Mülleimer, die in der Stadt aufgestellt sind! Nichtsdestotrotz gibt es genügend Wanderwege und durchaus auch in Naturschutzgebieten Wege, wo man bis heute keinen einzigen Mülleimer vorfindet. Ich denke, auch dem sollte man einmal nachgehen und den Besucherinnen und Besuchern anzubieten, dass sie ihren Dreck auch dort entsprechend entsorgen können. Es muss ja nicht alle zehn Meter sein, aber an Wegkreuzungen oder wo auch immer müsste das durchaus möglich sein.

Zum Hundeführschein kennen Sie die Meinung der ÖVP: Wir sind überhaupt nicht glücklich mit der ganzen Frage der Hunderassen.

Außerdem gibt es in diesem Zusammenhang noch ein Thema, nämlich die Frage der Waste Watcher und der Kapperlgruppen. Wir wollten immer eine Truppe haben, die alle Bereiche abdeckt, und nicht diverseste Amtskapperln in verschiedenen Farben, weil ich glaube,

dass das nicht unbedingt notwendig ist.

Lassen Sie mich jetzt zu noch zu einem Thema kommen, das ich als durchaus lobenswert empfinde: Vor allem der Herzeigebetrieb Cobenzl ist, egal ob im Weinbau oder auch im Ackerbau, einer der größten Biobetriebe Österreichs mit über 100 Hektar. Bei den Projekt „Green Care“, das jetzt begonnen wurde, bei dem die Landwirtschaftskammer Wien nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich eine Vorreiterrolle spielt, hat sich der Betrieb am Cobenzl neben privaten Betrieben und Höfen auch engagiert. Die erste Ausbildungsstufe hat schon stattgefunden, und es waren ungefähr 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei.

Für alle, die noch nicht wissen, was „Green Care“ ist: Es geht dabei darum, therapeutische, pädagogische oder pflegerische Produkte und Dienstleistungen entweder auf Bauernhöfen, auf Winzerhöfen oder überhaupt in der Landwirtschaft anzubieten. Damit geht die Landwirtschaft gerade auch in Wien einen ganz neuen Weg, nämlich einen sozialen Weg. Das hat durchaus auch eine soziale Dimension, denn es geht nicht nur darum, ob jetzt Heilreiten betrieben wird oder ob es darum geht, eine pädagogische Ausbildung für Kinder zu machen, sondern es geht auch darum, von Burn-out gefährdete Menschen und ältere Menschen auf diesen Betrieben wieder in die Gesellschaft zu integrieren und um dort außerdem ein neues Standbein in der Landwirtschaft zu haben.

Ich denke, das ist gut investiertes Geld. Die Wiener Landwirtschaftskammer bekommt ja auch Geld vom Steuerzahler und aus diesem Hause, und ich halte das für eine wirklich sinnvolle Investition in ein spannendes und durchaus zukunftsträchtiges Projekt.

Ein Thema, das mir wie immer sehr am Herzen liegt, ist die Frage des Naturschutzes und auch des Umweltschutzes. Wir vor nicht allzu langer Zeit wurde das Naturschutzgesetz neu beschlossen, und ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir in diesem Zusammenhang viel zu Stande gebracht haben. Dennoch wird uns der Konflikt, den es dort gerade gibt, ob mit privaten Grundeigentümern oder auch mit juristischen Personen, noch länger erhalten bleiben.

Ich möchte jetzt noch etwas zu Kollegen Chorherr sagen, der jetzt leider nicht mehr das ist. Er hat heute die Frage des Eigentums und wie man damit umgeht angesprochen. – Ich hätte ich ihm gerne ausgerichtet, dass Abraham Lincoln einmal gesagt hat – und er war bei Gott kein Rechter: „Eigentum ist eine Frucht von Arbeit. Eigentum ist wünschenswert, ein positives Gut in der Welt. Dass einige reich sind, zeigt, dass andere reich werden können, und das ist wiederum eine Ermutigung für Fleiß und Unternehmergeist.“ – Ich glaube, das sagt sehr viel aus, denn es geht ja auch darum, dass die Menschen nicht nur besitzen oder schon besessen haben, weil sie es geerbt haben sondern weil sie es sich erarbeitet haben und damit auch umgehen möchten.

Wir haben in diesem Zusammenhang von Eigentum und von der Widmungsthematik gesprochen. Das gehört zwar nur am Rande in dieses Ressort, ich meine aber, dass das durchaus übergreifend zu sehen und auch zu

diskutieren ist: Wir haben immer wieder gesagt, dass es heute Nutzungsdruck im Hinblick auf Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete gibt, ob vom touristischen Aspekt, vom Blickwinkel des Wohnbaus oder auch in diversen anderen, durchaus wirtschaftlich genutzten Bereichen.

Es gibt jetzt eine wunderbare Kulturlandschaftsanalyse des Nußbergs und des Reisenbergs. Ich weiß nicht, ob diese schon jemand gelesen hat. Diese wurde von der MA 18 erstellt, und darin steht wirklich alles, was im Zusammenhang mit dieser Thematik und Problematik steht.

Wir haben von unserer Seite aus immer wieder gesagt: Wenn wir wollen, dass die Kulturlandschaft, ob im Weinbau, im Ackerbau oder auch in den Gartenbetrieben in dieser Stadt Bestand haben soll, dann muss man auch dafür etwas tun. Und damit meine ich nicht, dass man sagt, dass das eh als Sww geschützt ist, denn in Wahrheit ist dort enteignet, sondern dass man eine Flächenwidmung macht und sagt, dort darf es nur Weinbau geben. Dann kann es nämlich nicht passieren, dass sich dann so nach und nach auf Schleichwegen Kleingärten entwickeln und es entlang der Kellerstraßen immer mehr Menschen gibt, die kleine Weingärten kaufen und einen Zaun hochziehen, obwohl sie das eigentlich gar nicht dürften, und der Großteil zuschaut.

Ich glaube, wenn es nicht auch über den Naturschutz und über das Naturschutzgesetz gelingt, hier einen Riegel vorzuschieben, dann werden wir à la longue diese wunderschönen Kulturlandschaftsgebiete verlieren! Daher möge jeder, der das nicht möchte, mit offenen Augen oder Ohren durch die Welt gehen und dementsprechend auch handeln. Ich habe auch überhaupt kein Problem damit – und die Landwirtschaft ist auch immer dazu gestanden –, wenn man sagt, dass die Stadt für ihre Entwicklung Flächen braucht. Dann soll man aber auch ganz klar sagen, wo, und ich denke, eine neue Entwicklung in diese Richtung und ein neuer Agrar-STEP könnte ein durchaus erfolgversprechendes Modell sein.

Am Schluss möchte ich noch ganz kurz auch ein Thema betreffend die MA 48 anreißen. – Kollegen Thon sehe ich jetzt nicht. – Es gibt auf den Mistplätzen nämlich Automaten, in die man Restmüllsackerln einwerfen kann, und das kostet 2 EUR: Und ich hätte gerne gewusst, was mit diesen 2 EUR geschieht, denn es gibt keinen Beleg für diese 2 EUR. Das hätte ich gerne gewusst, und ich bitte um eine Antwort im nächsten Ausschuss auf die Frage, was damit geschieht.

Für jene, die das nicht kennen: Auf den Mistplätzen gibt es Restmüllcontainer, in diese muss man 2 EUR einwerfen, dann geht die Klappe auf und man kann den Müll entsorgen. Ich hätte allerdings gerne gewusst, was mit den 2 EUR geschieht, und ich hätte gerne auch einen Beleg dafür, dass ich die 2 EUR dort eingeworfen habe. *(Beifall von GRin Mag Barbara Feldmann.)*

Abschließend möchte ich noch den Spruch auf einem Graffito zitieren: „Beim Griff in die eigene Tasche stellt man immer wieder fest, dass die öffentliche Hand schon

vorher drinnen war.“ – In diesem Sinne können wir leider dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr GR Unger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher im Internet!

Zuerst möchte ich auch die Gelegenheit nützen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Umwelt für ihre Arbeit zu bedanken, zum einen für die Erstellung des Rechnungsabschlusses, aber auch ganz speziell bei den Kolleginnen und Kollegen, die tagein und tagaus bei jeder Witterung dafür Sorge tragen, dass unsere Parkanlagen, unsere Wälder so gepflegt sind und wirklich sehr, sehr schön sowohl für die Wienerinnen und Wiener, aber natürlich auch für die zahlreichen Besucher unserer Stadt anzusehen sind. Ebenfalls auch ein Dank an die Mitarbeiter des Straßenreinigungsdienstes.

Die Kritik unserer Fraktion am Rechnungsabschluss richtet sich nicht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern an die politisch Verantwortlichen, denn leider ist auch im Umweltkapitel eines klar erkennbar: Der einzige Ansatz in der Umweltpolitik ist genau derselbe wie in der allgemeinen Politik. Der einzige Ansatz sind leider Gebührenerhöhungen, was auch der heutige Rechnungsabschluss zeigt und was auch von vielen Vorrednern schon zu Recht betont wurde. Über die Preiserhöhungen ist viel gesagt worden, Müllsteuer Überschuss von 34 Millionen EUR, Wassersteuer 58 Millionen EUR, also insgesamt 92 Millionen EUR für das allgemeine Budget. Aber nicht, dass Sie jetzt einsichtig geworden sind, dass Sie gesehen haben, ja, wir haben zu viel den Menschen in dieser Stadt weggenommen und dass Sie sich entsinnen, da gibt es die Vorschläge von der Freiheitlichen Partei, nämlich eine Senkung der Wasser-, der Kanal- und der Müllgebühren, eine Senkung um 15 Prozent schlagen wir vor. Wir schlagen eine Senkung des Gaspreises um 20 Prozent vor. Wir schlagen eine Senkung des Strompreises um 10 Prozent vor. Nein, Sie von der SPÖ und von den GRÜNEN erfreuen sich an Ihrer unsozialen Politik, das muss man wirklich sagen. Sie wollen bei den Armen und beim Mittelstand noch einmal ordentlich Kasse machen und budgetieren laut Voranschlag 2012 gleich 135 Millionen EUR Überschuss, der auch wieder ins allgemeine Budget fließt. Und was sagen Sie jetzt dazu? Sie sagen leider nicht den neuen Slogan „Tschuldigen“, sondern Sie sagen: „Passt schon.“ *(Beifall bei der FPÖ.)* So sieht Ihre soziale Politik, die viel gepriesene soziale Politik für die Wienerinnen und für die Wiener aus und dafür sollten Sie sich eigentlich schämen.

Sie haben die Hundeabgabe ebenfalls massiv erhöht, nämlich um 65,1 Prozent für den ersten Hund und für jeden weiteren um 60,6 Prozent. Als besondere Verhöhnung stand im Schreiben, wo man dann die Hundesteuer oder die Hundeabgabe einzahlen darf, „aus

Sparsamkeitsgründen wird die Hundemarke abgeschafft“, weil ja diese kleine Blechmarke so exorbitant teuer ist. Dass dadurch die Kosten für die Kontrolle, ob jetzt die Hundeabgabe wirklich entrichtet worden ist oder nicht, natürlich erschwert wird, ist auch ganz klar. Und über den Hundeführschein, über den vorhin schon als die große Errungenschaft gesprochen worden ist, brauche ich nicht wirklich viel zu sagen. Sie kennen unsere Meinung. Sie kennen unsere Meinung zur Rassenliste. Sie kennen unser Konzept, dass wir alle Hunde fördern möchten und nicht die Hundebesitzer auseinanderdividieren wollen.

Sie haben aber im selben Atemzug nicht nur erhöht, Sie haben auch gesenkt. Und das ist ganz besonders für eine Stadt traurig, denn was Sie gesenkt haben, sind die Investitionen der Stadt Wien. Sie haben zum Beispiel die Ausgaben für den U-Bahn-Bau um 41 Millionen EUR gesenkt und das, und das muss man sich vorstellen, von einer Regierungskoalition, die alles versucht, um Jagd auf die Autofahrer zu machen und sie zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu zwingen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch die falsche Maßnahme Ihres, und ich betone, Ihres Parkpickerls ist ja im Grunde nichts anderes als ein massiver Anschlag auf die Geldbörseln der Wienerinnen und Wiener.

Ebenfalls eingespart wurde bei der Förderung der Wirtschaft, insgesamt 27 Millionen EUR, und davon allein 10 Millionen EUR für Klein- und Mittelbetriebe. Da ist es wirklich nicht verwunderlich, dass ein Drittel aller Unternehmensinsolvenzen in Österreich auf die Wiener Wirtschaft entfallen, wie übrigens auch, klar, das passt zusammen, ein Drittel aller Privatsolvenzen. Kein Wunder, dass Wien sowohl bei der Kaufkraft als auch als Wirtschaftsstandort zurückfällt. Und das, obwohl die Schulden auf unglaubliche 4,368 Milliarden EUR gestiegen sind, um 993 Millionen EUR mehr in einem Jahr. Trotzdem ist am Arbeitsmarkt ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 12,8 Prozent zu bemerken. Viel mehr zur Wirtschaftskompetenz der rot-grünen Stadtregierung brauche ich nicht zu sagen und ich will mich jetzt nach dem kurzen Exkurs in die allgemeine Wirtschaftspolitik wieder dem Umweltressort widmen.

Das Kontrollamt hat in seiner Prüfung der MA 49 zum Teil Zustände vorfinden müssen, wo man sehr genau hinsehen musste, um wirklich zu glauben, dass es sich hier um einen Betrieb der Stadt Wien handelt. Sollten Sie mir im Vorjahr ebenfalls bei der Diskussion um den Rechnungsabschluss zugehört haben, müssten Ihnen diese Worte eigentlich bekannt sein. Das waren meine einleitenden Worte zum Kontrollamtsbericht 2010 über die sicherheitstechnische Überprüfung der landwirtschaftlichen Betriebsstätte Stadtgut Lindenhof. Heuer gab es eine Nachprüfung. Was ist passiert? Das Kontrollamt hat bei der Prüfung 2010 festgestellt, dass das offen gelagerte Erntegut stark verunreinigt war, zum Beispiel mit Vogelkot. Durch Vogelkot kann es, das wissen wir, zu einer Kontamination mit Bakterien, et cetera, kommen. Den veröffentlichten Maßnahmen der Bundesagentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit

AGES wurde nicht entsprochen. Das Kontrollamt hat damals empfohlen, entsprechende Maßnahmen für eine hygienische Lagerung zu ergreifen. Und obwohl dieses Erntegut für die Verwendung in der Lebensmittelproduktion vorgesehen ist, fand das Kontrollamt im heurigen Jahr dieselben Verunreinigungen vor. Es ist ein Jahr vergangen. Viel Geld für Werbung wurde von der zuständigen Stadträtin ausgegeben, aber leider kein Geld für die ordentliche Lagerung von Erntegut. Dabei wäre hier wieder ein Slogan anzuwenden gewesen, nämlich der Slogan „Alter trenn!“ wäre hier sehr angebracht gewesen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber nicht das Korn vom Weizen, sondern den Kot vom Weizen. Das wäre positiv gewesen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin neugierig, ob es im nächsten Jahr eine Nachprüfung geben wird. Aber es war jetzt schon ein Jahr lang überhaupt kein Problem, die Empfehlungen des Kontrollamtes und der Versuchsanstalt umzusetzen. Dass die Bevölkerung möglicherweise Gesundheitsschäden davon hat – ja, okay, damit muss man leben, es ist halt kein Geld da.

Zu einem anderen Kontrollamtsbericht, und zwar wie mit historischen Gebäuden in dieser Stadt umgegangen wird, das zeigt die Überprüfung der Maßnahmen zur Erhaltung der Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit von Museen. Im speziellen Fall die Überprüfung der Hermesvilla, die als Außenstelle des Historischen Museums der Stadt Wien verwendet und von der MA 49 erhalten wird. Diese Maßnahmen wurden vom Kontrollamt als nicht ausreichend befunden. Ich möchte jetzt nur kurz für alle, die es vielleicht nicht wissen, erklären: Die Hermesvilla, Carl von Hasenauer, ein bekannter Ringstraßenarchitekt, hat sie erbaut. Die Wandmalereien nach Motiven aus Shakespeares „Sommernachtstraum“ wurden nach Entwürfen von Hans Makart ausgeführt. Künstler wie Franz Matsch, Hugo Charlemont und Gustav Klimt haben das kaiserliche Privatgemach gestaltet. Bei der Überprüfung des Kontrollamtes zeigte sich, dass die Bauschäden unzureichend gesichert sind und Fassaden, Laubengänge, Dächer in sanierungsbedürftigem Zustand sind. Und was ist passiert? Auch für heuer sind wieder nur Mittel für die Instandsetzung vorgesehen, aber nicht für die dringend notwendige Generalsanierung. Sie schauen so wie in vielen anderen Fällen zu. Sie warten, bis noch größere Schäden passieren wie zum Beispiel beim Stadthallenbad. Und was passiert? Na ja, macht ja nichts, die Sanierung kommt ja eh nur dem Steuerzahler teurer. Also nicht wirklich ein großer Schaden.

Massive Mängel musste das Kontrollamt auch bei der Prüfung der Hundezonen und der Hundeauslaufplätze in öffentlich zugänglichen Parkanlagen feststellen. So wurde zum Beispiel bemängelt, dass in sechs von elf überprüften Anlagen die Beschilderung mangelhaft oder fehlerhaft war. In weiteren fünf Parks gab es überhaupt eine falsche Definition. Da wurde verwechselt, ist das eine Hundezone oder ist das ein Hundeauslaufplatz. Ich meine, der rechtliche Unterschied ist ja kein geringer. Und in sage und schreibe neun Anlagen gab es Fehler in

den Informationsportalen, zum Beispiel gibt es im Wieselburgerpark angeblich eine Leinenpflicht in der Hundezone. Also dass das nicht mit den Intentionen einer Hundezone vereinbar ist, ist klar, weil die Hundezonen sind dafür da, dass die Hunde frei laufen können. Das steht übrigens auch im Wiener Tierhaltegesetz, dass die Hundezonen von einer Leinenpflicht ausgenommen sind.

Lustiges Detail am Rande - leider sind wenige Grüne da -, im Wieselburgerpark gibt es ein ausgeschildertes Radfahrverbot, obwohl durch diesen Park ein Radweg führt. Also ein wahrer Schildbürgerstreich und ich frage mich, was die grünen Fahrradgurus dazu sagen würden? „Passt schon“ oder „Tschuldigen“? Ich meine, das wäre schon wichtig.

In weiteren neun Parks gibt es Fehler in den Informationsportals, das habe ich schon gesagt, und in drei Parks gibt es mangelnde Hundekotsackerlautomaten. Die teure Kampagne „Nimm ein Sackerl für dein Gacker!“ - wie soll die umgesetzt werden, wenn die Hundesackerlautomaten fehlerhaft sind, kaputt sind, nicht befüllt sind? Man könnte ja fast meinen, es steckt Absicht dahinter, damit man ein bisschen mehr Strafgebühren von den Hundebesitzerinnen und Hundebesitzern kassieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann noch sehr viel über Versäumnisse im Umweltbereich berichten, die viel Geld kosten, Copa Cagrana, aber das bringt alles nichts für den Umweltschutz. Aber wenn ich dann nachdenke, wie viel die Entwicklung all dieser so lustigen Slogans gekostet hat, sowohl in der Entwicklung als auch in der Affichierung, et cetera, was hätte man damit alles für den Umweltschutz, für den Naturschutz in dieser Stadt machen können? Ich denke, dass das alles schon ausreichen muss, um dem Rechnungsabschluss für das Jahr 2011 nicht unsere Zustimmung zu erteilen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nevriy. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Nevriy** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Ich warte nur, bis die Luft reiner wird.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wieder steht der Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr zum Thema Umwelt zur Debatte. Aber für uns steht die Umwelt nicht nur am heutigen Tag, sondern auch an allen anderen 365 Tagen im Jahr im Mittelpunkt der Stadtverwaltung und auch der Politik. Umweltpolitik in Wien, werte Kolleginnen, werte Kollegen, ist Lebensqualitätspolitik und zwar für alle Wienerinnen und Wiener, nicht nur für jene, die sich Lebensqualität als privaten Luxus gönnen können. Umweltpolitik in Wien ist ein Herzanliegen der Stadt und die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich täglich dafür einsetzen, dass die Stadt noch sauberer und noch grüner und noch ökologischer wird, sind ein lebender Beweis dafür. Ich möchte auch gleich zu Beginn meiner Rede die Gelegenheit nutzen, allen zu

danken, die uns diesen hohen Umwelt- und damit Lebensstandard ermöglichen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auf die meisten Bereiche sind der Kollege Spitzer und der Kollege Maresch ja bereits eingegangen. Aber lassen Sie mich, trotzdem ich letzter Redner bin für heute, noch ein wenig auf die Wiener Landwirtschaft eingehen. Wien ist nämlich nicht nur Millionenmetropole von Weltrang, sondern auch einer der größten Landwirtschaftsbetriebe Österreichs. Wien ist nicht nur inoffizielle Weltkulturhauptstadt, sondern auch inoffizielle Weinhauptstadt. Wien ist nicht nur Sitz von internationalen Hightech-Unternehmen, sondern auch Heimat eines der weltweit größten Nationalparks. Wien ist nicht nur europaweit Spitze bei der Versorgung mit biologischen Lebensmitteln, nein, Wien ist auch Biobauer und zwar der zweitgrößte Biobauer Österreichs. Die MA 49 ist ein Riesenbetrieb, der über 2 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaftet. Sie ist zu 100 Prozent gentechnikfrei und überwiegend, über drei Viertel, biologisch. Der Landwirtschaftsbetrieb der MA 49 bewirtschaftet mit dem Biozentrum Lobau rund 1 000 Hektar Biofläche und ist somit einer der größten heimischen Biobetriebe. Die übrigen landwirtschaftlichen Flächen der Stadtgüter werden nach den Richtlinien des integrierten Pflanzenschutzes bewirtschaftet. Großer Wert wird dabei auf die Erhaltung beziehungsweise Verbesserung der Bodengüte und die Sicherung der Grundwasserqualität gelegt. Alle landwirtschaftlich geführten Betriebe der Stadt Wien beziehen Naturdünger aus der Biotonne und pro Jahr werden zirka 20 000 Tonnen Kompost der MA 48 eingesetzt.

Weinbau wurde schon angesprochen. Die bewirtschafteten Rebflächen betragen zirka 48 Hektar und produzieren mit den besten Wein dieser Stadt, was alles andere als selbstverständlich ist, sondern das Ergebnis jahrelanger harter und konsequenter Arbeit, für die ich auch im Sinne der Lebensqualität und der Außenwerbung der Stadt herzlich danken möchte.

2011 wurden zirka 1,7 Hektar aufgeforstet. Über zwei Millionen Menschen jährlich besuchen und nutzen das Erholungsgebiet Wienerberg, den Nationalpark Lobau, den Lainzer Tiergarten oder den Kinderbauernhof am Cobenzl, zig Tausend Wienerinnen und Wiener nutzen auch die angebotenen Führungen und Exkursionen. Dies ist ein eindrucksvoller Beweis für die Präsenz der MA 49 im Alltag der Menschen.

Es gäbe gerade im Bereich der Landwirtschaft noch vieles zu berichten, die Sicherstellung der gentechnikfreien landwirtschaftlichen Produktion, die Plattform „Freiwillig ohne Gentechnik“ und unsere Mitgliedschaft im europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“, der enorm hohe Selbstversorgungsgrad mit Wiener Gemüse, die Bioforschung Austria und vieles, vieles mehr.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt, welchen Stellenwert die Umwelt in der Politik dieser Stadt hat. Und nochmals: Dieses wäre alles nicht möglich ohne die vielen, vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Magistratsabteilungen, an

deren Spitze natürlich unsere Stadträtin ist, die wieder einmal eindrucksvoll bewiesen haben, dass sie hervorragende Teamspieler sind. Ich bin sicher, auch in diesem Jahr werden wir gemeinsam, die Politik und die Verwaltung, für eine gesunde, nachhaltige und zukunftsorientierte Umweltpolitik in Wien arbeiten. Danke! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich erteile es ihr.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte natürlich auch die Gelegenheit nutzen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Umwelt, die sich wirklich sehr engagieren und sich jeden Tag für Umwelt und Tierschutz in dieser Stadt einsetzen, einen sehr, sehr herzlichen Dank auszusprechen. Dank gebührt natürlich auch meinen Mitarbeitern im Büro, die sich auch jeden Tag wirklich sehr, sehr engagiert einsetzen und auf deren tollen Einsatz ich mich zu 100 Prozent verlassen kann. Herzlichen Dank. Und ich bitte Sie, auch den Dank an unsere rund 7 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich auch draußen unterwegs sind, weiterzuleiten.

Ja, es sind ein paar Anmerkungen in der Debatte gekommen, die ich hier nicht einfach unkommentiert im Raum stehen lassen möchte. Die Frau GRin Holdhaus hat das Thema Wasserflaschen und PET-Flaschen angesprochen. Mir ist, ehrlich gesagt, Ihre Kritik nicht ganz klar. Ich glaube, es kann nicht im Ernst Ihr Vorschlag sein, dass wir an die Kinder Glasflaschen hätten verteilen sollen. Ich glaube nicht, dass das bei Kindern sehr praktikabel ist. Es gibt keine andere Alternative, die nicht gefährlich ist, außer eben PET-Flaschen zu verteilen und es kommt natürlich immer drauf an, wie oft eine solche Flasche im Einsatz ist. Wird sie ein einziges Mal eingesetzt, so wie das im normalen Verkauf und Handel bei konventionellen Getränkeverpackungen ist, dann ist das natürlich ein umweltpolitisches Problem. In diesem Fall trinken die Kinder Leitungswasser draus. Sie nehmen es mit auf die Ausflüge und ich bin eigentlich sehr stolz darauf, dass wir 10 000 Hortkindern solche Flaschen jetzt in der Sommersaison zur Verfügung stellen können, wo sie während der Sommerbetreuung auch sehr viele Ausflüge machen, wo sie auch viel draußen unterwegs sind. Wir haben das in den letzten Jahren auch für Radfahrer gehabt. Ich halte das für eine gute Aktion. Ehrlich gesagt sehe ich da auch umweltpolitisch überhaupt kein Problem. Mir ist es allemal lieber, sie trinken unser gesundes Wiener Hochquellwasser aus diesen Flaschen als sie kaufen sich irgendein Cola, Sprite, Eistee oder sonstige Dinge, die mit Zucker angereichert sind und nach dem ersten Mal dann im besten Fall in der gelben Tonne landen. Also ich glaube, das ist ein sehr, sehr gutes Projekt und ich sehe da wirklich überhaupt kein Problem damit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Abgesehen jetzt davon möchte ich noch zu dem Thema Abfallwirtschaftsgesetz zu sprechen kommen,

weil die Unterstellungen, die sich hier häufen, die sind ja kaum mehr zu überbieten. Ich kann Sie nur ersuchen, lesen Sie sich das Gesetz noch einmal durch. Es wird sich durch dieses Gesetz am jetzigen Zustand nichts ändern. Wir wollen den jetzigen Zustand weiter so festschreiben und dazu stehe ich auch. Aber je länger ich Ihnen zuhöre, desto klarer wird mir eigentlich die Richtung, in die die ÖVP in diesem Bereich gehen soll. Sie sind dieser Meinung und das ist ja auch eine legitime Meinung, nur bitte vertreten Sie sie dann auch hier klar. Sie sind eben der Meinung, eine private Firma wie der „Saubermacher“ soll halt in der Stadt Wien den Müll entsorgen. Gut, das ist Ihr gutes Recht. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Meinung ist es nicht und ich möchte nicht, dass die städtische Infrastruktur geschwächt wird. Das ist nicht meine Position. Ich stehe zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Dafür kämpfen wir auch auf europäischer Ebene seit vielen, vielen Jahren. Wir wollen diese Daseinsvorsorge in der Stadt in kommunaler Hand auch weiterhin stärken und ich stehe auch zu den Arbeitsplätzen, die sie schafft. Das sind nämlich Menschen, die draußen jeden Tag den Müll entsorgen, MitarbeiterInnen, na ja, hauptsächlich Mitarbeiter, muss man in dem Fall sagen, bei der MA 48. Und ich kann Ihnen auch sagen, wir werden diesen Mitarbeitern auch Ihre Position kommunizieren, weil das schon ein ganz klarer Bruch auch in der ÖVP ist, dass man sagt, gut, ich hätte halt lieber wen Privaten, der auf unseren Müllstrecken fährt. Ich will das nicht. Ich setze mich dafür ein und ich kämpfe auch dafür (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) und ich kann Ihnen nur sagen, dass wir mit dieser Position in Wien sehr gut gefahren sind. Wir haben eine der bestfunktionierenden Abfallentsorgungen in Europa. Wir haben jedes Jahr hunderte Delegationen, die sich unser System in Wien anschauen kommen.

Warum Sie das mutwillig zerstören wollen, kann ich nicht verstehen.

Ich möchte auch noch ein paar Worte zum Kollegen Guggenbichler von der FPÖ sagen, weil ich das, ehrlich gesagt, fast bedauerlich bis befremdend finde, dass wir das hier in einer Rechnungsabschlussitzung zum Thema machen. Aber es ist natürlich Ihr gutes Recht, über alles zu reden, was Sie hier möchten. Ich kann Ihnen nur sagen, in meiner Geschäftsgruppe war es so, dass wir freiwillig ein Service angeboten haben, dass wir Akten einscannen, damit Mandatare sich nicht die Mühe machen müssen, das selbst zu kopieren. Einzige Ausnahme sind die UVP-Akte, die ungefähr eine Länge von zwei Metern haben. Da haben wir gesagt, bitte, da muss man sich die Dokumente rausholen und selbst kopieren. Und dann kann ich mir das da hier anhören! Das ist eine unglaubliche Beschimpfung. Das ist sehr viel Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen in meinem Büro, die das machen. Das ist auch nicht in jeder Geschäftsgruppe so, das möchte ich auch dazusagen. Ich sage Ihnen eines: Mir reicht's. Wir werden uns ab jetzt ganz streng an die Geschäftsordnung halten. Ich meine, wenn das der Dank ist, den wir für eine freiwillige Serviceleistung an alle Mandatare der Opposition

bekommen, dass wir uns da noch beschimpfen lassen können, wie skandalös und was für eine Geheimhaltungspolitik und ich weiß nicht, was für komische Sachen hier vorgeworfen werden, dann werden wir uns jetzt einfach an die Geschäftsordnung halten. In der Geschäftsordnung steht drin, jeder kann kommen, persönlich, er kann nicht einen Mitarbeiter des Klubs schicken, und der kann persönlich, er oder sein Stellvertreter, eine Ablichtung machen. Das wird auch bei uns in Zukunft so sein. Und ehrlich gesagt, ich sehe nicht ein, warum wir hier ein umfangreiches Service anbieten sollen, für das wir dann auch noch beschimpft werden. Das kann wirklich nicht das Ziel der Sache sein. Dann kopiert euch eure Sachen in Zukunft selber und alle werden zufrieden sein, denn wir halten uns künftig ganz streng an die Geschäftsordnung! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich meine, grundsätzlich kann ich Ihren Frust in der Geschäftsgruppe Umwelt ja verstehen. Wir sind wirklich ein sehr gut funktionierendes Ressort und Ihre fast schon verzweifelten Versuche, hier irgendwelche Skandale immer wieder anzuzetteln oder aufzuzeigen, wo keine sind, sind eben bisher kläglich gescheitert und ich kann Ihnen sagen, das wird auch in Zukunft so bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir im Jahr 2011 auch gemeinsam sehr, sehr viele gute Projekte über die Bühne gebracht haben. Ich werde nicht alle, sondern nur einige exemplarisch aufzählen. Wir haben den großen Asperner Sammelentlastungskanal begonnen. Wir haben die wichtigste Wasserstraße von Wien, die Triester Straße, erneuert. Wir haben eine Teilsanierung vom Aquädukt Liesing gemacht, den Wasserspielplatz am Wasserturm und den Leon-Zelman-Park, auch ein sehr, sehr großes Parkprojekt. Wir haben im Hochwasserschutz mit dem Marchfeldschutzdamm entscheidende Meilensteine vorangebracht, noch dazu ein sehr heikles Projekt, wo wir mitten im Nationalpark gebaut haben. Also ein sehr heikles Pflaster auch dort. Wir haben sehr viele gut angenommene Aktionen zum Thema Sauberkeit gesetzt. Wir haben ja auch schon sehr viele Preise für diesen Bereich bekommen. Auch die Umsetzung des verpflichtenden Hundeführscheines und ganz, ganz vieles mehr.

Und noch abschließend, wie in jedem Jahr zu diesem Thema, auch meine Statistik: Wir haben im Umweltausschuss 81 Prozent aller Akten einstimmig beschlossen. So schlimm kann es also mit der Umweltpolitik nicht sein. Herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich danke Frau StRin Mag Sima für die Schlussworte zu dieser Geschäftsgruppe. Es liegen für die Geschäftsgruppe Umwelt und zum Jahresabschluss 2011 der Unternehmung Wien Kanal keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich erteile daher der Frau VBgmin Mag Brauner zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 das Schlusswort. Bitte, Frau Vizebürgermeisterin!

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

In der mittlerweile schon zur Tradition gewordenen Kürze beschränke ich mich auf die formelle Antragstellung und teile Ihnen mit, dass nach der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit vom 13. bis 20. Juli 2012 und der in den letzten beiden Tagen erfolgten ausführlichen Gemeinderatsdebatte zum vorliegenden Rechnungsabschluss 2011 ich der Einfachheit und Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite XXIV der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar verweise und um entsprechende Beschlussfassung ersuche. Ich danke Ihnen für die Diskussion und bitte um entsprechende Abstimmung. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich unterbreche hiermit die Sitzung bis 18.40 Uhr für Beratungen der Klubs. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Sitzungsunterbrechung von 18.25 bis 18.45 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und wir kommen nun zur Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2011. Abänderungs- oder Gegenanträge wurden nicht gestellt. Die Anträge der Berichterstatterin zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 sind im Rechnungsabschluss auf der Seite XXIV abgedruckt.

Ich lasse zuerst über den aus zwei Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung des Rechnungsabschlusses abstimmen und dann über den Antrag zum Inventar.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die den zwei Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle dies mit den Stimmen der Regierungsparteien fest, dass diesen zugestimmt wurde und damit auch die erforderliche Mehrheit gegeben ist.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf Seite XXIV im Rechnungsabschluss, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Auch hier stimmen die Regierungsparteien zu und es ist damit mehrstimmig angenommen.

Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschluss- und Resolutionsanträgen, die während der Debatte eingebracht wurden. Ich gehe in der Reihenfolge der abgegebenen Anträge vor und erspare mir die Seitennummerierung, die, glaube ich, im Großen und Ganzen allen bekannt ist.

Der erste Antrag wurde eingebracht von der FPÖ und betrifft die Verhinderung einer europäischen Transferunion. Es wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird vom Antragsteller und von Dr Aigner unterstützt und hat damit nicht die erforderliche Mehrheit.

Der nächste Antrag wurde eingebracht von der FPÖ und betrifft die Herabsetzung des Preises der Jahresnetzkarten der Wiener Linien für Seniorinnen und Senioren. Es wurde auch hier die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP, FPÖ und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat nicht die ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Anbringung von Gedenktafeln am Julius-Tandler-Platz. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird gleichfalls von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von den GRÜNEN und der SPÖ, betrifft die Haushaltskonsolidierung in Zeiten einer ökonomischen Krise. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die erforderliche Mehrheit. *(GR Heinz Hufnagl: Du hast einen übersprungen!)* Bitte? *(GR Heinz Hufnagl: Du hast einen übersprungen!)* Bitte um Entschuldigung. Ich bleibe allerdings jetzt einmal so dabei.

Der Antrag zur Haushaltskonsolidierung in Zeiten einer ökonomischen Krise, eingebracht von den GRÜNEN und der SPÖ. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand - Ich stelle fest, dass die Regierungsparteien diesen unterstützen.

Jetzt gehe ich um einen zurück, nämlich einen Antrag, eingebracht von der ÖVP. Er betrifft die umgehende Umsetzung der Wiener Wahlrechtsreform im Hinblick auf ein faires Wahlrecht. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat nicht die ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Veröffentlichung der Untersuchungsberichte zur Kunsthalle. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Subventionsbericht der Stadt Wien. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dem stimmen die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem zu und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Streichung der Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten, die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem stimmen dem zu und hat damit keine ausreichend

Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Neubau des Wien Museums. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Erhöhung des Altstadterhaltungsfonds. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird wieder von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft österreichweiten, einheitlichen Frauennotruf. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien und Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Tagesmutter, Tagesvater. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Jugend, Information, Sport verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle dabei die Einstimmigkeit fest.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Schulsozialarbeit in Wien. Es wird auch hier die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Streichung der Mittel für Inserate, Werbung in den einzelnen Geschäftsgruppen und Zentralisierung der diesbezüglichen Ausgaben beim PID. Hier wird die Zuweisung an den Herrn Bürgermeister verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Sanierung der bestehenden Radwege im Rahmen der Radnetzerweiterung. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Ausbau der U-Bahn ins Wiener Umland. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP, FPÖ und Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft

Laufzeit für die günstigeren Garagentarife bei Wohnsammelgaragen. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier stelle ich fest, dass die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem diesen unterstützen und er hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Stopp von Baumfällungen im Zuge von Fahrradwegeprojekten. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier unterstützen dies die Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft zusätzliche Station für den 69A bei der Mommsengasse/Wiedner Gürtel in 1040 Wien in Fahrtrichtung Südtiroler Platz. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke verlangt. Wer diesem Antrag, nämlich auf Zuweisung, zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Nächster Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Steinhof-Mediation. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigem unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Parkpickerl für niedergelassene Ärzte. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie an die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Räumen der Zeltstadt vor dem Augartenspitz. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier wird dieser Antrag von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Grillzonen. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird vom Antragsteller und vom Klubunabhängigem unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Zweckbindung der Wohnbauförderung. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Erhaltung des Stadtbildes bei energiewirtschaftlichen

Überlegungen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von der FPÖ, vom Antragsteller und dem Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft flächendeckende barrierefreie Zugänge zu und in Amtsgebäuden. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft den Ausbau der unterstützenden Angebote vom WAFF und AMS im Pflege- und Sozialbereich. Es wird sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Vermeidung des Missbrauchs von Gehbehindertenausweisen durch Unbefugte. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der nächste Antrag, eingebracht von den GRÜNEN und der SPÖ, betrifft Schonung des Baumbestandes bei Infrastrukturprojekten. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Einsehbarkeit von Poststücken. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Evaluierung, Werbekampagne, Sauberheitskampagne 2011. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der nächste Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft sanitäre Einrichtungen an der Unteren Alten Donau. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Der letzte Antrag zur Postnummer 1, eingebracht von der SPÖ und den GRÜNEN, betrifft Regattastrecke für den Paddel- und Rudersport in der Kuchelau. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Hier stelle ich die Einstimmigkeit fest.

Die Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener

Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2011. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt.

Wir kommen daher zur Abstimmung, wobei ich bemerke, dass ein Gegen- oder Abänderungsantrag nicht gestellt wurde. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Bei der Postnummer 2 gab es einen Beschluss- und Resolutionsantrag, eingebracht von der ÖVP. Er betrifft die transparente Darstellung des Jahresabschlusses des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Die Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2011. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 3 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Diese Postnummer 3 wird von den Regierungsparteien unterstützt und ist daher mehrstimmig angenommen.

Die Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2011. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt.

Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Dies ist von den Regierungsparteien unterstützt, und der Antrag ist mehrstimmig angenommen worden.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Vorlage des Tätigkeitsberichtes des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 2011. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Mag Kowarik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Mag Dietbert **Kowarik**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es liegt der Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes über das Geschäftsjahr 2011 vor. In 5 Sitzungen des Kontrollausschusses wurden die 134 Beiträge und Berichte des Kontrollamtes behandelt und vorberaten. Ich bitte um Zustimmung zum Tätigkeitsbericht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte und darf zuerst den Herrn Kontrollamtsdirektor mit seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen hier in unserem Saal sehr herzlich begrüßen. (*Allgemeiner*

Beifall.)

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm und ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Kontrollausschusses! Herr Kontrollamtsdirektor! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Jahr für Jahr ist es das Gleiche: Der Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes muss zu einer Stunde debattiert werden, in der es bereits eine gewisse Erschöpfung gibt, weil eine Rechnungsabschlussdebatte vorangegangen ist. Alle Überlegungen, diese Debatte zu einem anderen Zeitpunkt abzuführen, haben zumindest bis dato keinen Erfolg gehabt. Alle warten darauf, dass man möglichst schnell ist nach dieser Rechnungsabschlussdebatte, und ich werde sicherlich auch nicht über Gebühr lange sprechen, möchte aber schon die Gelegenheit nutzen, um ein paar grundsätzliche Dinge zu sagen.

Ich habe während der Rechnungsabschlussdebatte immer wieder von den Regierungsparteien gehört, na ja, die Stadt Wien, das ist ja etwas ganz anderes als ein Privater, die Stadt Wien muss ja ganz anders agieren. Und da sage ich Ihnen, da sollte man einmal unterscheiden zwischen Hoheitsverwaltung und Privatwirtschaftsverwaltung. Denn natürlich muss die Hoheitsverwaltung auf höchstem rechtsstaatlichem Niveau den Bürgern Rechtssicherheit und Rechtsschutz gewähren, aber in der Privatwirtschaftsverwaltung muss mindestens mit der Sorgfalt eines Privaten agiert werden. Das bedeutet, bestmöglich wirtschaften, bestmögliche Geschäftspartner aussuchen – etwas, was sehr oft unterbleibt –, unnötige Kosten vermeiden und bestehendes Vermögen bewahren.

Diese Sorgfalt vermisste ich, und das zieht sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Jahre, insbesondere bei den Bauprojekten der Stadt Wien: Prater-Vorplatz, Feuerwache Am Hof, Happel-Stadion, Stadthallenbad, Schulsanierungen. Wir haben es immer wieder mit Kostenexplosionen zu tun und mit fehlerhaften, mangelhaften Leistungen, auf denen die Stadt sitzen bleibt. Das muss nicht sein, dagegen müsste endlich entschieden vorgegangen werden.

Erstens: Es sind zureichende Vorarbeiten zu leisten, von der umfassenden Projektbeschreibung bis zur korrekten Ausschreibung.

Zweitens: Es müssen solide Bauverträge abgeschlossen werden, die die Stadt absichern. Pauschalfixpreise sollten vereinbart werden, Bankgarantien verlangt werden.

Und drittens: Wenn es Ansprüche der Stadt Wien gibt, dann müssen die auch durchgesetzt werden. Mangelhafte Leistungen dürfen einfach nicht akzeptiert werden.

Glücklicherweise hat die Stadt Wien noch immer ein riesiges Vermögen, insbesondere Immobilienvermögen. Hier gibt es Kultur- und Kunstschatze sonder Zahl. Dieses Vermögen darf nicht verloren gehen. Schauen wir uns den Hofpavillon an, schauen wir uns die Hermesvilla an – diese Kunstschatze verfallen. Es ist unverständlich,

warum hier das notwendige Geld nicht zur Verfügung gestellt wird. Es wird nicht nur eine Geldfrage sein, sondern es scheint in diesen Fällen auch an den verschiedenen Zuständigkeiten zu liegen. Es gibt da ein Kompetenzwirrwarr: Drinnen ist das Museum der Stadt Wien zuständig, außen die Wiener Linien oder das Gebäudemanagement MA 34.

Aber ein noch größeres Kapital als die Immobilien dieser Stadt sind die Mitarbeiter dieser Stadt. Es gelingt nicht, sie ausreichend zu motivieren und überwiegend gesund an ihrem Arbeitsplatz zu erhalten. Jeder zweite Beamte muss aus gesundheitlichen Gründen die Frühpension antreten. Damit schaden Sie den Mitarbeitern, denn selbstverständlich wollen die Mitarbeiter lieber gesund am Arbeitsplatz bleiben als krank in die Pension gehen. Diese Personalpolitik kostet hunderte Millionen Euro und schadet den Mitarbeitern.

Ebenso schadet den Mitarbeitern der Nebengebührenkatalog, der sie in eine unerträgliche Abhängigkeit zwingt, aber dieser Nebengebührenkatalog schadet auch der Stadtkasse. Die Berechnung alleine kostet Millionen, und es handelt sich um einen vermeidbaren Aufwand.

Aber die Mitarbeiter der Stadt werden auch schlecht behandelt, wenn Leiharbeitern der Vorzug gegeben wird. Völlig unverständlicherweise, wie im AKH geschehen, wo festgestellt werden musste, dass dort die Leiharbeiter mehr kosten als das Eigenpersonal. Zugekaufte Leistungen sind viel zu oft für diese Stadt zu teuer, ob es sich um die Winterbetreuung bei den Wiener Linien handelt oder die Callcenter-Leistungen bei Wiener Wohnen.

Bereits im Jahr 2005 hat man Sparziele zum Aktivitätsaufwand gefasst. Diese Sparziele wurden um 600 Millionen EUR verfehlt. Es gibt Subventionen sonder Zahl, um nur den Stadtfernsehsender Okto TV mit 1 Million pro Jahr bei 7 000 Sehern als ein Beispiel zu nennen.

Diese Liste an Unzulänglichkeiten könnte natürlich fortgesetzt werden. Ich möchte hier aber einen Punkt machen und meinen Dank an das Kontrollamt aussprechen, meinen Dank an den Herrn Kontrollamtsdirektor und an seine Mitarbeiter. Es ist wiederum ganz Hervorragendes geleistet worden. Der Tätigkeitsbericht kann sich mehr als nur anschauen lassen. Er ist eine große Hilfe für dieses Haus und sollte eine noch größere Hilfe für die Regierenden sein, denn Sie prüfen die Verwaltung auf die Ordnungsmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, und genau eine solche Politik würde es heute mehr denn je brauchen.

Wir verlangen von dieser Regierung eine ordnungsmäßige, sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Politik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werter Herr Berichterstatter! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ich beginne damit, dass ich mich wirklich herzlich

bedanke bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und besonders bei Ihnen, Herr Direktor Pollak, für Ihre ausführlichen, qualitativ hochwertigen Berichte und Empfehlungen. Sie leisten hier einfach eine extrem wertvolle Arbeit für unsere Stadt. Herzlichen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und ÖVP.)*

Mein zweiter Punkt – ich mache es heute recht kurz – : Es liegen sehr viele gute Vorschläge auf dem Tisch, wie wir die Kontrolle noch mehr verbessern können. Hier gibt es gute rot-grüne Gespräche, doch gut Ding braucht Weile.

Grundsätzlich möchte ich sagen, ich bin davon überzeugt, dass Kontrolle und Transparenz einfache Eckpfeiler unserer Demokratie sind. Daher nochmals meine höchste Wertschätzung Ihrer Arbeit gegenüber. Vielen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Mag Dr Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Direktor Pollak! Sehr geehrte Damen und Herren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich einleitend einige Worte zu den meine Person betreffenden Äußerungen von Kolleginnen und Kollegen einer rot-grünen Verleumdergesellschaft sagen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Es geht um das Kontrollamt und nicht um Sie!)* Es geht um Kontrolle, es geht um Wahrheit, es geht um Machtausübung und deshalb an dieser Stelle diese Worte.

Eine ehrenamtliche Tätigkeit als Vorstand einer Privatstiftung ist weder juristisch noch moralisch in irgendeiner Form ehrenrührig. Ehrenrührig ist es, wenn jemand über einen anderen behauptet, dass dieser eine alte Dame über den Tisch gezogen oder ihr Vermögen abgezockt hätte oder eine alte Dame in die Irre geführt und ausgesackelt habe. Derartige Vorwürfe, ohne jede Beweise und in der Zwischenzeit wider besseres Wissen, sind eine Vorgangsweise, die in menschlicher Hinsicht charakterlos ist und in politischer Hinsicht nur von den eigenen Problemen ablenken soll. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine derartige Vorgangsweise ist zudem in zivilrechtlicher Hinsicht kreditschädigend, und jeder Jurist versteht die Bedeutung, wenn ich sage, dass solche Äußerungen, solche verleumderischen Äußerungen eines Gemeinderates hier im Gemeinderat kreditschädigend sind.

Ich frage Sie daher an dieser Stelle: Soll in einem Rechtsstaat das Opfer einer Verleumdungskampagne zurücktreten, oder sollen die Täter, die Verleumder zurücktreten? Und ich frage weiters an dieser Stelle all jene Kolleginnen und Kollegen von der Hetzgesellschaft: Haben Sie den Anstand zurückzutreten als Verleumder, als Täter? *(GRin Birgit Hebein: Das ist nicht zu fassen!)*

Einige Worte zu den Entgleisungen von Herrn StR Schicker – Entschuldigung, das war früher –, Herrn

Klubobmann Schicker. Die Spitzel haben schlecht recherchiert. Überall ist nachzulesen, dass ich zuletzt von 2006 bis 2010 Prokurist der verschmolzenen Holding Gesellschaft Austrian Institute of Technology in Seibersdorf war. Wenn Sie sich nun für meine Leistungen in dieser Zeit interessieren *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Es gab keine!)*, mache ich Ihnen den Vorschlag und empfehle Ihnen, fragen Sie Ihren Genossen Hannes Androsch, der in dieser Zeit Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens war und noch immer ist. Fragen Sie ihn auch über die wirtschaftlichen Ergebnisse des Unternehmens in dieser Zeit. Und dann habe ich nur noch eine kleine Bitte: Erzählen Sie das, was Ihnen Hannes Androsch erzählt, den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN weiter, und vielleicht wird sich am Ende der eine oder andere dazu aufrufen und den persönlichen Anstand aufbringen, sich bei der FPÖ und bei mir zu entschuldigen für tatsachenwidrige Verleumdungen in der letzten Zeit, in den letzten Tagen. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist das klassische Täter-Opfer-Verhalten!)*

Nachdem dieser Teil des Themas abgehandelt ist, vorweg aufrichtigen und herzlichen Dank des Freiheitlichen Klubs an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes und an den Herrn Kontrollamtsdirektor Dr Pollak. Sie leisten ausgezeichnete Arbeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie leisten ausgezeichnete und bemerkenswerte Arbeit in einem schwierigen Umfeld. Und wie sieht dieses Umfeld aus? – Es gibt eine Tatsache, die die Freiheitlichen auf den Punkt gebracht haben: Macht braucht Kontrolle! Und es gibt eine weitere Tatsache, die ebenfalls die Wiener Freiheitlichen auf den Punkt gebracht haben: Macht mag keine Kontrolle!

Gerade deshalb muss Kontrolle unabhängig sein von den zu kontrollierenden Machthabern. Es muss verhindert werden, dass es Repressalien, in welcher Form auch immer, oder auch nur drohende Nachteile für die Kontrolloren, für die Mitarbeiter des kontrollierenden Instituts gibt. Und dies kann nur durch einen unabhängigen Landesrechnungshof gewährleistet werden – zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollinstituts und zur Ermöglichung einer effizienten und unabhängigen Kontrolle.

Ich freue mich, dass ich davon ausgehen darf, dass von Seite der GRÜNEN die diesbezüglichen Anträge, die schon einmal gestellt wurden und damals versehentlich von den GRÜNEN abgelehnt wurden, in Zukunft die Zustimmung finden, denn die Forderung nach einem unabhängigen Landesrechnungshof war eine Forderung, die auch von den GRÜNEN immer mitgetragen wurde. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Aber ich kann an dieser Stelle den Wienerinnen und Wienern versprechen, wir Freiheitliche werden nicht ruhen, bis es auch in Wien demokratische Zustände und unabhängige Kontrolle wie in allen anderen Bundesländern gibt.

All diese grundsätzlichen Forderungen schmälern jedoch nicht die Leistung der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter des Kontrollamtes unter Führung von Dr Pollak, sondern sollen, im Gegenteil, fördern und unterstützen. Das Kontrollamt zeigt in seinen Berichten Missstände und Fehl Abläufe in der Verwaltung auf, formuliert sie fachkundig und vornehm in Feststellungen, Empfehlungen und Verbesserungsvorschlägen. Ich möchte auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nur ganz kurz auf Tendenzen eingehen, die man aus der Summe der Berichte des Jahres 2011 ablesen konnte.

Es war einerseits eine Tendenz zur Spekulation mit Finanzderivativen jeder Art in Unternehmungen der Stadt Wien zu erkennen. Das ist mustergültig aufgezeigt und erklärt worden in den Berichten des Kontrollamtes, und an diesem Punkt nur so viel zur Aussage, in Wien gibt es keine Spekulation. Wir sprechen nicht nur von den Schweizer-Franken-Krediten, wo es sich zweifelsfrei um Spekulation handelt, sondern wir sprechen auch über den Umgang des Verwendens und des Geldverlierens bei Finanzderivativen.

Eine weitere Tendenz, die erkennbar ist, sind unter dem Aspekt der Transparenz teilweise untransparente Ausweise und Darstellungen des Zahlenwerks in den Jahresberichten der Unternehmungen der Stadt Wien.

Weitere Missstände wurden immer wieder festgestellt im Vergabewesen in Form von unterlassenen Ausschreibungen oder in Form von rechtswidrigen Ausschreibungsverfahren zum Nachteil der Stadt Wien und zum Nachteil der Mitbewerber.

Deshalb abschließend: Bei der eingangs angesprochenen notwendigen Reform des Kontrollwesens – jetzt sage ich, mit notwendig meine ich, man kann sich immer verbessern, das möchte ich positiv formuliert haben in politischer Hinsicht, und das hat nichts zu tun mit der hervorragenden Arbeit des Kontrollamtes –, bei dieser angestrebten Reform muss man auch ein Auge darauf werfen, einen Blick darauf werfen, dass gewährleistet wird, dass die Empfehlungen des Kontrollamtes auch umgesetzt werden. Man muss zu irgendeiner Form der Verbindlichkeit und der Evaluierungsmöglichkeit kommen, denn die Beobachtung zeigt, dass einerseits die Empfehlungen entweder zur Gänze negiert werden oder dass zugesagt wird, dass die Empfehlungen umgesetzt werden, und man in der Folge feststellt, dass entgegen dieser Zusage die Empfehlungen nicht umgesetzt wurden.

Damit verbleibt mir schlussendlich, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kontrollamtes und seinem Leiter Dr Pollak namens des Freiheitlichen Klubs auch weiterhin viel Mut und auch viel Freude bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit zu wünschen. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag Thomas **Reindl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zwei, drei Bemerkungen zu meinem Vorredner. Ich

möchte mich natürlich nicht in die Hetz-, Suder- und Unwahrheitsverbreitungsgesellschaft einreihen, so wie die Opposition das gesagt haben, ich erwarte mir aber, wenn Sie über die Kontrollamtsberichte sprechen, auch von Ihnen, dass Sie nicht so gegen die Regierung hetzen, wie Sie das heute hier gemacht haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich finde es auch sehr, sehr bedauerlich, dass unter dem Punkt Kontrollamtsbericht die FPÖ um diese Tageszeit – wobei es heute sehr zeitig ist, Kollege Ulm – diesen Bericht als Selbstrechtfertigungserklärung ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt werden Sie nervös!)* Ich bin nicht nervös, Herr Jung, wegen Ihnen schon gar nicht, denn solche wie Sie kenne ich sehr gut. Aber in Selbstrechtfertigung und in Selbstmitleid zu verfallen, finde ich sehr bedauerlich, denn es geht um ein viel, viel ernsteres Thema als um die Machenschaften in der FPÖ.

134 Akten, 5 Sitzungen mit sehr, sehr intensiven Auseinandersetzungen, und ich wundere mich, wenn ich Kollegen Wansch zuhöre, denn da glaube ich, er war manchmal bei anderen Sitzungen. Es hat ja sehr, sehr viele positive Berichte gegeben, die haben Sie natürlich mit keinem Wort erwähnt. Dass von den 134 Berichten vielleicht ein Dutzend oder zwei Dutzend ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt kommt das Selbstlob!)* Ich habe alle gelesen, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Jung. Ich habe alle gelesen, Herr Jung, Sie haben nicht einmal einen gelesen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Haben Sie Überwachungskameras?)* Nein, ich brauche das nicht, mir genügen Ihre Wortmeldungen für ein Urteil.

134 Akten in 5 Sitzungen, sehr, sehr viele positive Akten, auch einige Akten, die durchaus Kopfzerbrechen bereiten, auch der Regierung, und auch eine Reihe von umgesetzten Empfehlungen sind eine Erfolgsgeschichte, die einerseits darauf beruht, dass das Kontrollamt seine Tätigkeit voll wahrnimmt, unabhängig, unbeeinflusst, eigenständig, in eigener Hoheit wahrnimmt, und die Opposition auch die Möglichkeit hat, die Minderheitsrechte zu nutzen, und das haben Sie Gott sei Dank auch gemacht. Sie sind bei einigen Berichten auch ganz schön baden gegangen, wo das Ergebnis etwas anders ausgesehen hat, als Sie sich das erwartet haben, nämlich positiv für die Stadt Wien. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, das Stadthallenbad!)* Über das Stadthallenbad können Sie noch nichts wissen, Herr Kollege Klubobmann, denn dieser Bericht liegt nicht vor. Wenn Sie Hellseher sind, gratuliere ich Ihnen recht herzlich dazu. *(GR Johann Herzog: Na, so schwer wird das nicht sein!)*

Diese Missstände und Fehl Abläufe, die hier zitiert werden, wie Tendenz zur Spekulation, weise ich auf das Schärfste zurück. Es wird nicht spekuliert, es werden hier Geschäfte in Fremdwährungen gemacht, das ist aber keine Spekulation. Fehlende Transparenz und unterlassene Ausschreibungen kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Also entschuldigen Sie, wir halten uns an die Gesetze, und diese Gesetze gelten auch für die Stadt. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wissen Sie, Herr Wansch, ich habe auch den

Eindruck, dass Sie Ihre tollen Kenntnisse, die Sie in Seibersdorf erworben haben, im Kontrollausschuss ab und zu hintangelassen haben und auch heute hier hintangelassen haben. Denn wenn Sie hier fordern, dass das Kontrollamt rechtlich eigenständiger werden soll, dann müssen Sie auch wissen, was der Unterschied zwischen Land und Stadt ist. Wenn Sie einmal die Rechnungshöfe in Österreich durchgehen, wird Ihnen auffallen, dass die Rechnungshöfe alle – wo sind? Im Land. Und wie heißen die Einrichtungen der großen Städte? Kontrollämter. Wie in Linz zum Beispiel und in anderen Städten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Salzburg!)* Ja, der Landesrechnungshof Salzburg prüft das Land und nicht die Stadt Salzburg. Aber das verstehen Sie nicht, Herr Jung. Das verstehe ich eh, dass Sie das nicht verstehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wenn Sie wollen, machen wir einen Landesrechnungshof, nur, ich frage Sie: Was soll der prüfen? Was haben wir im Landesbudget? Es gibt kein Landesbudget. Wir haben ein paar mittelbare und unmittelbare Agenden der Bundesverwaltung laufen. Die Geschäfte und die Verwaltung finden in der Stadt statt, die Kontrolle daher auch in einer Stadteinrichtung, nämlich dem Kontrollamt. Das ist gut so, und damit sind wir auch auf dem Boden der Verfassung und werden das auch weiterhin bleiben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Kollegen Ulm. Diese Behauptungen zu den Personaldingen, die du auch heute aufgestellt hast, sind oft schon richtiggestellt worden, sind oft schon diskutiert worden hier im Haus, sind oft schon widerlegt worden, daher sage ich gar nichts dazu, denn Wiederholung erhöht offenbar nicht den Lernerfolg bei der ÖVP. Auch was die Ordnungsmäßigkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit betrifft, ist unsere Stadt eine solch gut verwaltete, denn sonst wären wir nicht so eine reiche Stadt, wie wir es sind, wenn wir nur das Geld beim Fenster hinauswerfen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Kontrollausschuss, die in einer sehr, sehr hoher Anzahl von Stunden die Berichte studiert und dann auch diskutiert haben mit mir gemeinsam, recht herzlich bedanken, auch bei der Grünen Fraktion. Wir bemühen uns sehr, inhaltlich und wirtschaftlich zu diskutieren. Dazu ist es auch notwendig, sich gut vorzubereiten. Recht herzlichen Dank dafür.

Dank auch dem Kontrollamtsdirektor und seinem Team, die uns ganz schön auf Trab halten. Wir reden hier von immerhin über 3 000 Seiten, die wir in der letzten Session zu behandeln hatten. Das heurige Jahr

wird sicher auch noch den einen oder anderen spannenden Bericht bringen.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme des Berichtes, der heute vorliegt. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz nur auf die Diskussion eingehen. Ich glaube, die Diskussion um die Ausgestaltung des Kontrollamtes ist ja durchaus im Gange, auch in allen Fraktionen, und auch ich als Vorsitzender des Kontrollausschusses würde mir natürlich wünschen, dass diese Diskussion weitergeht und fruchtbringend ist. Wir werden sehen, was die Diskussion dann im Endeffekt tatsächlich für Beschlusslagen herbeiführt.

Am Schluss möchte ich auch von dieser Stelle aus Dank sagen. Einerseits meinen Kollegen und Kolleginnen im Kontrollausschuss. Bei allem politischen Geplänkel und bei allen politischen Diskussionen, die so dazugehören, ist es eigentlich recht angenehm, dort den Vorsitz zu führen, und eigentlich auch formell recht einfach. Ich möchte hier den Dank aussprechen, dass da vor allem sachlich diskutiert wird.

Ich möchte natürlich auch den Mitarbeitern des Kontrollamtes herzlich danken, die ja mitnehmen können, dass alle Fraktionen übereinstimmend die Arbeit des Kontrollamtes loben. Ich glaube, das ist das schönste Lob, das man bekommen kann in politischer Hinsicht. Ich möchte mich ganz speziell auch beim Kontrollamtsdirektor, bei Herrn Dr Pollak, bedanken für die wirklich gute Zusammenarbeit, für die sehr gute Vorbereitung der Sitzung, für die für Juristen natürlich immer sehr wichtige formelle Behandlung aller Angelegenheiten. Wir sind bei fast allem einer Meinung und werden schauen, dass das weiterhin so bleibt.

Ich danke und bitte um Zustimmung zum Bericht. *(Allgemeiner Beifall.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Ich danke für die Einstimmigkeit.

Ich schließe damit die 24. Sitzung des Gemeinderates und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen um 9 Uhr wieder.

(Schluss der Sitzung um 19.32 Uhr.)